



Monatsbericht Dezember 2015

67. Jahrgang
Nr. 12

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
18. Dezember 2015, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	7
Wertpapiermärkte.....	10
Zahlungsbilanz	11
■ Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017	15
<i>Die gegenwärtige Flüchtlingszuwanderung – Unterstellte Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und öffentliche Finanzen</i>	26
■ Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2014	35
<i>Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage deutscher nichtfinanzieller Konzerne im Jahr 2014....</i>	38
■ Die Einlagensicherung in Deutschland	51
<i>Pläne der Europäischen Kommission für ein European Deposit Insurance Scheme</i>	63

■ Statistischer Teil.....	1•
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken	20•
Mindestreserven	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt	50•
Finanzierungsrechnung	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland	58•
Konjunkturlage in Deutschland	65•
Außenwirtschaft	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	83•

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

Auch im Jahreschlussquartal Wirtschaftswachstum von Binnennachfrage getragen

Die deutsche Wirtschaft hat zum Jahresende 2015 das Expansionstempo vom Sommer wohl weitgehend gehalten und wächst damit bei gut ausgelasteten Kapazitäten im Einklang mit der Potenzialrate. Der private Konsum wird nach wie vor von den deutlichen Steigerungen bei Beschäftigung und Verdiensten getragen. Zudem entlasten die weiter rückläufigen Rohölpreise die Budgets der privaten Haushalte. Als zusätzlicher Stimulus kommen vermehrte staatliche Ausgaben im Zuge der Flüchtlingswanderung hinzu. Die Industrie ist demgegenüber nur verhalten in das Jahresschlussquartal gestartet. Eine mögliche Besserung versprechen die zuletzt wieder gestiegenen Auftragseingänge, vor allem aber die weitere Aufhellung der Geschäftserwartungen in den letzten Monaten.

Industrie

Industrieproduktion im Seitwärtsgang

Die industrielle Erzeugung stieg im Oktober gegenüber September saisonbereinigt um $\frac{3}{4}\%$ an. Verglichen mit dem Mittel des Sommerquartals gab es jedoch praktisch eine Seitwärtsbewegung ($-\frac{1}{4}\%$). Kräftig ausgeweitet wurde die Erzeugung von Investitionsgütern ($+1\frac{1}{4}\%$), wobei die Automobilindustrie und der Maschinenbau eine wesentliche Rolle gespielt haben. Demgegenüber war die Fertigung von Vorleistungsgütern und von Konsumgütern stark rückläufig (-1% bzw. $-2\frac{1}{2}\%$).

Auftragseingang erholt

Die Auftragseingänge in der Industrie nahmen im Oktober verglichen mit dem Vormonat saisonbereinigt kräftig um $1\frac{3}{4}\%$ zu. Damit wurde der Durchschnitt des dritten Vierteljahres, in dem es einen deutlichen Rückgang der Bestellungen gegeben hatte, um $\frac{1}{2}\%$ übertroffen. Im Vergleich zum Mittel der Sommermonate zogen die Orders aus dem Inland spürbar an, und aus

Drittstaaten kamen ebenfalls mehr Aufträge (jeweils $+\frac{3}{4}\%$). Die Bestellungen aus der EWU bewegten sich hingegen seitwärts. Ohne die teilweise auch Drittländern zuzurechnenden Aufträge für die Luft- und Raumfahrtindustrie wurde jedoch ein kräftiges Plus verzeichnet. Insgesamt verbuchten die Investitionsgüterhersteller einen Zuwachs der Bestellungen um $\frac{1}{2}\%$. Dahinter standen einerseits eine deutliche Erholung der Bestellungen bei den Herstellern von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen, die im Sommer einen herben Nachfrageeinbruch erlebt hatten, und andererseits ein starker Rückgang im Maschinenbau. Für Vorleistungsgüter gab es keine neuen Impulse. Sehr kräftig stiegen dagegen die Orders für Konsumgüter ($+3\frac{1}{4}\%$).

Die Umsätze in der Industrie erhöhten sich im Oktober gegenüber September saisonbereinigt kräftig um $2\frac{1}{4}\%$. Das Vorquartalsmittel wurde damit ebenfalls überschritten ($+\frac{3}{4}\%$). Ausschlaggebend dafür war die Belebung der Geschäfte mit Kunden im Inland ($+1\frac{1}{2}\%$), während die Umsätze im Auslandsgeschäft auf dem durchschnittlichen Stand der Sommermonate verharrten. Dabei liefen die Geschäfte mit Abnehmern aus Drittländern besser als zuvor ($+1\frac{1}{4}\%$), wohingegen der Absatz in der EWU seinen Aufwärtstrend nicht fortsetzte und das Vorquartalsmittel deutlich verfehlte ($-1\frac{3}{4}\%$). Die nominalen Warenausfuhren gaben im Oktober sowohl im Vormonats- als auch im Vorquartalsvergleich saisonbereinigt spürbar nach (jeweils $-1\frac{1}{4}\%$). Die nominalen Wareneinfuhren sanken im Oktober gegenüber September saisonbereinigt kräftig ($-3\frac{1}{4}\%$). Der mittlere Stand des dritten Vierteljahres wurde ebenfalls deutlich unterschritten (-2%), preisbereinigt war der Rückgang jedoch nur etwa halb so groß.

Umsätze in der Industrie höher, Ausfuhren und Einfuhren niedriger

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2010 = 100			
	Industrie			Bauhaupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2015 1. Vj.	109,2	105,0	112,6	114,8
2. Vj.	112,0	104,3	118,3	109,5
3. Vj.	109,0	104,6	112,6	109,7
2015 Aug.	108,5	103,9	112,3	107,1
Sept.	107,7	103,5	111,1	114,8
Okt.	109,6	105,3	113,1	...
Produktion; 2010 = 100				
Industrie				
	insgesamt	darunter:		Bau- gewerbe
		Vorlei- stungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2015 1. Vj.	110,5	106,6	117,7	108,6
2. Vj.	110,7	106,3	118,2	106,9
3. Vj.	110,2	105,6	118,1	107,2
2015 Aug.	110,4	105,7	117,9	108,4
Sept.	109,2	105,8	116,5	106,2
Okt.	110,0	104,6	119,6	106,9
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2015 1. Vj.	292,96	233,83	59,13	60,43
2. Vj.	302,88	237,23	65,65	62,15
3. Vj.	300,88	239,76	61,12	66,66
2015 Aug.	97,72	78,05	19,67	21,73
Sept.	100,23	80,99	19,24	20,69
Okt.	98,93	78,30	20,63	22,61
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
	Anzahl in 1 000			
2015 1. Vj.	42 862	534	2 818	6,5
2. Vj.	42 968	553	2 792	6,4
3. Vj.	43 086	577	2 793	6,4
2015 Sept.	43 133	584	2 792	6,4
Okt.	43 160	599	2 785	6,4
Nov.	...	611	2 772	6,3
Preise; 2010 = 100				
	Einfuhr- preise	Erzeu- ger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise ²⁾	Ver- braucher- preise
2015 1. Vj.	101,3	104,4	110,8	106,4
2. Vj.	102,6	104,4	111,1	107,1
3. Vj.	100,6	103,9	111,5	107,0
2015 Sept.	99,6	103,5	.	107,0
Okt.	99,6	103,1	.	107,1
Nov.	107,1

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

Baugewerbe

Die Leistung des Baugewerbes lag im Oktober saisonbereinigt leicht über dem merklich abwärtsrevidierten Stand vom September (+ 3/4%) und damit fast auf dem durchschnittlichen Niveau des Sommerquartals (- 1/4%). Dahinter standen einerseits ein kräftiger Rückgang der Produktion im Ausbaugewerbe (- 3 1/2%), deren statistischer Ausweis sehr revisionsanfällig ist, und andererseits eine markante Ausweitung im Bauhauptgewerbe (+ 2 3/4%). Dabei fiel der Anstieg im Tiefbau (+ 3 1/2%) stärker als im Hochbau (+ 2 1/4%) aus. Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe blieb im dritten Vierteljahr – bis dahin sind Angaben vorhanden – auf dem Niveau des Vorquartals. Dabei standen einem sehr kräftigen Anstieg im Wohnungsbau weniger Orders von gewerblichen und öffentlichen Bauherren gegenüber.

*Baugewerbe
stabil*

Arbeitsmarkt

Im Oktober erhöhte sich die Beschäftigung weiter deutlich, wenn auch nicht ganz so stark wie im Durchschnitt der Sommermonate. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland vergrößerte sich im Vormonatsvergleich saisonbereinigt um 27 000, der Vorjahresabstand betrug zuletzt 385 000 Personen oder + 0,9%. Getragen wird das Beschäftigungswachstum im Wesentlichen durch die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Stellen. Binnen Jahresfrist gab es im September ein außerordentlich kräftiges Plus von 688 000 Stellen beziehungsweise 2,2%. Dagegen ist die ausschließlich geringfügige Beschäftigung den vorläufigen Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) zufolge weiter leicht gesunken. Erheblich negativ ist zudem die Entwicklung der Zahl der Selbständigen. Die Frühindikatoren des ifo Instituts und der BA für den Arbeitsmarkt sind von bereits hohen Ausgangsniveaus aus zuletzt weiter gestiegen, was für eine Zunahme der Beschäftigung in den nächsten Monaten spricht.

*Beschäftigung
steigt weiter*

*Arbeitslosigkeit
auf niedrigem
Niveau*

Der Umfang der registrierten Arbeitslosigkeit ist im November saisonbereinigt etwas zurückgegangen, nachdem es seit Frühjahrsbeginn eine Seitwärtsbewegung gegeben hatte. Bei der BA waren zuletzt 2,77 Millionen Personen arbeitslos registriert, die zugehörige Quote sank gegenüber dem Vormonat um 0,1 Prozentpunkte auf 6,3%. Verglichen mit dem Vorjahr gab es 84 000 Arbeitslose weniger und einen Rückgang der Quote um 0,3 Prozentpunkte. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verblieb im November auf dem Vormonatsstand leicht oberhalb der neutralen Schwelle. Die Arbeitslosigkeit dürfte somit in den nächsten Monaten stabil bleiben oder geringfügig sinken.

Preise

*Rohölpreise
weiter zurück-
gegangen*

Die Rohölnotierungen gaben im Berichtszeitraum erneut kräftig nach. Im Monatsmittel November betrug der Preisrückgang gegenüber Oktober 6¾%. Der Vorjahresstand wurde um gut zwei Fünftel unterschritten. Nachdem das OPEC-Treffen Anfang Dezember ohne eine Entscheidung über Fördermengenziele beendet worden war, sind die Rohölpreise weiter gefallen. Zum Abschluss dieses Berichts notierte das Fass Brent bei 37 US-\$. Der Aufschlag für zukünftige Rohöllieferungen betrug bei Bezug in sechs Monaten 4¼ US-\$ und bei Lieferung in 12 Monaten 8¼ US-\$.

*Einfuhrpreise
unverändert und
Erzeugerpreise
weiter gesunken*

Die Einfuhrpreise, die in den vergangenen Monaten deutlich zurückgegangen waren, blieben im Oktober saisonbereinigt unverändert. Dies galt sowohl für die Energiekomponente als auch für andere Industriewaren. Die gewerblichen Erzeugerpreise im Inlandsabsatz gaben dagegen erneut spürbar nach. Nicht nur Energie, sondern auch die übrigen Waren wurden zum Teil deutlich billiger. Dies galt insbesondere für Vorleistungsgüter, während die Erzeugerpreise für Investitions- und Konsumgüter weitgehend stabil blieben. Auf beiden Absatzstufen weitete sich der negative Vorjahresabstand leicht aus, und zwar auf – 4,1% bei den Einfuhr-

preisen und auf – 2,3% bei den Erzeugerpreisen.

Auf der Verbraucherstufe blieben die Preise im November verglichen mit dem Vormonat saisonbereinigt unverändert. Sowohl für Energie als auch für Nahrungsmittel bewegten sich die Preise kaum. Für gewerbliche Waren verharrten sie ebenfalls auf dem Stand des Vormonats. Dienstleistungen verteuerten sich leicht, wobei Pauschalreisen einen deutlich dämpfenden Einfluss hatten. Insgesamt erhöhte sich der Vorjahresabstand beim nationalen Verbraucherpreisindex auf + 0,4% und beim harmonisierten Index auf + 0,3%. Ohne Energie lag die entsprechende Rate nach beiden Abgrenzungen bei + 1,3%. In den kommenden Monaten dürfte die Gesamtrate vor allem wegen des abnehmenden Basiseffekts infolge des starken Rückgangs der Rohölpreise zur Jahreswende 2014/2015 ansteigen.

*Verbraucher-
preise mit Seit-
wärtsbewegung*

■ Öffentliche Finanzen¹⁾

Gesetzliche Krankenversicherung

In der gesetzlichen Krankenversicherung entstand im dritten Quartal 2015 ebenso wie im Vorjahr ein Defizit von 1 Mrd €. Während die Krankenkassen mit einem leichten Überschuss etwas besser abschlossen als vor Jahresfrist, kam es beim Gesundheitsfonds mit einem Defizit von gut 1 Mrd € zu einer leichten finanziellen Verschlechterung.

*Finanzlage
insgesamt wenig
verändert*

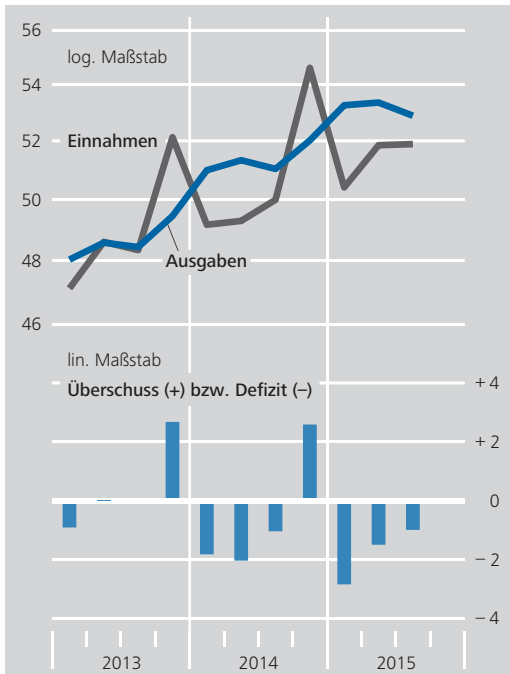
Einschließlich der kassenindividuellen Zusatzbeiträge stiegen die Einnahmen der Krankenkassen durch Zuweisungen aus dem Fonds um 4½%. Rückläufige sonstige Zuflüsse hatten zur Folge, dass die gesamten Einnahmen mit 4% etwas

*Ausgaben-
anstieg der
Kassen im
dritten Quartal
nochmals etwas
verlangsamt*

¹ In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung *)

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Gesundheitsfonds und Krankenkassen (konsolidiert). Vorläufige Vierteljahresergebnisse.
 Deutsche Bundesbank

schwächer wuchsen. Die Gesamtausgaben stiegen mit 3 ½% aber ein wenig verhaltener. Damit hielt die seit einigen Quartalen zu beobachtende Verlangsamung des Ausgabenwachstums an. Insbesondere bei den Aufwendungen für Arzneimittel, bei denen im Vorjahr erhöhte Rabatte ausgelaufen waren, verlangsamte sich die Zunahme zwar weiter, war mit zuletzt 4 ½% aber immer noch überdurchschnittlich. Beim Krankengeld lag der Zuwachs zwar weiter deutlich unter den hohen Raten des Vorjahres, zog im Sommerquartal mit 5% aber wieder etwas an. Insgesamt legten die Leistungsausgaben um 4% zu. Die etwas schwächere Entwicklung der Gesamtausgaben beruhte vor allem auf einem Rückgang der sonstigen Ausgaben (u. a. Prämienauszahlungen, die seit Anfang 2015 nicht mehr zulässig sind).

Beim Gesundheitsfonds fiel im dritten Quartal ein im unterjährigen Verlauf typisches Defizit an. Die günstige Entwicklung der Beschäftigung sowie höhere Entgelte und Rentenzahlungen

fürten zu einem Plus bei den gesamten Beitragseingängen um 4%. Bereinigt um den niedrigeren durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz von 0,83% im Vergleich zu dem bis Ende 2014 erhobenen allgemeinen Sonderbeitrag von 0,9% betrug die Zunahme 4 ½%. Die Zuweisungen des Bundes zur Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben lagen um fast ein Zehntel höher, da die vorübergehende Kürzung für das Gesamtjahr von 3 ½ Mrd € auf nunmehr 2 ½ Mrd € verringert wurde. Insgesamt überstiegen die Einnahmen ihren Vorjahreswert um gut 4%. Allerdings war der Ausgabenanstieg des Fonds mit 4 ½% letztlich noch etwas kräftiger, sodass sein Defizit um etwas weniger als ¼ Mrd € höher ausfiel als vor einem Jahr.

Für 2015 hatte der Schätzerkreis im Herbst 2014 für den Gesundheitsfonds ein Defizit von 2 ½ Mrd € veranschlagt. Dieser Betrag entspricht der Kürzung des Bundeszuschusses im Vergleich zum regulären Jahresbetrag von 14 Mrd € und wäre durch eine Rücklagenentnahme des Fonds zu decken. Aufgrund der in den ersten drei Quartalen etwas stärker als erwarteten Zunahme der beitragspflichtigen Entgelte könnte das Fondsdefizit im Gesamtjahr zwar etwas geringer ausfallen, wird das Vorjahresergebnis (-1 Mrd €) aber wohl überschreiten. Für die Krankenkassen zeichnet sich gegenüber dem damals erwarteten Anstieg der einbezogenen Leistungsausgaben eine etwas schwächere Dynamik ab. Damit könnte das Kassendefizit unter dem Betrag von 1 Mrd € bleiben, der sich durch das Zurückbleiben des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes gegenüber dem als kostendeckend errechneten Satz des Schätzerkreises ergibt. Die damit implizierte Verbesserung gegenüber dem Vorjahresergebnis der Kassen (-1 Mrd €) dürfte aber von der sich abzeichnenden Ausweitung des Defizits beim Gesundheitsfonds überkompensiert werden, sodass alles in allem eine begrenzte Ausweitung des Defizits im System der gesetzlichen Krankenversicherung gegenüber dem Vorjahr (-2 ½ Mrd €) angelegt scheint.

Beitragseingänge und Bundesmittel wuchsen etwas schwächer als Ausgaben des Gesundheitsfonds

Defizit 2015 etwas geringer als zunächst erwartet

2016 geringeres Defizit wegen höheren Bundeszuschusses und begrenzten Rücklageneinsatzes der Kassen

Angesichts eines vom Schätzerkreis im Herbst 2015 für das Jahr 2016 erwarteten spürbar stärkeren Zuwachses der Ausgaben im Vergleich zu dem der beitragspflichtigen Einkommen wurde ein Anstieg des kostendeckenden durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes von 0,2 Prozentpunkten auf 1,1% errechnet. Einige Kassen haben bereits einen solchen Anpassungsschritt festgelegt. Allerdings kann derzeit bei teilweise noch ausstehenden Beschlüssen und wegen der Möglichkeit von Kassenwechseln noch nicht genau abgeschätzt werden, wie hoch der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz 2016 letztlich ausfallen wird. Offenbar erscheint es zahlreichen Kassen derzeit nicht besonders attraktiv, ihre den gesetzlichen Mindestwert übersteigenden Rücklagen verstärkt zur Mitgliederwerbung über unterdurchschnittliche Zusatzbeiträge einzusetzen. Insgesamt dürfte sich das Finanzergebnis der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2016 verbessern, zumal die Wiederanhebung des Bundeszuschusses um 2 1/2 Mrd € auf den bisherigen Regelbetrag von 14 Mrd € dazu führen könnte, dass im Gesundheitsfonds kein Defizit mehr anfällt. Perspektivisch ist freilich aufgrund der das Wachstum der Beitragsbemessungsgrundlage übersteigenden Ausgabendynamik mit weiter steigenden Zusatzbeiträgen zu rechnen.

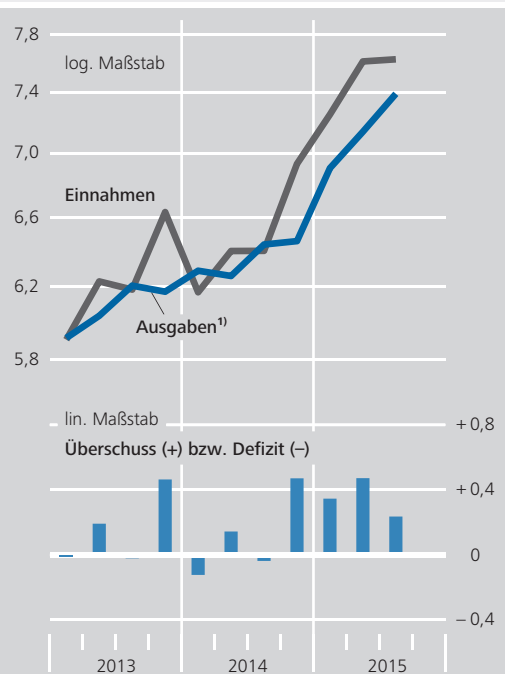
Soziale Pflegeversicherung

Weiter günstige Finanzentwicklung durch höheren Beitragssatz bei enger begrenztem Ausgabenzuwachs

Die soziale Pflegeversicherung erzielte im dritten Quartal einen Überschuss von 1/4 Mrd €, nach einem leichten Defizit vor Jahresfrist. Die finanzielle Verbesserung gründet auf der Beitragssatzanhebung zum Jahresanfang 2015 von 2,05% auf 2,35% (jeweils zzgl. 0,25% für Kinderlose). Der Einnahmestieg (+19%, davon etwa 14 1/2 Prozentpunkte durch die Beitragssatzanhebung) überwog bei einem Gesamtausgabenplus von 14 1/2% weiter deutlich die Mehrkosten durch höhere Leistungssätze und reformbedingte Leistungsausweitungen. Die dem Aufkommen von 0,1 Beitragssatzprozentpunkten entsprechenden Mehreinnahmen (gut 1/4 Mrd € pro Quartal) sind dabei nicht saldenwirksam, da

Finanzen der sozialen Pflegeversicherung *)

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Vorläufige Vierteljahresergebnisse. 1 Ab 2015 einschl. der Zuführungen an den Pflegevorsorgefonds.
 Deutsche Bundesbank

die daraus finanzierten Zuführungen an den Vorsorgefonds hier als Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung erfasst sind.

Für das Gesamtjahr 2015 zeichnet sich damit ein spürbarer Überschuss ab. Allerdings scheinen die mit der Reform 2015 bewirkten Leistungsausweitungen die erwarteten Ausgabeneffekte noch immer nicht voll entfaltet zu haben. Der Vorsorgefonds wird zum Ende des ersten Jahres seines Bestehens einen Rücklagenbestand von gut 1 Mrd € erreichen. Bis zum Jahresende 2033 sollen die Zuführungen fortgesetzt und die Mittel ab 2035 ausschließlich zur Dämpfung von weiteren Beitragssatzsteigerungen genutzt werden.

Planmäßiger Rücklagenaufbau im Gesamtjahr

Das zweite Pflegestärkungsgesetz mit einer grundlegenden Reform des Leistungsrechts wurde am 13. November 2015 vom Bundestag verabschiedet. Die bislang drei Pflegestufen werden danach ab dem Jahr 2017 durch fünf Pflegegrade ersetzt. Kognitive oder psychische

Weitere Leistungsausweitungen geplant, die den Beitragssatzanstieg beschleunigen

Einschränkungen werden hinsichtlich der Einstufung der Pflegebedürftigkeit mit rein körperlichen Beeinträchtigungen gleichgestellt. Soweit bereits nach bisherigem Recht Leistungen bezogen werden, sind Kürzungen ausgeschlossen worden. Die Beitragssatzanhebung um weitere 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2017 reicht planmäßig bereits zu Beginn nicht aus, die zusätzlichen Leistungsansprüche zu decken. Ungeachtet der derzeit relativ günstigen Finanzlage werden dann perspektivisch die allgemeinen Rücklagen beschleunigt abgebaut werden, sodass die Notwendigkeit einer weiteren Beitragssatzanhebung zur Finanzierung der laufenden Ausgaben in einigen Jahren vorgezeichnet erscheint. Die zukünftigen Beitragszahlenden im Rahmen des umlagefinanzierten Systems werden angesichts der weiterhin ungünstigen demografischen Entwicklung dann nochmals verstärkt belastet werden.

■ Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Im Oktober 2015 lag das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt mit einem Bruttoabsatz von 144,5 Mrd € nur leicht unter dem Wert des Vormonats (145,9 Mrd €). Nach Abzug der im Vergleich zum September höheren Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden inländische Schuldverschreibungen für netto 1,3 Mrd € getilgt. Der Umlauf ausländischer Schuldverschreibungen in Deutschland stieg im Berichtsmonat um 8,4 Mrd €, sodass der Umlauf von Schuldtiteln am deutschen Markt insgesamt um 7,1 Mrd € zunahm.

*Nettotilgungen
am deutschen
Rentenmarkt*

*Gestiegene
Kapitalmarkt-
verschuldung
der Kredit-
institute*

Inländische Kreditinstitute begaben im Oktober Anleihen für per saldo 5,8 Mrd € (nach 3,6 Mrd € im September). Dabei stieg vor allem der Umlauf von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (5,7 Mrd €), in geringerem Umfang aber auch von Sonstigen Bankschuldverschreibungen (2,0 Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von Hypothekendarlehen und

Öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 1,2 Mrd € beziehungsweise 0,8 Mrd € gegenüber.

Die öffentliche Hand tilgte im Oktober Schuldverschreibungen in Höhe von netto 0,9 Mrd € (nach Nettotilgungen von 2,6 Mrd € im September). Vor allem der Bund führte seine Verschuldung per saldo um 1,9 Mrd € zurück. Der Schwerpunkt der Tilgungen lag bei fünfjährigen Bundesobligationen (12,8 Mrd €), aber auch Bubills wurden im Ergebnis zurückgegeben (2,0 Mrd €). Dem standen Nettoemissionen von zehnjährigen Bundesanleihen (6,0 Mrd €), zweijährigen Bundesschatzanweisungen (4,0 Mrd €) und 30-jährigen Bundesanleihen (0,7 Mrd €) gegenüber. Die Länder und Gemeinden begaben im Ergebnis neue Anleihen für 1,0 Mrd €.

*Kapitalmarkt-
verschuldung
der öffentlichen
Hand leicht
gesunken*

Heimische Unternehmen verringerten im Oktober ihre Kapitalmarktverschuldung, und zwar um 6,1 Mrd €, nachdem sie im Vormonat noch Anleihen in Höhe von netto 19,6 Mrd € begeben hatten. Dabei wurden im Ergebnis ausschließlich langfristige Papiere zurückgegeben. Die Tilgungen sind nahezu ausschließlich auf die Gruppe der Sonstigen Finanzinstitute zurückzuführen (6,6 Mrd €).

*Nettotilgungen
von Unter-
nehmens-
anleihen*

Als Erwerber trat im Berichtsmonat vor allem die Bundesbank am deutschen Rentenmarkt in Erscheinung; sie erwarb – im Rahmen der Ankaufprogramme des Eurosystems – Schuldverschreibungen per saldo für 12,7 Mrd €. Die inländischen Nichtbanken vergrößerten ihr Rentenportfolio um 9,1 Mrd €. Dagegen veräußerten die heimischen Kreditinstitute und gebietsfremde Investoren Schuldtitel für netto 12,3 Mrd € beziehungsweise 2,4 Mrd €.

*Erwerb von
Schuldver-
schreibungen*

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt wurden von inländischen Gesellschaften im Oktober neue Aktien für 0,9 Mrd € begeben. Der Bestand an ausländischen Dividentiteln am deutschen Markt stieg um 0,4 Mrd €. Erworben wurden Aktien per saldo von ausländischen Investoren (2,2

*Mäßige Netto-
emissionen am
deutschen
Aktienmarkt*

Mrd €) und inländischen Kreditinstituten (0,2 Mrd €). Heimische Nichtbanken veräußerten Dividentitel per saldo für 1,1 Mrd €, wobei es sich ausschließlich um inländische Aktien handelte.

Investmentfonds

Deutsche Investmentfonds verzeichnen Mittelzuflüsse

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Oktober per saldo Mittelzuflüsse in Höhe von 8,2 Mrd € (September: 9,8 Mrd €). Erneut profitierten hiervon im Ergebnis überwiegend die institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds (5,4 Mrd €). Von den Fondsanbietern verkauften vor allem Gemischte Wertpapierfonds (3,9 Mrd €) und Aktienfonds (1,7 Mrd €) neue Anteilscheine. Der Umlauf der in Deutschland vertriebenen ausländischen Fondsanteile stieg im Berichtsmonat um 3,9 Mrd €. Erworben wurden Investmentanteile im Oktober fast ausschließlich von inländischen Nichtbanken (11,8 Mrd €). Heimische Kreditinstitute erwarben Anteilscheine für netto 0,2 Mrd €, während die Bestände ausländischer Investoren im Ergebnis unverändert blieben.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanzüberschuss gesunken

Die deutsche Leistungsbilanz wies im Oktober 2015 einen Überschuss von 23,0 Mrd € auf. Das Ergebnis lag um 2,0 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Dahinter standen sowohl ein geringerer Überschuss im Warenhandel als auch eine Verschlechterung des Saldos der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die Dienstleistungen sowie Primär- und Sekundäreinkommen umfassen.

Aktivsaldo im Warenhandel niedriger

Der Überschuss im Warenhandel verringerte sich im Oktober gegenüber dem Vormonat leicht um 0,7 Mrd € auf 24,1 Mrd €. Dabei gaben die Warenausfuhren, bedingt durch rückläufige Transithandelerträge und Warenergänzungen, etwas nach, während die Wareneinfuhren anstiegen.

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2014	2015	
	Oktober	September	Oktober
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	- 2,3	20,6	- 1,3
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	- 6,3	3,6	5,8
Anleihen der öffentlichen Hand	5,6	- 2,6	- 0,9
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	7,7	19,3	8,4
Erwerb			
Inländer	6,8	47,9	9,5
Kreditinstitute ³⁾	- 5,7	1,5	- 12,3
Deutsche Bundesbank	- 1,0	12,8	12,7
Übrige Sektoren ⁴⁾	13,4	33,6	9,1
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	3,9	22,4	- 1,1
Ausländer ²⁾	- 1,4	- 8,1	- 2,4
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	5,3	39,8	7,1

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen wurde im Oktober insgesamt ein Passivsaldo von 1,1 Mrd € verzeichnet, nach einem Überschuss von 0,2 Mrd € im Vormonat. Ausschlaggebend für den Umschwung war die Ausweitung des Defizits bei den Sekundäreinkommen um 1,5 Mrd € auf 3,2 Mrd €, die vor allem mit höheren Nettozahlungen an den EU-Haushalt in Verbindung stand. Zudem vergrößerte sich der Minussaldo in der Dienstleistungsbilanz geringfügig um 0,3 Mrd € auf 4,7 Mrd €. Der Aktivsaldo bei den Primäreinkommen nahm hingegen um 0,6 Mrd € auf 6,7 Mrd € zu.

Saldo der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen vermindert

Die internationalen Finanzmärkte standen im Oktober unter dem Einfluss einer weiterhin lockeren Geldpolitik in wichtigen Währungsräumen. Vor diesem Hintergrund ergaben sich im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands Netto-Kapitalexporte in Höhe von 13,3 Mrd €. Diese Entwicklung war überwiegend durch die Nachfrage gebietsansässiger Anleger nach ausländischen Wertpapieren ge-

Mittelabfluss im Wertpapierverkehr

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz			
Mrd €			
Position	2014	2015	
	Okt.	Sept.	Okt. ^{P)}
I. Leistungsbilanz	+ 21,6	+ 25,0	+ 23,0
1. Warenhandel ¹⁾	+ 22,9	+ 24,8	+ 24,1
Ausfuhr (fob)	102,8	104,6	104,5
Einfuhr (fob)	79,9	79,8	80,4
nachrichtlich:			
Außenhandel ²⁾	+ 21,5	+ 22,8	+ 22,5
Ausfuhr (fob)	102,9	105,8	106,2
Einfuhr (cif)	81,4	83,1	83,8
2. Dienstleistungen ³⁾	- 5,5	- 4,3	- 4,7
Einnahmen	17,7	20,7	18,8
Ausgaben	23,2	25,0	23,5
3. Primäreinkommen	+ 6,6	+ 6,1	+ 6,7
Einnahmen	15,9	15,4	15,4
Ausgaben	9,3	9,3	8,8
4. Sekundäreinkommen	- 2,4	- 1,6	- 3,2
II. Vermögensänderungsbilanz	- 0,1	+ 0,2	- 0,1
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 12,1	+ 21,7	+ 24,2
1. Direktinvestition	- 3,7	- 3,6	+ 2,5
Inländische Anlagen im Ausland	- 2,4	+ 11,1	+ 5,0
Ausländische Anlagen im Inland	+ 1,2	+ 14,6	+ 2,5
2. Wertpapieranlagen	+ 9,2	+ 22,7	+ 13,3
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 8,3	+ 14,9	+ 13,1
Aktien ⁴⁾	- 1,7	- 2,7	+ 0,9
Investmentfondsanteile ⁵⁾	+ 2,4	- 1,7	+ 3,9
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 7,8	+ 22,8	+ 9,1
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	- 0,1	- 3,5	- 0,8
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	- 0,8	- 7,9	- 0,2
Aktien ⁴⁾	+ 2,3	- 2,0	+ 2,2
Investmentfondsanteile	- 1,7	+ 2,2	0,0
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 0,9	- 7,9	- 2,2
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	- 2,3	- 0,2	- 0,3
3. Finanzderivate ⁸⁾	+ 2,5	- 0,9	+ 2,7
4. Übriger Kapitalverkehr ⁹⁾	+ 3,9	+ 3,5	+ 5,5
Monetäre Finanzinstitute ¹⁰⁾	+ 19,7	+ 35,4	- 1,5
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen ¹¹⁾	+ 17,0	+ 32,9	+ 4,5
Staat	+ 0,5	- 6,0	+ 6,5
Bundesbank	+ 7,1	+ 3,3	+ 0,3
Bundesbank	- 23,4	- 29,2	+ 0,1
5. Währungsreserven ¹²⁾	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹³⁾	- 9,4	- 3,5	+ 1,3

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Genusscheine. 5 Einschl. reinvestierter Erträge. 6 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 7 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 8 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. 9 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 10 Ohne Bundesbank. 11 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 12 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen. 13 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

prägt (13,1 Mrd €). Heimische Investoren kauften insbesondere im Ausland emittierte Anleihen (9,1 Mrd €). Darüber hinaus nahmen sie zusätzlich ausländische Investmentzertifikate (3,9 Mrd €) sowie in geringem Umfang auch Aktien (0,9 Mrd €) in ihre Portfolios; sie trennten sich dagegen von ausländischen Geldmarktpapieren (0,8 Mrd €). Anleger aus dem Ausland verkauften im Oktober per saldo heimische Wertpapiere (0,2 Mrd €). Dahinter standen Umschichtungen zwischen den Anlageinstrumenten. Während ausländische Investoren deutsche Staatsanleihen per saldo abgaben (9,8 Mrd €) – als Käufer trat unter anderem die Bundesbank im Rahmen des Ankaufprogramms für Staatsanleihen auf –, erwarben sie im Gegenzug private Anleihen (7,7 Mrd €) und Aktien gebietsansässiger Unternehmen (2,2 Mrd €).

Im Bereich der Direktinvestitionen kam es im Oktober ebenfalls zu Netto-Kapitalabflüssen, und zwar in Höhe von 2,5 Mrd €. Heimische Unternehmen führten verbundenen Unternehmen im Ausland Mittel in Höhe von 5,0 Mrd € zu. Dies erfolgte nahezu ausschließlich über eine Aufstockung des Beteiligungskapitals (6,1 Mrd €), und zwar insbesondere über reinvestierte Gewinne (3,9 Mrd €). Dagegen verringerten hiesige Unternehmen die über die konzerninterne Kreditgewährung grenzüberschreitend bereitgestellten Mittel (um 1,1 Mrd €). Aus dem Ausland flossen gebietsansässigen Unternehmen Direktinvestitionsmittel in Höhe von 2,5 Mrd € zu. Ausländische Investoren gewährten verbundenen Unternehmen in Deutschland vor allem Kredite (4,5 Mrd €), verminderten jedoch ihr Beteiligungskapital (2,0 Mrd €).

Netto-Kapitalexporte bei den Direktinvestitionen

Auch im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, ergaben sich im Oktober Netto-Kapitalexporte; diese beliefen sich auf 5,5 Mrd €. Während den Monetären Finanzinstituten per saldo Mittel zuflossen (1,5 Mrd €), führten die Dispositionen der anderen Sektoren zu Mittelabflüssen. Im Bereich der Unterneh-

Mittelabflüsse im übrigen Kapitalverkehr

men und Privatpersonen beliefen sich diese auf netto 6,5 Mrd € und für den Staat auf 0,3 Mrd €. Im übrigen Kapitalverkehr der Bundesbank mit dem Ausland hielten sich zusätzliche Forderungen aus TARGET2-Salden (7,6 Mrd €) und ein Anstieg der Verbindlichkeiten aus höhe-

ren ausländischen Einlagen bei der Bundesbank (7,5 Mrd €) annähernd die Waage.

Die Währungsreserven der Bundesbank stiegen im Oktober – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,2 Mrd €. *Währungsreserven*

Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017

Die deutsche Wirtschaft wächst derzeit überwiegend durch die lebhaftere Binnennachfrage. Treibende Faktoren sind die günstige Arbeitsmarktlage und die kräftigen Zuwächse der realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Das Auslandsgeschäft der Unternehmen leidet hingegen gegenwärtig unter der schwachen Nachfrage aus den Schwellenländern. Dies wirkt sich auf die gewerbliche Investitionstätigkeit aus. Mit der erwarteten Erholung der Absatzmärkte außerhalb des Euro-Raums und dem sich noch etwas verstärkenden Wirtschaftswachstum im Euro-Raum sollte die gute Grundkonstitution der deutschen Wirtschaft in den nächsten beiden Jahren noch stärker zum Tragen kommen.

Unter diesen Bedingungen könnte die deutsche Wirtschaft – nach einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,7% im laufenden Jahr – im kommenden Jahr um 1,8% und im darauf folgenden Jahr um 1,7% expandieren. Kalendereffekte überdecken dabei die erwartete Verstärkung des Wachstums. In arbeitstäglich bereinigter Betrachtung ergäben sich Zuwachsraten von 1,7% im Jahr 2016 und 1,9% im Jahr 2017, nach 1,5% in diesem Jahr. Die erwartete Zunahme des BIP liegt damit deutlich über der Schätzung für die Potenzialwachstumsrate, die für die beiden kommenden Jahre aufgrund der hohen Flüchtlingszuwanderung leicht auf 1,3% pro Jahr angehoben wurde. Der Nutzungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürfte daher spürbar ansteigen und die Normalauslastung zunehmend übertreffen. Dabei kommt es am Arbeitsmarkt trotz des durch die Zuwanderung vergrößerten Angebots verstärkt zu Engpässen und in der Folge zu höheren Lohnzuwächsen. Bei den Staatsfinanzen ist für das laufende Jahr mit einem nochmals höheren Überschuss zu rechnen. In den kommenden Jahren könnten die staatlichen Haushalte dann mehr oder weniger ausgeglichen sein. Steigende Ausgaben unter anderem wegen der Flüchtlingszuwanderung dürften die günstigen Konjunktüreinflüsse und Entlastungen bei den Zinszahlungen deutlich überwiegen.

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe wird sich vor diesem Hintergrund verstärken. Die Rohölnotierungen sollten ihre inflationsdämpfende Wirkung nach und nach verlieren. Damit sollte sichtbar werden, dass sich der binnenwirtschaftliche Kostenauftrieb verstärkt in den Preisen niederschlägt. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) könnte sich die Teuerungsrate von 0,2% im laufenden Jahr auf 1,1% im kommenden Jahr und 2,0% im darauf folgenden Jahr erhöhen. Ohne Energie gerechnet dürfte die Rate von 1,1% im Jahr 2015 auf 2,0% im Jahr 2017 steigen.

Im Vergleich zur Projektion vom Juni 2015 wird jetzt für 2017 ein leicht höheres Wirtschaftswachstum und im gesamten Projektionszeitraum, insbesondere 2016, ein niedrigerer Preisanstieg erwartet. Die Anpassung der Preisprojektion geht zu einem großen Teil auf den im Juni nicht erwarteten neuerlichen Rückgang der Rohölpreise zurück. Risiken für das Wirtschaftswachstum bestehen, falls sich die gegenwärtige Schwäche in einigen Schwellenländern verstärken sollte. Hohe Unsicherheit besteht zudem über die Höhe der zu erwartenden Flüchtlingszuwanderung und ihre gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Auswirkungen.

Ausgangslage

Wachstum der deutschen Wirtschaft hat im Sommerhalbjahr leicht an Schwung verloren

Die Expansion der deutschen Wirtschaft hat im Sommerhalbjahr 2015 geringfügig an Tempo eingebüßt. Das reale BIP nahm nach dem kräftigen Winterhalbjahr 2014/2015 saison- und kalenderbereinigt um 0,8% zu und stieg damit ein wenig schwächer an als in der Juni-Projektion¹⁾ erwartet.

Privater Konsum weiterhin robust

Die deutsche Wirtschaft wächst derzeit überwiegend durch die kräftige Binnennachfrage. Der private Konsum setzte im Sommerhalbjahr den seit Mitte 2014 beobachteten kräftigen Wachstumstrend in etwas abgeschwächter Form fort. Ausschlaggebend waren positive Impulse durch höhere Einkommen infolge des verstärkten Beschäftigungsanstiegs und spürbarer Verdienstzuwächse sowie Kaufkraftgewinne, die sich aufgrund niedrigerer Rohölnotierungen ergaben.

Die Unternehmensinvestitionen hingegen sind nach ihrem kräftigen Anstieg im Winterhalbjahr 2014/2015 wieder spürbar zurückgegangen. Dazu mag beigetragen haben, dass die Industrieproduktion sich nicht aus ihrer schon seit längerer Zeit anhaltenden Seitwärtsbewegung befreien konnte. Die Industrieunternehmen arbeiteten den Auftragsbestand mit den vorhandenen und normal ausgelasteten Kapazitäten problemlos ab. Zudem gab ihnen die jüngste Flaute bei den Bestellungen wenig Anlass, ihre Produktionskapazitäten auszuweiten. Die gewerbliche Investitionsquote befand sich trotz des zuletzt erfolgten Rücksetzers in der Nähe ihres langfristigen Durchschnittswertes.²⁾

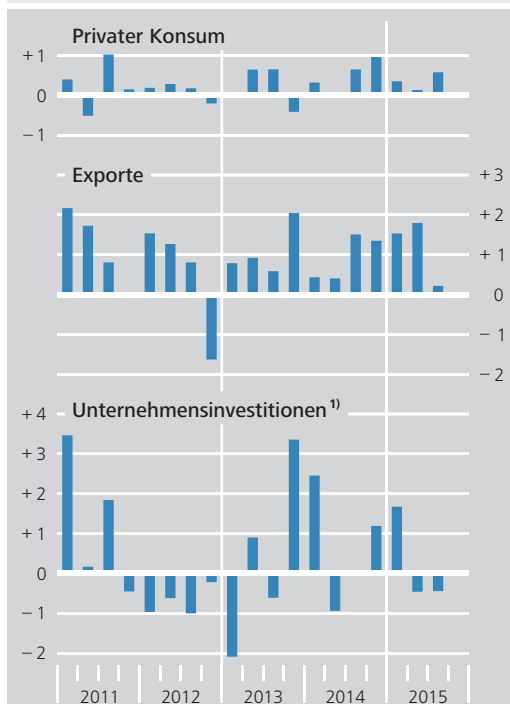
Unternehmensinvestitionen rückläufig

Die aufwärtsgerichtete Grundtendenz am deutschen Wohnimmobilienmarkt hat sich fortgesetzt. Der im Winter erreichte Stand der Investitionen wurde zwar nur leicht überschritten, hier ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass dieser durch die außerordentlich milde Witterung begünstigt worden war.

Wohnungsbauinvestitionen stabil

Wichtige Nachfragekomponenten

Veränderung gegenüber Vorquartal in %, preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt. ¹ Private Anlageinvestitionen ohne Wohnungsbau.
 Deutsche Bundesbank

Das Expansionstempo der Ausfuhren blieb im Frühjahr noch hoch. Nicht nur die Exporte in den Euro-Raum, sondern auch die Lieferungen in Drittstaaten waren äußerst lebhaft, obgleich die Absatzmärkte außerhalb des Euro-Raums bereits seit Anfang des Jahres zur Schwäche neigten. Die starken Marktanteilsgewinne deutscher Unternehmen in diesen Regionen, für die die Euro-Abwertung eine unterstützende Rolle gespielt haben dürfte, ließen sich nicht vollständig halten. Im Sommer verloren die Ausfuhren deutlich an Schwung. Dem Auslandsgeschäft fehlten Impulse aus Drittstaaten, und hier vor allem aus den fernöstlichen Schwellenländern. Auf der Einfuhrseite trugen die rückläufigen Unternehmensinvestitionen dazu bei, dass das

Exporte und Importe mit weniger Schwung als zuvor

¹ Siehe: Deutsche Bundesbank, Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2015 und 2016 mit einem Ausblick auf das Jahr 2017, Monatsbericht, Juni 2015, S. 13–30.

² Dabei ist auch zu beachten, dass mit den im August 2015 veröffentlichten Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) die Unternehmensinvestitionen insbesondere im Winterhalbjahr 2014/2015 aufwärts revidiert wurden.

Wachstum der Importe etwas geringer als zuvor ausfiel und auch hinter den Erwartungen der Juni-Projektion zurückblieb.

Erheblich steigende Beschäftigung; Arbeitslosigkeit stabil

Die Beschäftigung nahm im Sommerhalbjahr mit einem Plus von 215 000 Personen sogar noch etwas stärker zu als in der Juni-Projektion unterstellt. Zu der günstigen Entwicklung dürften vor allem die Zuwanderer aus anderen EU-Staaten beigetragen haben, die sich überwiegend gut in den Arbeitsmarkt einfügen. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich dagegen saisonbereinigt kaum mehr.

Lohnkostenanstieg etwas stärker als erwartet

Die Lohnkosten stiegen im Sommerhalbjahr gemessen an den Arbeitnehmerentgelten je Arbeitnehmer im Vorjahresvergleich mit durchschnittlich 3,0% etwas stärker als erwartet. Dies lag an der Lohndrift, die im Frühjahr wegen leicht höherer Leistungsprämien in der Industrie geringfügig größer ausfiel. Die bisher feststellbaren Auswirkungen des allgemeinen Mindestlohns auf die Effektivverdienste bestätigen weitgehend die früheren Einschätzungen.³⁾

Erneuter Rohölpreistrückgang drückte Inflationsrate

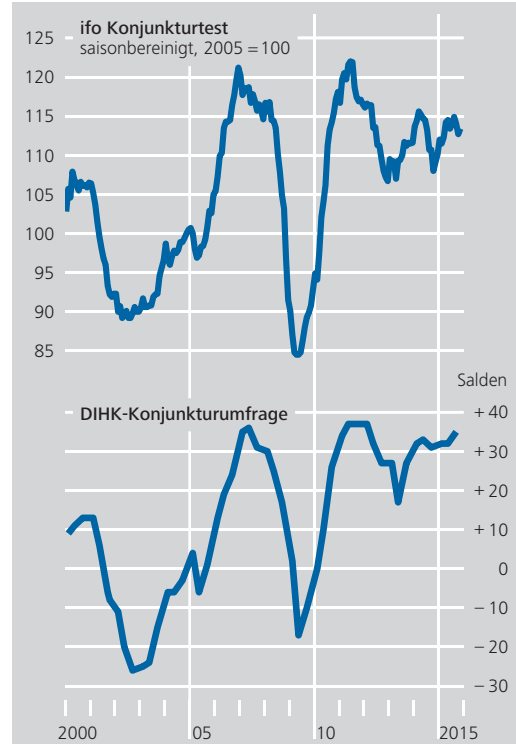
Anders als erwartet hat sich der Preisauftrieb seit Beginn des Frühjahres nicht deutlich verstärkt, sondern ermäßigt. Während in der Juni-Projektion für Oktober noch eine Vorjahresrate des HVPI von 0,9% prognostiziert worden war, ergab sich tatsächlich eine Rate von lediglich 0,2%. Der recht große Prognosefehler ist vor allem auf den erneuten Rückgang der Rohölnotierungen zurückzuführen. Aber auch der Preisanstieg bei Dienstleistungen blieb hinter den Erwartungen zurück, wobei der Mietenanstieg überraschend niedrig ausfiel.⁴⁾ Hingegen wurde der Preisanstieg für Waren, insbesondere für Nahrungsmittel, unterschätzt. Ohne Energie belief sich die HVPI-Rate deshalb wie erwartet auf 1,4%.

■ Rahmenbedingungen

Annahmenbasierte Projektion

Die hier vorgelegte Projektion basiert auf Annahmen über die Weltwirtschaft, die Wechselkurse, die Rohstoffpreise und die Zinssätze, die

Lagebeurteilung



Quellen: ifo Konjunkturtest und DIHK-Konjunkturumfrage.
 Deutsche Bundesbank

von Experten des Eurosystems festgelegt wurden. Ihnen liegen Informationen zugrunde, die am 12. November 2015 verfügbar waren. Die Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum ergeben sich aus den Projektionen der nationalen Zentralbanken der Euro-Länder.

Das globale Wirtschaftswachstum verstärkte sich im bisherigen Jahresverlauf 2015 nicht in dem Maße, wie es in der Juni-Projektion angenommen worden war. Zwar erwies sich die konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern als robust und entsprach weitgehend den Erwartungen. In einigen Schwellenländern blieb

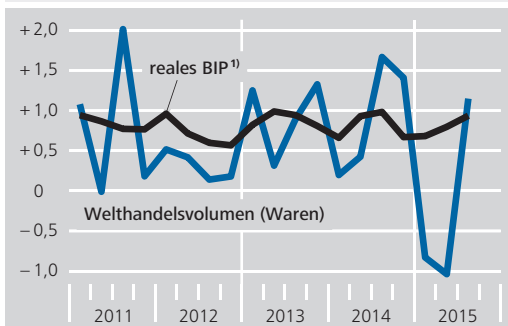
Globales Wachstum verstärkt sich leicht, bleibt aber moderat

³ Siehe hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Erste Anhaltspunkte zur Wirkung des Mindestlohns auf den Verdienstanstieg, Monatsbericht, August 2015, S. 58 f.

⁴ In den Verbraucherpreisindex gehen vorwiegend Altverträge ein. Diese folgen den Neuvertragsmieten üblicherweise mit großer zeitlicher Verzögerung und weniger starkem Ausschlag. Da die Neuvertragsmieten bereits seit einigen Jahren kräftig anziehen, war eine weitere Beschleunigung der Verbraucherpreiskomponente „Mieten“ erwarten worden.

Globale Wirtschaftsleistung und Welthandel

saisonbereinigt, Veränderung gegenüber Vorquartal in %



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von nationalen Statistiken sowie Centraal Planbureau. ¹ Aggregat aus ausgewählten Industrie- und Schwellenländern, die zusammen vier Fünftel der globalen Wirtschaftsleistung repräsentieren. Gewichtung auf Basis von Kaufkraftparitäten.

Deutsche Bundesbank

sie aber hinter dem im Frühjahr unterstellten Verlauf zurück. Nach wie vor belasten strukturelle Probleme sowie makroökonomische und finanzielle Ungleichgewichte die Wachstumsaussichten verschiedener aufstrebender Volkswirtschaften. Zudem leiden einige Rohstoffe extrahierende Schwellenländer unter den niedrigen Rohstoffpreisen.⁵⁾ Für die kommenden beiden Jahre wird davon ausgegangen, dass die Weltwirtschaft (ohne den Euro-Raum) ihr Expansionstempo leicht verstärkt. Das globale Wachstum (in kaufkraftparitätischer Gewichtung) könnte von 3% im laufenden Jahr auf 3½% und 4% in den beiden kommenden Jahren anziehen. Die Zuwachsraten blieben damit moderat.

Nach Rückgang im ersten Halbjahr nimmt Welthandel wieder etwas an Fahrt auf

Das Welthandelsvolumen verringerte sich in der ersten Jahreshälfte sogar. Es blieb damit deutlich hinter den Annahmen der Juni-Projektion zurück und ist schwer mit dem ausgewiesenen globalen Wirtschaftswachstum in Einklang zu bringen. Die Rezessionen und die Abwertung der heimischen Währung in einigen großen Schwellenländern führten zu stark rückläufigen Importen; darüber hinaus verringerten sich die Einfuhren auch in einzelnen Industrieländern. Während Letzteres vorübergehender Natur sein sollte, könnte die Erholung der Importe in verschiedenen aufstrebenden Volkswirtschaften zaghafter ausfallen. Dies hat noch einmal zu

deutlichen Abwärtsrevisionen der Annahmen für den internationalen Handel (ohne den Euro-Raum) geführt. Nach nur + ½% im laufenden Jahr werden für die kommenden beiden Jahre Steigerungsraten von lediglich 3% und 3¾% unterstellt. Dies liegt deutlich unter dem durchschnittlichen Expansionstempo des internationalen Handels seit 2010 von 4½% pro Jahr.

Die Erwartung eines reichhaltigen Rohölangebots in Verbindung mit der verhaltenen globalen Industriekonjunktur sowie der Nachfrageschwäche einiger Schwellenländer haben seit Abschluss der Juni-Projektion zu einem erneuten deutlichen Rückgang der Rohölnotierungen beigetragen. Die Terminnotierungen, aus denen die Annahmen für die Rohölpreise abgeleitet werden, deuten zwar weiterhin aufwärts. Dennoch bleiben die dieser Projektion zugrunde liegenden Rohölpreise im Jahr 2016 um ein Viertel und im Jahr 2017 um ein Fünftel unter den Annahmen vom Juni. Auch die Notierungen anderer Rohstoffe haben noch einmal deutlich nachgegeben. Mit dem erwarteten moderaten Wachstum der Weltwirtschaft könnten die Rohstoffpreise erst im Jahr 2017 wieder ansteigen.

Rohölnotierungen und sonstige Rohstoffpreise steigen nach dem erneuten Rückgang bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder leicht an

Bei unverändert niedrigen Leitzinsen hat das Eurosystem das im März 2015 begonnene erweiterte Anleihekaufprogramm fortgeführt. Der EZB-Rat wies zudem darauf hin, dass das Programm ausreichend Flexibilität biete, sollten die Verankerung der mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen und das Ziel eines mittelfristigen Anstiegs der HVPI-Rate zurück auf ein Niveau von unter, aber nahe 2% in Gefahr geraten. Trotz einer robusten Entwicklung der Binnennachfrage im Euro-Raum kündigte der EZB-Rat im Oktober schließlich an, den Grad der geldpolitischen Akkommodierung in seiner Dezember-Sitzung erneut auf den Prüfstand zu stellen. Die Aussichten auf eine anhaltend hohe Liquiditätsversorgung und eine weitere Senkung des Einlagesatzes haben die Markterwar-

Expansive Geldpolitik dämpft Zinsen, Finanzierungsbedingungen weiterhin äußerst günstig

⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Verlangsamung des globalen Wirtschaftswachstums und der Rückgang der Rohstoffpreise, Monatsbericht, November 2015, S. 16 f.

tungen über die zukünftige Zinsentwicklung nochmals leicht gedämpft. Die daraus abgeleiteten technischen Annahmen für die Pfade der Kurzfristzinsen und die Rendite neun- bis zehnjähriger Staatsanleihen liegen somit noch unter den Annahmen für die Juni-Projektion. Entsprechend bleiben auch die in dieser Projektion unterstellten Zinsen für Bankkredite in Deutschland auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Zugang zu Krediten stellt sich laut DIHK-Konjunkturumfrage vom Herbst und ifo Kredithürdenindikator in Deutschland ebenfalls weiterhin als sehr günstig dar.

Auch Euro-Wechselkurs unter dem Einfluss der Geldpolitik niedrig

Der Euro gab vor dem Hintergrund deutlicher Signale einer bevorstehenden Leitzinsanhebung von der Federal Reserve und den Ankündigungen aus dem EZB-Rat im Oktober, welche Erwartungen einer weiteren Lockerung der Geldpolitik im Euro-Raum stützen, zuletzt gegenüber dem US-Dollar wieder nach. In dem für die Ableitung der Wechselkursannahmen relevanten Zeitraum notierte er bei 1,09 US-\$ und damit 3 Cent unter den Annahmen der Juni-Projektion.⁶⁾ Nach Abschluss dieser Projektion hat sich die leichte Abwärtstendenz noch fortgesetzt.

Erholungsprozess im Euro-Raum setzt sich fort

Die konjunkturelle Erholung im Euro-Raum setzte sich im bisherigen Jahresverlauf fort. Deutliche Wachstumsimpulse gingen von der Inlandsnachfrage aus. Insbesondere die privaten Konsumausgaben profitierten weiterhin vom Beschäftigungswachstum und zusätzlichen Ausgabenspielräumen, die sich aufgrund der anhaltend niedrigen Energiepreise ergaben. Stimulierend wirkte in einigen Ländern auch der Nachholbedarf beim Kauf langlebiger Konsumgüter. Dieser war in den vergangenen Jahren aufgrund der schwachen Einkommensentwicklung und der erhöhten Arbeitsmarktrisiken eingeschränkt worden.⁷⁾ Die günstigeren Finanzierungsbedingungen und der erleichterte Zugang zu Krediten begünstigen im Unternehmensbereich Ausgaben für zusätzliche Investitionen. Ähnlich wie in Deutschland stiegen die Ausfuhren des Euro-Raums in der ersten Jahreshälfte trotz der rückläufigen Entwicklung des Welt-

Wichtige Annahmen der Prognose

Position	2014	2015	2016	2017
Wechselkurse für den Euro				
US-Dollar je Euro Effektiv ¹⁾	1,33	1,11	1,09	1,09
	101,8	92,3	91,7	91,7
Zinssätze				
EURIBOR-Dreimonatsgeld	0,2	0,0	-0,2	-0,1
Umlaufrendite öffentlicher Anleihen ²⁾	1,2	0,5	0,8	1,0
Rohstoffpreise				
Rohöl ³⁾	99,4	54,3	52,2	57,5
Sonstige Rohstoffe ^{4) 5)}	-8,6	-18,7	-5,2	4,1
Absatzmärkte der deutschen Exporteure ^{5) 6)}	3,6	1,8	3,4	4,3

¹⁾ Gegenüber den Währungen der 19 wichtigsten Handelspartner des Euro-Raums (EWK-19-Gruppe), 1. Vj. 1999 = 100.
²⁾ Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von über neun bis zehn Jahren. ³⁾ US-Dollar je Fass der Sorte Brent. ⁴⁾ In US-Dollar. ⁵⁾ Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
⁶⁾ Arbeitstäglich bereinigt.

Deutsche Bundesbank

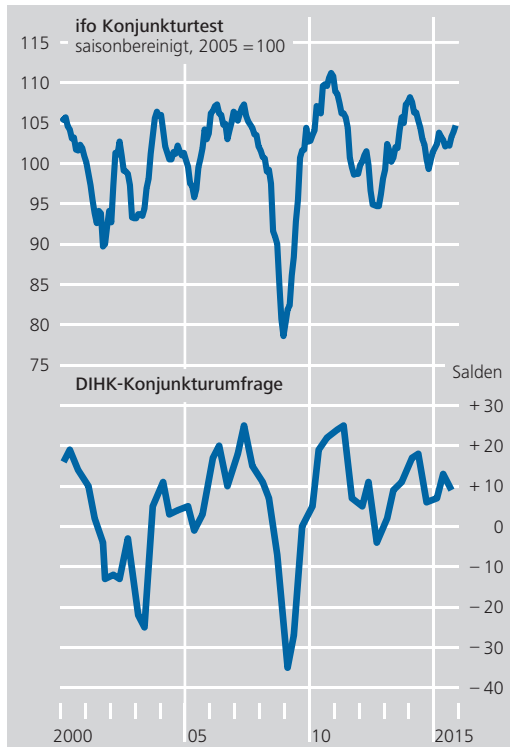
handels spürbar. Die Exporteure haben vermutlich von der auch durch die Euro-Abwertung gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit sowie von der kräftigen Nachfrage aus einigen Industrieländern profitiert. Der Handel innerhalb des Euro-Raums nahm – gestützt durch die zunehmende Belebung der Nachfrage – ebenfalls deutlich zu.⁸⁾ Auch in den kommenden beiden Jahren dürften die Exporte recht kräftig ansteigen, wobei Ausfuhren in Drittländer im Zeitverlauf weniger von dem niedrigen Wechselkurs und mehr von der Erholung des Welthandels profitieren sollten. Nach einem BIP-Wachstum von kalenderbereinigt 1,5% im laufenden Jahr liegen die für den Euro-Raum (ohne Deutschland) erwarteten Zuwachsraten für die Jahre 2016 und 2017 aufgrund der geringeren außenwirtschaftlichen Impulse wegen der nach unten revidierten Annahmen für den Welthandel mit 1,7% und 1,9% etwas unter denen der Juni-Projektion. Damit werden die gesamtwirtschaft-

⁶⁾ Die Annahmen für den effektiven Wechselkurs des Euro (gegenüber 19 für den Außenhandel des Euro-Raums wichtigen Währungen) sind im Vergleich zu Juni weitgehend unverändert.

⁷⁾ Die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen führt zwar auch in einigen anderen Ländern außer Deutschland zu zusätzlichen staatlichen Ausgaben, im Hinblick auf den Euro-Raum insgesamt dürften die zusätzlichen Nachfragewirkungen jedoch gering sein.

⁸⁾ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die jüngste Entwicklung der Ausfuhren der EWU-Länder, Monatsbericht, November 2015, S. 21 ff.

Erwartungen



Quellen: ifo Konjunkturtest und DIHK-Konjunkturumfrage.
 Deutsche Bundesbank

lichen Kapazitäten im Durchschnitt der übrigen Länder des Euro-Raums bis zum Ende des Prognosezeitraums noch nicht wieder normal ausgelastet sein.

*Finanzpolitische
 Maßnahmen
 expansiv*

Die finanzpolitischen Maßnahmen in Deutschland, die in dieser Projektion berücksichtigt wurden, verschlechtern den staatlichen Finanzierungssaldo bis 2017 gegenüber 2015 um ½% des BIP (vor allem im kommenden Jahr).⁹⁾ Dabei haben Abgabenänderungen in der Summe praktisch keinen Effekt. Zwar wird erwartet, dass die gesetzlichen Krankenkassen ihre kassenspezifischen Zusatzbeitragssätze im Durchschnitt sukzessive anheben. Außerdem soll im Jahr 2017 der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung nochmals um 0,2 Prozentpunkte erhöht werden. Allerdings werden die Steuern gesenkt, wobei die Rechtsverschiebung des Einkommensteuertarifs sowie die weitere Anhebung der Einkommensteuerfreibeträge zum Jahresbeginn 2016 die größte Rolle spielen. Auf der Ausgabenseite schlagen bei den

Sozialleistungen neben einer neuen Ausweitung von Leistungen mit der zweiten Pflegereform 2017 zusätzliche Gesundheitsausgaben und die Anhebung des Wohngelds zu Buche. Hinzu kommen höhere Ausgaben für Infrastruktur, Bildung, Forschung sowie sozialen Wohnungsbau. Zu den berücksichtigten Maßnahmen treten außerdem spürbare Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung hinzu.¹⁰⁾

■ Konjunktureller Ausblick¹¹⁾

Die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in Deutschland dürfte im Winterhalbjahr 2015/2016 nicht merklich über das Expansionstempo vom zurückliegenden Sommerhalbjahr hinausgehen, aber voraussichtlich auch nicht dahinter zurückbleiben. Die Industriekonjunktur könnte bis in das erste Quartal 2016 hinein unter dem zuletzt schwachen Auftragszugang leiden, auch wenn sich die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe nach den Erhebungen des ifo Instituts schon wieder von ihrem Dämpfer in den Sommermonaten erholt hat. Die Dienstleistungsbranchen sollten weiter kräftig expandieren.

Wirtschaftswachstum im Winterhalbjahr 2015/2016 wegen schwacher Industriekonjunktur noch ohne Verstärkung

Im Verlauf des Jahres 2016 könnte die deutsche Wirtschaft zusätzlich an Schwung gewinnen, wenn sich die Exporte wie unterstellt von ihrer Schwächephase im zweiten Halbjahr 2015 erholen und später mit steigendem Auslastungsgrad auch die Unternehmensinvestitionen wieder anspringen. Voraussetzung hierfür ist nicht zuletzt, dass der Welthandel stärker expandiert. Maßgeblich getragen wird das recht kräftige Wachstum in Deutschland aber weiterhin von der Binnenkonjunktur und dabei insbesondere vom privaten Konsum, der von nied-

2016/2017 sorgt privater Konsum für solides Grundtempo, Exporte und Investitionen für zunehmende Dynamik

⁹⁾ Es werden nur Maßnahmen einbezogen, die verabschiedet sind oder die bereits hinreichend spezifiziert wurden und deren Umsetzung wahrscheinlich erscheint.

¹⁰⁾ Diese werden auf S. 26 ff. näher beschrieben.

¹¹⁾ Die hier vorgestellte Vorausschätzung für Deutschland wurde am 19. November 2015 abgeschlossen. Sie ist in die am 3. Dezember 2015 von der EZB veröffentlichte Projektion für den Euro-Raum eingegangen.

riger Arbeitslosigkeit, spürbaren Zuwächsen der realen Löhne und von steigenden staatlichen Transfers profitiert. Bei den monetären staatlichen Transfers spielt ebenso wie bei dem vergleichsweise kräftigen Zuwachs der staatlichen Konsumausgaben die Flüchtlingszuwanderung eine wichtige Rolle.

Anhaltend
 kräftiges
 Wachstum ...

Unter diesen Bedingungen könnte sich das Wachstum des saison- und kalenderbereinigten realen BIP im Verlauf des Jahres 2016 auf 2,0% verstärken und dieses Tempo im Verlauf von 2017 mit 1,8% nahezu halten.¹²⁾ Im Jahresdurchschnitt ergibt sich daraus ein saison- und kalenderbereinigter BIP-Zuwachs von 1,7% im Jahr 2016 und von 1,9% für 2017, nach 1,5% in diesem Jahr. Der Umschwung von einem positiven Kalendereffekt im kommenden Jahr auf einen merklich negativen Einfluss im Jahr 2017, der sich aus der unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen ergibt, führt dazu, dass die unbereinigten jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten ein etwas anderes Bild zeichnen (+1,8% für 2016 und +1,7% für 2017, nach +1,7% im Jahr 2015). Damit wird für 2016 das gleiche BIP-Wachstum erwartet wie in der Juni-Projektion, während für 2017 jetzt von einem leicht höheren Zuwachs ausgegangen wird.

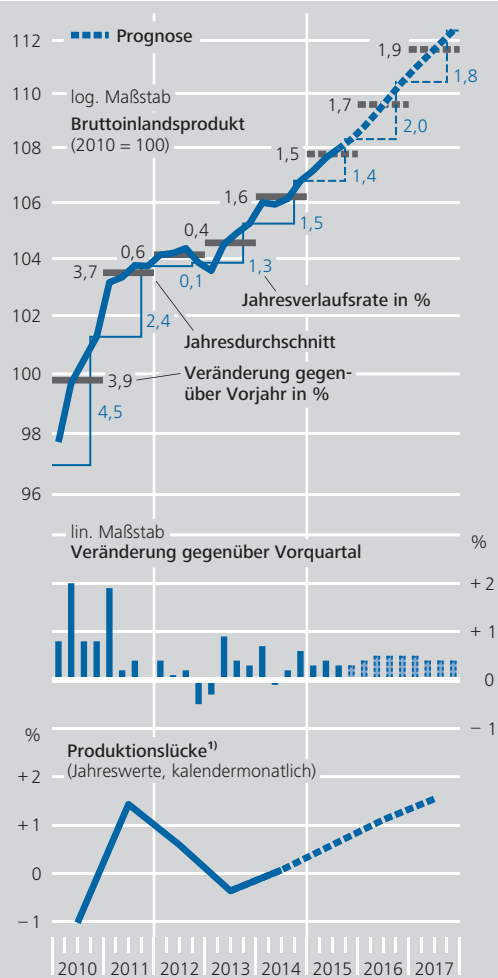
... führt zu
 Auslastung der
 Produktions-
 kapazitäten über
 das Normalmaß
 hinaus

Insgesamt würde die deutsche Wirtschaft in den kommenden beiden Jahren deutlich stärker expandieren als das Produktionspotenzial. Dessen Wachstum wird aufgrund des Einflusses der Flüchtlingszuwanderung auf das Erwerbspersonenpotenzial (einschl. eines gewissen Verdrängungseffekts auf die übrige Nettozuwanderung) und der indirekten Auswirkungen auf das Produktivitätswachstum und die Sachkapitalbildung im Prognosezeitraum mit 1,3% pro Jahr geringfügig höher angesetzt als im Juni. Die bereits im laufenden Jahr leicht positive Produktionslücke würde weiter zunehmen, und die

¹² Diese Jahresverlaufsdaten messen die prozentualen Veränderungen des saison- und kalenderbereinigten BIP im jeweils vierten Quartal gegenüber dem Vorjahr. Bei der Verlaufsbeurteilung steht die konjunkturelle Dynamik innerhalb eines Jahres im Vordergrund, während die Durchschnittsbetrachtung auch die statistischen Über- und Unterhänge aus dem Vorjahr einbezieht.

Gesamtwirtschaftliche Produktion und Produktionslücke

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



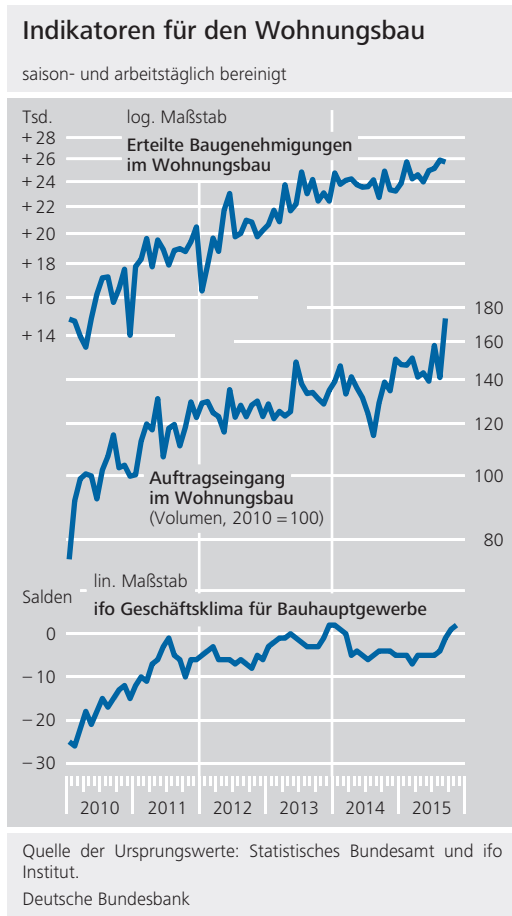
Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 2015 bis 2017 eigene Prognosen. **1** Abweichung des BIP vom geschätzten Produktionspotenzial. Deutsche Bundesbank

Technische Komponenten zur BIP-Wachstumsprognose

in % bzw. Prozentpunkten

Position	2014	2015	2016	2017
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹⁾	0,7	0,5	0,5	0,8
Jahresverlaufsrate ²⁾	1,5	1,4	2,0	1,8
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,6	1,5	1,7	1,9
Kalendereffekt ³⁾	0,0	0,2	0,1	-0,2
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate ⁴⁾	1,6	1,7	1,8	1,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2015 bis 2017 eigene Prognosen. **1** Saison- und kalenderbereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. **2** Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. **3** In % des BIP. **4** Abweichungen in der Summe rundungsbedingt. Deutsche Bundesbank



Produktionskapazitäten der deutschen Wirtschaft wären 2017 deutlich höher ausgelastet als im langfristigen Mittel.

Eine wesentliche Voraussetzung für die erwartete Verstärkung des Wachstumsprozesses im Verlauf des nächsten Jahres ist neben der robusten Binnenkonjunktur eine spürbare Belebung der Exporte. Die zuletzt schwache Entwicklung dürfte aber nur allmählich überwunden werden. Darauf deuten die im dritten Vierteljahr rückläufigen Auftragseingänge aus dem Ausland und die laut DIHK-Herbstumfrage verschlechterten Exporterwartungen der Industrieunternehmen hin. Mit der unterstellten stärkeren Ausweitung der internationalen Absatzmärkte sollten die Ausfuhren im Laufe des kommenden Jahres aber wieder Fahrt aufnehmen und das höhere Tempo im Jahr 2017 weitgehend halten. Auch wenn ein großer Teil der stimulierenden Wirkung der Euro-Abwertung bereits zum Tragen gekommen sein dürfte, könnten die deutschen Exporteure ihre bis Mitte

Ausfuhren nehmen wieder Fahrt auf

2015 gewonnenen Marktanteile im Handel mit Drittstaaten nach einer gewissen Delle möglicherweise noch leicht ausbauen, während im Handel mit anderen EWU-Ländern aufgrund der sich verschlechternden preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen leichte Marktanteileinbußen wahrscheinlich sind.

Auch die Unternehmensinvestitionen dürften im Winterhalbjahr noch ohne Schwung bleiben. Ausschlaggebend hierfür sind die verhaltenen Perspektiven für die Industrie, deren Produktionskapazitäten zudem lediglich normal ausgelastet sind, sodass bisher keine Notwendigkeit für Erweiterungsinvestitionen besteht. Die gute finanzielle Lage der Unternehmen und die nach wie vor äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen dürften zunächst vor allem für Ersatz- und Modernisierungsvorhaben genutzt werden. Im Laufe des Jahres 2016 sollte sich die Investitionstätigkeit aber wieder stärker beleben, wenn zur kräftigen Binnenkonjunktur zusätzliche Impulse von der Auslandsnachfrage kommen und der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad deutlich in den positiven Bereich steigt.

Belebung der Unternehmensinvestitionen erst im Laufe des Jahres 2016

Die Wohnungsbauinvestitionen dürften im Prognosezeitraum wieder stärker anziehen. Die zuletzt erheblich gestiegenen Baugenehmigungen und Auftragseingänge im Wohnungsbau deuten auf eine robuste Nachfrage in diesem Bereich hin. Zudem sind die Finanzierungsbedingungen weiterhin günstig, und Impulse kommen nach wie vor von der hohen Zuwanderung. Allerdings unterscheidet sich deren erwartete Zusammensetzung aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Flüchtlingsmigration stark von dem bisherigen Muster, was die Abschätzung der Auswirkungen auf die Wohnungsmärkte erschwert.¹³⁾

Wohnungsbauinvestitionen ziehen von hohem Niveau aus wieder stärker an

Trotz der vom Bund beschlossenen Investitionspakete und der vergleichsweise guten Haus-

¹³ Zu den Einzelheiten siehe die Ausführungen auf den S. 26 ff.

Höhere
 staatliche
 Investitionen

haltslage vieler Länder und Gemeinden wird das Wachstum der staatlichen Investitionsausgaben im laufenden Jahr wohl nur verhalten ausfallen. Für die beiden Folgejahre ist aber aufgrund der geplanten Verstärkung der Infrastrukturinvestitionen mit deutlich steigenden staatlichen Bauinvestitionen zu rechnen. Außerdem sind höhere Zuwächse der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen angelegt, wenn sich die derzeitigen Verzögerungen bei den militärischen Beschaffungen auflösen.¹⁴⁾

Bruttoanlage-
 investitionen mit
 zunehmendem
 Beitrag zum
 Wirtschaftswachstum

Insgesamt sollten die Bruttoanlageinvestitionen in den kommenden beiden Jahren einen zunehmenden Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Der Anstieg der Sachkapitalbildung dürfte im nächsten Jahr zwar noch gedämpft bleiben. Für 2017 ist aber angesichts der dann stärkeren privaten Investitionstätigkeit wieder mit einem deutlich höheren Zuwachs zu rechnen.

Privater Konsum
 als treibende
 Kraft der
 Binnen-
 konjunktur ...

Der private Konsum wird auch im Prognosezeitraum die treibende Kraft hinter der guten Binnenkonjunktur bleiben. Dies ist vor allem der anhaltend guten Lage auf dem Arbeitsmarkt mit kräftig steigender Beschäftigung und niedriger Arbeitslosigkeit sowie merklichen Entgeltzuwächsen geschuldet. Zusätzlich spielt eine Rolle, dass die durch diese günstigen Fundamentalfaktoren angelegten Zuwächse der realen verfügbaren Einkommen durch Sonderfaktoren verstärkt werden. Nachdem es dieses Jahr einen Schub von der Einführung des Mindestlohns und den kräftig gesunkenen Energiepreisen gegeben hatte, kommt es 2016 insbesondere zu einem Impuls durch die zusätzlichen staatlichen monetären Transfers im Zuge der Flüchtlingszuwanderung, aber beispielsweise auch durch die Entlastung bei der Einkommensteuer. Darüber hinaus ist der Ölpreis auf ein nochmals niedrigeres Niveau gefallen und wird den Anstieg der Verbraucherpreise auch im Durchschnitt des kommenden Jahres noch deutlich dämpfen.

¹⁴ Militärische Beschaffungen werden zum Auslieferungzeitpunkt als staatliche Ausrüstungsinvestition verbucht, und es kann hier zu größeren Ausschlägen kommen.

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Prognose

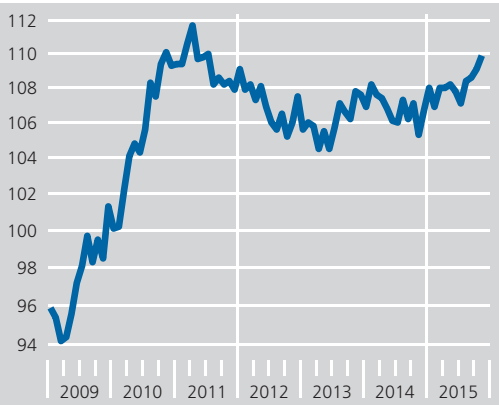
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2014	2015	2016	2017
BIP (real)	1,6	1,7	1,8	1,7
desgl. kalenderbereinigt	1,6	1,5	1,7	1,9
Verwendung des realen BIP				
Private Konsumausgaben	0,9	2,0	2,3	1,6
nachrichtlich: Sparquote	9,5	9,6	9,4	9,4
Konsumausgaben des Staates	1,7	2,4	2,4	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	2,2	2,4	3,7
Unternehmensinvestitionen ¹⁾	4,6	2,3	1,5	3,6
Private Wohnungsbauinvestitionen	3,3	2,5	2,6	3,0
Exporte	4,0	5,6	3,4	3,8
Importe	3,7	5,9	4,9	5,5
nachrichtlich: Leistungsbilanzsaldo ²⁾	7,3	8,5	8,2	7,7
Beiträge zum BIP-Wachstum ³⁾				
Inländische Endnachfrage	1,5	2,0	2,2	2,0
Vorratsveränderungen	-0,3	-0,6	-0,1	0,1
Exporte	1,8	2,6	1,6	1,8
Importe	-1,5	-2,3	-1,9	-2,2
Arbeitsmarkt				
Arbeitsvolumen ⁴⁾	1,2	1,1	1,0	0,7
Erwerbstätige ⁴⁾	0,9	0,8	0,9	0,7
Arbeitslose ⁵⁾	2,9	2,8	2,8	2,9
Arbeitslosenquote ⁶⁾	6,7	6,4	6,4	6,5
Löhne und Lohnkosten				
Tarifverdienste ⁷⁾	2,9	2,4	2,4	2,7
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,7	2,9	2,7	3,0
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	2,6	2,8	2,7	3,2
Reales BIP je Erwerbstätigen	0,7	0,9	0,9	1,0
Lohnstückkosten ⁸⁾	1,9	1,9	1,8	2,2
nachrichtlich: BIP-Deflator	1,7	2,1	1,8	2,0
Verbraucherpreise ⁹⁾				
ohne Energie	0,8	0,2	1,1	2,0
Energiekomponente	-2,0	-6,9	-2,9	2,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2015 bis 2017 eigene Prognosen. ¹ Private Anlageinvestitionen ohne Wohnungsbau. ² In % des nominalen BIP. ³ Rechnerisch, in Prozentpunkten. Abweichungen in der Summe rundungsbedingt. ⁴ Inlandskonzept. ⁵ In Millionen Personen (Definition der Bundesagentur für Arbeit). ⁶ In % der zivilen Erwerbspersonen. ⁷ Auf Monatsbasis; gemäß Tarifverdienstindex der Bundesbank. ⁸ Quotient aus dem im Inland entstandenen Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und dem realen BIP je Erwerbstätigen. ⁹ Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

ifo Beschäftigungsbarometer für Deutschland

2005 = 100, saisonbereinigt, log. Maßstab



Quelle: ifo Konjunkturtest.
Deutsche Bundesbank

... könnte 2017 leicht an Fahrt verlieren

Bei wieder stärker ansteigenden Verbraucherpreisen und geringeren stützenden fiskalischen Einflüssen dürften die realen verfügbaren Haushaltseinkommen 2017 mit 1½% etwas schwächer zunehmen als 2015 und 2016. Die Sparquote könnte im kommenden Jahr im Vergleich zu 2015 etwas zurückgehen, wenn sich die zusätzlichen Kaufkraftgewinne durch die niedrigeren Energiepreise nach und nach vollständig in höhere Verbrauchsausgaben umsetzen. Für den realen privaten Konsum ergeben sich somit nach einem Zuwachs um 2% im laufenden Jahr Expansionsraten von 2¼% im Jahr 2016 und von 1½% im Jahr 2017.

Deutliche Zuwächse des Staatsverbrauchs

Für den Staatsverbrauch ist nach einem bereits deutlichen Anstieg im laufenden Jahr auch für die kommenden beiden Jahre ein relativ hohes Wachstum angelegt. Dazu tragen neben der zweiten Pflegereform 2017 zusätzliche Gesundheitsausgaben bei. Außerdem soll der Personalaufwand für Kinderbetreuung sowie Bildung zum einen generell verstärkt werden und zum anderen dürfte hier der Bedarf durch die Flüchtlingsmigration steigen. Des Weiteren ist die wachsende Zahl der Asylverfahren mit höheren Sachleistungen verbunden.

Kräftiger Anstieg der Einfuhren

Infolge der insgesamt angelegten Expansion der Endnachfrage sollten auch die Einfuhren im Prognosezeitraum kräftig ansteigen. Auch

dürfte der Importanteil wichtiger Verwendungskomponenten im Zuge der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung weiter zunehmen, auch wenn die jüngst revidierten Angaben aus den VGR darauf hindeuten, dass dieser Trend etwas flacher verläuft als zuvor angenommen. Nach einer Steigerungsrate von 6% im Jahr 2015 könnten die Importe in den beiden Folgejahren um knapp 5% und 5½% zunehmen. Aufgrund ihrer auch infolge der Euro-Abwertung im Vergleich zu Anbietern aus Drittstaaten verbesserten Wettbewerbsposition sollten europäische Hersteller in stärkerem Maß von der Nachfragebelebung in Deutschland profitieren.

Der Überschuss in der deutschen Handelsbilanz ist im laufenden Jahr kräftig angestiegen. Dabei haben starke Preiseffekte infolge der anhaltend niedrigen Rohölnotierungen sowie die nicht zuletzt von der Euro-Abwertung und Sortiments-effekten begünstigte Exportentwicklung eine Rolle gespielt. Damit befindet sich auch der Leistungsbilanzsaldo auf einem besonders hohen Niveau. In den beiden Folgejahren ist jedoch davon auszugehen, dass der Überschuss im Zuge der steigenden Binnennachfrage und des kräftigen Importwachstums wieder etwas zurückgeht. Zudem sollten die Importpreise im Prognosezeitraum wieder merklich anziehen. Allerdings erscheint ein Rückgang auf unter 7% des BIP wenig wahrscheinlich. Dabei spielt auch eine Rolle, dass aufgrund des hohen Auslandsvermögens weiterhin mit einem beachtlichen positiven Primäreinkommenssaldo zu rechnen ist.

Leichter Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses

Arbeitsmarkt

Die insgesamt guten Konjunkturaussichten tragen dazu bei, dass sich die vorteilhafte Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre grundsätzlich auch im Prognosezeitraum fortsetzen dürfte. Für die nächsten Monate zeigen die Frühindikatoren eine anhaltend hohe Arbeitskräftenachfrage insbesondere aus einigen Dienstleistungssektoren an. Das Beschäftigungs-

Günstige Arbeitsmarktentwicklung setzt sich fort

barometer des ifo Instituts signalisiert, dass die gewerbliche Wirtschaft in erheblichem Umfang neue Stellen zu schaffen gedenkt. Dies wird durch das Rekordniveau des Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) bekräftigt. Die im Rahmen der Herbstumfrage des DIHK befragten Unternehmen sind nur geringfügig weniger optimistisch. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte im Prognosezeitraum Haupttreiber des Beschäftigungsaufbaus bleiben.

Dämpfende Wirkung erwerbsorientierter Zuwanderung auf Arbeitsmarktengpässe lässt nach

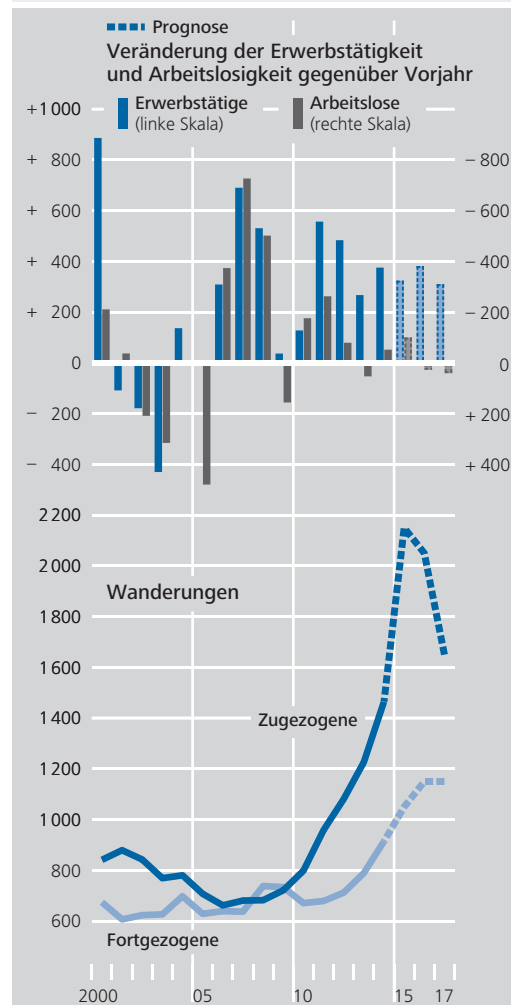
Dass die anhaltend hohe Arbeitsnachfrage bisher nicht zu noch stärkeren Engpässen am Arbeitsmarkt geführt hat, ist auf die bislang nur wenig nachlassende Zuwanderung von Arbeitskräften aus anderen EU-Mitgliedsländern zurückzuführen. Vor allem aus den Staaten, deren Bürgern zuletzt die Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt wurde (Rumänien, Bulgarien und Kroatien), sind im laufenden Jahr per saldo noch recht viele Personen zugewandert. Insgesamt scheint aber auch der Zustrom aus den osteuropäischen EU-Ländern seinen Höhepunkt erreicht zu haben. In dieser Projektion wird ein Rückgang der Zuwanderung ohne Flüchtlinge von netto rund 400 000 Personen für 2015 auf etwa 275 000 für 2016 und etwas weniger als 200 000 Personen für 2017 unterstellt.

Arbeitsmarktintegration der anerkannten Flüchtlinge langwierig

Zusätzlich werden sich auch die Flüchtlingszuzüge im Arbeitsangebot bemerkbar machen. Allerdings wird es voraussichtlich längere Zeit dauern, bis sie in größerer Zahl in den Arbeitsmarkt integriert werden (zu den Annahmen hinsichtlich der Flüchtlingszuwanderung und ihrer wirtschaftlichen und fiskalischen Implikationen bis 2017 vergleiche die Erläuterungen auf den S.26 ff.). Für den Prognosezeitraum werden die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt daher vermutlich überschaubar bleiben. Erschwert wird die Beschäftigungsaufnahme von Flüchtlingen neben wohl häufig nicht zur Arbeitsnachfrage passenden Qualifikationen und fehlenden Sprachkenntnissen durch den Anfang des Jahres eingeführten allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Die Produktivität einer erheblichen Zahl von Flüchtlingen dürfte gerade kurz nach

Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Migration

Tsd.



Quellen: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. 2015 bis 2017 eigene Prognosen.
 Deutsche Bundesbank

ihrer Einreise häufig noch nicht ausreichen, um ihre Einstellung zu Löhnen auf oder über Mindestlohniveau für potenzielle Arbeitgeber attraktiv erscheinen zu lassen.¹⁵⁾ Deshalb werden wohl zunächst viele anerkannte Flüchtlinge trotz der gegenwärtig offenbar vergleichsweise hohen Nachfrage nach einfacheren Dienstleistungstätigkeiten arbeitslos sein. Dadurch könnte der eigentlich angelegte leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit überdeckt werden

¹⁵ Vgl.: M. Battisti und G. Felbermayr (2015), Migranten im deutschen Arbeitsmarkt: Löhne, Arbeitslosigkeit, Erwerbsquoten, ifo Schnelldienst 20/2015, S. 39–47.

Die gegenwärtige Flüchtlingszuwanderung – Unterstellte Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und öffentliche Finanzen

Die gegenwärtige Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland ist in erster Linie vor dem Hintergrund der Notlage der Asylsuchenden in ihren Herkunftsländern zu sehen. Gleichwohl ergeben sich aus der aktuellen Flüchtlingszuwanderung auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere den Arbeitsmarkt und die Staatsfinanzen. Im Folgenden wird erläutert, welche Annahmen über diese Zuwanderung in der Projektion getroffen und welche ökonomischen Konsequenzen erwartet werden. Damit soll die Interpretation der Vorausschätzungen erleichtert und der besonders großen Ungewissheit hinsichtlich der zukünftigen Höhe und Struktur der Flüchtlingszuwanderung und ihrer Auswirkungen auf Beschäftigung, Löhne, Wirtschaftswachstum sowie die Staatshaushalte Rechnung getragen werden.

Die hierzu vorliegenden Informationen sind oft recht dürftig, und es müssen viele Annahmen getroffen werden, die mit erheblicher Unsicherheit behaftet sind. Dies betrifft neben dem Ausmaß der weiteren Zuwanderung von Flüchtlingen, der zukünftigen Dauer der Asylverfahren, den Bleibequoten und dem Verbleib abgelehnter Asylbewerber eine Vielzahl weiterer Faktoren, die unter anderem über den Erfolg der Integration der Bleibeberechtigten in den Arbeitsmarkt entscheiden. Dabei lässt sich eine Reihe dieser Parameter durch Änderungen der Rahmenbedingungen beeinflussen. Hier wird aber grundsätzlich von der gegenwärtigen Rechtslage ausgegangen und daher beispielsweise nicht unterstellt, dass zusätzliche Maßnahmen zur besseren Integration von Flüchtlingen getroffen werden oder ein System zur gleichmäßigeren Verteilung der Asylsuchenden auf die einzelnen EU-Staaten eingerichtet wird.

In diesem Jahr wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bis Ende Oktober 331 000 Erstanträge auf Asyl ge-

stellt. Allerdings gibt es derzeit einen erheblichen Rückstau bei der Registrierung von Asylanträgen. Aussagekräftiger dürfte daher die Zahl der Flüchtlinge sein, die im EASY-System (Erstverteilung von Asylbegehrenden) erfasst wurden, auch wenn dieses System nicht der Registrierung von Flüchtlingen dient, sondern der Verteilung der Asylsuchenden auf die Bundesländer. Bis einschließlich Oktober 2015 waren dies 758 000 Personen, wobei dieser Wert aufgrund von Mehrfacherfassungen oder Durchreisenden höher sein dürfte als die Zahl der Personen, die letztlich Asyl in Deutschland beantragen.

In dieser Projektion wird für das laufende Jahr insgesamt ein Bruttozuzug von 900 000 Asylantragstellern angenommen (siehe Tabelle auf S. 27). Für das Gesamtjahr 2016 werden einschließlich eventuell nachziehender Familienangehöriger¹⁾ nochmals 900 000 Flüchtlinge erwartet, was gegenüber dem zweiten Halbjahr dieses Jahres einen erheblichen Rückgang der durchschnittlichen Zahl der Zuzüge pro Monat bedeuten würde. Im Jahr 2017 sinkt diese Zahl dann annahmegemäß auf 600 000 Personen. Die Nettozuwanderung über den Asylkanal, also die Zuzüge abzüglich der Fortzüge²⁾, könnte in den Jahren 2015 bis 2017 insgesamt gut 1½ Millionen Personen betragen. Hinzu kommt noch die Nettozuwanderung aus anderen Gründen. Hierbei handelte es sich in den letzten Jahren überwiegend um erwerbsorientierte Immigration aus anderen EU-Mitgliedsländern. Für die Prognoseperiode wird unterstellt, dass die-

¹ Das Aufenthaltsgesetz sieht grundsätzlich nur die Kernfamilie von Asylberechtigten und Flüchtlingen gemäß Genfer Flüchtlingskonvention als nachzugsberechtigt an, also Ehegatten und Kinder.

² Unter den Fortzügen über den Asylkanal wird hier sowohl die Ausreise abgelehnter Asylbewerber als auch diejenige anerkannter Flüchtlinge verstanden. Die Ausreise kann freiwillig erfolgen, aber auch über die Beendigung der befristeten Aufenthaltserlaubnis anerkannter Flüchtlinge bei hinreichend verbesserter Lage im Heimatland.

ser Wanderungssaldo erheblich sinkt, da der Höhepunkt der Nettozuwanderung aus Ost- und Südeuropa bereits überschritten zu sein scheint. Zusätzlich ist in der gesamtwirtschaftlichen Projektion unterstellt, dass die Flüchtlinge in geringem Umfang andere Immigranten verdrängen, weil sie zum Teil ähnliche Qualifikationen besitzen und erwerbsorientierte Zuwanderer daher schlechtere Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland erwarten. Um die direkten Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung isolieren zu können, wird dieser Verdrängungseffekt im Folgenden nicht berücksichtigt.

Der Umfang der Zuwanderung von Flüchtlingen, die Anerkennungsquote und die Asylverfahrensdauer unterscheiden sich erheblich zwischen verschiedenen Herkunftsländern. So hat sich der Anteil der Asylsuchenden aus Syrien, denen zuletzt fast immer Schutz gewährt wird, im Verlauf dieses Jahres deutlich erhöht, während der Anteil der Flüchtlinge aus den westlichen Balkanländern, die praktisch keine Bleibeperspektive haben, zurückging. Dementsprechend steigt der Anteil derer, die Schutz in Deutschland erhalten, vorerst erheblich an. Für die aktuelle Projektion wird davon ausgegangen, dass die durchschnittliche Schutzquote in diesem Jahr gut die Hälfte und in den Jahren 2016 und 2017 nahezu zwei Drittel betragen wird, verglichen mit knapp einem Drittel im Jahr 2014. Die Dauer der Asylverfahren betrug laut BAMF im Jahr 2014 durchschnittlich gut 11 Monate.³⁾ Trotz des aktuellen Registrierungsstaus wird unterstellt, dass die angestoßenen Bemühungen zur Verfahrensbeschleunigung die Zeitspanne von der Einreise bis zum Bescheid ab dem Jahr 2016 im Durchschnitt auf neun Monate verkürzen.⁴⁾

Für die Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung auf den Arbeitsmarkt sind neben der Bleibeperspektive die Altersstruktur, Sprachkenntnisse und Qualifikationen entscheidende Faktoren. Die Asylbegehrenden sind vorliegenden Berichten zufolge relativ jung. Hier wird unterstellt, dass drei Viertel im

Unterstellte Flüchtlingszuwanderung und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in den Jahren 2015 bis 2017 *)

(in 1 000 Personen)

Position	2015	2016	2017
Zuzug von Asylbewerbern (brutto)	900	900	600
Jahresdurchschnittlicher Bestand an Asylbewerbern	570	850	690
Nettozuwanderung über den Asylkanal	700	620	310
Veränderung zum Vorjahr			
Anerkannte Flüchtlinge ... im erwerbsfähigen Alter	+ 240	+ 610	+ 450
Erwerbspersonen (einschl. erwerbstätige Asylbewerber)	+ 180	+ 460	+ 350
Erwerbstätige (einschl. Asylbewerber)	+ 120	+ 230	+ 170
Arbeitslose	+ 60	+ 100	+ 100
	+ 60	+ 130	+ 70

* Bei der Nettozuwanderung und den Arbeitsmarktwirkungen sind auch die in den Jahren 2012 bis 2014 zugewanderten Asylbewerber berücksichtigt.

Deutsche Bundesbank

erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren sind und es sich bei den übrigen Personen ganz überwiegend um Kinder handelt.⁵⁾ Das niedrige durchschnittliche Alter und die eher seltene Zertifizierung mittlerer Abschlüsse in den Herkunftsländern dürften dazu beitragen, dass die (nachgewiesenen) beruflichen Qualifikationen der Flüchtlinge wohl deutlich hinter denjenigen von Deutschen oder anderen Migranten zurückbleiben.⁶⁾ Bei den Schulabschlüssen sieht es nur

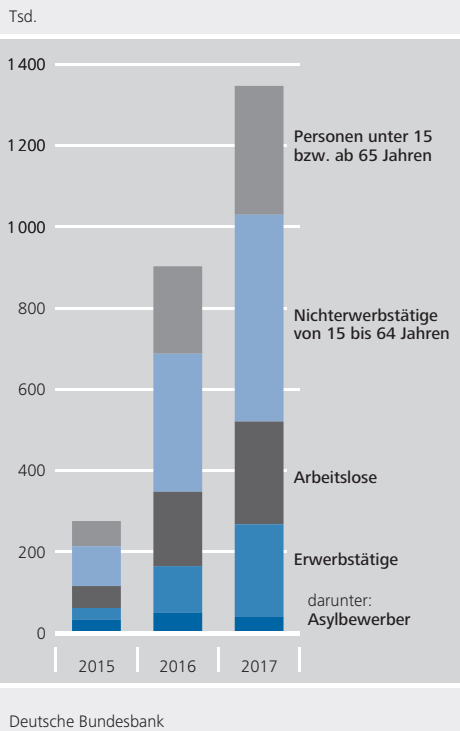
3 Siehe: BAMF (2015), Das Bundesamt in Zahlen 2014. Asyl, Migration und Integration. Zur Dauer der Asylverfahren heißt es auf S. 54: „... betrug die durchschnittliche Gesamtverfahrensdauer 11,3 Monate (arithmetisches Mittel). Der Median-Wert (die Hälfte der Verfahren ist zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen) liegt bei sieben Monaten“.

4 Außerdem wird berücksichtigt, dass abgelehnte Asylbewerber oft nicht sofort ausreisen.

5 Laut BAMF waren rund 26% der Asylersuchenden von Januar bis Oktober 2015 unter 16 Jahren und weitere 55% zwischen 16 und 35 Jahren alt. Weniger als 1% war älter als 65 Jahre. Siehe: BAMF (2015), Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe Oktober 2015, S. 7.

6 Zuverlässige Daten zur Berufsausbildung der Flüchtlinge liegen bisher nicht vor. Unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen aus Kriegs- und Bürgerkriegsländern – hierbei muss es sich nicht immer um ehemalige Flüchtlinge handeln – hatten im Juni 2015 71% keine abgeschlossene Berufsausbildung, 8% mittlere Berufsabschlüsse und weitere 8% akademische Abschlüsse. Vgl.: IAB (2015), Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015, Aktuelle Berichte 14/2015, S. 13.

Arbeitsmarktintegration anerkannter Flüchtlinge und erwerbstätiger Asylbewerber



wenig besser aus.⁷⁾ Andererseits können Abschlüsse in Deutschland erworben werden, was den größtenteils eher jungen Flüchtlingen leichter fallen sollte. Hier liegt eine große Herausforderung für das deutsche Bildungssystem.

Mit der Anerkennung erhalten Flüchtlinge für die Dauer ihrer Aufenthaltserlaubnis uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt.⁸⁾ Gleichwohl dürfte zunächst weiter von einem verhältnismäßig hohen Anteil Nichterwerbstätiger auszugehen sein, denn viele Personen müssen sich zunächst Sprachkenntnisse und andere Qualifikationen aneignen. Entsprechend wird eine Erwerbsbeteiligung von anfangs knapp 50% und damit deutlich unter dem Durchschnitt der sonstigen Bevölkerung von etwa drei Vierteln unterstellt. Neben der Dauer der Asylverfahren ist dies ein weiterer Grund, warum sich der Zuzug der Flüchtlinge erst nach und nach auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen dürfte. Kumuliert steigt das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot unter

diesen Annahmen im Prognosezeitraum um etwa 520 000 Personen beziehungsweise 1¼% (siehe nebenstehendes Schaubild).

Die Ergebnisse empirischer Studien sprechen dafür, dass dieses zusätzliche Arbeitsangebot aufgrund niedriger oder nicht nutzbarer Qualifikationen sowie kultureller und sprachlicher Barrieren zunächst vor allem in Arbeitslosigkeit mündet und erst allmählich in stärkerem Maß auch zu Beschäftigung führt.⁹⁾ So lag die Arbeitslosenquote unter den Ausländern aus Kriegs- und Krisenländern, von denen viele erst in jüngster Zeit zugewandert sein dürften, laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bei etwa 40%.¹⁰⁾ Hier wird trotz der gegenwärtig günstigen Arbeitsmarktlage eine Arbeitslosenquote von 70% im ersten Jahr nach

7 Auf der Grundlage einer nicht repräsentativen Befragung des BAMF unter Flüchtlingen des Jahres 2015 sowie der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen aus Kriegs- und Bürgerkriegsländern scheinen (Fach-)Hochschulreife, Sekundarschulabschlüsse (Haupt- und Realschule) sowie niedrigere oder fehlende Abschlüsse jeweils zu rund einem Drittel vorzukommen. Siehe: IAB (2015), a. a. O., S. 4 f.

8 Im Gegensatz dazu dürfen Asylbewerber, also Personen, über deren Antrag noch nicht entschieden wurde, frühestens drei Monate nach Antragstellung und für weitere 12 Monate nur nach einer Vorrangprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit eine Stelle annehmen. Ihre Erwerbsbeteiligung wird gleichwohl auch deshalb gering sein, weil mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus wohl vor allem kurzfristige bzw. geringfügige Beschäftigungen infrage kommen dürften. Für diese Personengruppe wird daher lediglich eine Beschäftigtenquote von gut einem Zwanzigstel unterstellt.

9 Die Resultate empirischer Studien beruhen auf in der Vergangenheit beobachteten Zusammenhängen und sind daher nicht direkt auf die gegenwärtige Situation übertragbar, weil sich wichtige Rahmenbedingungen wie rechtliche Vorschriften, Arbeitsmarktlage und Struktur der Zuwanderer geändert haben. Dies gilt umso mehr, wenn sich die Studien auf andere Länder beziehen. Zur Arbeitsmarktintegration von Immigranten siehe z. B.: M. Benton, S. Fratzke und M. Sumption (2014), Moving Up or Standing Still? Access to Middle-Skilled Work for Newly Arrived Migrants in the European Union, Migration Policy Institute (MPI) and International Labour Office (ILO); N. Granato (2014), A Work in Progress: Prospects for Upward Mobility Among New Immigrants in Germany, MPI and ILO; Bundesamt für Migration (2014), Erwerbsbeteiligung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt.

10 Siehe: IAB (2015), a. a. O., S. 7.

Anerkennung als Flüchtling unterstellt, die im dritten Jahr noch 40% beträgt. Daraus ergibt sich eine Beschäftigungsquote von etwa 15% im ersten Jahr nach der Annahme des Asylbegehrens, die nach drei Jahren auf etwa ein Drittel ansteigt.¹¹⁾ Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt könnte bis zum Jahr 2017 durch die Flüchtlingszuwanderung um etwa ½% zunehmen. Die Arbeitslosenquote läge dann ½ Prozentpunkt höher als ohne den Flüchtlingszuzug. Eine Verdrängung Einheimischer vom Arbeitsmarkt ist dabei kaum zu erwarten, da die Zuwanderer eine andere Qualifikationsstruktur aufweisen als die hiesige Bevölkerung.¹²⁾ Allenfalls mag dies in kleinerem Umfang Personen mit geringen Qualifikationen oder bereits im Inland lebende Immigranten betreffen.¹³⁾

Das durchschnittlich wohl eher geringe Qualifikationsniveau und sprachliche sowie kulturelle Barrieren dürften sich auch in den Verdiensten der erwerbstätigen Bleibeberechtigten niederschlagen. So zeigen Auswertungen des IAB, dass in der Vergangenheit der durchschnittliche Brutto-Monatsverdienst anerkannter Asylbewerber sowohl im ersten Jahr nach Zuzug als auch noch nach 15 Jahren deutlich niedriger ausfiel als bei anderen Migrantengruppen.¹⁴⁾ Im Vergleich zu Einheimischen zeigte sich ein noch größeres Lohngefälle.¹⁵⁾ In dieser Projektion wird im Einklang mit der in der Vergangenheit beobachteten Entwicklung unterstellt, dass die erwerbstätigen Flüchtlinge zunächst größtenteils im Niedriglohnbereich arbeiten.¹⁶⁾ In der Folge wird der jährliche gesamtwirtschaftliche Verdienstanstieg je Arbeitnehmer im Prognosezeitraum leicht gedrückt.

Auch die Wirkungen auf die Staatsfinanzen sind angesichts der ausgeprägten Unsicherheiten bei vielen Faktoren aktuell schwer abzuschätzen. Für die Haushaltswirkungen in einem bestimmten Jahr sind neben der Zahl der in dieser Zeit durchschnittlich zu versorgenden Flüchtlinge die Aufwendungen pro Person relevant. Während des Asylverfahrens und bei abgelehntem Antrag bis zur

Ausreise werden für den Grundbedarf (einschl. Gesundheit und Unterkunft) Geld- und Sachleistungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz gewährt. Außerdem fallen staatliche Ausgaben insbesondere für Verwaltung, Integration (u. a. Sprachkurse) oder gegebenenfalls zur Unterstützung der Ausreise an. Nach einer Anerkennung gelten die allgemeinen Regelungen wie etwa die des Sozialrechts. Dabei werden für einen längeren Zeitraum vergleichsweise hohe Ausgaben für Transfers – zumeist Arbeitslosengeld II und Unterkunftskosten – erforderlich sein. Dazu kommen Aufwendungen vor allem für Kinderbetreuung, Schul-, Aus- und Weiterbildung sowie Arbeitsvermittlung. Eigene Einkommen, die zu sinkenden Transfers sowie staatlichen Steuer- und Beitragseinnahmen führen, dürften zunächst sehr begrenzt sein.

Insgesamt ergeben sich auf Basis des hier unterstellten Szenarios staatliche Mehraus-

11 Die Anteile orientieren sich an IAB (2015). Dort wird von einer schrittweisen Annäherung der Beschäftigungsquote der Flüchtlinge an diejenige von Einheimischen über einen Zeitraum von nahezu 15 Jahren ausgegangen.

12 Vgl.: M. Manacorda, A. Manning und J. Wadsworth (2012), *The Impact of Immigration on the Structure of Wages: Theory and Evidence from Britain*, *Journal of the European Economic Association* 10(1), S. 120–151; G. Ottaviano und G. Peri (2012), *Rethinking the Effect of Immigration on Wages*, *Journal of the European Economic Association* 10(1), S. 152–197.

13 Diese Gruppen könnten aber auch in anspruchsvollere Tätigkeiten aufsteigen. Vgl.: M. Foged und G. Peri (2015), *Immigrants' Effect on Native Workers: New Analysis on Longitudinal Data*, IZA Discussion Paper 8961.

14 Vgl.: IAB (2015), a. a. O., S. 10.

15 Vgl.: M. Wahlberg (2008), *Differences in Wage Distributions between Natives, Non-Refugees, and Refugees*, University of Gothenburg, Working Paper in Economics 316. Für Migranten im Vergleich zu Einheimischen siehe u. a.: M. Battisti und G. Felbermayr (2015), *Migranten im deutschen Arbeitsmarkt: Löhne, Arbeitslose, Erwerbsquoten*, ifo Schnelldienst 20/2015; F. Lehmer und J. Ludsteck (2013), *Lohnanpassung von Ausländern am deutschen Arbeitsmarkt: Das Herkunftsland ist von hoher Bedeutung*, IAB-Kurzbericht 01/2013.

16 Die Unternehmen sehen Einstellungsmöglichkeiten für Flüchtlinge vor allem als Hilfsarbeiter oder Auszubildende. Siehe: M. Battisti, G. Felbermayr und P. Poutvaara (2015), *Arbeitsmarktchancen von Flüchtlingen in Deutschland: Ergebnisse einer Unternehmensbefragung*, ifo Schnelldienst 22/2015.

gaben (gegenüber dem Jahr 2014) in Größenordnungen von $\frac{1}{4}\%$ des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im laufenden, $\frac{1}{2}\%$ im kommenden und knapp $\frac{3}{4}\%$ im Jahr 2017. Zunächst dominieren dabei die staatlichen Konsumausgaben. Wenn sich später die Zuwanderung annahmegemäß abschwächt und die Leistungen für Bleibeberechtigte überwiegen, gewinnen die monetären Transfers an private Haushalte an Gewicht.¹⁷⁾

Die zusätzlichen staatlichen Ausgaben für die Flüchtlinge führen zu einer höheren gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, da im Rahmen der Prognose unterstellt wird, dass die Auswirkungen der zusätzlichen staatlichen Ausgaben auf den Budgetsaldo nicht durch Einsparungen oder Abgabenerhöhungen an anderer Stelle kompensiert werden. Einschließlich der Zweitrundeneffekte dürfte dieser Nachfrageimpuls ähnlich wie ein Konjunkturprogramm wirken und das BIP im laufenden Jahr für sich genommen um etwa $\frac{1}{4}\%$ erhöhen. Bis zum Jahr 2017 könnte dieser Effekt kumuliert auf knapp $\frac{3}{4}\%$ gegenüber einer Basislinie ohne verstärkte Flüchtlingszuwanderung steigen.¹⁸⁾ Hinzu kommt, dass mit der hohen Flüchtlingszuwanderung eine höhere Nachfrage nach Wohnraum einhergeht, die auch unter Berücksichtigung der wegen des Flüchtlingszustromes geringeren sonstigen Zuwanderung zusätzliche Impulse für die Wohnungsbauinvestitionen auslösen dürfte. Allerdings wurde in dieser Projektion angenommen, dass kurzfristig vor allem Notunterkünfte bereitgestellt und später auch Leerstände genutzt werden. Ein spürbarer Nachfrageeffekt für den privaten Wohnungsmarkt wird erst im Zeitverlauf erwartet und könnte insgesamt begrenzt ausfallen.

Durch die Flüchtlingszuwanderung könnte das Produktionspotenzial der deutschen Volkswirtschaft gegen Ende des Prognosehorizonts im Vergleich zu einer Basislinie ohne Flüchtlingsmigration um knapp $\frac{1}{2}\%$ höher ausfallen. Wird zusätzlich berücksichtigt, dass in geringem Umfang andere Zuwanderer verdrängt werden, beläuft sich

der Effekt noch auf gut $\frac{1}{4}\%$. Der Primäreffekt über einen größeren Wachstumsbeitrag des Faktors Arbeit aufgrund der höheren Zahl der Erwerbspersonen wird durch eine gedämpfte Produktivitätsentwicklung und leicht ansteigende strukturelle Arbeitslosigkeit aufgrund des durchschnittlich niedrigeren formalen Qualifikationsniveaus der Zuwanderer gemindert. Hinzu kommen Sekundärwirkungen über eine verstärkte Sachkapitalbildung.

Insgesamt dominiert aus gesamtwirtschaftlicher Sicht anfänglich der mit der Flüchtlingszuwanderung einhergehende Nachfrageeffekt. Der BIP-Impuls aus zunächst nicht gegenfinanzierten zusätzlichen Staatsausgaben ist aber nur vorübergehend und kehrt sich um, sobald die negative Wirkung auf die Staatsfinanzen kompensiert wird. Die Angebotseffekte und die langfristigen Auswirkungen auf die Staatsfinanzen hängen maßgeblich davon ab, wie rasch und gut die Arbeitsmarktintegration gelingt. Kurzfristig sind hier aufgrund einer annahmegemäß zunächst niedrigen Erwerbsquote und hoher Arbeitslosigkeit der Flüchtlinge vergleichsweise geringe Effekte zu erwarten, und auch im weiteren Verlauf bleibt die Integration wohl eine große Herausforderung.

¹⁷ Vgl. auch zur ausführlicheren finanzpolitischen Einordnung: Deutsche Bundesbank, Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, November 2015, S. 60–71.

¹⁸ Der Nachfrageeffekt wird gemindert, soweit zunehmende angebotsseitige Restriktionen verhindern, dass sich die zusätzliche Nachfrage voll entfaltet. Er wäre auch geringer, wenn die Flüchtlinge einen Teil der Geldleistungen in ihre Heimatländer transferieren würden. Dagegen würde er noch steigen, wenn sie neben diesen staatlichen Leistungen auch eigene Ersparnisse zu Konsumzwecken in Deutschland verwenden.

und die Arbeitslosigkeit in den kommenden beiden Jahren sogar etwas zunehmen.

Zunehmende Engpässe am Arbeitsmarkt

Da sich das Arbeitskräfteangebot der einheimischen Bevölkerung demografisch bedingt über den Prognosezeitraum zunehmend verringert und sich die Arbeitslosigkeit ohne Berücksichtigung von Flüchtlingen von dem dann erreichten niedrigen Niveau aus unter den gegebenen wirtschafts- und sozialpolitischen Bedingungen nur schwer weiter senken lassen dürfte, zeichnen sich zunehmend Engpässe am Arbeitsmarkt ab. Diese werden im Prognosezeitraum wohl auch durch die Flüchtlingszuwanderung nicht substantiell reduziert. Deshalb könnte – insbesondere zum Ende des Prognosehorizonts – der Beschäftigungszuwachs trotz guter Konjunktur wieder leicht nachlassen. Eine im Gleichklang mit der zunehmenden Kapazitätsauslastung etwas stärker steigende Produktivität und eine leicht zunehmende Arbeitszeit könnten hier einen gewissen Ausgleich schaffen.

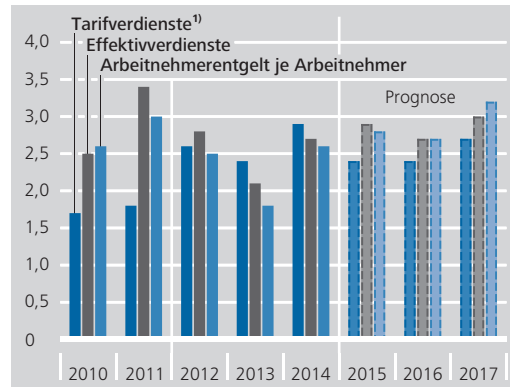
■ Arbeitskosten und Preise

Tarifabschlüsse zuletzt durch Vorsicht gekennzeichnet

Bei der Vorausschätzung des Tarifverdienstanstiegs werden sämtliche Abschlüsse der Vergangenheit berücksichtigt und am Ende ihrer vertraglichen Laufzeit unter Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie branchenspezifischer Besonderheiten fortgeschrieben. Die Abschlüsse der Tarifrunde 2015 sind mit Steigerungsraten von durchschnittlich 2½% pro Jahr überwiegend moderat ausgefallen. Die zuletzt sehr maßvollen Lohnabschlüsse in den Dienstleistungsbranchen sowie eine möglicherweise schwächere Durchsetzungskraft der Gewerkschaften aufgrund der sinkenden Tarifbindung legen einen flacheren Wachstumspfad der Tariflöhne in diesen Branchen nahe. Angesichts der kräftigen gesamtwirtschaftlichen Expansion und der zunehmenden Verknappungen am Arbeitsmarkt dürfte sich der Anstieg der Tarifentgelte zum Ende des Prognosezeitraums gleichwohl verstärken. In der Abgrenzung der Tarifverdienststatistik der

Tarif- und Effektivverdienste sowie Arbeitnehmerentgelte

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, auf Monatsbasis



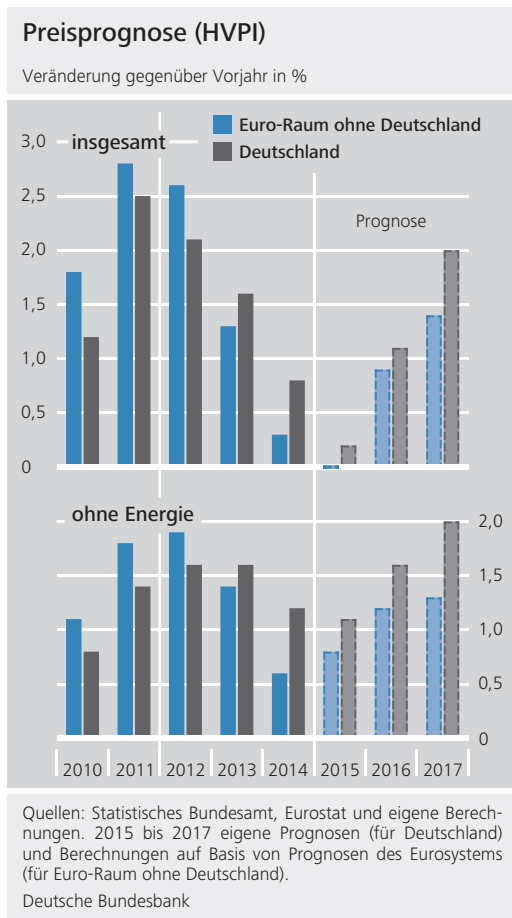
Quelle: Statistisches Bundesamt. 2015 bis 2017 eigene Prognosen. ¹ Gemäß Tarifverdienstindex der Bundesbank.
 Deutsche Bundesbank

Bundesbank ergibt sich insgesamt ein Anstieg der Tarifverdienste von etwas weniger als 2½% sowohl im zu Ende gehenden als auch im kommenden Jahr und von rund 2¾% im Jahr 2017. Gegenüber der Juni-Projektion entspricht dies einer leichten Abwärtsrevision in den Jahren 2016 und 2017.

Der seit Jahresbeginn geltende allgemeine gesetzliche Mindestlohn von 8,50 € je Stunde bewirkte einen erheblichen Umschwung bei der Lohndrift und verkehrte ihr Vorzeichen ins Positive.¹⁶⁾ Zudem fielen im laufenden Jahr die Prämienzahlungen in der Industrie leicht höher aus als im vergangenen Jahr. Auch wenn der Lohnkostenschub durch die Einführung des allgemeinen Mindestlohns im kommenden Jahr entfällt, dürfte die stärkere Anspannung am Arbeitsmarkt in qualifizierten und hochqualifizierten Bereichen bei sich weiter verbessernder gesamtwirtschaftlicher Lage zu einer weiterhin positiven Lohndrift beitragen. Insgesamt wird deshalb in den Jahren 2016 und 2017 mit Raten von 2¾% beziehungsweise 3% ein ähnlich kräftiger Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter

Im Prognosezeitraum positive Lohndrift

¹⁶ Der allgemeine Mindestlohn wird sich nur in Ausnahmefällen direkt in der Tarifverdienststatistik der Bundesbank niederschlagen. Diese folgt üblicherweise dem sog. Eckentgelt, das eine abgeschlossene Berufsausbildung und mehrjährige Berufserfahrung voraussetzt, während der Mindestlohn überwiegend Segmente mit reduzierten Qualifikationsanforderungen betrifft.



Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe dürfte sich über den Prognosehorizont spürbar verstärken. Während die dämpfenden Auswirkungen des neuerlichen Rohölpreistrückgangs auslaufen, gewinnt der binnenwirtschaftlich angelegte Preisdruck zunehmend an Bedeutung. Insgesamt könnte sich der Verbraucherpreisanstieg (gemessen an der Vorjahresrate des HVPI) von 0,2% im laufenden Jahr auf 1,1% im Jahr 2016 und auf 2,0% im Jahr 2017 erhöhen. Damit dürfte sich gegenüber dem Rest des Euro-Raums weiterhin ein deutliches Inflationsgefälle ergeben.

Deutlich verstärkter Anstieg der Verbraucherpreise ...

Die Projektion der Verbraucherpreise wird zu einem erheblichen Teil durch den erwarteten Verlauf der Energiepreise bestimmt, der seinerseits stark von der Entwicklung der Preise für Mineralölprodukte abhängt. Letztere reagieren üblicherweise sehr zeitnah auf Veränderungen der Rohölnotierungen (umgerechnet in Euro) und steigen deshalb gemäß aufwärtsgerichteter Rohölpreisannahme im Verlauf des Jahres 2016 wieder an. Da die Endkundenpreise für Mineralölprodukte aber in der zweiten Jahreshälfte 2015 kräftig gesunken sind, fällt ihre Jahresdurchschnittsrate 2016 und damit auch die entsprechende Rate für Energie insgesamt negativ aus (rund -3%), wenn auch nicht so deutlich wie im Jahr 2015 (knapp -7%). Erst 2017 dürften die Preise für Mineralölprodukte ihren Vorjahreswert wieder übersteigen; Gleiches gilt für die Preise für Energie insgesamt (+2½%). Dabei wird angenommen, dass die Haushaltstarife für Elektrizität 2016 und 2017 moderat steigen sowie für Erdgas, dessen Preise sich in den letzten Jahren weitgehend von der Entwicklung der Rohölpreise entkoppelt haben, 2016 leicht sinken und 2017 geringfügig steigen.

... aufgrund wieder steigender Energiepreise ...

je Beschäftigten wie im laufenden Jahr erwartet. Hinsichtlich der Arbeitskosten (gemessen am Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) belastet im Jahr 2017 die Anhebung des Beitragsatzes zur Pflegeversicherung die Arbeitgeber, sodass der Anstieg in dieser Abgrenzung noch etwas stärker ausfällt. Bei einem Zuwachs der Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen von 1% pro Jahr nehmen die Lohnstückkosten im Prognosezeitraum um rund 2% jährlich zu.

Anziehende Binneninflation

Der binnenwirtschaftlich bedingte Preisanstieg dürfte sich gemessen am BIP-Deflator von 1,8% im Jahr 2016 auf 2,0% im Jahr 2017 verstärken. Trotz des mindestlohnbedingten Kostenschubs konnten die Unternehmen ihre Gewinnmargen im laufenden Jahr stabil halten. Dabei dürften die gesunkenen Rohstoffpreise und die Euro-Abwertung eine Rolle gespielt haben. Auch wenn diese entlastenden Faktoren annahmegemäß im kommenden Jahr auslaufen, dürften die Margen im Prognosezeitraum weitgehend unverändert bleiben.

Bei den anderen Waren und Dienstleistungen dürfte sich der Preisanstieg im Prognosezeitraum verstärken. Bei Nahrungsmitteln wird sich die Preisentwicklung mittelfristig wohl an den leicht steigenden Notierungen für Energie- und Nahrungsmittelrohstoffe orientieren. Auch gewerbliche Waren (ohne Energie) dürften sich verteuern, wobei sich zunächst die Euro-Abwer-

... und verstärktem Preisanstieg bei den übrigen Waren und Dienstleistungen

tung noch etwas auswirkt. Gegen Ende des Prognosezeitraums sollte der Preisauftrieb hier dann von der überdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Auslastung und dem robusten Lohnwachstum geprägt werden. Letzteres wird wohl auch die Teuerungsrate der Dienstleistungen erhöhen.¹⁷⁾ Der Mietenanstieg dürfte zunehmend den Einfluss der gestiegenen Neuvertragsmieten widerspiegeln. Insgesamt könnte sich der Preisanstieg ohne Energie gerechnet von 1,1% im laufenden Jahr auf 1,6% im Jahr 2016 und 2,0% im Jahr 2017 erhöhen.

■ Öffentliche Finanzen

2015 steigender Überschuss im Staatshaushalt, aber strukturell kaum Änderungen

Die Rahmenbedingungen für die deutschen Staatsfinanzen bleiben gemäß dieser Projektion grundsätzlich günstig, wobei sich insbesondere durch die Flüchtlingsmigration Mehrausgaben ergeben (vgl. dazu auch die Ausführungen auf S. 26 ff.).¹⁸⁾ Im laufenden Jahr dürfte sich der Überschuss im Vorjahresvergleich erhöhen, was aber auf temporäre Faktoren zurückgeht. So war der Finanzierungssaldo 2014 (0,3% des BIP) durch Gerichtsentscheidungen vorübergehend belastet,¹⁹⁾ und die konjunkturellen Einflüsse auf die Staatshaushalte verbessern sich leicht.²⁰⁾ Strukturell dürfte sich der Saldo hingegen wenig ändern und wie im Vorjahr ein moderater Überschuss in einer Größenordnung von ½% des BIP erreicht werden.

2016 und 2017 weitgehend ausgeglichener Staatshaushalt

Im kommenden Jahr wird der Überschuss dann aber zurückgehen, und der Staatshaushalt könnte mehr oder weniger ausgeglichen sein. Zwar dürften sich die Konjunktur weiter aufhellen und die Zinsausgaben noch etwas sinken, allerdings verschlechtert sich der strukturelle Primärsaldo (d. h. ohne Zinsausgaben) aus heutiger Sicht spürbar. Die Einnahmenquote wird durch Abgabensenkungen leicht gedrückt. Gleichzeitig sollten die Primärausgaben infolge der vorgesehenen Mehrausgaben für Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie für Soziales etwas schneller steigen als das nominale BIP. In dem hier zugrunde liegenden Szenario erhöhen sich aber insbesondere die Aufwendungen im

Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration merklich. Im Jahr 2017 könnte der Haushalt weiterhin etwa ausgeglichen sein. Einerseits sind nochmals leichte Entlastungen durch die Konjunktur und bei den Zinsausgaben zu erwarten. Andererseits könnten sich die Ausgaben für die Flüchtlingsmigration erhöhen. Außerdem ist unter anderem die Reform der sozialen Pflegeversicherung mit Haushaltsbelastungen verbunden. In struktureller Betrachtung wird sich der Überschuss aus dem laufenden Jahr 2016 abbauen und 2017 könnte sich ein kleines Defizit ergeben.

Die Schuldenquote würde unter diesen Bedingungen zügig sinken, mit einer Größenordnung von 65% im Jahr 2017 die 60%-Grenze allerdings weiterhin verfehlen (Ende 2014: 74,9%). Bei einem ab 2016 etwa ausgeglichenen Staatshaushalt ist das nominale BIP-Wachstum im Nenner der Quote ausschlaggebend für den Rückgang. Darüber hinaus sollten die Verbindlichkeiten der staatlichen „Bad Banks“ weiter abgebaut werden.

Schuldenquote sinkt

¹⁷ Die in Aussicht gestellte Infrastrukturabgabe wird wohl nicht mehr im Verlauf des Prognosezeitraums eingeführt. Der in der Juni-Projektion erwartete Anstieg des HVPI wird aus diesem Grund für sich genommen für das Jahr 2017 um rund 0,1 Prozentpunkte nach unten revidiert.

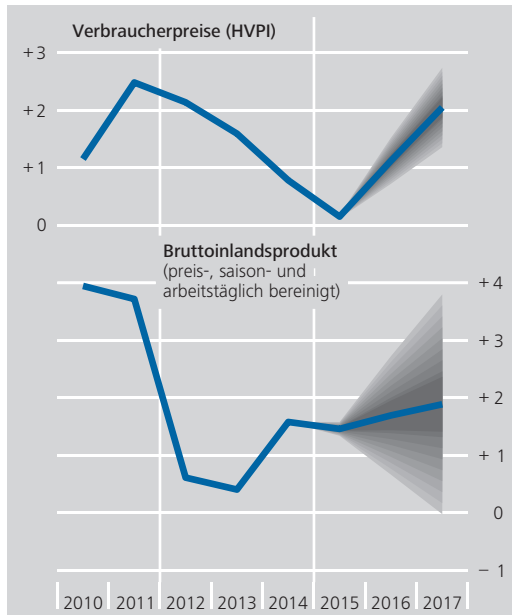
¹⁸ Neben den diesbezüglichen und den weiteren unten beschriebenen Unsicherheiten bestehen z. B. auch Risiken hinsichtlich der Auswirkungen der mangels ausreichender Spezifizierung in der Basislinie nicht einbezogenen angekündigten Maßnahmen der HSH Nordbank und den damit zusammenhängenden potenziellen Wirkungen auf die Defizite und Schulden der betroffenen Bundesländer.

¹⁹ Infolge von Gerichtsentscheidungen werden Steuererstattungen im Umfang von 0,3% des BIP erwartet, die in den VGR im Jahr 2014 (zum Zeitpunkt der Entscheidung) als Vermögenstransfers erfasst sind. Die Erlöse aus der jüngsten Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen (0,2% des BIP) wurden in den VGR zwar vorläufig vollständig im zweiten Quartal 2015 gebucht, werden aber voraussichtlich im weiteren Verlauf auf mehrere Jahre verteilt werden.

²⁰ Für die Konjunkturbereinigung wird hier das disaggregierte Verfahren des Eurosystems herangezogen. Dieses setzt an der trendmäßigen Entwicklung wichtiger makroökonomischer Budgetbezugsgrößen an. Der Konjunkturreinfluss auf das Niveau des Saldos ist demnach 2015 neutral und wird bis 2017 zunehmend positiv.

Basislinie und Unsicherheitsmargen der Projektion^{*)}

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 2015 bis 2017 eigene Prognosen. * Unsicherheitsmargen berechnet auf Grundlage des mittleren absoluten Prognosefehlers. Die Breite des symmetrisch um den wahrscheinlichsten Wert verteilten Bandes entspricht dem doppelten mittleren absoluten Prognosefehler.

Deutsche Bundesbank

Erwartungen zurückbleiben, wenn sich die Schwäche in einigen Schwellenländern, insbesondere China und den Rohstoffe exportierenden Volkswirtschaften, als nachhaltiger erweist oder sogar noch verschärft. Auch besteht ein gewisses Risiko, dass die deutschen Exporteure die starken Marktanteilsgewinne aus dem ersten Halbjahr 2015 nicht wie unterstellt weitgehend halten können. Andererseits wird die Entwicklung des Welthandels nach der Abwärtsrevision gegenüber der Juni-Projektion inzwischen eher vorsichtig eingestuft, sodass auch ein günstigerer Verlauf möglich erscheint. Ferner könnte die wirtschaftliche Aktivität durch anhaltende Terrorgefahren beziehungsweise zu ihrer Abwehr ergriffene Maßnahmen beeinträchtigt werden. Ein schwächeres Exportwachstum würde negativ auf die exportorientierte deutsche Industrie und damit insbesondere auf die Unternehmensinvestitionen ausstrahlen, während die hier unterstellte Belebung bei stärkeren Ausfuhren früher und ausgeprägter eintreten könnte. Zusätzliche Risiken ergeben sich aus dem Abgasskandal bei Volkswagen.

Risikobeurteilung

Preisverschiebungen bei Rohöl

Auf dem Rohölmarkt waren in jüngerer Zeit kräftige Preisverschiebungen zu beobachten. Auch für den Prognosezeitraum kann der Preisverlauf sowohl nach oben als auch nach unten stark von den hier zugrunde liegenden Annahmen abweichen. Damit wären wie in der Vergangenheit erhebliche Auswirkungen auf die Preissteigerungsraten und möglicherweise auch auf das Wirtschaftswachstum verbunden.

Risiken für das Wirtschaftswachstum

Die Risiken für das Wirtschaftswachstum erscheinen weitgehend ausgeglichen. Die hier vorgestellte Projektion beruht auf der Annahme, dass der Welthandel wieder Fahrt aufnimmt und sich die wirtschaftliche Erholung im Euro-Raum weiter festigt. Einerseits könnte die Entwicklung des Welthandels hinter diesen

Wie bereits mehrfach betont, sind die Flüchtlingszuwanderung und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen mit hoher Unsicherheit verbunden. Abweichungen von dem hier unterstellten Szenario betreffen vor allem die Staatshaushalte, den privaten Konsum, die Wohnungsbauinvestitionen und den Arbeitsmarkt.

Unsicherheiten im Zusammenhang mit der hohen Flüchtlingsmigration

Die Risiken für die Preisentwicklung sind in etwa ausgeglichen. Aufwärtsrisiken könnten aus einer weiteren Abwertung des Euro und höheren Rohölnotierungen resultieren. Ein weiteres Absinken der Rohölnotierungen würde den Verbraucherpreisanstieg dagegen weniger stark dämpfen als im Jahr 2015, da sich (prozentual gleiche) Rohölpreisschwankungen aufgrund der als Mengensteuer konzipierten Mineralölsteuer umso weniger auf die Verbraucherpreise auswirken, je niedriger das Rohölpreisniveau ist.

Risiken für die Preisprognose

Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2014

In dem weitgehend störungsfreien makroökonomischen Umfeld des Jahres 2014 mit Nachfrageimpulsen sowohl von den Exportmärkten als auch aus der Binnenwirtschaft haben die nicht-finanziellen Unternehmen ihre Ertragskraft spürbar gesteigert. Die Umsatzrendite vor Steuern kehrte, nach einer konjunkturbedingten Delle im Jahr 2013, wieder auf das Niveau der Jahre 2010 bis 2012 zurück (4¼%). Die Basis für die höheren Gewinne war zum einen, dass die Unternehmen im Berichtszeitraum deutlich mehr Waren absetzten und Leistungen erbrachten. Zum anderen sank der Materialaufwand insbesondere durch den Fall der Rohölpreise in der zweiten Jahreshälfte 2014. Die Personalkosten erhöhten sich demgegenüber wie schon in den Vorjahren angesichts steigender Belegschaften und Entgelte erkennbar. Außerdem gab es zusätzliche Kostenbelastungen durch erhöhte Abschreibungen.

In den nach handelsrechtlichen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellten Bilanzen der nicht-finanziellen Unternehmen blieben auffällige Bewegungen in den Aktiv- und Passivpositionen weitgehend aus. Der langfristige Trend der Eigenkapitalstärkung hat sich fortgesetzt, wobei 2014 nicht nur die kleinen und mittleren Unternehmen – wie hauptsächlich in den Vorjahren – dazu beitrugen, sondern auch die Großunternehmen. Im Gegensatz dazu gab es in den nach internationalen Rechnungslegungsstandards aufgestellten Bilanzen der börsennotierten Konzerne deutliche Verschiebungen zwischen Eigen- und Fremdmitteln. Der Unterschied beruht im Wesentlichen darauf, dass zur Wertermittlung von Pensionsrückstellungen in der Konzernbilanzierung stichtagsbezogene Marktzinsen für die Diskontierung erwarteter Zahlungsverpflichtungen herangezogen werden, wohingegen nach Handelsrecht ein siebenjähriger Durchschnittszins zu verwenden ist. Die zinsbedingte Erhöhung der Pensionsrückstellungen war ein wesentlicher Faktor dafür, dass die Eigenkapitalquote der börsennotierten Unternehmensgruppen 2014 deutlich sank und im laufenden Jahr beträchtlich schwankte.

Das Expansionsstreben der Firmen zeigte sich im Berichtszeitraum wieder besonders deutlich an einer beträchtlichen Erhöhung des Beteiligungsvermögens, nachdem es 2013 zu einer Atempause gekommen war. Die eigenen Produktionskapazitäten wurden ebenfalls erweitert. Dabei schien der Beschäftigungszuwachs erneut von größerer Bedeutung zu sein als der Sachanlagenzugang. Die unternehmerischen Aktivitäten wurden im Jahr 2014 zum weit überwiegenden Teil aus internen Mitteln finanziert. Die Grundlage hierfür bildete eine kräftige Expansion des Cashflows. Auf Fremdmittel wurde in größerem Umfang zurückgegriffen, wenn – wie im Fahrzeugbau – in hohem Maße in Sachanlagen investiert und Beteiligungen erworben wurden.

■ Grundtendenzen

Recht günstiges makroökonomisches Umfeld im Jahr 2014

Im Jahr 2014 entwickelte sich die Konjunktur in Deutschland nach zwei Jahren mit spürbar dämpfenden Einflüssen, die vor allem von rezessiven Tendenzen in Teilen des Euro-Raums hervorgerufen worden waren, weitgehend störungsfrei. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs mit 1,6% stärker als das Produktionspotenzial. Konjunkturelle Impulse kamen sowohl von der Auslandsnachfrage als auch aus der Binnenwirtschaft. Der Nutzungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten bewegte sich über das gesamte Jahr hinweg im Bereich der Normalauslastung. Wird zusätzlich in den Blick genommen, dass der Preis für Rohöl in der zweiten Jahreshälfte 2014 drastisch fiel, bei anderen Rohstoffen ebenfalls Preisrückgänge zu beobachten waren und die Löhne spürbar, aber nicht übermäßig wuchsen, sahen sich die nichtfinanziellen Unternehmen einem insgesamt recht günstigen makroökonomischen Umfeld gegenüber. Dass die Firmen dieses zu nutzen vermochten, zeigt sich in ihren Gewinn- und Verlustrechnungen (GuV) weniger an einem deutlichen Umsatzzuwachs, sondern vielmehr daran, dass die Rentabilität 2014 nach dem Rückgang im Jahr zuvor wieder auf das Niveau der Periode von 2010 bis 2012 zurückkehrte.¹⁾ In der aggregierten Bilanz des nichtfinanziellen Unternehmenssektors spiegelt sich die breit angelegte, insgesamt aber moderate konjunkturelle Aufwärtsentwicklung im Berichtsjahr darin wider, dass auffällige Bewegungen in den Aktiv- und Passivpositionen weitgehend ausblieben. Gleichzeitig hielten langfristige Trends wie die Stärkung der Eigenkapitalbasis und die Zunahme der bilanziellen Verflechtungen zwischen den Unternehmen an.

Nichtfinanzielle Unternehmen setzten breit angelegte Expansionsstrategie fort

Das mittelfristig orientierte, auf externes wie internes Wachstum gleichermaßen ausgerichtete Expansionsstreben der Firmen setzte sich im Jahr 2014 fort: Zum einen wuchs das Beteiligungsvermögen wieder erheblich stärker als die Bilanzsumme, nachdem das Jahr 2013 in dieser Hinsicht, nach einer ebenfalls dynamischen Entwicklung während der zyklischen

Erholungsphase zwischen 2010 und 2012, von einer Atempause geprägt gewesen war. Zum anderen bauten die nichtfinanziellen Unternehmen Sachkapital auf, allerdings weniger kräftig als das Beteiligungsvermögen. Der Sachanlagenzugang war 2014 wie schon in den drei Jahren zuvor immerhin hoch genug, um den Anteil der Sachanlagen an der Bilanzsumme konstant zu halten. Dass die Unternehmen ihre Produktionskapazitäten auch an inländischen Standorten erweitern, zeigt sich vornehmlich an der seit einigen Jahren robust aufwärts gerichteten Beschäftigung.²⁾

Das anhaltende Niedrigzinsumfeld schlägt sich in den GuV der nichtfinanziellen Unternehmen auf vielfältige Weise nieder. Dabei unterscheiden sich die Effekte sowohl in ihrer Wirkungsrichtung als auch im Zeitpunkt ihrer Ergebniswirksamkeit. Entlastung bringen die niedrigen Zinsen bei den Finanzierungskosten; allerdings dämpfen sie auch die Einkünfte aus zinstragenden Forderungen. Überdies werden die Belastungen, die sich aus der zinsbedingten Anpassung der Rückstellungen für langfristige Zahlungsverpflichtungen insbesondere aus Pensionszusagen ergeben, verzögert wirksam. Hintergrund ist, dass sich das Niedrigzinsumfeld aufgrund des handelsrechtlich vorgegebenen Glättungsverfahrens erst allmählich auf den Rechnungszins auswirkt, der für die Bemessung des Gegenwartswertes der erwarteten Zahlungsströme relevant ist. Da all diese Effekte gemäß den Rechnungslegungsvorschriften im Zinsaufwand beziehungsweise -ertrag gebucht werden, gibt der Nettozinsaufwand einen recht breiten Eindruck der Wirkungen auf die GuV der nichtfinanziellen Unternehmen. Im Jahr 2012

Vielfältige Effekte des Niedrigzinsumfelds auf Gewinn- und Verlustrechnungen

¹ Die Untersuchung für 2014 basiert auf 21 500 Jahresabschlüssen, die anhand von fortgeschriebenen aggregierten Umsatzangaben aus dem Unternehmensregister schätzungsweise hochgerechnet wurden. Zur Darstellung des aktuellen Verfahrens vgl.: Deutsche Bundesbank, Unternehmensabschlussstatistik mit breiterer sektoraler Abdeckung und neuer Hochrechnungsbasis, Monatsbericht, Dezember 2011, S. 34 f.

² Im Jahr 2014 nahm die Erwerbstätigkeit in den nichtfinanziellen Unternehmen den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zufolge um ¾% zu. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2013 belief sich der jährliche Beschäftigungszuwachs auf 1%.

verringerte sich der Nettozinsaufwand der nichtfinanziellen Unternehmen um insgesamt 3½ Mrd €. Der ausschlaggebende Faktor war dabei, dass die Zinsaufwendungen um 5½% fielen. Demgegenüber konnten sich die Zinserträge 2012 noch gut halten. Im Jahr 2013 stieg der Nettozinsaufwand wieder über das Niveau von 2011. Dies lag zum einen daran, dass die Zinserträge um mehr als ein Fünftel niedriger waren. Zum anderen kam es beim Zinsaufwand zu keinen weiteren Entlastungen. Hier dürfte sich der Aufwand, der sich durch die Höherbewertung der Rückstellungen ergeben hat, bereits erkennbar niedergeschlagen haben. Im Berichtszeitraum ging der Nettozinsaufwand um 1 Mrd € nach oben. Hierzu trugen Aufwands- und Ertragsseite zu etwa gleichen Teilen bei.

Belastung durch zinsbedingte Erhöhung der Pensionsrückstellungen über die Zeit gestreckt

Mit Blick auf die handelsrechtlichen Jahresabschlüsse der Einzelunternehmen steht ein Großteil der Effekte, die sich aus der Anpassung der Pensionsrückstellungen ergeben, noch aus.³⁾ In der aggregierten Bilanz des nichtfinanziellen Unternehmenssektors erhöhten sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in den letzten zwei Jahren gleichwohl bereits um 14 Mrd €. Seit Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) werden Pensionsrückstellungen saldiert ausgewiesen, das heißt korrigiert um den Wert des Finanzvermögens, das speziell der Erfüllung dieser Verpflichtungen dient und mithin dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen ist. Dieses „ausgelagerte“ Altersvorsorgevermögen (auch Plan- oder Deckungsvermögen genannt) ist im entsprechenden Zeitraum um schätzungsweise 11 Mrd € gestiegen, was teilweise auch auf Bewertungsgewinne bei Aktien und festverzinslichen Wertpapieren zurückzuführen war. In den nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Bilanzen der deutschen börsennotierten nichtfinanziellen Konzerne spiegelt sich das abgesenkte Zinsniveau bereits vollständig wider, da diese Unternehmen ihre Pensionsrückstellungen zu stichtagsbezogenen Marktzinssätzen bewerten. (Einzelheiten zur Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

deutscher nichtfinanzieller Konzerne im Jahr 2014 finden sich auf den S. 38 ff.)

Die Vor-Steuer-Umsatzrendite kehrte im Mittel des nichtfinanziellen Unternehmenssektors auf das Niveau der Jahre 2010 bis 2012 zurück. Somit war die Schwächung der Ertragskraft im Jahr 2013 insbesondere dem Zusammenspiel von vorübergehend abgeschwächtem Umsatzwachstum und Ausbleiben entsprechender Entlastungen beim Personalaufwand geschuldet, weil die Unternehmen an ihren zumeist auf Expansion ausgerichteten Beschäftigungsplänen festhielten. Dies erwies sich insoweit als richtige Strategie, als die Konjunktur nach Überwinden der Belastungen durch die Staatsschuldenkrise in Teilen des Euro-Raums wieder an Fahrt gewann. Die erheblichen Gewinnsteigerungen im Berichtsjahr waren jedoch nicht allein auf ein Plus an abgesetzten Waren und erbrachten Diensten zurückzuführen. Einen Beitrag dazu leisteten auch die beträchtlichen Preisermäßigungen bei international gehandelten Rohstoffen in der zweiten Jahreshälfte, weil lediglich ein Teil der materialeitigen Kosteneinsparungen an die Kunden in Form niedrigerer Verkaufspreise weitergegeben wurde. Die damit verbundene Ertragszunahme ist allerdings nur vorübergehender Natur, wenn der Preisüberwälzungsprozess noch anhalten sollte. Gerade auch unter der Annahme, dass die Einstandspreise wichtiger Rohstoffe nicht auf Dauer auf dem gegenwärtigen Stand verbleiben, gilt für den gesamten nichtfinanziellen Unternehmenssektor und insbesondere für das Verarbeitende Gewerbe, dass es eines im Vergleich zu 2013 und 2014 dynamischeren Umsatzwachstums bedarf, um die Ertragskraft angesichts der vorgenommenen Personalaufstockungen und getätigten Investitionen in

Ertragskraft der Unternehmen auf Niveau der Jahre 2010 bis 2012 zurückgekehrt

³ Zur handelsrechtlichen Bilanzierung von Pensionsrückstellungen und den Effekten des sinkenden Rechnungszinses auf die Jahresabschlüsse der nichtfinanziellen Unternehmen vgl. auch: Stellungnahme der Deutschen Bundesbank vom 18. August 2015 zur Entschließung des Deutschen Bundestages zum HGB-Rechnungszins für Pensionsrückstellungen (BT-Drs. 18/5256). Verfügbar unter http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Kurzmeldungen/Stellungnahmen/2015_12_15_hgb_rechnungszins.pdf?__blob=publicationFile

Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage deutscher nichtfinanzieller Konzerne im Jahr 2014

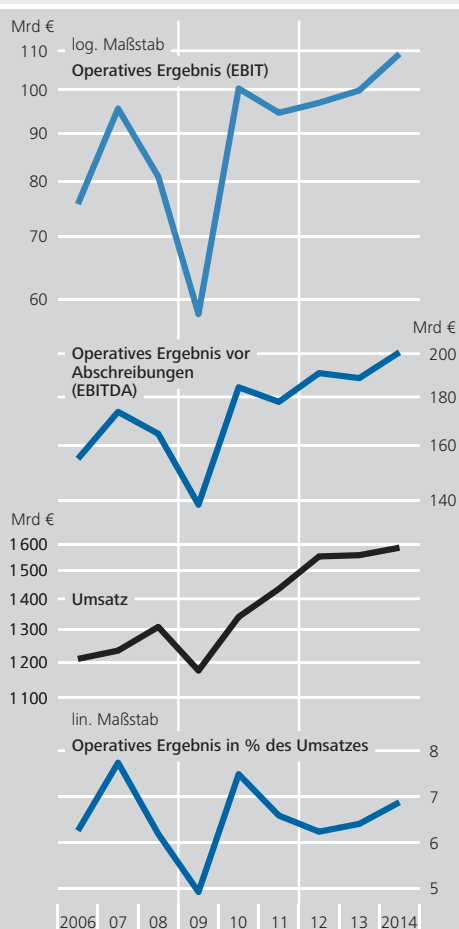
Die Ertragslage der in die Konzernabschlussstatistik einbezogenen Unternehmensgruppen¹⁾ hat sich im Jahr 2014 deutlich verbessert. So legte der Jahresüberschuss vor Gewinnsteuern um 11% zu und machte damit den Rückgang des Vorjahres mehr als wett. Er wuchs zudem vergleichbar zu den Ergebnissen der inländischen Unternehmen in der Einzelabschlussstatistik (+ 8 ½%).

Das operative Ergebnis (EBIT) der Konzerne, das deren betriebliche Geschäftstätigkeit²⁾

widerspiegelt, stieg unwesentlich schwächer um 7 ½% an, nach einem Zuwachs von 6% im Vorjahr. Die Zunahme des EBIT ging mit lediglich leicht steigenden Umsätzen (+ 1%) einher. Hierin schlug sich gemäß der Informationen in den Konzernlageberichten das schwächere Wachstum in den Schwellenländern nieder, während in den Industriestaaten vornehmlich eine konstante bis steigende Nachfrage nach den Leistungen der Unternehmensgruppen zu verzeichnen war. Zudem unterzeichnet die Umsatzentwicklung auf Euro-Basis den Umfang der Absatzsteigerung auf lokalen Märkten, da bei der Umrechnung der Umsätze außerhalb der Währungsunion ansässiger Tochterunternehmen negative Wechselkurseffekte zu Buche schlugen. Neben dem höheren Absatzvolumen trugen laut Finanzberichten offenbar auch Programme zur Effizienzsteigerung und Kostenentlastungen zum guten Ergebnis bei. In das positive Bild fügt sich auch der Anstieg des operativen Ergebnisses vor Abschreibungen (EBITDA) um 5% ein, das nicht durch Sonderabschreibungen geprägt ist und insoweit einen stabileren Verlauf aufweist.

Im Ergebnis legte die operative Umsatzrendite (EBIT in % des Umsatzes) der Konzerne im gewogenen Mittel um ½ Prozentpunkt auf 7% zu und lag damit merklich über dem durchschnittlichen Rentabilitätsniveau im Zeitraum seit 2005 von rund 6 ½%. Eine Verbesserung verzeichneten insbesondere

Erträge, Umsatz und Umsatzrendite börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen



¹ Die Konzernabschlussstatistik umfasst derzeit rd. 240 in Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen. Vgl. zur Methodik: Deutsche Bundesbank, Die Konzernabschlussstatistik als Beitrag zur erweiterten Jahresabschlussstatistik: Konzeption und erste Ergebnisse, Monatsbericht, Juli 2014, S. 53 ff.

² Im Unterschied zum Jahresüberschuss vor Steuern beinhaltet das EBIT kein Finanz- und Beteiligungsergebnis.

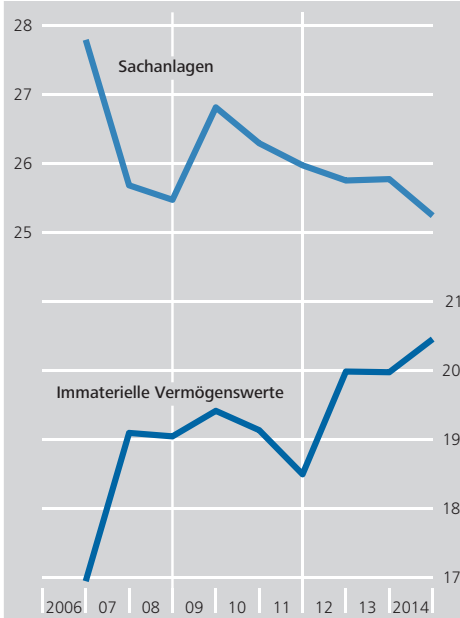
die Unternehmen des mittleren und oberen Segments der Renditeverteilung, wohingegen die Rentabilität der renditeschwächeren Unternehmen stagnierte. Im Branchenvergleich erreichten Unternehmensgruppen des Dienstleistungssektors weiterhin eine höhere operative Umsatzrendite (7 1/2%) als Konzerne aus dem Produzierenden Gewerbe (6 3/4%).

Die Bilanzsumme der Konzerne wuchs im Laufe des Jahres 2014 mit 9% mehr als doppelt so stark wie im Durchschnitt der Vorjahre. Auf der Aktivseite nahmen besonders langfristige Vermögenswerte zu. Dies stand vor allem mit der Akquisition von Tochterunternehmen in Verbindung. Vergleichbar damit ist auch ein steter Anstieg der Beteiligungen in der Einzelabschlussstatistik zu beobachten. Hierin dürften sich Strategien externen Wachstums und das Bestreben der Unternehmen niederschlagen, sich aus Wettbewerbs- sowie aus Rentabilitätsgründen weiter vertikal und horizontal zu integrieren beziehungsweise zu diversifizieren. In den Konzernabschlüssen gehen diese Aktivitäten mit einem Anstieg der immateriellen Vermögenswerte in Form eines Goodwill einher. Ferner werden bei Unternehmenskäufen regelmäßig im Rahmen der Kaufpreisallokation stille Reserven der Tochterunternehmen durch den Ansatz bisher nicht bilanzierter immaterieller Vermögenswerte (z. B. Patente und Lizenzen) aufgedeckt. Im Zuge dessen setzte sich der schon seit längerem zu beobachtende Trend einer Verschiebung von den Sachanlagen hin zu immateriellen Vermögenswerten fort. Deren Bilanzanteil ist mit mehr als einem Drittel vor allem bei den Unternehmensgruppen des Dienstleistungssektors besonders ausgeprägt.

Die Liquiditätsausstattung der Konzerne nahm im Jahr 2014 zwar leicht ab, doch liegt diese immer noch nahe dem Durch-

Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen

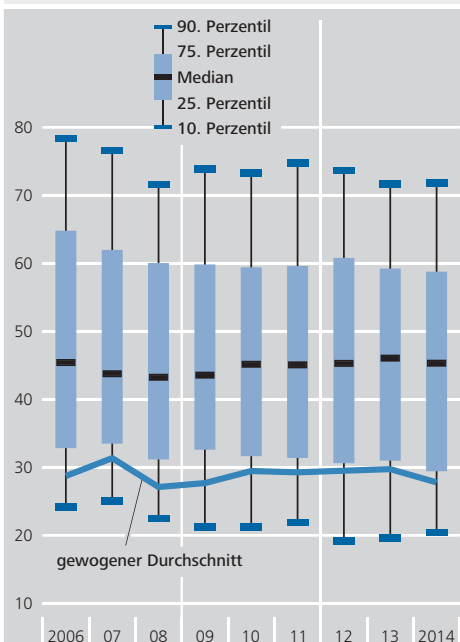
Gewogener Durchschnitt; in % der Bilanzsumme; Jahresendstände



Deutsche Bundesbank

Verteilungsparameter der Eigenkapitalquote börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen

in % der Bilanzsumme; Jahresendstände



Deutsche Bundesbank

schnitt der letzten Jahre. Sie befindet sich im Vergleich zu den Ergebnissen der inländischen Unternehmen der Einzelabschlussstatistik auf einem ähnlichen Niveau.

Auf der Passivseite wurde das Bilanzwachstum in erster Linie von steigenden Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und einer Zunahme langfristiger Finanzschulden getragen. Die Erhöhung der Pensionsrückstellungen ist vor allem eine Folge des signifikanten Rückgangs des Abzinsungssatzes im derzeitigen Niedrigzinsumfeld. Denn für die Ermittlung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen ist gemäß den internationalen Rechnungslegungsvorgaben jeweils der Stichtagszinssatz zugrunde zulegen.³⁾ So mussten im Jahr 2014 die 74 größten Unternehmensgruppen ihre Pensionsrückstellungen um rund 46 Mrd € erhöhen. Der Anstieg der Pensionsverpflichtungen schlägt sich nicht im operativen Ergebnis, wohl aber

in der nachgelagerten Gesamtergebnisrechnung und damit auch im Eigenkapitalausweis nieder. Dies trug maßgeblich dazu bei, dass die Eigenmittelquote am Bilanzstichtag um 2 Prozentpunkte auf 27 ¾% zurückging.⁴⁾ Große Konzerne aus dem produzierenden Gewerbe waren dabei am stärksten von diesem Effekt betroffen. Der Anteil der Finanzschulden aller Unternehmensgruppen erhöhte sich zudem um ¾ Prozentpunkte auf 20 ½%. Aggregiert liegt die Verschuldung im langfristigen Vergleich aber auf einem stabilen und tragfähigen Niveau.

3 Im Unterschied dazu ist nach den für Einzelabschlüsse grundsätzlich maßgebenden handelsrechtlichen Regelungen der Diskontierungssatz aus dem durchschnittlichen Marktzins für die vergangenen sieben Jahre abzuleiten.

4 Zudem wurden Währungsumrechnungsdifferenzen und Bewertungsverluste aus Sicherungsbeziehungen (z. B. für Rohstoff- und Währungsrisiken) durch den Jahresüberschuss wie auch durch Kapitalerhöhungen leicht überkompensiert.

Sachkapital und Beteiligungsvermögen zu erhalten.

dienstleistern ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zurück.

Das fünfte Jahr in Folge Rückgang bei den Firmeninsolvenzen

Die Zahl der Firmeninsolvenzen hat sich 2014 im fünften Jahr in Folge verringert und erreichte den niedrigsten Wert der letzten zwei Dekaden. Dies passt zu der soliden Ertragskraft und Eigenkapitalausstattung, wie sie in der Breite des nichtfinanziellen Unternehmenssektors vorherrschen. Darüber hinaus verringert eine geringe Zahl an Primärinsolvenzen zusätzlich die Wahrscheinlichkeit von Anschlussinsolvenzen, welche durch Liquiditätsengpässe als Folge zahlungsunfähiger Kunden entstehen. Die Insolvenzquote ging in allen großen Wirtschaftsbereichen zurück. Besonders ausgeprägt war die Abnahme der Anzahl zahlungsunfähiger Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, welches vornehmlich von der dynamischen Entwicklung der deutschen Exporte profitierte. Aber auch im Baugewerbe, im Bereich „Verkehr und Lagererei“ sowie bei den Unternehmens-

■ Umsatz und Ertrag

Der Umsatz der nichtfinanziellen Unternehmen wuchs 2014 mit gut 1% stärker als im Jahr davor (+ ¼%). Die nominale Entwicklung unterschätzt zudem den Zuwachs an abgesetzten Waren und erbrachten Diensten, da es insbesondere im Berichtszeitraum, aber auch im Jahr davor zu Preisermäßigungen kam; so verringerten sich 2014 die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz um 1,0% und im Außenhandel um 0,3%.⁴⁾ Die großen Sektoren des nichtfinanziellen Unternehmenssektors gleichen einander dahingehend, dass sich die Umsätze 2014 besser entwickelten als im Jahr davor. Ausnahme ist lediglich die Energie- und

Umsatzwachstum 2014 etwas stärker als 2013

4 Im Jahr 2013 hatten die entsprechenden Vorjahresabstände – 0,1% bzw. – 0,6% betragen.

Wasserversorgung, die im Berichtsjahr ein kräftiges Umsatzminus hinzunehmen hatte. Das überdurchschnittliche Umsatzplus der Industrie im Berichtszeitraum (+ 2 1/2%) ist rechnerisch zu einem großen Teil auf die beträchtliche Ausweitung der Geschäftsaktivitäten des Fahrzeugbaus zurückzuführen, der seine Verkäufe nominal um fast ein Zwölftel zu steigern vermochte. Die Baubranche schloss das Jahr 2014 – anders als die beiden Jahre davor – wieder mit einer substantiellen Umsatzsteigerung ab. Innerhalb der Handelssparten entwickelten sich umsatzmäßig das Kfz- und Einzelhandelssegment recht günstig, wohingegen der Großhandel auch 2014 nicht über den hohen Stand, der 2012 nach einem kräftigen Aufschwung erreicht worden war, hinauskam. In den Dienstleistungsbereichen „Verkehr und Lagerei“ sowie „Information und Kommunikation“ stiegen 2014 die Umsätze nach dem eher bescheidenen Zuwachs im Jahr davor wieder spürbar. Bei den Unternehmensdienstleistern verstärkte sich das ohnehin schon relativ hohe Umsatzwachstum.

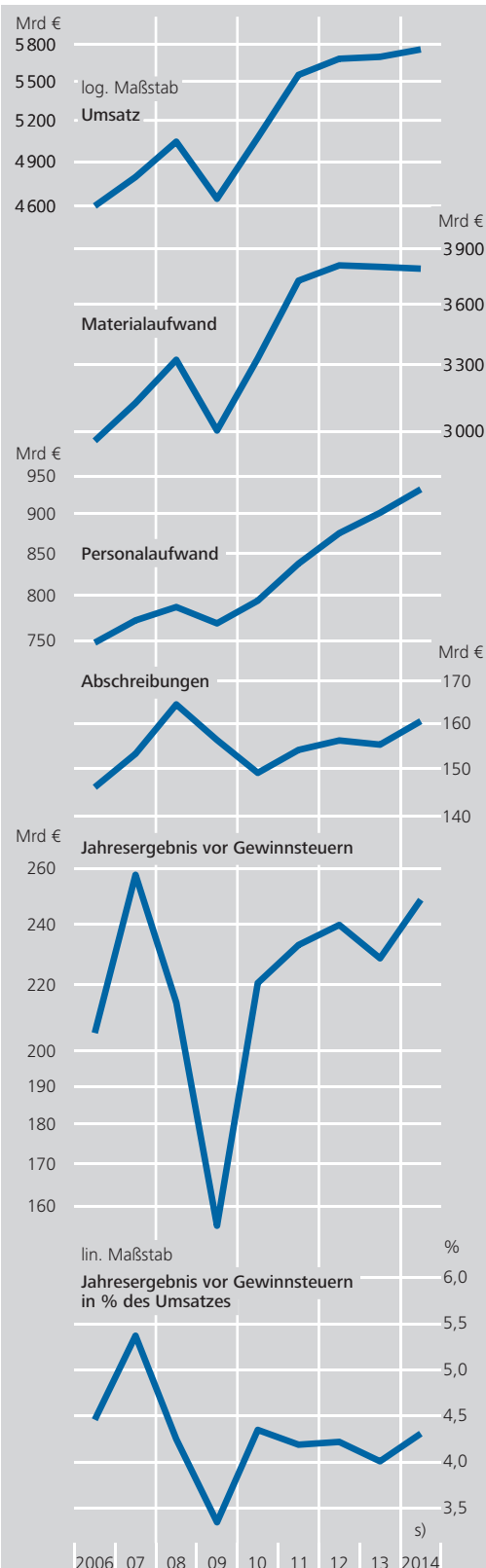
*Einkünfte aus
 finanziellem
 Anlagever-
 mögen zurück-
 gegangen, sons-
 tige betriebliche
 Erträge hin-
 gegen gestiegen*

Im Berichtszeitraum unterschritten die Zinserträge der nichtfinanziellen Unternehmen das 2013 stark gedrückte Niveau nur wenig. Die Einkünfte aus Beteiligungen fielen um knapp ein Zehntel, nachdem es in den beiden Jahren davor kräftige Zuwächse gegeben hatte. Dass sich die gesamten Erträge dennoch im Gleichschritt mit den Umsätzen entwickelten, lag an einem spürbaren Zuwachs der sonstigen betrieblichen Erträge. Hierbei handelt es sich um Erlöse aus Aktivitäten, welche die Unternehmen nicht als zu ihrem Kerngeschäft zugehörig einstufen. Dazu zählen häufig Miet- und Lizenznahmen sowie Erträge aus Personalüberlassungen und dem Verkauf von Sachanlagen.

*Material-
 aufwand erneut
 rückläufig*

Vor allem der günstigere Bezug von Rohstoffen brachte für die nichtfinanziellen Unternehmen erhebliche Kostenentlastungen. Im Durchschnitt konnten sie 2014 zu um ein Zehntel niedrigeren Preisen als 2013 eingeführt werden. Während sich bei Rohstoffen der Rückgang der Einfuhrpreise verstärkte, flachte er sich bei Halbwaren und fertigen Vorerzeugnissen ab. Zudem legte

Ausgewählte Indikatoren aus der Erfolgsrechnung deutscher Unternehmen*)



* Hochgerechnete Ergebnisse der Unternehmensabschlussstatistik.
 Deutsche Bundesbank

Erfolgsrechnung der Unternehmen ¹⁾

Position	2012	2013	2014 ⁵⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				2013	2014 ⁵⁾
Erträge	Mrd €			in %	
Umsatz	5 682,2	5 697,7	5 759	0,3	1
Bestandsveränderung an Erzeugnissen ¹⁾	26,8	30,4	28,5	13,5	- 6,5
Gesamtleistung	5 709,0	5 728,0	5 787,5	0,3	1
Zinserträge	21,2	16,6	16	- 21,4	- 3,5
Übrige Erträge ²⁾	252,9	249,2	255	- 1,5	2,5
darunter: Erträge aus Beteiligungen	31,3	36,7	33,5	17,4	- 9,5
Gesamte Erträge	5 983,1	5 993,9	6 058,5	0,2	1
Aufwendungen					
Materialaufwand	3 807,6	3 799,4	3 789,5	- 0,2	- 0,5
Personalaufwand	875,0	901,0	932	3,0	3,5
Abschreibungen	156,1	155,2	160,5	- 0,6	3,5
auf Sachanlagen ³⁾	141,3	143,5	149,5	1,6	4
sonstige ⁴⁾	14,8	11,7	11	- 21,2	- 7,5
Zinsaufwendungen	62,6	62,6	63	0,0	1
Betriebssteuern	67,6	67,3	68	- 0,4	1,5
darunter: Verbrauchsteuern	63,0	62,6	63,5	- 0,6	1
Übrige Aufwendungen ⁵⁾	774,5	780,0	797	0,7	2
Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern	5 743,4	5 765,5	5 810,5	0,4	1
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	239,7	228,4	248,5	- 4,7	8,5
Steuern vom Einkommen und Ertrag ⁶⁾	49,0	48,0	54,5	- 1,9	13
Jahresergebnis	190,7	180,4	194	- 5,4	7,5
Nachrichtlich:					
Cashflow (Eigenerwirtschaftete Mittel) ⁷⁾	332,8	353,4	373,5	6,2	5,5
Nettozinsaufwand	41,4	45,9	47	10,8	2,5
	in % des Umsatzes			in Prozentpunkten	
Rohrertrag ⁸⁾	33,5	33,9	34,7	0,4	0,8
Jahresergebnis	3,4	3,2	3,4	- 0,2	0,2
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	4,2	4,0	4,3	- 0,2	0,3
Nettozinsaufwand	0,7	0,8	0,8	0,1	0,0

* Hochgerechnete Ergebnisse; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. **1** Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. **2** Ohne Erträge aus Gewinnübernahmen (Mutter) sowie aus Verlustabführungen (Tochter). **3** Einschl. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände. **4** Überwiegend Abschreibungen auf Forderungen, Wertpapiere und Beteiligungen. **5** Ohne Aufwendungen aus Verlustübernahmen (Mutter) sowie aus Gewinnabführungen (Tochter). **6** Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbesteuer. **7** Jahresergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten. **8** Gesamtleistung abzüglich Materialaufwand.

Deutsche Bundesbank

die Erbringung von Waren und Diensten 2014 stärker zu als im Jahr davor. Im Ergebnis fiel der Materialaufwand im Berichtszeitraum insgesamt nicht wesentlich deutlicher als 2013.

*Personalkosten
und
Abschreibungen
zugenommen*

Mit der klar verbesserten Rohertragsbasis ⁵⁾ konnten die Unternehmen die erneut spürbar gestiegenen Personalkosten gut verkraften. Mit 3½% stieg diese Aufwandsposition etwas stärker als 2013 (+ 3%), blieb aber erkennbar hinter der durchschnittlichen Jahresrate im Zeitraum von 2010 bis 2012 (+ 4½%) zurück. Die seit Jahren beobachtbare, recht stabile Aufwärtstendenz ist das Ergebnis beachtlicher Aufstockungen beim Stammpersonal und deut-

licher Lohn- und Gehaltssteigerungen. Im Berichtszeitraum wurden die tariflichen Entgelte in der Abgrenzung des hier betrachteten nicht-finanziellen Unternehmenssektors mit 3% kräftiger angehoben als im Jahr 2013 (+ 2½%). Die Kostenbelastung durch Abschreibungen war 2014 sogar deutlich höher als im Jahr davor, was primär daran lag, dass die Absetzungen für den Werteverzehr bei den Sachanlagen diesmal kräftig zunahm. Dies konnte nicht davon aufgewogen werden, dass es beim Umlaufvermögen und den Finanzanlagen in geringerem

⁵ Der Rohertrag ergibt sich als Gesamtleistung abzüglich des Materialaufwands.

Umfang zu Wertberichtigungen nach unten kam. Im Berichtszeitraum lagen die Abschreibungen auf Forderungsvermögen wie schon 2013 mehr als ein Viertel niedriger als in den Jahren 2011 und 2012, die von recht hohen Wertberichtigungen gekennzeichnet gewesen waren.

Jahresergebnis vor Steuern deutlich verbessert

In der Summe stiegen die Aufwendungen 2014 langsamer als die Erträge. Das Jahresergebnis vor Gewinnsteuern lag im Durchschnitt des nichtfinanziellen Unternehmenssektors um 8½% über dem Wert des Jahres 2013. Damit wurde das Minus im Vorjahr in Höhe von 4½% mehr als wettgemacht. Die Vor-Steuer-Umsatzrendite belief sich insgesamt auf 4¼%. Die Ertragskraft der Unternehmen war 2014 also wieder so hoch wie in den ersten Jahren nach Überwinden der Großen Rezession. Der Rückgang im Jahr 2013 auf 4% war den Ergebnissen zufolge vorübergehender Natur.

Umsatzrendite im Verarbeitenden Gewerbe leicht überdurchschnittlich ...

Das Verarbeitende Gewerbe konnte 2014 die verglichen mit dem gesamten Unternehmenssektor größeren Gewinneinbußen aus dem Jahr davor vollständig kompensieren. Mit Ausnahme des Jahres 2013 wies der Wirtschaftsbereich in den vergangenen fünf Jahren eine recht stabile Rentabilität auf. Mit 4½% war die Vor-Steuer-Umsatzrendite 2014 etwas höher als im Unternehmenssektor als Ganzes. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes wies der Fahrzeugbau im Berichtszeitraum erneut eine klar unterdurchschnittliche Umsatzrendite auf, wengleich das ausgesprochen schwache Ergebnis aus dem Jahr 2013 deutlich übertroffen wurde. Die Rentabilität des Maschinenbaus verharrte auf dem im Branchenvergleich guten, im Zeitablauf aber eher mittelmäßigen Vorjahresniveau. Die Elektroindustrie konnte ihre Umsatzrendite erheblich steigern. Von den großen Industriezweigen wurde sie lediglich von der chemischen und pharmazeutischen Industrie übertroffen.

... und im Baugewerbe ausgesprochen gut

Das Baugewerbe wies 2014 eine sehr hohe Rentabilität auf. In einer Zeitspanne von mehr als zehn Jahren gelang es der Baubranche zu-

nächst auf dem Wege der Konsolidierung, dann von günstigen Nachfragebedingungen profitierend, die Umsatzrendite von einem niedrigen Wert um 3% auf 7% im Berichtszeitraum zu erhöhen. Besonders erfolgreich war in den vergangenen Jahren die Vielzahl an eher kleinen, häufig in der Rechtsform einer Nichtkapitalgesellschaft firmierenden Bauunternehmen. Diese dürften zu einem größeren Anteil im besonders boomenden Wohnungsbau tätig sein.

Innerhalb der Dienstleistungsbranchen schnitten die Unternehmensdienstleister erneut am besten ab; 2014 erzielten sie mit gut 9% eine Umsatzrendite, die lediglich im konjunkturellen Aufschwung der Jahre von 2006 bis 2008 übertroffen worden war. Im Hinblick auf das generell hohe Rentabilitätsniveau dieses Sektors ist zu beachten, dass der Anteil der Nichtkapitalgesellschaften überdurchschnittlich groß ist. Bei solchen Unternehmen ist der sogenannte Unternehmerlohn Bestandteil des Gewinns, während bei Kapitalgesellschaften die Entlohnung der Unternehmensführung Teil des Personalaufwands ist. Während die Informations- und Kommunikationsbranche ebenfalls eine weit überdurchschnittliche Rentabilität aufwies, blieben die Handelssparten sowie der Sektor „Verkehr und Lagerei“ unter dem Durchschnitt des nichtfinanziellen Unternehmenssektors. Die Transport- und Logistikbranche musste 2014 eine Verringerung des Vor-Steuer-Jahresergebnisses um mehr als zwei Fünftel hinnehmen. Bei einem recht guten Umsatzwachstum war es die Summe aus Kostensteigerungen bei Vorleistungen und Personal sowie deutlich erhöhten Abschreibungen, die den Gewinneinbruch verursachten. Nach Steuern betrachtet entgingen die Transport- und Logistikunternehmen im Mittel nur knapp der Verlustzone.

Unternehmensdienstleister mit hoher Rentabilität, Handel und vor allem Verkehrsbranche eher renditeschwach

Mittelaufkommen und Mittelverwendung

Das Mittelaufkommen der nichtfinanziellen Unternehmen gab im Jahr 2014 wie bereits in den drei Jahren zuvor leicht nach. Aufgrund des

Mittelaufkommen und Mittelverwendung der Unternehmen ¹⁾

Mrd €

Position	2012	2013	2014 ⁴⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				2013	2014 ⁴⁾
Mittelaufkommen					
Kapitalerhöhung aus Gewinnen sowie Einlagen bei Nichtkapitalgesellschaften ¹⁾	26,9	39,2	59,5	12,3	20,5
Abschreibungen (insgesamt)	156,1	155,2	160,5	- 0,9	5
Zuführung zu Rückstellungen ²⁾	- 12,7	18,2	19,5	30,9	1
Innenfinanzierung	170,3	212,6	239,5	42,3	26,5
Kapitalzuführung bei Kapitalgesellschaften ³⁾	13,6	14,8	10,5	1,1	- 4
Veränderung der Verbindlichkeiten	82,8	30,0	0	- 52,9	- 30
kurzfristige	35,1	18,6	29,5	- 16,5	10,5
langfristige	47,7	11,3	- 29	- 36,4	- 40,5
Außenfinanzierung	96,5	44,7	11	- 51,7	- 34
Insgesamt	266,8	257,3	250	- 9,5	- 7
Mittelverwendung					
Brutto-Sachanlagenzugang ⁴⁾	170,7	162,4	170	- 8,3	7,5
Nachrichtlich:					
Netto-Sachanlagenzugang	29,4	18,8	20,5	- 10,5	1,5
Abschreibungen auf Sachanlagen	141,3	143,5	149,5	2,2	6
Vorratsveränderung	12,4	11,3	2	- 1,2	- 9
Sachvermögensbildung (Bruttoinvestitionen)	183,1	173,6	172	- 9,5	- 2
Veränderung von Kasse und Bankguthaben	9,3	12,6	0,5	3,3	- 12
Veränderung von Forderungen ⁵⁾	17,3	47,0	18,5	29,8	- 28,5
kurzfristige	13,0	39,1	8	26,1	- 31
langfristige	4,3	8,0	10,5	3,7	2,5
Erwerb von Wertpapieren	- 0,6	0,4	5	0,9	4,5
Erwerb von Beteiligungen	57,6	23,6	54	- 33,9	30,5
Geldvermögensbildung	83,6	83,6	78,5	0,0	- 5,5
Insgesamt	266,8	257,3	250	- 9,5	- 7
Nachrichtlich:					
Innenfinanzierung in % der Bruttoinvestitionen	93,0	122,4	139	.	.

* Hochgerechnete Ergebnisse; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. **1** Einschl. GmbH und Co KG und ähnlicher Rechtsformen. **2** Einschl. Veränderung des Saldos der Rechnungsabgrenzungsposten. **3** Erhöhung des Nominalkapitals durch Ausgabe von Aktien und GmbH-Anteilen sowie Zuführungen zur Kapitalrücklage. **4** Veränderung der Sachanlagen (einschl. immaterieller Vermögensgegenstände) zzgl. Abschreibungen. **5** Zzgl. unüblicher Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens.

Deutsche Bundesbank

Mittelaufkommen trotz starken Cashflows mit weiterem Rückgang

starken Cashflows konnten die Unternehmen fast ausschließlich auf Innenfinanzierungsmittel zurückgreifen. Getragen wurde die Sekundärfinanzierung zum einen durch die konstanten Beiträge aus Abschreibungsgegenwerten und der Rückstellungsbildung. Des Weiteren setzte sich der Trend der ansteigenden Gewinnthesaurierung fort. Trotz außergewöhnlich günstiger Finanzierungsbedingungen ging die Außenfinanzierung im Berichtszeitraum ausnahmslos auf Eigenkapitalzuführungen von außen zurück. Die nichtfinanziellen Unternehmen gingen per saldo keine neuen Verbindlichkeiten ein, was zu einem Großteil auf Sondereffekte zurückzuführen war. Hinter der flachen Gesamtentwicklung

verbirgt sich jedoch eine deutliche Verschiebung im Fristigkeitsspektrum der finanziellen Verpflichtungen. Langfristige Verbindlichkeiten – vor allem gegenüber verbundenen Unternehmen – wurden mit Ausnahme der Emission von Anleihen getilgt, während sich die Unternehmen kurzfristig Geld vor allem von Kreditinstitutionen ausliehen. Der Finanzierungsbedarf durch Kapitalzuführungen von außen fiel im Jahr 2014 im historischen Vergleich lediglich moderat aus.

Im Durchschnitt verwendeten die Unternehmen zwei Drittel ihrer verfügbaren Mittel auf Investitionen in Sachanlagen. Im Ergebnis lag der

Sachanlagenakkumulation in der chemischen Industrie, im Fahrzeugbau und im Bereich „Verkehr und Lagerei“ überdurchschnittlich

Netto-Sachanlagenzugang in Relation zu den Abschreibungen im Berichtszeitraum bei 14%, was in etwa dem langfristigen Mittelwert entspricht. Im Einklang mit der guten Branchenkonzunktur baute das Baugewerbe leicht überdurchschnittlich Sachanlagen auf. Im Bereich „Verkehr und Lagerei“ übertraf der (Brutto-) Sachanlagenzugang die Abschreibungen um ein Viertel, was vor dem Hintergrund der sinkenden Rentabilität auf einen hohen Wettbewerbsdruck als Investitionstreiber hindeutet. Im Verarbeitenden Gewerbe ragte zum wiederholten Mal der Sachanlagenzugang des Fahrzeugbaus hervor, welcher um ein Drittel über dem Abschreibungsvolumen lag. In der chemischen und pharmazeutischen Industrie überstiegen die Anlageinvestitionen die Abschreibungen um knapp ein Viertel, womit die in den Vorjahren beobachtbare Investitionszurückhaltung dieses Industriezweigs überwunden zu sein scheint. Die Firmen aus der Elektroindustrie hingegen akkumulierten im Jahr 2014 nach Berücksichtigung der Abschreibungen kaum neues Sachkapital.

Fahrzeugbau und Informationsdienstleister erhöhten Beteiligungsbesitz erheblich

Die Zunahme des Beteiligungsbesitzes und damit der Kapital- und Produktionsverflechtungen konzentrierte sich im Jahr 2014 im Wesentlichen auf zwei Branchen: Zum einen setzten die Fahrzeugbauer ihre expansive Strategie fort und investierten etwa so viel in neue Beteiligungen wie in Erhalt und Ausweitung unternehmensinterner Produktionskapazitäten. Um den erhöhten Finanzierungsbedarf zu decken, war – wie bereits in den Vorjahren – auch Finanzierung von außen notwendig, und zwar sowohl in Form langfristiger Verbindlichkeiten als auch über Kapitalzuführungen von Gesellschaftern. Zum anderen stockten die Informations- und Kommunikationsdienstleister im Berichtszeitraum ihre Beteiligungen deutlich auf, was jedoch ausschließlich über die Innenfinanzierung gedeckt werden konnte. Zurückhaltend bei der Erweiterung des Beteiligungsbesitzes verhielten sich hingegen die chemische und pharmazeutische Industrie, die Elektroindustrie sowie die Energie- und Wasserversorger, welche ebenso zu den Wirtschaftsbranchen mit

einem größeren Umfang an Beteiligungskapital zählen.

■ Bilanzentwicklung

Die Bilanzsumme der nichtfinanziellen Unternehmen ist im Jahr 2014 moderat um 2 ½% gewachsen. Die dynamischste Komponente im Anlagevermögen war 2014 wieder das Beteiligungskapital. Mit Blick auf den nichtfinanziellen Unternehmenssektor als Ganzes wurde der Anteil des Anlagenbestandes an der Bilanzsumme gehalten. Während sich die Sachanlagenquote bei den Kapitalgesellschaften nach dem sehr guten Jahresergebnis erhöhte, kam es bei den Nichtkapitalgesellschaften zu einem weiteren Rückgang. Die derzeitige Niedrigzinsphase reflektierte sich im Berichtszeitraum auch im Fristigkeitsspektrum der Forderungen der nichtfinanziellen Unternehmen, welche darum bemüht schienen, den Anteil nicht zinstragender Aktiva zu vermindern und vermehrt in höher verzinsten, längerfristigen Forderungen und Wertpapieren zu investieren.

Bilanzsumme moderat gewachsen

Praktisch alle betrachteten Wirtschaftsbereiche mit dem Fahrzeugbau an der Spitze bildeten zusätzliche Rückstellungen für erwartete Zahlungsverpflichtungen in der Zukunft. Hierzu gehören die Pensionszahlungen aus Direktzusagen an aktive und ehemalige Mitarbeiter ebenso wie Vorkehrungen gegenüber Spätfolgen und Unwägbarkeiten unternehmerischen Handelns. Die Rückstellungen insgesamt machen auf der Passivseite rund 16% der Bilanzsumme aus. Nachdem ihr Bilanzgewicht lange Zeit der Tendenz nach rückläufig gewesen war,⁶⁾ nahm der Anteil seit drei Jahren wieder leicht zu. Ein wesentlicher Faktor dabei war und ist, dass die Gegenwartswerte zukünftiger Zahlungsverpflichtungen aufgrund der Niedrigzinsphase nach oben anzupassen sind. Für die Wertermittlung der langfristigen Rückstellungen ist handelsrechtlich ein Diskontierungssatz vorgeschrie-

Niedrigzinsphase erfordert Aufstockung langfristiger Rückstellungen

⁶⁾ Im vergangenen Jahrzehnt entfielen auf die Rückstellungen durchschnittlich 19% der Bilanzsumme.

Bilanz der Unternehmen ¹⁾					
Position	2012	2013	2014 ²⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				2013	2014 ³⁾
Vermögen	Mrd €			in %	
Immaterielle Vermögensgegenstände	82,3	80,4	76,5	- 2,3	- 5
Sachanlagen	860,7	881,4	905,5	2,4	3
Vorräte	615,2	626,5	628,5	1,8	0,5
Sachvermögen	1 558,3	1 588,4	1 611	1,9	1,5
Kasse und Bankguthaben	251,6	264,2	265	5,0	0
Forderungen	1 187,2	1 230,7	1 246	3,7	1,5
darunter:					
aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen	399,6	395,9	393	- 0,9	- 0,5
Wertpapiere	636,6	675,3	691	6,1	2,5
Beteiligungen ¹⁾	78,9	79,2	84	0,5	6
Rechnungsabgrenzungsposten	582,4	598,0	644,5	2,7	8
	18,8	19,2	20	1,9	4,5
Forderungsvermögen	2 119,0	2 191,3	2 259,5	3,4	3
Aktiva insgesamt ²⁾	3 677,2	3 779,7	3 870,5	2,8	2,5
Kapital					
Eigenmittel ^{2) 3)}	1 019,4	1 073,3	1 143,5	5,3	6,5
Verbindlichkeiten	2 041,8	2 071,8	2 072	1,5	0
darunter:					
gegenüber Kreditinstituten	458,8	450,7	454	- 1,8	0,5
aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen	310,6	308,7	315	- 0,6	2
erhaltene Anzahlungen	790,2	812,5	793,5	2,8	- 2,5
Rückstellungen ³⁾	217,0	225,0	219,5	3,7	- 2,5
darunter:	590,2	607,4	626,5	2,9	3
Pensionsrückstellungen	195,0	203,0	209	4,1	3
Rechnungsabgrenzungsposten	25,9	27,2	28,5	5,2	5
Fremdmittel	2 657,9	2 706,4	2 726,5	1,8	1
Passiva insgesamt ²⁾	3 677,2	3 779,7	3 870,5	2,8	2,5
Nachrichtlich:					
Umsatz	5 682,2	5 697,7	5 759	0,3	1
desgl. in % der Bilanzsumme	154,5	150,7	149	.	.

* Hochgerechnete Ergebnisse; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. **1** Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. **2** Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. **3** Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.
 Deutsche Bundesbank

ben, der sich als durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre bestimmt. Aufgrund dessen ist die Anpassung an das derzeitige Zinsniveau noch nicht abgeschlossen. In den kommenden Jahren ist vor diesem Hintergrund mit weiterer Rückstellungsbildung zu rechnen, welche die Jahresergebnisse der Unternehmen für sich genommen belastet. Die Pensionsrückstellungen haben ein Bilanzgewicht von 5 1/2%. Strukturell liegen die Versorgungsverpflichtungen bei den Kapitalgesellschaften auf einem deutlich höheren Niveau als bei den Nichtkapitalgesellschaften. Um die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen zu reduzieren, bemühten sich viele Kapitalgesellschaften,

Vermögensgegenstände innerhalb des Unternehmens für die betriebliche Altersvorsorge beiseite zu stellen.

Passivseitig gab es beim langfristig verfügbaren Kapital kaum Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Denn die Zunahme des Eigenkapitals wurde durch die Rückführung von langfristigen Verbindlichkeiten in etwa ausgeglichen. Vor allem gegenüber Kreditinstituten sowie verbundenen Unternehmen wurden langfristige Verbindlichkeiten getilgt. Weiterhin lebhaft blieben hingegen Begebungen von Unternehmensanleihen, deren Wert in den Unternehmensbilanzen sich in den letzten fünf Jahren beinahe verdop-

Tilgungen von langfristigen Verbindlichkeiten

pelte. Der Anteil der Verbindlichkeiten mit kurzen Laufzeiten an der Bilanzsumme wurde in etwa beibehalten. Gerade bei Ausleihungen von Kreditinstituten war jedoch eine Verschiebung von langen zu kurzen Laufzeiten zu beobachten.

Eigenkapitalbasis weiter gestärkt

Der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme der nichtfinanziellen Unternehmen belief sich am Ende des Bilanzjahres 2014 im Mittel auf 29½%. Der langfristige Trend, die Eigenkapitalbasis zu stärken, setzte sich somit fort. Die recht kräftige Zunahme um 1 Prozentpunkt im Berichtszeitraum war rund zur Hälfte auf Sondereffekte bei Einzelunternehmen zurückzuführen. Beinahe alle betrachteten Wirtschaftszweige nutzten die günstige Wirtschaftslage zum weiteren Aufbau von finanziellen Rücklagen, womit der Anstieg der Eigenmittelquote im Jahr 2014 sektoral auf einem breiten Fundament basierte. Differenziert nach der Unternehmensgröße erhöhten die kleinen und mittleren Unternehmen ihre Eigenkapitalquote noch einmal leicht auf 25½%; verglichen mit dem sehr niedrigen Wert im Jahr 2000 stellt dies mittlerweile mehr als eine Verdopplung dar.⁷⁾ Die Großunternehmen erhöhten 2014 ihre Eigenmittelquote wieder spürbar auf 31½%, nachdem es in den Vorjahren eine Seitwärtsbewegung entlang der 30%-Marke gegeben hatte.

■ Tendenzen für das Jahr 2015

Geschäftsentwicklung 2015 voraussichtlich besser als 2014, Rentabilität von Sondereffekten belastet

Die Geschäftsentwicklung der nichtfinanziellen Unternehmen könnte im laufenden Jahr besser gewesen sein als 2014. Hierfür spricht zum einen, dass der Umsatz der börsennotierten nichtfinanziellen Unternehmensgruppen laut den vorläufigen Angaben aus der Konzernabschlussstatistik bis zum dritten Quartal 2015 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 7½% zugelegt hat; 2014 belief sich die Jahresveränderungsrate auf 1%. Zwar spielen dabei teilweise Wechselkurseffekte durch die Umrechnung der Umsätze von Tochterunternehmen aus dem Nicht-EWU-Raum zum merklich niedrigeren Euro-Kurs eine Rolle.

Bilanzielle Kennziffern der Unternehmen ¹⁾

Position	2012	2013	2014 ²⁾
	in % der Bilanzsumme ¹⁾		
Immaterielle Vermögensgegenstände	2,2	2,1	2
Sachanlagen	23,4	23,3	23,5
Vorräte	16,7	16,6	16
Kurzfristige Forderungen	30,0	30,1	29,5
Langfristig verfügbares Kapital ²⁾	48,3	48,9	49
darunter:			
Eigenmittel ¹⁾	27,7	28,4	29,5
Langfristige Verbindlichkeiten	15,1	14,9	14
Kurzfristige Verbindlichkeiten	40,5	39,9	39,5
	in % der Sachanlagen ³⁾		
Eigenmittel ¹⁾	108,1	111,6	116,5
Langfristig verfügbares Kapital ²⁾	188,2	192,1	193
	in % des Anlagevermögens ⁴⁾		
Langfristig verfügbares Kapital ²⁾	107,3	108,9	106,5
	in % der kurzfristigen Verbindlichkeiten		
Liquide Mittel ⁵⁾ und kurzfristige Forderungen	93,4	95,5	94
	in % der Fremdmittel ⁶⁾		
Cashflow (Eigenwirtschaftete Mittel) ⁷⁾	13,8	14,5	15

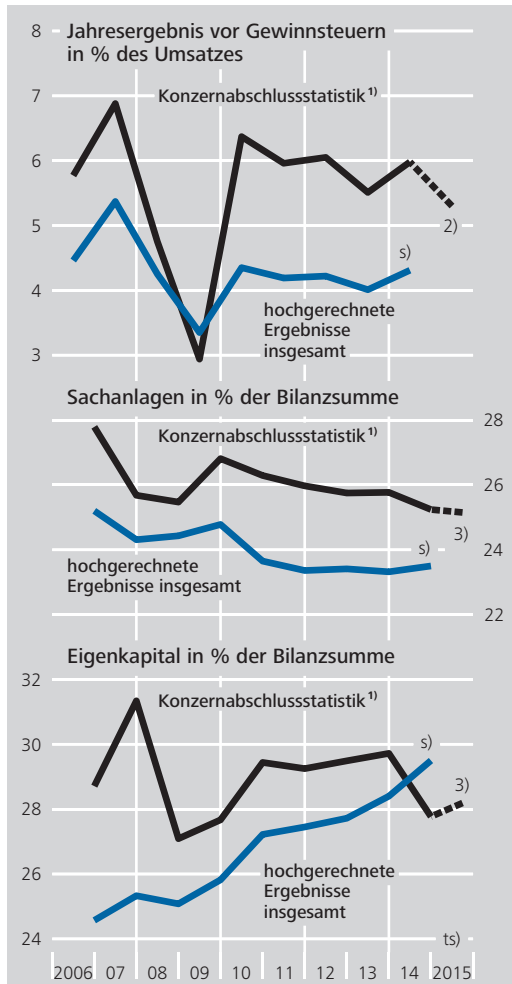
* Hochgerechnete Ergebnisse; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. ¹⁾ Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. ²⁾ Eigenmittel, Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonderposten mit Rücklageanteil. ³⁾ Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. ⁴⁾ Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände, Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. ⁵⁾ Kasse und Bankguthaben sowie Wertpapiere des Umlaufvermögens. ⁶⁾ Verbindlichkeiten, Rückstellungen, passivischer Rechnungsabgrenzungsposten und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil, vermindert um Kasse und Bankguthaben. ⁷⁾ Jahresergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten.

Deutsche Bundesbank

Gleichwohl berichten zahlreiche Konzerne auch über gestiegene Absatzzahlen. Zum anderen wird die Tendenzaussage für den nichtfinanziellen Unternehmenssektor als Ganzes dadurch abgesichert, dass dieser in stärkerem Maße von der sich 2015 insgesamt recht expansiv entwickelnden Binnennachfrage abhängt als die häufig auf den internationalen Märkten präsenten großen Konzerne. Bei den Materialkosten dürfte es infolge weiter gefallener Rohstoffpreise zu Entlastungen gekommen sein. Die

⁷⁾ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Nachhaltige Stärkung der Eigenkapitalbasis nichtfinanzieller Unternehmen in Deutschland, Dezember 2013, S. 46–49.

Ausgewählte Kennzahlen aus Konzern- und Jahresabschlüssen



1 Ca. 240 börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen. 2 Saisonbereinigter Durchschnitt 1. bis 3. Vj. 2015. 3 Bilanzstichtag 30. September 2015.
 Deutsche Bundesbank

Tarifentgelte sind im laufenden Jahr zwar nicht so stark wie 2014 gestiegen. Der zu Jahresbeginn eingeführte allgemeine gesetzliche Mindestlohn dürfte jedoch insbesondere in den Dienstleistungsbranchen die Personalkosten betroffen haben. Dass sich die überwiegend günstigen Trends bei Umsatz und Kosten nicht in der Umsatzrendite der Konzerne in den ersten drei Quartalen 2015 widerspiegeln, liegt an Sondereffekten. So musste der Volkswagen-Konzern aufgrund der Unregelmäßigkeiten bei Abgas tests an Fahrzeugen mit Dieselmotoren im Verlauf dieses Jahres beträchtliche Rückstellungen dotierungen und außerplanmäßige Abschreibungen verbuchen. Zudem nahm eine Unter-

nehmensgruppe im Energiesektor erhebliche Wertberichtigungen vor. Es ist zu vermuten, dass diese beiden recht gewichtigen Effekte auch die Rentabilität des nichtfinanziellen Unternehmenssektors als Ganzes beeinträchtigen werden.

Mit der Konzernabschlusst Statistik lassen sich zentrale Bilanzrelationen der Einzelunternehmen im gegenwärtigen Umfeld nur eingeschränkt vorhersagen. Das gilt vor allem für die Passivseite. Dass die Eigenkapitalquote der Konzerne 2014 deutlich sank, während sie in der aggregierten Bilanz der nichtfinanziellen Unternehmen stieg, lag hauptsächlich an den erwähnten unterschiedlichen Rechnungslegungsvorschriften für die bilanzielle Erfassung von Pensionsverpflichtungen. Infolge der weiteren Verringerung der Marktzinssätze im ersten Quartal 2015 bewerteten die 74 großen Unternehmensgruppen ihre Pensionsrückstellungen am 31. März 2015 um weitere 21 Mrd € höher als ein Vierteljahr zuvor (171 Mrd €). Die darauf folgende markante Aufwärtsbewegung bei den Zinsen führte bis zur Jahresmitte 2015 zu einer Anpassung nach unten auf 143 Mrd €. Die ausgeprägten Schwankungen in dieser Position betreffen zwar nicht die GuV der Konzerne, über die Gesamtergebnisrechnung beeinflussen solche GuV-neutralen Aufwendungen und Erträge aber gleichwohl das Eigenkapital. Die nach den handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellten Bilanzen der Einzelunternehmen sind von solcherart kurzfristigen und deutlichen Verschiebungen zentraler Bilanzrelationen nicht betroffen; aber auch hier dürfte das anhaltend niedrige Zinsniveau weitere Aufstockungen der Rückstellungen erforderlich machen.

Die Sachkapitalquote der Konzerne lag am Ende des dritten Quartals 2015 praktisch auf dem Niveau am Ende des Vorjahres. Im Verlauf des Jahres 2014 hatte sie stärker nachgegeben; gleichzeitig war der Anteil der Sachanlagen in der aggregierten Bilanz der nichtfinanziellen Unternehmen damals etwas gestiegen. Unter der Annahme, dass die unterschiedlichen Rechnungslegungsvorschriften für Konzerne und

Konzernrechnungslegung beeinflusst im gegenwärtigen Umfeld die Passivseite anders als handelsrechtliche Vorschriften

Gewerbliche Sachkapitalbildung 2015 vermutlich weiter gefestigt

Einzelunternehmen im gegenwärtigen Umfeld auf der Aktivseite der Bilanzen einen geringeren Einfluss ausüben, lässt der Befund aus der Konzernabschlussstatistik vermuten, dass sich die

Sachkapitalbildung im nichtfinanziellen Unternehmenssektor im laufenden Jahr tendenziell weiter gefestigt hat.

■ Die Einlagensicherung in Deutschland

Das Einlagensicherungsgesetz, mit dem die harmonisierten Vorgaben der überarbeiteten europäischen Einlagensicherungsrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt wurden, ist am 3. Juli 2015 in Kraft getreten. Das neue Einlagensicherungsgesetz ersetzt für die Einlagensicherung das im Jahr 1998 in Kraft getretene Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz, das der damaligen gemeinsamen Umsetzung der EG-Einlagensicherungsrichtlinie sowie der EG-Anlegerentschädigungsrichtlinie diente. Ausgehend von der bisherigen Rechtslage werden die neuen Harmonisierungsvorgaben sowie deren Umsetzung in Deutschland vorgestellt. Das seit 1998 errichtete System der gesetzlichen Einlegerentschädigung für private und öffentlich-rechtliche Institute wird fortgeführt. Maßgebliche Änderungen ergeben sich für die institutssichernden Einrichtungen des deutschen Bankgewerbes. Insgesamt wird das Schutzniveau für die Einleger weiter verbessert. Die deutsche Einlagensicherung bleibt auf dieser Grundlage national verankert. Abschließend werden auch die aktuellen Pläne für eine gemeinsame Einlagensicherung auf der europäischen Ebene dargestellt und bewertet.

Erfahrungen mit der gesetzlichen Einlegerentschädigung in Deutschland seit 1998

Errichtung einer gesetzlichen Einlegerentschädigung in Deutschland im Jahr 1998

Mit der Umsetzung der EU-Einlagensicherungsrichtlinie (94/19/EG vom 30. Mai 1994) wurden erstmals in Deutschland auf harmonisierter Basis Strukturen für eine gesetzliche Einlegerentschädigung geschaffen, die durch das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG) mit Wirkung vom 1. August 1998 in Kraft traten.¹⁾ Die damals festgelegte Errichtung zweier gesetzlicher Entschädigungseinrichtungen jeweils für private und öffentlich-rechtliche Kreditinstitute auf Ebene der entsprechenden Bankenverbände sowie die Aufgaben und Befugnisse der Entschädigungseinrichtungen sind seitdem unverändert geblieben. Die damals geschaffenen Strukturen werden auch im Rahmen der Umsetzung der novellierten Einlagensicherungsrichtlinie (2014/49/EU) vom 16. April 2014 durch das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz fortgeführt.

Gesetzliche Einlagensicherung und Institutsicherungen mit bankengruppenspezifischen Sicherungseinrichtungen

Grundsätzlich müssen seit Inkrafttreten des EAEG alle Banken, die das Einlagengeschäft betreiben, einer gesetzlichen Einlegerentschädigungseinrichtung zugeordnet sein. Die gesetzliche Entschädigungseinrichtung der privaten Banken (EdB) und die der öffentlichen Banken (EdÖ) handeln hierbei in privater Rechtsform im gesetzlichen Auftrag als „Beliehene“.²⁾ Hingegen sind die institutssichernden Einrichtungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) und des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) gemäß Artikel 113 Absatz 7 der Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation: CRR) Zusammenschlüsse mehrerer Banken, die eine gegenseitige Haftungsvereinbarung geschlossen haben. Ihre Hauptfunktion besteht in der Institutsicherung, das heißt der Vermeidung des Konkurses eines Mitgliedsinstituts. Sie galten bisher als „alternative“ Systeme im Sinne der EU-Einlagensicherungsrichtlinie von 1994 mit der Folge, dass ihre Mitgliedsinstitute von den Vorschriften des EAEG befreit waren und somit keiner gesetzlichen Entschädi-

gungseinrichtung angehören mussten. Der Begriff „alternative“ Systeme bezeichnet Systeme, die eine Einlagensicherungsfunktion mittelbar über eine bestehende Institutsicherung ausüben.

Der gesetzliche Einlagenschutz wird durch die freiwillige Einlagensicherung der innerhalb der einzelnen Bankenverbände errichteten Sicherungseinrichtungen ergänzt. Seit der Einführung des EAEG mit einem ursprünglichen Entschädigungsanspruch in Höhe von 90% der Verbindlichkeiten bis zu einem Betrag von maximal 20 000 € pro Kunde eines Instituts gewähren die freiwilligen Einlagensicherungssysteme bei privaten und öffentlichen Banken einen zusätzlichen Einlagenschutz hinsichtlich Sicherungsgrenze, Umfang der gesicherten Einlagen und Kreis der geschützten Einleger. Aus Wettbewerbsgründen ist ein Großteil der Kreditinstitute zusätzlich Mitglied in einer freiwilligen Einlagensicherung. Art und Umfang des Schutzes der einzelnen Einleger richten sich nach den Statuten der jeweiligen Sicherungseinrichtung. Der private Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken sichert auf freiwilliger Basis Guthaben jedes einzelnen Kunden derzeit bis zu einer Höhe von 20% der bankaufsichtlichen Eigenmittel der jeweiligen Bank. Zum 1. Januar 2012 beschloss der Bundesverband deutscher Banken Anpassungen seiner freiwilligen Einlagensicherung, die eine schrittweise Absenkung der Sicherungsgrenze auf 8,75% des maßgeblichen haftenden Eigenkapitals bis 2025 beinhaltet.

Freiwillige Einlagensicherung ergänzt gesetzlichen Schutz

¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Einlagensicherung und Anlegerentschädigung in Deutschland, Monatsbericht, Juli 2000, S. 29 ff. Der vorliegende Aufsatz behandelt die Einlagensicherung, Aspekte der Anlegerentschädigung sind nicht Gegenstand der Ausführungen.

² Aufgaben und Befugnisse einer gesetzlichen Entschädigungseinrichtung können auf juristische Personen des Privatrechts übertragen werden, wenn diese die Anforderungen, die an die Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe zu stellen sind, erfüllen. Den nicht öffentlich-rechtlichen Trägern einer Entschädigungseinrichtung wird die Funktion eines mit der öffentlichen Aufgabe „Beliehenen“ übertragen. Privatrechtlich organisierte Entschädigungseinrichtungen können insoweit Verwaltungsakte erlassen.

Überblick über die Einlagensicherung in Deutschland

CRR-Kreditinstitute	Gesetzlicher Einlegerschutz gemäß EinSiG	Institutssicherung ¹⁾ ; freiwillige Einlagensicherung
In privater Rechtsform		
Kreditgenossenschaften und genossenschaftliche Zentralbanken	Gesetzliche Sicherung ²⁾ Träger: BVR Institutssicherung GmbH ³⁾	Institutssicherung Träger: BVR-Sicherungseinrichtung ⁴⁾
Andere CRR-Kreditinstitute	Gesetzliche Sicherung ²⁾ Träger: Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH, EdB	Ergänzungssicherung der nicht nach EinSiG gesicherten Einlagen, je Einleger bis 20% des für die Einlagensicherung maßgeblichen haftenden Eigenkapitals der Bank ⁵⁾ Träger: Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V.
In öffentlicher Rechtsform		
Sparkassen, Landesbanken, öffentliche Bausparkassen	Gesetzliche Sicherung ²⁾ Träger: DSGV, regionale Sparkassenverbände ⁶⁾	Institutssicherung Träger: DSGV, regionale Sparkassenverbände ⁷⁾
Andere CRR-Kreditinstitute	Gesetzliche Sicherung ²⁾ Träger: Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH, EdÖ	Ergänzungssicherung der nicht nach EinSiG gesicherten Einlagen bis zur vollen Höhe ⁸⁾ Träger: Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands e.V.

1 Institutssichernde Einrichtungen des Bankgewerbes auf Ebene der jeweiligen Verbände; Schutz der Mitgliedsinstitute kraft Satzungen bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch Stützung und Sanierung zur Verhinderung der Insolvenz. **2** Der Einlegerschutz umfasst alle Spar-, Termin- und Sichteinlagen sowie auf den Namen lautende Sparbriefe. Gedeckt sind Einlagen in Euro und in Fremdwährung. Inhaberschuldverschreibungen und Zertifikate unterliegen nicht der Einlegerentschädigung. Rechtsanspruch auf Entschädigung besteht bei allen Systemen bis zur Höhe von 100 000 € je Einleger je Institut, in gesonderten Einzelfällen bis zu 500 000 €. Geschützter Einlegerkreis: im Wesentlichen Privatpersonen. Nicht geschützt sind Einlagen insbesondere von Kreditinstituten, institutionellen Anlegern und öffentlichen Stellen. **3** BVR Institutssicherung GmbH gewährleistet gesetzliche Entschädigungsansprüche (Einlegerentschädigung) und praktiziert Institutsschutz. Institutssicherung ist eine anerkannte Form der Einlagensicherung gemäß EinSiG. **4** Daneben besteht ein Schutzzumfang durch die freiwillige Sicherungseinrichtung des BVR im Rahmen der institutssichernden Funktion gemäß Statut. **5** Bis zum Jahr 2025 schrittweise Absenkung der Sicherungsgrenze auf 8,75% des maßgeblichen haftenden Eigenkapitals. Abweichend hiervon beträgt die Sicherungsgrenze für neu aufgenommene Institute bis zum Ende des dritten Kalenderjahres ihrer Mitwirkung am Einlagensicherungsfonds nur 250 000 €. Gesichert sind alle Nichtbankeneinlagen. **6** Das bisherige Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe wird um eine Einlagensicherungsfunktion ergänzt. **7** Haftungsverbund. **8** Geschützt sind Einlagen von Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen und Kommunen.

Deutsche Bundesbank

Finanzierung der gesetzlichen Einlagensicherung

Alle gesetzlichen und freiwilligen Sicherungseinrichtungen werden in Deutschland durch regelmäßige jährliche Beiträge „ex ante“ durch die angeschlossenen Institute finanziert. „Ex ante“-finanzierte Systeme haben gegenüber sogenannten „ex post“-finanzierten Systemen den Vorteil, dass im Entschädigungs- oder Sicherungsfall auf bereits eingezahlte finanzielle Mittel zurückgegriffen werden kann und damit die Entschädigung von der aktuellen Ertrags- und Liquiditätssituation der zahlungspflichtigen Institute unabhängig ist. Die Höhe der Beiträge, die Berechnungsweise, eventuelle Sonderbeiträge sowie gegebenenfalls das Mindestvolumen der Sicherungsfonds wurden durch das

EAEG beziehungsweise die entsprechenden Rechtsverordnungen sowie durch die jeweiligen privaten Satzungen beziehungsweise Statuten der Verbände geregelt.

Zur Stärkung des durch die Finanzkrise gesunkenen Vertrauens der Einleger in die Sicherheit ihrer Einlagen wurde die in der EU-Einlagensicherungsrichtlinie vorgegebene Sicherungsgrenze in zwei Schritten erst auf 50 000 € und ab dem 1. Januar 2011 auf 100 000 € erhöht. Um diesen erhöhten harmonisierten Entschädigungsansprüchen gerecht zu werden, wurde ein höheres Fondsvolumen der Entschädigungseinrichtungen nach Maßgabe des EAEG erfor-

Anpassung der Fondsvolumina an die gestiegene Sicherungsgrenze

derlich. In den ausführenden Beitragsverordnungen von 2009 wurde der Jahresbeitrag von 0,008% auf 0,016% der Bemessungsgrundlage (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden) angehoben.³⁾ Durch die moderate Entwicklung bei den eingetretenen Entschädigungsfällen entstanden bisher keine signifikanten finanziellen Tragfähigkeitsrisiken für die zahlungspflichtigen Institute.

Schritte in Richtung einer risikoorientierten Beitragsbemessung

Durch eine weitere Änderung der Beitragsverordnung der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken vom 12. Dezember 2011 wurden Kriterien für eine risikoorientierte Beitragsbemessung eingeführt. Ziel einer risikoorientierten Beitragsbemessung war, eine Beitragsdifferenzierung zwischen den Instituten nach Ausfallrisiko zu erzielen, um eine stärker verursachungsgerechte Finanzierung der Entschädigungseinrichtung zu bewirken. Die in Betracht gezogenen Verfahren orientieren sich im Wesentlichen an der schon langjährig praktizierten Beitragsberechnung beim freiwilligen Einlagensicherungsfonds beim Bundesverband deutscher Banken.

*Entschädigungsfälle in Deutschland und Verbraucher-
vertrauen*

Seit Einführung der gesetzlichen Einlegerentschädigung in Deutschland hat es einzelne Entschädigungsfälle gegeben. Bei ihnen konnten die Ansprüche der Einleger auf Grundlage des EAEG aus dem zur Verfügung stehenden Vermögen der gesetzlichen Entschädigungseinrichtung erfüllt werden. Unter den Entschädigungsfällen waren auch solche, bei denen nur der gesetzliche Entschädigungsanspruch galt, da die entsprechenden Institute nicht Mitglied in einem auf Ebene des jeweiligen Bankenverbandes eingerichteten freiwilligen Einlagensicherungssystem waren.

Fortentwicklung der EU-Einlagensicherungsrichtlinie von 1994 auf europäischer Ebene

Erfahrungen und Anpassungen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie seit 1998

Die Richtlinie 94/19/EG beruhte auf dem Grundsatz der Mindestharmonisierung. Danach besaßen die Mitgliedstaaten das Recht, in definierten Fällen über die harmonisierten Regelungen hinauszugehen; jedoch konnten nationale Vorschriften die verpflichtend harmonisierten Regeln nicht unterschreiten. Dieser erste Harmonisierungsschritt innerhalb der Europäischen Union hat Unterschiede zwischen den Einlagensicherungssystemen der einzelnen Mitgliedstaaten, zum Beispiel im Hinblick auf den Kreis der geschützten Einleger, nicht vollkommen ausräumen können. Zudem wurde die Finanzierung der Systeme im Rahmen der Subsidiarität vollständig durch die Mitgliedstaaten geregelt. Um der Forderung nach einheitlichen Bedingungen auf den Finanzmärkten innerhalb der EU und der Förderung des Binnenmarkts gerecht zu werden, wurde auf EU-Ebene – auch unter dem Eindruck der Finanzkrise im Jahr 2008 – das Ziel einer stärkeren Harmonisierung der Einlagensicherung verfolgt. Nicht zuletzt die Finanzkrise hatte erneut die Bedeutung des Vertrauens der Einleger in die Funktionsfähigkeit des Bankenmarkts gezeigt. Mit der Richtlinie 2009/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Änderung der Richtlinie 94/19/EG über Einlagensicherungssysteme ging die Harmonisierung mit einer stufenweisen Erhöhung der Deckungssumme auf 100 000 € und einer Verkürzung der Auszahlungsfrist von drei Monaten auf 20 Arbeitstage voran. Darüber hinaus hielt man nicht mehr an dem mit der

Finanzkrise 2008 und Folgen für die gesetzliche Einlegerentschädigung

³ Siehe: Änderungsverordnungen zu den Beitragsverordnungen der Entschädigungseinrichtung der deutschen (privaten) Banken (EdB) sowie Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken (EdÖ) vom 17. August 2009.

ersten Einlagensicherungsrichtlinie eingeführten Selbstbehalt des Einlegers in Höhe von 10% fest, der die Einleger zu einem risikobewussten Verhalten anhalten sollte; es hatte sich gezeigt, dass der Selbstbehalt keine wesentlichen Auswirkungen auf das Verhalten der Einleger hatte.

Umfassende Reform der EU-Einlagensicherung

Ab dem Jahr 2010 setzten Beratungen für eine grundlegendere Reform der harmonisierten Anforderungen an die Einlagensicherung auf europäischer Ebene ein. Verabschiedet wurde die neue EU-Einlagensicherungsrichtlinie (2014/49/EU) schließlich am 16. April 2014. Ausgangspunkt war ein Vorschlag der EU-Kommission, der am 12. Juli 2010 veröffentlicht wurde. Ziel war eine umfassendere Harmonisierung der nationalen Einlagensicherungssysteme durch weitgehende Aufgabe des bisherigen Prinzips der Mindestharmonisierung in Richtung einer Maximalharmonisierung und EU-weiten Harmonisierung der in der bestehenden Richtlinie bisher subsidiär auf nationaler Ebene geregelten Finanzierungsfragen von Sicherungseinrichtungen.

Änderungen aufgrund der neuen EU-Einlagensicherungsrichtlinie von 2014

Maximalharmonisierung und Verbesserung des Verbraucherschutzes

Die „neue“ EU-Einlagensicherungsrichtlinie (2014/49/EU) folgt dem Grundsatz der Maximalharmonisierung. Dies führt dazu, dass ein über die Harmonisierung hinausgehender gesetzlicher Schutz nicht mehr möglich ist. Die Änderungen sind so grundlegend, dass die Richtlinie in wesentlichen Teilen neu gefasst wurde. Unverändert bleibt es aber bei der allein nationalen Zuständigkeit für die Durchführung der Einlagensicherung in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Harmonisierte Finanzmittelausstattung der Sicherungseinrichtungen orientiert sich an den gedeckten Einlagen

Die neuen harmonisierten Regelungen sehen konkrete Anforderungen an die finanzielle Ausstattung der Sicherungseinrichtungen vor. Die Finanzmittelausstattung der Sicherungseinrichtungen soll grundsätzlich 0,8% der „gedeckten Einlagen“ betragen. Als gedeckte Einlagen, die nun wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Höhe des Finanzierungsvolumens der nationa-

len Einlagensicherungssysteme sind, gelten diejenigen Einlagen, die je Einleger und je Bank die erstattungsfähige Deckungssumme von bis zu 100 000 € nicht übersteigen. Unter bestimmten Bedingungen, die am Konzentrationsmaß des nationalen Bankensektors ansetzen, ist eine Absenkung der Anforderungen an eine angemessene Finanzmittelausstattung auf 0,5% der gedeckten Einlagen national möglich. In Deutschland mit seiner Vielzahl an Instituten sind die Voraussetzungen hierfür nicht erfüllt.

Die Finanzmittelausstattung ist innerhalb von zehn Jahren durch obligatorische „ex ante“-Beiträge der Kreditinstitute aufzubringen. Die Höhe der Beiträge bemisst sich neben der Höhe der gedeckten Einlagen nach dem Risikoprofil des Kreditinstituts. Zwecks einheitlicher Anwendung risikoorientierter Beiträge unter dem Aspekt gleicher Wettbewerbsbedingungen in der EU hat die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority: EBA) Leitlinien für eine risikoorientierte Beitragserhebung im Sinne der EU-Einlagensicherungsrichtlinie erarbeitet. Zur Finanzmittelausstattung zählen auch unwiderrufliche Zahlungszusagen der Banken, die bis zu einer Höhe von 30% der Beitragsverpflichtung gewährt werden können. Auch zur einheitlichen Anwendung solcher unwiderruflicher Zahlungszusagen nach Maßgabe der Einlagensicherungsrichtlinie (EBA/GL/2015/09 vom 28. Mai 2015) hat die EBA Leitlinien erarbeitet.

Die Deckungssumme beträgt weiterhin 100 000 € pro Kunde bei einem Kreditinstitut. Diese Obergrenze gilt für jeden namentlich bekannten, das heißt „identifizierbaren“ Einleger. „Erstattungsfähig“ nach der EU-Einlagensicherungsrichtlinie sind vor allem Einlagen von Privatpersonen. Nicht geschützt sind damit unter anderem Einlagen von Finanzinstituten, Wertpapierfirmen, Pensions- und Rentenfonds, Versicherungen oder staatlichen Stellen. Mitgliedstaaten, in denen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie ein höherer nationaler gesetzlicher Einlagenschutz besteht, müssen diesen bis Ende des Jahres 2018 auf 100 000 € zurückführen.

Die neue Finanzmittelausstattung im Einzelnen

100 000 € Deckungssumme für geschützte Einleger

Die harmonisierte Deckungssumme wurde in der Richtlinie um eine soziale Komponente ergänzt. Bestimmte Einlagen, die der privaten Lebensführung beziehungsweise der sozialen Daseinsfürsorge dienen, genießen einen höheren Deckungsschutz. Dies sind zum Beispiel Einlagen, die aus Immobilientransaktionen im Zusammenhang mit privat genutzten Wohnimmobilien resultieren oder Beträge, die soziale, gesetzlich festgelegte Zwecke erfüllen. Auch im Falle bestimmter Lebensereignisse eines Einlegers wie etwa Heirat, Scheidung, Renteneintritt, Kündigung, Entlassung oder Invalidität, wird der Schutz für einen Zeitraum von bis zu 12 Monaten über den Betrag von 100 000 € hinaus erhöht.

Verwendung der Mittel auch für Abwicklung und ...

Die Finanzmittel der gesetzlichen Einlagensicherung sollen hauptsächlich zur Entschädigung von Einlegern verwendet werden. Allerdings können die Mittel nun auch im Rahmen der Abwicklung von Kreditinstituten verwendet werden. Den Betrag, den das Einlagensicherungssystem im Fall der Abwicklung eines Instituts beitragen muss, ermittelt die Abwicklungsbehörde nach Abstimmung mit dem Einlagensicherungssystem.⁴⁾

... alternative Maßnahmen

Außerdem sieht die Richtlinie alternative Maßnahmen vor, die im Rahmen eines erweiterten Mandats zur Sicherung der Einlagen ergriffen werden können. Unter alternativen Maßnahmen im Sinne der Richtlinie werden solche Mittelverwendungen verstanden, die auf die Stützung eines angeschlossenen Kreditinstituts zielen. Allerdings darf in diesen Fällen die Abwicklungsbehörde keine Abwicklungsmaßnahmen getroffen haben, und die Kosten der Maßnahme dürfen nicht die Kosten zur Erfüllung des gesetzlichen Mandats der Sicherungseinrichtung übersteigen.⁵⁾

Verbesserte Information und schnellere Entschädigung

Für die Einleger in Europa bedeutet die Richtlinie eine deutliche Verbesserung ihrer möglichen Entschädigungsansprüche. Zum einen verkürzt sich im Entschädigungsfall die Auszahlungsfrist von 20 auf sieben Arbeitstage. Zum anderen unterliegen die Einlagensicherungssys-

teme nun breiteren Informationspflichten, die den Einlegern eine verbesserte Information über die bestehende Einlagensicherung ermöglichen sollen. Des Weiteren besteht europaweit die Verpflichtung der „ex ante“-Finanzierung eines vorgegebenen Zielvermögens, sodass die Leistungsverpflichtung der gesetzlichen Einlagensicherung europaweit fundiert wird.

Die Richtlinie räumt die Möglichkeit ein, dass die Mitgliedstaaten ihren Sicherungseinrichtungen gestatten können, anderen Einlagensicherungssystemen innerhalb der EU unter bestimmten Bedingungen Kredite zu gewähren, sofern deren finanzielle Mittel zur Erfüllung der Ansprüche der Einleger in diesem Staat nicht ausreichen. Eine generelle Vergemeinschaftung von Risiken aus der Einlagensicherung ist aufgrund der Freiwilligkeit der Kreditvergabe zwischen Sicherungssystemen in einzelnen Mitgliedstaaten nicht vorgesehen.

Freiwillige grenzüberschreitende Kreditvergabe zwischen Sicherungseinrichtungen möglich

Umsetzung der neuen Einlagensicherungsrichtlinie in Deutschland im Juli 2015 durch das Einlagensicherungsgesetz

Änderungen für alle Sicherungseinrichtungen

Die Vorgaben der „neuen“ EU-Einlagensicherungsrichtlinie 2014/49/EU mussten von den Mitgliedstaaten bis zum 3. Juli 2015 in nationales Recht umgesetzt werden. Dies geschah in Deutschland mit dem DGSD-Umsetzungsgesetz. Auf seiner Grundlage wurde das bisherige EAEG, das die EU-Einlagensicherungsrichtlinie und die EU-Anlegerentschädigungsrichtlinie gemeinsam umsetzte, in zwei Gesetze aufgespalten: Ein Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) zur Umsetzung der Anforderungen aus der Ein-

Einlagensicherungsgesetz separat von Anlegerentschädigungsgesetz

⁴ Siehe: Art. 11 Abs. 1 und 2 der Einlagensicherungsrichtlinie.

⁵ Vgl. im Einzelnen: Art. 11 Abs. 3 der Einlagensicherungsrichtlinie.

lagensicherungsrichtlinie und ein in den Merkmalen unverändertes Anlegerentschädigungsgesetz (AnlEntG).⁶⁾ Damit bleibt der Entschädigungsanspruch bei Wertpapiergeschäften weiterhin auf 90% der Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften und einen Gegenwert von 20 000 € begrenzt.

Umfassende gesetzliche Sicherungspflicht und erweiterter Kreis der Einlagensicherungssysteme ...

Um eine umfassende Sicherungspflicht gesetzlich zu gewährleisten, müssen ab Juli 2015 alle CRR-Kreditinstitute einem gesetzlichen Einlagensicherungssystem angeschlossen sein. Die Zuordnung der Institute nach Institutsgruppen zu den gesetzlichen Entschädigungseinrichtungen für private und öffentliche Banken bleibt unverändert erhalten. Zusätzlich besteht nun auch bei den Instituten eine gesetzliche Anlegerentschädigungspflicht, die bisher aufgrund der Mitwirkung in einer Institutssicherung von der Zuordnung zu einer gesetzlichen Entschädigungseinrichtung ausgenommen waren.

... in zwei Arten, ...

Das EinSiG sieht für die Durchführung der gesetzlich erforderlichen Anlegerentschädigung grundsätzlich zwei Arten von Sicherungseinrichtungen vor:

- Einlagensicherungssysteme, die Einleger ausschließlich im Falle der Zahlungsunfähigkeit einer Bank entschädigen (gesetzliche Entschädigungseinrichtungen) beziehungsweise
- institutsbezogene Sicherungssysteme, bei denen die Stützung der angeschlossenen Institute im Vordergrund steht und die auf Antrag als Einlagensicherungssysteme anerkannt werden können.

... aber keine Regelung grenzüberschreitender Kreditvergabe

Regelungen für eine mögliche grenzüberschreitende Kreditvergabe an Einlagensicherungseinrichtungen in anderen EU-Staaten wurden nicht in das EinSiG übernommen.

Einheitliche gesetzliche Einlagensicherung bei allen CRR-Instituten pro Einleger

Das EinSiG formuliert allgemeine Regelungen, die für alle Einlagensicherungssysteme im Hinblick auf die gesetzliche Anlegerentschädigung gelten und darüber hinaus zusätzliche Anforderungen, die speziell für anerkannte instituts-

bezogene Sicherungssysteme gültig sind. Allgemein gilt, dass jeder Einleger eines CRR-Kreditinstituts einen Rechtsanspruch auf Entschädigung bis zur Höhe der Deckungssumme von 100 000 € hat. Dies gilt unabhängig davon, welcher Institutsgruppe ein CRR-Kreditinstitut angehört, das heißt, auch die Einleger eines institutsbezogenen Sicherungssystems haben fortan diesen Rechtsanspruch. Als geschützte Einlagen definiert das Gesetz Guthaben, einschließlich Festgeld und Spareinlagen, die von einem CRR-Kreditinstitut nach den geltenden gesetzlichen und vertraglichen Bedingungen zurückzahlen sind. Gedeckt sind Einlagen auch in Fremdwährung, wobei die Entschädigung in Euro gewährt wird.

Da die Richtlinie die Möglichkeit einer höheren Deckungssumme aus sozialen Gründen eröffnet, sieht das EinSiG eine Erhöhung des Einlegerschutzes auf bis zu 500 000 € für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten nach Gutschrift der Beträge vor, soweit die Gutschriften mit bestimmten wie in der EU-Einlagensicherungsrichtlinie aufgeführten wichtigen „Lebensereignissen“ des Einlegers zusammenhängen und daher besonders schutzwürdig sind.

Wie in der Richtlinie vorgesehen müssen alle dem EinSiG unterliegenden Einlagensicherungssysteme verfügbare Finanzmittel in Höhe von 0,8% der gedeckten Einlagen bis 2024 durch Beiträge der dem jeweiligen System angehörenden Institute aufbauen. Hat ein Einlagensicherungssystem bis zum Ablauf des 3. Juli 2024 mehr als 0,8% der gedeckten Einlagen für Auszahlungen verwendet, verlängert sich der Ansparzeitraum für das betreffende Einlagensicherungssystem bis zum Ablauf des 3. Juli 2028. Zur Feststellung der erforderlichen Zielausstattung haben die Institute einmal jährlich – erstmals zum 31. Januar 2016 – die Höhe der

Erhöhter Einlegerschutz für bestimmte schutzwürdige Lebensereignisse

Regeln zum Finanzmittelaufbau des Einlagensicherungssystems durch regelmäßige Beiträge und ...

⁶ Die EU-Anlegerentschädigungsrichtlinie ist bislang nicht reformiert, sodass der bisherige weitgehende Gleichlauf der Richtlinienvorgaben nicht mehr besteht. In das AnlEntG werden die bisherigen Regelungen des EAEG in Bezug auf die Entschädigung der Anleger überführt, ohne dadurch eine inhaltliche Änderung der bisherigen Rechtslage zu bewirken.

... unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen

gedeckten Einlagen mit Stand 31. Dezember des Vorjahres an das Einlagensicherungssystem nach Maßgabe des EinSiG zu melden.⁷⁾

Die in der Richtlinie vorgesehene Möglichkeit, das Zielvermögen bis zu 30% mit unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen aufzubauen, wird auch im EinSiG eröffnet. Ferner sind die Leitlinien der EBA maßgebend. Die Zahlungsverpflichtungen sollen danach zum Beispiel nur berücksichtigt werden können, wenn diese vollständig besichert und die Sicherheiten für das Sicherungssystem verfügbar sind. Die Sicherheiten sollen nur aus risikoarmen Schuldtiteln bestehen und nicht mit Rechten Dritter belastet sein.

Grenzen der Belastbarkeit durch Sonderbeiträge und Sonderzahlungen

Die Sicherungseinrichtungen sind berechtigt, in einem Abrechnungsjahr mehrere Sonderbeiträge und Sonderzahlungen zu erheben. Sonderbeiträge dienen zur Deckung des Mittelbedarfs im Entschädigungsfall, während Sonderzahlungen zur Rückführung von Krediten im Zusammenhang mit der Deckung des Mittelbedarfs bestimmt sind. Dabei bestehen Grenzen im Hinblick auf die Belastung der beitragspflichtigen Institute. Jährlich können maximal 0,5% der gedeckten Einlagen von den zugeordneten Instituten als Sonderbeiträge oder Sonderzahlungen erhoben werden, wenn die bereits angesammelten finanziellen Mittel nicht ausreichen, um einen aktuellen Entschädigungsfall zu finanzieren. Mit Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) kann das gesetzliche Einlagensicherungssystem unter außergewöhnlichen Umständen zum Schutz der Funktionsfähigkeit der Entschädigungseinrichtung höhere Sonderbeiträge verlangen. Die Entschädigungseinrichtung kann auch Kredite aufnehmen, um einen vorübergehenden Mittelbedarf zu decken.

EBA-Leitlinien für risikoorientierte Beitrags-erhebung

Die auf Basis der Richtlinie durch das EinSiG nun verbindlich vorgeschriebene risikoorientierte Beitragserhebung ist in Deutschland vom Grundsatz her bereits schon durchgeführt worden, da die deutschen Sicherungseinrichtungen bereits über risikoorientierte Beitragsysteme

verfügen. Die von der EBA entsprechend der Richtlinie erarbeiteten Leitlinien für eine risikoorientierte Beitragserhebung sollen bis Ende 2015 umgesetzt werden. Sie sehen vor, dass 75% der Berechnungsgrundlage auf verpflichtenden, das heißt harmonisierten Kategorien mit vorgegebenen Kennzahlen, beruhen, während die restlichen 25% nach nationalen Kriterien spezifiziert werden können, um besonderen nationalen Anforderungen zu entsprechen. In Deutschland werden die Einzelheiten der Beitragserhebung nicht im EinSiG, sondern in einer separaten Rechtsverordnung (für die gesetzlichen Entschädigungseinrichtungen) oder satzungsrechtlich (für die anerkannten institutsbezogenen Sicherungssysteme) geregelt.

Das EinSiG schreibt eine Verkürzung der Auszahlungsfrist für die Entschädigung der Einleger von derzeit 20 auf sieben Arbeitstage bereits ab dem 31. Mai 2016 nach den Vorgaben der Richtlinie vor. Die Richtlinie erlaubt zwar als Option eine stufenweise Verkürzung der Auszahlungsfrist von 20 auf sieben Arbeitstage innerhalb von zehn Jahren. Zur Verbesserung des Einlegerschutzes wird in Deutschland aber auf die stufenweise Verkürzung zugunsten einer Umsetzung in einem Schritt verzichtet.

Verkürzung der Auszahlungsfrist

Die EU-Einlagensicherungsrichtlinie räumt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit ein, die rechtliche Grundlage dafür zu schaffen, dass Einlagensicherungssysteme ihre Finanzmittel auch für Stützungsmaßnahmen einsetzen können. Auf dieser Grundlage hat der deutsche Gesetzgeber die Möglichkeit geschaffen, dass die anerkannten institutsbezogenen Sicherungssysteme entsprechende Maßnahmen durchführen können, sofern die im EinSiG genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

Stützung von Instituten im Rahmen des EinSiG möglich

Ein gesetzliches Einlagensicherungssystem schützt auch die Einlagen einer Zweigniederlassung eines deutschen Instituts in einem anderen EU-Mitgliedstaat. Während dabei die Durch-

⁷ Auf bisheriger rechtlicher Grundlage des EAEG sind entsprechende Daten nicht erhoben worden.

Einleger bei einer ausländischen EU-Zweigniederlassung durch EinSiG geschützt

führung der Einlegerentschädigung durch das Einlagensicherungssystem des Aufnahmemitgliedstaats erfolgt, werden die notwendigen Mittel vor der Auszahlung vom Sicherungssystem des Heimatlandes der Einlagensicherung des Gastlandes zur Verfügung gestellt. Analog wird die Entschädigung im Inland bei Einlagen von Zweigniederlassungen aus einem anderen Staat der EU im Namen des Einlagensicherungssystems des Herkunftsmitgliedstaates durchgeführt. Da es in Deutschland unterschiedliche gesetzliche Einlagensicherungssysteme gibt, benennt die BaFin im Entschädigungsfall dasjenige Einlagensicherungssystem, über das die Abwicklung des Entschädigungsfalles erfolgen soll. Im Regelfall wird dies die EdB sein.

Änderungen für die Entschädigungseinrichtungen der privaten und der öffentlichen Banken

An der bisherigen Systematik des EAEG wird festgehalten

Das EinSiG sieht weiterhin zwei gesetzliche Entschädigungseinrichtungen vor, eine für privatrechtliche CRR-Kreditinstitute und eine für öffentlich-rechtliche CRR-Kreditinstitute. Die bestehenden gesetzlichen Entschädigungseinrichtungen (EdB und EdÖ) können damit weiterhin ihre Funktionen als „Beliehene“ durchführen. Die Institute werden je nach ihrer Rechtsform von der BaFin der zuständigen gesetzlichen Entschädigungseinrichtung zugewiesen. Auf Antrag kann die BaFin Änderungen an der Zuordnung zu einer Entschädigungseinrichtung vornehmen.

Neue Vorschriften zum Finanzaufbau und zur Mittelverwendung

Die Entschädigungseinrichtungen der privaten und öffentlichen Banken müssen die durch die neue Einlagensicherungsrichtlinie in deutsches Recht übertragenen Vorschriften insbesondere zur Entschädigung, zum Finanzaufbau und zur Mittelverwendung erfüllen. Insgesamt bleiben aber die mit der neuen Richtlinie verbundenen Änderungen für diesen Kreis der Institute vergleichsweise überschaubar, da diese keine tiefgreifenden materiellen Änderungen

bei den Entschädigungseinrichtungen erforderlich machen.

Änderungen für die Institutssicherungen

Institutssichernde Systeme standen bislang als alternative Systeme außerhalb des gesetzlichen Rahmens des EAEG und waren von dessen Regelungen im Wesentlichen befreit. Gemäß EAEG unterlagen sie aber bereits der Aufsicht durch die BaFin.

Institutssichernde Systeme bislang außerhalb des gesetzlichen Rahmens

Nach der neuen Einlagensicherungsrichtlinie müssen alle CRR-Kreditinstitute einem anerkannten Einlagensicherungssystem angehören. Diese umfassende gesetzliche Sicherungspflicht bedeutet für Deutschland, dass auch Institute, die den freiwilligen Sicherungssystemen der Sparkassen-Finanzgruppe (DSGV) beziehungsweise des BVR angeschlossen sind, nun explizit unter das EinSiG fallen. Daher hat die Neuregelung der EU-Einlagensicherungsrichtlinie eine besondere Bedeutung für die Institutssicherungen in Deutschland.

Alle CRR-Kreditinstitute müssen einem anerkannten Einlagensicherungssystem angehören

Die bestehenden institutssichernden Einrichtungen des DSGV und des BVR standen vor der Frage, sich entweder als institutsbezogenes Sicherungssystem im Sinne des EinSiG anerkennen zu lassen oder die gesetzliche Einlegerentschädigung getrennt von der Organisation als Institutssicherung zu erfüllen. Beide Institutssicherungen haben ihre Anerkennung als Einlagensicherungssysteme von der dafür zuständigen BaFin erhalten und unterliegen damit im vollen Umfang der Aufsicht durch die BaFin nach dem EinSiG. Institute, die einem institutsbezogenen Sicherungssystem angehören, das als Einlagensicherungssystem anerkannt ist, sind damit von der Zuordnung zu einer anderen gesetzlichen Entschädigungseinrichtung befreit (§ 24 Abs. 5 EinSiG).

Handlungsbedarf für die bestehenden Institutssicherungen

Ein anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem hat zwingend auch eine gegenüber allen angeschlossenen CRR-Kreditinstituten

Allgemeine gesetzliche Anforderungen an ein institutsbezogenes Sicherungssystem

gleichlautende Einlegerentschädigungsfunktion einzuräumen. Ihre Organisation, die Finanzausstattung und die Mittelverwendung müssen sich an den gesetzlichen Erfordernissen ausrichten. Grundlage des institutsbezogenen Sicherungssystems ist weiterhin die eigene Satzung, in der die Anforderungen der CRR und des EinSiG umgesetzt werden.

Weitere gesetzliche Anforderungen an ein institutsbezogenes Sicherungssystem

Neben den allgemeinen Anforderungen, die für alle Sicherungseinrichtungen gelten, gibt es zusätzliche Anforderungen, die das Gesetz an die Anerkennung eines institutsbezogenen Sicherungssystems stellt. So müssen die Voraussetzungen für Haftungsvereinbarungen, die die Institute absichern und bei Bedarf ihre Liquidität und Solvenz sicherstellen, nach Artikel 113 Absatz 7 der CRR erfüllt sein. Das institutsbezogene Sicherungssystem muss zudem eine „hinreichende Gewähr“ für die ordnungsgemäße Erfüllung seiner Aufgaben nach dem EinSiG bieten. Dies setzt mindestens zwei zuverlässige und fachlich geeignete Geschäftsführer voraus. Ferner ist ein geeignetes Kontrollorgan erforderlich, für dessen Zuverlässigkeit die Anforderungen des § 25d Absatz 1 des Kreditwesengesetzes gelten. Die verfügbaren Finanzmittel müssen getrennt vom sonstigen Vermögen des Systems verwaltet und angelegt werden. Ferner hat das institutsbezogene Sicherungssystem über geeignete und einheitlich geregelte Systeme für die Überwachung und Einstufung der Risiken zu verfügen, damit ein vollständiger Überblick über die Risikosituationen der einzelnen Mitglieder und das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt ermöglicht wird. Um bei Risikoverschlechterungen reagieren zu können, muss das institutsbezogene Sicherungssystem Möglichkeiten haben, Einfluss auf die Mitgliedsinstitute auszuüben.

Gesetzeskonforme Satzung

Die Satzung muss den im EinSiG genannten gesetzlichen Mindestanforderungen genügen und Regelungen insbesondere zu folgenden Punkten enthalten: Beitragserhebung, Voraussetzungen zur Durchführung von Stützungsmaßnahmen, Prüfungs-, Informations- und Auskunftsrechte, Voraussetzungen und Umfang der

Weitergabe von eigenen und fremden Geheimnissen, Regelungen zur möglichen Kreditaufnahme, Regelungen zur Übertragung von Mitteln auf ein anderes Einlagensicherungssystem für den Fall des Widerrufs der Anerkennung sowie Regelungen zum Ausschluss eines Mitgliedsinstituts und Regelungen zu Satzungsänderungen. Ferner haben die Haftungsvereinbarungen sicherzustellen, dass das institutsbezogene Sicherungssystem im Rahmen seiner Verpflichtung die notwendige Unterstützung aus sofort verfügbaren Mitteln gewähren kann.

Ein anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem ist auf dieser gesetzlichen Basis weiterhin berechtigt, Maßnahmen zur Abwendung einer Bestandsgefährdung, insbesondere zur Sicherstellung der Liquidität und Solvenz eines Mitgliedsinstitutes, durchzuführen. Die Institutsicherung wird allerdings gemäß § 49 EinSiG für entsprechende Stützungsmaßnahmen neuen gesetzlichen Anforderungen unterworfen, unter anderem:

- Die Abwicklungsanstalt darf keine Abwicklungsmaßnahme getroffen haben;
- die Kosten der Maßnahmen zur Abwendung der Bestandsgefährdung dürfen grundsätzlich nicht höher sein als die Kosten, die bei einer Entschädigung der gedeckten Einlagen anfallen würden;
- Auflagen sind zu erlassen, die im Vergleich zu bisher bestehenden Bestimmungen mindestens eine strengere Risikoüberwachung und weitergehende Prüfungsrechte für das Sicherungssystem umfassen;
- die für Stützungsmaßnahmen verwendeten Finanzmittel sind wieder einzuzahlen, erforderlichenfalls durch Sonderbeiträge, falls Einleger entschädigt werden müssen und die Mittel weniger als zwei Drittel der Zielausstattung eines gesetzlichen Einlegerentschädigungssystems betragen oder wenn die ver-

Stützungsmaßnahmen sind unter bestimmten Bedingungen möglich

fügbaren Finanzmittel 25% seiner Zielausstattung⁸⁾ unterschreiten;

- die BaFin hat nach Bewertung die Fähigkeit der Mitgliedsinstitute zur Zahlung der zu erhebenden Sonderbeiträge zu bestätigen.

*Beitrags-
erhebung auf
Grundlage der
jeweiligen
Satzung und im
Einklang mit den
EBA-Leitlinien*

Die Beitragserhebung bei anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystemen hat sich an den EBA-Leitlinien zu orientieren, deren Vorgaben bis Ende 2015 umgesetzt werden sollen. Die EBA-Leitlinien sehen vor, dass sich die Höhe der Beiträge nicht nur an der Höhe der gedeckten Einlagen orientiert, sondern dass auch das Risiko, das von dem Institut ausgeht, angemessen zu berücksichtigen ist. Das kommt gerade den institutsbezogenen Sicherungssystemen entgegen, da deren Zentralinstitute generell aufgrund ihres Geschäftsmodells nur über im Verhältnis zur Bilanzsumme relativ geringe gedeckte Einlagen verfügen.

*Instituts-
bezogenes Ein-
lagensicherungs-
system gewährt
gesetzlichen
Anspruch auf
Entschädigung*

Im Hinblick auf die Stärkung der Vertrauensbildung ist positiv zu bewerten, dass zukünftig auch die Einleger von Instituten, die einem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystem angehören, einen gesetzlichen Anspruch auf Entschädigung ihrer Einlagen in Höhe von grundsätzlich 100 000 € besitzen, auch wenn dies im Falle der Durchführung der Institutsicherung nicht zum Tragen kommen wird. Da die Mitgliedsinstitute der institutsbezogenen Sicherungssysteme jedoch auch weiterhin keinen Rechtsanspruch auf Stützungsmaßnahmen haben und ein Ausfall eines Institutes nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, stellt der nun geltende gesetzliche Entschädigungsanspruch für Einleger durchaus eine substanzielle Verbesserung der Einlegerposition dar. Damit gelten grundsätzlich die gleichen gesetzlichen Bedingungen der Einlagensicherung bei allen Instituten in Deutschland, die das Einlagengeschäft betreiben.

Umsetzung in den einzelnen Verbänden

Die neue Einlagensicherungsrichtlinie wie auch das EinSiG machen keine detaillierten Vorgaben, wie die institutssicherungsspezifischen Teile der neuen gesetzlichen Anforderungen umzusetzen sind. Die Verbände besitzen insoweit in einem gewissen Rahmen Gestaltungsmöglichkeiten.

*Bestehende
Institutssiche-
rungen sind
frei in der
Umsetzung*

Die Anforderungen des Artikels 113 Absatz 7 CRR zur Nullgewichtung und des Nichtabzugs von Beteiligungen an anderen Instituten innerhalb desselben institutsbezogenen Sicherungssystems sehen vor, dass das Sicherungssystem in der Lage sein muss, im Rahmen seiner Verpflichtungen die notwendige Unterstützung aus sofort verfügbaren Mitteln zu gewähren. Außerdem muss die Möglichkeit der Überwachung der Risiken sowie der Einflussnahme bestehen.

*Haftungs-
verbund nach
Artikel 113
Absatz 7 CRR als
Voraussetzung*

Zur Risikosteuerung der institutsbezogenen Sicherungssysteme verlangt Artikel 113 Absatz 7 CRR einheitlich geregelte Systeme für die Überwachung der Einstufung der Risiken, wodurch ein vollständiger Überblick über die Risikosituation der einzelnen Mitglieder und das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt geliefert werden soll. Um bei einer Verschlechterung der Risikosituation von Mitgliedsinstituten reagieren zu können, sieht die CRR Möglichkeiten der Einflussnahme vor.

Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen standen die Verbände vor unterschiedlichen Herausforderungen, um die neuen gesetzlichen Anforderungen für die Anerkennung als institutsbezogene Sicherungssysteme zu erfüllen.

Die bisherige Struktur der Institutssicherung beim BVR bestand aus einem Garantiefonds und einem Garantieverbund (BVR-Sicherungseinrichtung). Der BVR hat zur Errichtung eines

⁸ Die Zielausstattung ist für alle Sicherheitseinrichtungen gleich, sie beträgt 0,8% der gedeckten Einlagen und ist beginnend mit Inkrafttreten des EinSiG innerhalb von zehn Jahren zu erreichen.

Bisherige und geänderte Struktur des BVR-Sicherungssystems („duales Sicherungssystem“)

als institutsbezogenes Sicherungssystem anerkannten Systems eine eigene Gesellschaft als 100-prozentige Tochter des BVR gegründet (BVR Institutssicherung GmbH, im Weiteren: BVR-ISG), deren Gegenstand der Betrieb eines anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystems ist. Die BVR-ISG wird parallel zur BVR-Sicherungseinrichtung mit weitgehend ähnlichen Strukturen betrieben (sog. „duales Sicherungssystem“). Die unverändert fortbestehende BVR-Sicherungseinrichtung wird als institutsbezogenes Sicherungssystem auf Ebene des Verbandes, jedoch ohne entsprechende Anerkennung, fortgeführt.

Finanzmittel der BVR-ISG

Die BVR-ISG verfügt über einen Anfangsbestand an Finanzmitteln, der von der BVR-Sicherungseinrichtung zur Verfügung gestellt wird. Die Finanzmittel müssen entsprechend den Anforderungen des EinSiG bis zum Jahr 2024 aufgebaut werden. Eine Haftungsvereinbarung zwischen BVR-Sicherungseinrichtung und BVR-ISG gewährleistet, dass auch die Finanzmittel der BVR-Sicherungseinrichtung sofort für die Zwecke der BVR-ISG zur Verfügung stehen.

Mitglieder der BVR-ISG

Die Mitgliedschaft bei der BVR-ISG besteht neben der Mitgliedschaft in der BVR-Sicherungseinrichtung. Der BVR-ISG gehören sämtliche inländische CRR-Kreditinstitute an, die Mitglieder des BVR und der BVR-Sicherungseinrichtung sind. Der Beitritt erfolgt durch eine gesonderte Beitritts- und Verpflichtungserklärung.

Instituts-sicherung wird in dezentraler Struktur weitergeführt

Im Gegensatz zur bereits verankerten zentralen Haftungsstruktur beim BVR hat die Instituts-sicherung der Sparkassen-Finanzgruppe Anpassungen wegen der dezentralen und regional verankerten Verbandsstruktur vorgenommen, um die Anforderungen an ein einheitlich geregeltes System zu erfüllen. Dies betrifft insbesondere die für Stützungsmaßnahmen notwendigen Entscheidungsstrukturen innerhalb der regionalen Sicherungseinrichtungen.

Die Mitglieder des DSGV haben im Mai 2015 das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe an die Vorgaben des Gesetzes ange-

passt. Dabei wurde das Prinzip der Instituts-sicherung für alle deutschen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen beibehalten. Die Funktion der Institutssicherung nehmen wie bisher die vorhandenen Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe wahr.

Allerdings wird die bisherige Institutssicherung – wie vom EinSiG gefordert – um eine Einlagensicherungsfunktion ergänzt. Im Falle einer Entschädigung der Einleger wird der DSGV zentral die Sicherungsfunktion für die gesamte Gruppe wahrnehmen.

Bei den in Deutschland anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystemen haben die Mitgliedsinstitute keinen Rechtsanspruch auf Stützungsmaßnahmen. Die Regelungen des EinSiG sehen keinen auf Grundlage des Gesetzes einklagbaren Rechtsanspruch der Mitgliedsinstitute auf Unterstützung vor. Allerdings gibt es in den privatrechtlichen Satzungen des jeweiligen Verbandes Stützungsversprechen im Rahmen der Institutssicherung, die den Solidarauftrag im Verband betonen. Neu für institutsbezogene Sicherungssysteme ist jedoch, dass Stützungsmaßnahmen im gesetzlichen Rahmen nur gewährt werden können, wenn die vorgenannten Voraussetzungen des § 49 EinSiG (siehe S. 60 f.) erfüllt sind.

Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe im Zuge der Anerkennung

Entschädigungsfunktion zentral durch den DSGV für die gesamte Gruppe

Mitgliedsinstitute haben keinen Rechtsanspruch auf Stützungsmaßnahmen

Ausblick: Einlagensicherung und Bankenunion

Die „Fünf Präsidenten“ der verschiedenen EU-Einrichtungen haben im Mai 2015 einen Bericht mit Zielen zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion vorgelegt, der unter anderem die Schaffung einer gemeinsamen Einlagensicherung in der EU fordert. Die EU-Kommission hat zwischenzeitlich dieses Ziel weiter konkretisiert und einen schrittweisen Fahrplan zur Umsetzung der gemeinsamen europäischen Einlagensicherung vorgelegt. Nach diesem Fahrplan (vgl. Erläuterungen auf S. 63) soll die europäische Einlagensicherung 2017 mit einem Rückversicherungssystem für die nationalen Ein-

Einlagensicherung als sogenannte „dritte Säule“ der Bankenunion

Pläne der Europäischen Kommission für ein European Deposit Insurance Scheme

Nach dem am 24. November 2015 veröffentlichten Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der Verordnung zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism: SRM) soll ein European Deposit Insurance Scheme (EDIS) in drei zeitlich aufeinanderfolgenden Stufen errichtet werden.

Erste Stufe: Rückversicherung von 2017 bis 2019, zweite Stufe: Mitversicherung von 2020 bis 2023, dritte Stufe: Vollversicherung ab 2024. In der dritten Stufe soll ein zentraler Fonds gebildet sein, der die Einlagensicherungsfunktion im Ergebnis vollständig auf der Ebene der an der einheitlichen Bankenaufsicht (Single Supervisory Mechanism: SSM) teilnehmenden Mitgliedstaaten übernehmen soll. In der Vollversicherungsphase sollen die auf Grundlage der EU-Einlagensicherungsrichtlinie bisher national eingerichteten Einlagensicherungssysteme ab 2024 letztlich keine eigenständige Funktion mehr ausüben. Der Anteil der Beiträge der Institute, die bisher allein in nationale Sicherungseinrichtungen fließen, soll in den einzelnen Stufen sukzessive absinken, entsprechend sollen die Beiträge zunehmen, die in den EDIS-Gemeinschaftsfonds fließen. Parallel zum Fondsaufbau auf europäischer Ebene wachsen kontinuierlich die finanziellen Beiträge, die EDIS in den ersten zwei Stufen erbringen soll. Käme es in der ersten Stufe „Rückversicherung“ zu einem Schadensfall, müsste zunächst der nationale Fonds für die Entschädigungsleistungen herangezogen werden. Wären alle nationalen Entschädigungsmittel aufgebraucht, würde EDIS in dieser Phase Liquidität bis zur Höhe von maximal 20% der Erstattungskosten bereitstellen. Die nationalen Sicherungseinrichtungen müssten die EDIS-Mittel in

dieser Phase an EDIS zurückzahlen. In der zweiten Stufe (Mitversicherung) müssten die nationalen Einlagensicherungssysteme nach den Plänen der EU-Kommission die eigenen Mittel nur noch teilweise aufbringen, bevor sie auf EDIS zurückgreifen könnten. Damit würde eine schrittweise Risikoteilung über alle Teilnehmerstaaten eingeführt. In der letzten Stufe würde eine volle Risikoteilung über alle teilnehmenden Mitgliedstaaten unterstellt. In dieser Phase würden alle Schadensfälle in den mitwirkenden Staaten über EDIS finanziert. Die Pläne der EU-Kommission sehen vor, dass das auf europäischer Ebene bereits errichtete einheitliche Abwicklungsgremium (Single Resolution Board: SRB) die Durchführung der europäischen Einlagensicherung im Rahmen von EDIS zusammen mit den teilnehmenden nationalen Einlagensicherungssystemen (bzw. der für die Verwaltung der teilnehmenden Einlagensicherungssysteme benannten Behörden) übernehmen soll. Für alle Eurostaaten soll die Mitwirkung im Ergebnis verpflichtend sein, während sich Nicht-Eurostaaten freiwillig über die Teilnahme am SSM und damit automatisch auch am SRM und der gemeinsamen Europäischen Einlagensicherung anschließen können sollen.

lagensicherungen starten, um ab 2020 in die Phase der Mitversicherung einzutreten, wobei der Anteil der europäischen Einlagensicherung an Beiträgen und möglichen Entschädigungsleistungen jährlich steigt. Ab 2024 soll nur noch die europäische Einlagensicherung für die Befriedigung der Entschädigungsfälle verantwortlich sein. Der Vorschlag der EU-Kommission greift die Überlegungen zur Schaffung der Bankenunion auf, nach denen als dritte Säule neben der einheitlichen Bankenaufsicht (Single Supervisory Mechanism: SSM) und dem einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism: SRM) auch eine gemeinsame Einlagensicherung treten soll. Die EU-Kommission verfolgt die Absicht, durch eine gemeinsame Einlagensicherung Auswirkungen von wirtschaftlichen Schocks, die ein Land betreffen und die nationale Einlagensicherung überfordern, besser im europäischen Zusammenhang auffangen zu können. Die gemeinsame Einlagensicherung soll zudem die Abhängigkeit der Banken von der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Staates verringern. Insgesamt soll durch diese Sichtweise das Vertrauen der Einleger in die Sicherheit der Einlagen im europäischen Kontext gestärkt werden.

Derzeit sind jedoch wesentliche Voraussetzungen für eine europäische Einlagensicherung noch nicht erfüllt. Vor Schaffung einer gemeinschaftlichen Einlagensicherung sind vielmehr weitere Integrationschritte in Europa notwendig.

*Risikoabbau
bei Banken
notwendig*

Eine entscheidende Voraussetzung für eine gemeinsame Einlagensicherung ist der Risikoabbau bei den Banken. Hierzu könnte neben den bereits beschlossenen bankaufsichtlichen Regularien wesentlich auch eine Abschaffung der bankaufsichtlichen Privilegierung der Forderungen gegenüber Staaten beitragen, denn dies würde unterstützen, dass die wirtschaftliche Lage der Banken weniger abhängig von der Lage des jeweiligen Heimatlandes ist. Anderenfalls bestünde die Gefahr, dass bei Ausfall des Sitzlandes über die direkten Auswirkungen auf die nationalen Banken die wirtschaftlichen Fol-

gen im Rahmen der europäischen Einlagensicherung vergemeinschaftet würden. Letztendlich bestünde die Gefahr, dass die Einlagensicherung über diesen Ansteckungsweg indirekt für Staatsschulden anderer Länder eintreten müsste.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist das Insolvenzrecht. Regeln zur Insolvenz von Unternehmen oder Privatpersonen haben direkte Auswirkungen auf die Risikolage der Banken und die Lasten, die sie bei der Insolvenz der Kreditnehmer tragen müssen. Über eine gemeinsame europäische Einlagensicherung ohne Erfüllung der Vorbedingungen könnten zum Beispiel die Folgen von Insolvenzregeln, die den nationalen Privatsektor zulasten der kreditgebenden Banken begünstigen, vergemeinschaftet werden. Beispiele für eine entsprechende Begünstigung sind Hindernisse für Kreditgeber, Zwangsvollstreckungen zeitnah durchzuführen. Das für wirtschaftliches Handeln notwendige Zusammenfallen der Haftung und Kontrolle wäre aufgrund der unterschiedlichen Integrationsgeschwindigkeiten nicht mehr gegeben. Es sind noch deutliche Schritte notwendig, um Fehlanreize und unerwünschten wirtschaftlichen Wirkungen vorzubeugen. Solange diese Schritte nicht unternommen wurden, ist eine gemeinsame europäische Einlagensicherung abzulehnen.

Auch die EU-Kommission sieht Gefahren ihres Plans und weist auf zuvor notwendige Schritte hin, zum Beispiel Risikoabbau bei den Banken, Vereinheitlichungen beim Insolvenzrecht und die Umsetzung der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive: BRRD) in allen Mitgliedstaaten, durch die die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Einlagensicherung reduziert wird; denn diese Richtlinie erweitert die Möglichkeiten der Bankenaufsicht zum frühzeitigen Eingreifen bei sich abzeichnenden Schieflagen eines Instituts, und sie stärkt die Position der gedeckten Einlagen aufgrund der Bail-in-Regeln für andere Verbindlichkeiten. Auch auf die Notwendigkeit der Umsetzung der

*Harmonisierung
des Insolvenz-
rechts in den
einzelnen
Staaten
notwendig*

Einlagensicherungsrichtlinie in allen Mitgliedstaaten sowie der richtlinienkonformen Auffüllung der nationalen Zielvermögen weist die EU-Kommission hin. Wichtig ist somit, dass die richtige Schrittfolge gewahrt wird, das heißt, dass alle notwendigen Voraussetzungen vor

Errichtung einer gemeinsamen Einlagensicherung erfüllt sind und der Stabilitätsanspruch nicht durch ambitionierte Zeitpläne für die Errichtung der gemeinsamen Einlagensicherung, die diesem Ziel entgegenstehen können, gefährdet wird.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	64*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	66*
3. Auftragseingang in der Industrie	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	68*
6. Arbeitsmarkt.....	69*
7. Preise	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	73*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	79*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	80*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	81*
11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	81*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	82*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2014 Febr.	6,1	2,4	1,3	1,2	- 1,9	- 2,4	- 1,3	0,16	0,29	2,6
März	5,6	2,2	1,0	1,1	- 2,1	- 2,5	- 1,0	0,19	0,31	2,4
April	5,2	2,0	0,8	1,0	- 2,3	- 2,6	- 1,0	0,25	0,33	2,3
Mai	5,0	2,1	1,1	1,2	- 2,5	- 2,7	- 1,3	0,25	0,32	2,2
Juni	5,4	2,4	1,6	1,5	- 2,4	- 2,3	- 1,6	0,08	0,24	2,0
Juli	5,5	2,4	1,8	1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,3	0,04	0,21	1,9
Aug.	5,9	2,7	2,0	2,1	- 1,8	- 1,9	- 1,1	0,02	0,19	1,7
Sept.	6,2	3,0	2,5	2,3	- 1,6	- 1,9	- 1,1	0,01	0,10	1,6
Okt.	6,1	2,7	2,5	2,7	- 1,3	- 1,6	- 1,7	0,00	0,08	1,6
Nov.	7,0	3,3	3,1	3,1	- 1,0	- 1,5	- 1,9	- 0,01	0,08	1,5
Dez.	8,1	3,8	3,8	3,6	- 0,1	- 0,7	- 2,1	- 0,03	0,08	1,3
2015 Jan.	9,0	4,1	3,9	3,9	0,2	- 0,4	- 2,1	- 0,05	0,06	1,1
Febr.	9,2	4,1	4,1	4,2	0,3	- 0,2	- 2,2	- 0,04	0,05	1,0
März	10,1	4,6	4,7	4,7	0,7	0,1	- 2,6	- 0,05	0,03	0,8
April	10,6	5,0	5,4	5,0	1,0	0,3	- 2,9	- 0,07	0,00	0,8
Mai	11,4	5,0	5,0	5,1	1,3	0,6	- 3,0	- 0,11	- 0,01	1,3
Juni	11,8	5,2	4,9	5,1	1,3	0,3	- 3,0	- 0,12	- 0,01	1,6
Juli	12,2	5,4	5,2	5,0	1,9	0,9	- 3,0	- 0,12	- 0,02	1,5
Aug.	11,5	5,1	4,9	5,0	2,3	1,1	- 3,1	- 0,12	- 0,03	1,3
Sept.	11,7	5,2	4,9	5,1	2,2	0,8	- 3,3	- 0,14	- 0,04	1,3
Okt.	11,8	5,4	5,3	...	2,4	1,1	- 3,4	- 0,14	- 0,05	1,1
Nov.	- 0,13	- 0,09	1,1

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43* 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2014 Febr.	+ 10 502	+ 19 771	- 25 445	- 16 349	- 59 575	+ 1 315	+ 49 619	- 455	1,3659	103,2	99,6
März	+ 21 987	+ 22 896	+ 116 084	+ 31 947	+ 49 974	+ 4 075	+ 29 848	+ 240	1,3823	104,3	100,6
April	+ 14 939	+ 19 446	+ 14 905	+ 20 947	+ 19 798	+ 373	- 26 614	+ 400	1,3813	104,2	100,4
Mai	+ 2 061	+ 20 702	- 1 159	+ 4 517	- 69 457	+ 3 471	+ 59 828	+ 482	1,3732	103,6	99,5
Juni	+ 18 878	+ 21 097	+ 47 064	+ 11 583	- 37 375	+ 385	+ 72 918	- 447	1,3592	102,7	98,7
Juli	+ 30 977	+ 26 332	+ 20 134	+ 4 710	+ 26 050	+ 347	- 10 261	- 712	1,3539	102,3	98,2
Aug.	+ 13 256	+ 10 632	+ 5 805	- 4 743	+ 2 064	+ 3 978	+ 3 242	+ 1 264	1,3316	101,5	97,5
Sept.	+ 33 050	+ 25 478	+ 81 891	+ 9 141	+ 86 258	+ 13 481	- 25 043	- 1 946	1,2901	99,9	95,9
Okt.	+ 30 262	+ 29 215	+ 50 705	- 4 220	+ 65 580	+ 4 621	- 16 321	+ 1 045	1,2673	99,1	95,0
Nov.	+ 26 317	+ 25 047	+ 52 039	+ 7 905	+ 5 736	+ 3 120	+ 34 580	+ 698	1,2472	99,0	94,9
Dez.	+ 39 536	+ 26 674	- 42 771	- 14 620	+ 19 914	+ 2 216	- 51 402	+ 1 121	1,2331	99,0	94,8
2015 Jan.	+ 8 553	+ 12 757	- 52 903	- 4 788	- 53 196	+ 4 685	- 885	+ 1 280	1,1621	95,2	91,1
Febr.	+ 14 394	+ 26 119	- 18 805	+ 20 843	- 41 057	+ 9 514	- 12 310	+ 4 205	1,1350	93,3	89,5
März	+ 30 892	+ 26 835	+ 109 260	+ 91 459	- 19 366	+ 8 421	+ 28 492	+ 254	1,0838	90,6	86,9
April	+ 24 070	+ 27 948	- 55 809	- 14 905	+ 24 303	+ 5 138	- 66 428	- 3 917	1,0779	89,7	86,1
Mai	+ 7 976	+ 25 064	+ 20 747	- 5 771	+ 45 219	+ 2 933	- 19 823	- 1 810	1,1150	91,6	87,9
Juni	+ 35 079	+ 33 349	+ 59 363	- 19 771	+ 56 702	- 4 279	+ 23 488	+ 3 223	1,1213	92,3	88,5
Juli	+ 37 675	+ 35 491	+ 50 806	+ 35 805	+ 61 871	+ 10 535	- 50 406	- 6 999	1,0996	91,3	87,5
Aug.	+ 14 556	+ 15 949	+ 4 297	+ 3 156	+ 31 569	- 8 792	- 23 031	+ 1 394	1,1139	93,0	89,0
Sept.	+ 33 142	+ 29 116	+ 11 514	- 26 574	+ 16 089	- 6 382	+ 20 098	+ 8 284	1,1221	93,8	p) 89,6
Okt.	1,1235	93,6	p) 89,4
Nov.	1,0736	91,1	p) 87,0

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab.

XII.10 und 12, S. 81*/ 82* 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾										
2012	- 0,9	0,1	0,4	5,2	- 1,4	0,2	- 7,3	0,1	- 2,8	4,0
2013	- 0,3	0,0	0,3	1,6	- 1,1	0,7	- 3,2	1,4	- 1,7	3,0
2014	0,9	1,3	1,6	2,9	- 0,4	0,2	0,6	5,2	- 0,4	2,4
2014 2.Vj.	0,7	1,4	1,0	2,9	- 0,5	- 0,2	0,4	7,0	- 0,5	2,3
3.Vj.	0,8	1,5	1,2	2,7	- 0,5	0,1	1,6	3,7	- 0,4	2,3
4.Vj.	1,0	1,2	1,6	3,4	- 0,5	0,2	0,6	6,0	- 0,6	2,1
2015 1.Vj.	1,3	1,2	1,2	1,1	- 0,1	1,1	0,3	7,3	0,2	1,8
2.Vj.	1,6	1,5	1,6	2,2	0,6	1,2	1,3	6,8	0,9	2,8
3.Vj.	1,6	1,3	1,8	0,7	- 0,3	1,2	- 0,9	7,0	0,9	3,3
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾										
2012	- 2,4	- 2,1	- 0,3	1,5	- 1,5	- 2,6	- 2,1	- 1,5	- 6,3	6,2
2013	- 0,7	1,0	0,2	4,2	- 3,2	- 0,6	- 3,2	- 2,2	- 3,2	- 0,4
2014	0,8	1,0	1,3	2,4	- 2,1	- 1,1	- 2,0	20,9	- 0,5	- 0,9
2014 2.Vj.	0,9	2,1	0,9	2,4	- 2,0	- 2,1	- 2,8	22,8	0,0	- 0,2
3.Vj.	0,6	0,0	0,7	3,2	- 2,1	0,1	- 3,0	21,6	- 1,4	- 0,8
4.Vj.	0,3	- 1,5	0,7	5,3	- 1,1	- 1,3	0,1	25,9	- 1,4	- 0,7
2015 1.Vj.	1,6	0,0	0,7	2,4	- 3,0	1,7	1,8	24,9	- 0,2	1,6
2.Vj.	1,3	- 1,7	1,7	- 1,7	- 1,9	1,3	- 3,1	9,8	1,0	5,1
3.Vj.	1,7	0,0	1,4	- 4,2	- 0,4	0,3	1,7	20,2	2,0	3,8
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾										
2013	78,4	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	71,6	72,0
2014	80,4	79,3	83,9	73,0	79,0	81,9	67,7	-	73,7	72,2
2015	81,2	79,7	84,5	71,4	79,2	82,7	66,2	-	75,5	71,5
2014 3.Vj.	80,3	79,2	84,0	74,0	78,9	82,5	70,4	-	73,6	71,5
4.Vj.	80,5	79,4	84,4	73,2	77,9	82,0	66,7	-	73,9	73,3
2015 1.Vj.	81,0	79,7	84,8	71,2	78,6	81,9	69,2	-	74,6	71,3
2.Vj.	81,2	79,8	84,4	70,7	79,1	82,6	67,7	-	76,1	72,2
3.Vj.	81,1	80,0	84,0	72,7	79,0	82,9	63,5	-	75,5	71,4
4.Vj.	81,5	79,2	84,6	71,0	80,1	83,5	64,2	-	75,9	71,0
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾										
2012	11,4	7,6	5,4	10,0	7,7	9,8	24,5	14,7	10,7	15,0
2013	12,0	8,4	5,2	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,1	11,9
2014	11,6	8,5	5,0	7,4	8,7	10,3	26,5	11,3	12,7	10,8
2015 Mai	11,0	8,8	4,7	6,4	9,4	10,4	24,9	9,6	12,3	9,7
Juni	11,0	8,9	4,7	6,1	9,5	10,5	25,0	9,4	12,4	10,1
Juli	10,9	8,8	4,6	5,8	9,5	10,7	24,9	9,2	11,8	10,1
Aug.	10,8	8,8	4,5	5,8	9,5	10,8	24,7	9,1	11,7	10,0
Sept.	10,8	8,7	4,5	6,0	9,5	10,8	24,6	9,0	11,6	9,9
Okt.	10,7	8,7	4,5	...	9,5	10,8	...	8,9	11,5	9,9
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3	2,3
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,3	0,0
2014	8) 0,4	0,5	0,8	0,5	1,2	0,6	- 1,4	0,3	0,2	0,7
2015 Juni	9) 0,2	0,9	0,1	0,3	0,1	0,3	- 1,1	0,4	0,2	0,7
Juli	0,2	0,9	0,1	0,1	- 0,1	0,2	- 1,3	0,2	0,3	- 0,2
Aug.	0,1	0,8	0,1	0,2	- 0,2	0,1	- 0,4	0,2	0,4	0,2
Sept.	- 0,1	0,9	- 0,2	- 0,3	- 0,7	0,1	- 0,8	0,0	0,2	- 0,4
Okt.	0,1	1,2	0,2	0,0	- 0,3	0,2	- 0,1	0,0	0,3	- 0,1
Nov.	0,2	1,4	0,3	0,5	- 0,2	0,1	- 0,1	- 0,1	0,2	0,0
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾										
2012	- 3,7	- 4,1	- 0,1	- 0,3	- 2,1	- 4,8	- 8,8	- 8,0	- 3,0	- 0,8
2013	- 3,0	- 2,9	- 0,1	- 0,1	- 2,5	- 4,1	- 12,4	- 5,7	- 2,9	- 0,9
2014	- 2,6	- 3,1	0,3	0,7	- 3,3	- 3,9	- 3,6	- 3,9	- 3,0	- 1,5
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾										
2012	89,3	104,1	79,7	9,5	52,9	89,6	159,4	120,2	123,2	41,4
2013	91,1	105,1	77,4	9,9	55,6	92,3	177,0	120,0	128,8	39,1
2014	92,1	106,7	74,9	10,4	59,3	95,6	178,6	107,5	132,3	40,6

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
 1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. 2 Bruttoinlandsprodukt des

EWU-Aggregats aus saisonbereinigten Werten berechnet. 3 ESVG 2010. 4 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. 5 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾										
3,8	- 0,8	2,9	- 1,1	0,8	- 4,0	1,5	- 2,7	- 2,6	- 2,4	2012
3,6	4,3	4,0	- 0,5	0,3	- 1,1	1,4	- 1,1	- 1,7	- 5,9	2013
3,0	4,1	4,0	1,0	0,4	0,9	2,5	3,0	1,4	- 2,5	2014
3,8	2,1	3,2	1,2	0,5	1,1	2,5	3,3	1,4	- 2,1	2014 2.Vj.
2,6	3,8	3,4	1,2	0,3	1,4	2,4	3,6	1,6	- 2,1	3.Vj.
1,7	6,6	5,8	1,6	- 0,2	0,3	2,8	2,8	1,8	- 1,8	4.Vj.
1,2	5,3	5,2	2,5	0,4	1,6	2,9	2,8	2,6	0,2	2015 1.Vj.
1,4	3,0	5,8	1,8	0,8	1,6	3,4	2,7	3,4	1,2	2.Vj.
1,7	...	5,4	1,9	1,0	1,6	3,7	2,5	3,4	2,3	3.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾										
3,7	- 5,0	5,4	- 0,5	- 0,3	- 6,1	8,0	- 0,5	- 6,9	- 9,6	2012
3,3	- 3,2	5,3	0,5	0,8	0,5	5,2	- 1,4	- 1,7	- 13,5	2013
0,2	4,4	5,7	- 3,0	0,9	1,8	3,7	1,7	1,3	- 0,9	2014
4,7	4,6	8,2	- 1,9	1,2	2,6	5,4	1,6	2,3	0,2	2014 2.Vj.
- 0,6	3,8	5,5	0,4	- 0,3	1,8	2,4	2,7	0,8	- 0,2	3.Vj.
3,5	3,3	1,1	- 2,4	0,3	- 0,2	0,7	2,3	0,5	- 0,8	4.Vj.
4,2	3,5	4,8	3,9	1,7	0,3	5,6	5,5	1,7	0,2	2015 1.Vj.
4,6	0,8	8,7	- 4,5	0,6	1,9	3,6	4,9	3,1	3,2	2.Vj.
3,9	- 0,8	7,1	- 7,3	p)	2,6	6,6	4,7	4,2	p)	3.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾										
73,2	64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	77,1	78,3	73,3	49,3	2013
74,9	66,2	78,1	80,2	84,3	75,6	80,7	80,3	75,8	53,9	2014
74,2	68,3	78,6	81,8	84,0	77,7	82,4	83,6	77,8	58,2	2015
75,1	65,4	77,2	79,6	84,2	75,6	83,2	80,8	75,3	54,5	2014 3.Vj.
75,1	66,9	78,1	80,3	83,7	75,5	81,1	81,2	76,9	54,5	4.Vj.
74,4	66,4	80,5	80,6	84,1	78,0	81,0	85,1	78,1	54,9	2015 1.Vj.
74,4	65,6	78,7	82,3	84,2	77,6	79,1	83,4	77,2	60,3	2.Vj.
73,6	69,0	77,2	82,2	84,4	77,7	86,2	83,6	77,6	56,4	3.Vj.
74,3	72,2	77,9	82,2	83,4	77,6	83,4	82,3	78,1	61,1	4.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾										
13,4	5,1	6,3	5,8	4,9	15,8	14,0	8,9	24,8	11,9	2012
11,8	5,9	6,4	7,3	5,4	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
10,7	6,0	5,9	7,4	5,6	14,1	13,2	9,7	24,5	16,1	2014
9,5	5,8	5,3	6,9	6,0	12,4	11,4	9,6	22,5	15,3	2015 Mai
9,5	5,8	5,2	6,9	5,8	12,3	11,3	9,5	22,3	15,2	Juni
9,1	5,8	5,1	6,8	5,6	12,3	11,2	9,4	21,9	15,2	Juli
9,0	5,8	5,1	6,8	5,7	12,3	11,1	9,3	21,8	15,2	Aug.
9,0	5,7	5,1	6,8	5,6	12,4	10,9	9,2	21,6	15,0	Sept.
8,9	5,8	5,1	6,9	5,6	12,4	10,7	9,1	21,6	15,1	Okt.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
3,2	2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
1,2	1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
0,2	0,7	0,8	0,3	1,5	- 0,2	- 0,1	0,4	- 0,2	- 0,3	2014
- 0,2	0,5	1,1	0,5	1,0	0,8	- 0,1	- 0,9	0,0	- 2,1	2015 Juni
- 0,2	0,2	1,2	0,8	1,1	0,7	- 0,2	- 0,7	0,0	- 2,4	Juli
- 1,0	0,1	1,4	0,4	0,9	0,7	- 0,2	- 0,6	- 0,5	- 1,9	Aug.
- 0,8	- 0,2	1,6	0,3	0,6	0,9	- 0,5	- 1,0	- 1,1	- 1,9	Sept.
- 0,4	- 0,1	1,6	0,4	0,7	0,7	- 0,5	- 1,1	- 0,9	- 1,8	Okt.
- 0,5	0,4	1,3	0,4	0,5	0,6	- 0,4	- 0,9	- 0,4	- 1,5	Nov.
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾										
- 3,1	0,2	- 3,6	- 3,9	- 2,2	- 5,7	- 4,2	- 4,1	- 10,4	- 5,8	2012
- 2,6	0,7	- 2,6	- 2,4	- 1,3	- 4,8	- 2,6	- 15,0	- 6,9	- 4,9	2013
- 0,7	1,4	- 2,1	- 2,4	- 2,7	- 7,2	- 2,8	- 5,0	- 5,9	- 8,9	2014
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾										
39,8	22,1	67,6	66,4	81,6	126,2	51,9	53,7	85,4	79,3	2012
38,8	23,4	69,6	67,9	80,8	129,0	54,6	70,8	93,7	102,5	2013
40,7	23,0	68,3	68,2	84,2	130,2	53,5	80,8	99,3	108,2	2014

im Quartal. **6** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **7** Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. **8** Ab 2014 einschl. Lettland.

9 Ab 2015 einschl. Litauen. **10** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Maastricht-Definition); EWU-Aggregat und Mitgliedstaaten: Europäische Zentralbank, Deutschland: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2014 März	7,7	6,1	- 3,2	1,6	3,9	12,6	- 23,6	- 36,3	10,4	- 8,6	- 0,2	- 0,1	19,4
April	- 6,1	- 6,2	- 17,1	0,1	- 0,1	- 9,4	64,8	74,2	- 24,9	- 31,1	- 0,3	- 0,9	7,4
Mai	- 25,7	- 36,4	23,8	10,7	9,1	51,6	37,0	- 14,6	- 21,0	- 14,9	- 0,4	3,3	- 9,0
Juni	9,3	23,6	- 12,9	- 14,3	- 6,4	69,3	- 34,0	- 103,4	- 15,4	- 10,6	- 1,4	- 22,3	18,8
Juli	- 25,9	- 15,7	6,4	- 10,2	- 17,8	27,2	61,1	34,0	- 6,8	- 12,4	0,6	- 10,3	15,2
Aug.	- 45,7	- 51,0	- 15,6	5,3	15,9	- 1,3	- 5,8	- 4,5	0,2	- 5,0	1,3	- 5,9	9,8
Sept.	34,8	26,2	- 14,5	8,6	9,2	- 25,0	- 17,7	7,3	- 6,0	- 16,5	0,3	- 12,0	22,1
Okt.	5,0	- 24,0	- 9,0	29,0	23,1	10,4	- 4,0	- 14,4	- 37,0	- 13,9	- 0,2	- 26,5	3,6
Nov.	33,7	25,6	5,5	8,1	5,2	60,2	76,5	16,3	- 13,3	1,1	- 0,4	- 13,1	- 0,9
Dez.	- 45,7	- 10,5	- 14,0	- 35,2	- 43,3	- 8,0	- 112,8	- 104,8	- 24,7	- 1,1	2,3	- 28,5	2,6
2015 Jan.	92,4	18,5	4,7	73,9	52,0	- 17,1	193,8	210,9	- 7,3	- 13,9	0,5	- 12,4	18,6
Febr.	9,3	19,7	2,4	- 10,4	- 0,5	- 23,7	- 18,8	4,9	- 14,5	- 8,6	- 1,3	- 9,7	5,2
März	77,7	44,4	- 1,2	33,3	30,0	10,9	- 29,5	- 40,3	- 19,8	- 12,4	- 1,3	- 25,4	19,4
April	51,9	15,4	16,2	36,5	32,2	- 58,1	37,5	95,6	- 47,5	- 20,3	- 2,1	- 15,4	- 9,7
Mai	22,7	6,1	- 1,8	16,6	31,3	25,4	- 56,1	- 81,4	- 25,8	- 9,5	- 1,7	- 24,2	9,6
Juni	8,4	- 15,0	- 26,8	23,4	24,6	54,5	- 86,9	- 141,4	- 18,4	- 12,0	- 1,2	- 12,8	7,7
Juli	59,5	55,7	51,9	3,8	4,1	- 64,8	- 0,3	64,6	- 5,7	11,3	- 0,7	- 21,6	5,3
Aug.	15,3	- 23,2	6,6	38,5	47,4	- 22,8	10,2	33,0	- 10,1	- 2,4	- 1,4	- 9,3	3,0
Sept.	29,7	- 9,6	- 8,8	39,3	45,7	- 7,0	- 95,0	- 88,0	- 19,3	- 3,1	- 0,9	- 26,0	10,6
Okt.	32,3	10,5	- 16,6	21,8	18,7	8,8	29,2	20,3	- 39,0	- 25,2	- 0,9	- 18,0	5,1

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2014 März	4,1	7,8	6,0	- 3,7	1,0	15,8	- 3,7	- 19,6	- 5,0	- 2,9	- 0,0	- 2,8	0,7
April	21,3	20,5	13,8	0,9	- 0,1	0,4	8,2	7,8	- 15,7	- 3,6	- 0,3	- 12,0	0,1
Mai	- 2,3	- 4,7	- 9,6	2,4	1,0	7,5	17,7	10,2	12,1	- 2,6	- 0,2	10,8	3,9
Juni	- 7,2	0,5	- 0,9	- 7,8	0,6	34,6	12,3	- 22,3	5,5	- 3,1	- 1,1	- 3,0	12,7
Juli	10,3	3,2	3,3	7,1	4,1	21,8	23,5	1,7	- 1,2	- 4,3	0,7	- 0,7	3,1
Aug.	- 6,4	0,8	- 3,4	- 7,2	- 2,0	- 16,9	- 11,4	5,5	- 2,7	- 1,3	0,9	- 2,8	0,5
Sept.	10,2	6,2	2,1	4,0	4,8	- 16,6	- 14,1	2,5	- 3,2	- 0,7	0,5	- 4,5	1,5
Okt.	5,3	- 4,2	- 4,5	9,5	2,4	16,5	10,9	- 5,6	- 1,7	- 2,8	- 0,2	1,2	0,1
Nov.	14,1	15,3	6,0	- 1,2	1,9	12,8	30,9	18,1	0,1	- 2,7	- 0,4	1,5	1,8
Dez.	- 15,5	1,5	5,4	- 17,1	- 10,0	- 5,7	- 33,1	- 27,4	- 17,5	- 7,3	0,2	- 8,1	- 2,2
2015 Jan.	28,5	13,0	7,0	15,4	6,5	- 57,6	52,2	109,8	- 0,8	- 3,4	- 0,0	1,8	0,8
Febr.	9,4	4,6	- 1,1	4,8	1,7	2,9	- 11,1	- 13,9	1,8	- 1,5	- 1,3	2,3	2,3
März	15,2	9,7	8,4	5,6	7,2	- 12,1	- 19,0	- 6,9	- 15,3	- 4,8	- 1,3	- 9,1	- 0,1
April	17,3	3,3	0,7	14,0	4,9	7,7	33,9	26,2	- 13,2	- 10,0	- 2,2	- 0,6	- 0,4
Mai	- 3,5	4,5	- 4,8	- 8,0	4,4	1,1	- 11,7	- 12,8	- 14,6	- 1,6	- 1,6	- 11,7	0,4
Juni	- 0,9	- 2,7	- 5,7	1,7	5,1	16,2	- 25,0	- 41,1	0,4	- 3,8	- 1,4	1,8	3,7
Juli	31,5	22,9	21,3	8,6	6,4	- 27,6	- 8,7	19,0	12,5	16,5	- 1,5	- 0,6	- 1,9
Aug.	12,9	7,2	- 1,5	5,7	9,0	- 20,7	- 0,9	19,9	- 6,5	0,5	- 1,5	- 4,5	- 1,0
Sept.	11,5	4,1	- 2,6	7,3	8,7	15,9	- 2,0	- 17,9	- 11,7	- 2,5	- 1,4	- 7,4	- 0,4
Okt.	2,4	- 4,6	- 9,8	7,0	3,1	- 8,0	- 12,7	- 4,7	- 10,7	- 9,0	- 1,3	0,7	- 1,1

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFI-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)				
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)						
- 5,3	3,0	-	12,3	38,5	33,0	6,3	26,7	0,6	4,9	- 12,8	- 17,6	3,2	2014 März
- 10,7	- 6,8	-	26,8	27,9	38,2	5,3	32,9	- 7,9	- 2,4	- 8,9	5,4	- 11,9	April
33,1	- 50,1	-	63,8	57,8	54,9	7,1	47,8	1,0	1,9	- 13,9	- 4,1	8,6	Mai
26,4	51,1	-	16,6	23,1	44,4	6,4	38,0	- 19,4	- 1,9	- 28,1	- 12,9	2,4	Juni
- 23,1	2,4	-	28,8	15,0	10,3	9,4	0,9	6,4	- 1,6	2,7	16,9	- 7,3	Juli
- 46,4	- 48,2	-	47,5	40,7	34,9	2,0	32,8	3,5	2,4	2,9	3,7	2,4	Aug.
- 6,1	22,8	-	0,8	14,7	33,4	0,3	33,1	- 12,8	- 5,8	- 18,3	- 11,6	6,0	Sept.
- 6,5	33,8	-	25,2	8,8	38,3	3,5	34,8	- 20,6	- 8,9	25,6	14,6	- 4,3	Okt.
25,9	- 11,4	-	92,7	90,5	100,6	6,2	94,4	- 14,5	4,4	- 2,7	5,6	0,6	Nov.
- 50,1	- 3,6	-	24,6	36,3	52,7	23,8	28,9	- 12,7	- 3,7	- 13,4	- 17,7	19,5	Dez.
80,8	- 43,9	-	45,6	25,0	54,7	- 2,7	57,4	- 37,0	7,3	23,7	20,2	- 4,4	2015 Jan.
- 28,6	- 17,0	-	45,7	21,4	28,3	4,1	24,2	- 8,5	1,6	36,5	8,7	2,2	Febr.
22,6	52,2	-	33,5	57,2	54,7	7,7	47,0	- 5,4	7,9	1,8	- 9,5	- 7,4	März
- 43,3	- 27,6	-	112,1	77,0	90,8	8,8	82,0	- 15,6	1,8	- 18,4	21,9	6,3	April
44,1	2,1	-	27,7	61,5	91,9	6,7	85,2	- 35,1	4,8	- 4,3	- 9,1	- 6,8	Mai
14,0	61,0	-	6,2	39,9	65,4	10,7	54,7	- 25,6	0,1	- 22,6	- 17,6	8,2	Juni
- 42,3	- 29,2	-	71,9	40,9	40,1	14,2	25,9	1,4	- 0,6	- 3,4	24,4	- 12,2	Juli
- 14,8	2,6	-	14,8	10,7	12,5	- 1,9	14,4	- 5,4	3,6	2,1	11,0	- 4,5	Aug.
28,7	32,9	-	19,6	7,2	24,0	- 2,8	26,8	- 8,4	- 8,5	- 4,2	- 15,3	- 0,8	Sept.
32,7	- 65,3	-	112,8	77,1	92,4	2,3	90,1	- 10,4	- 4,8	- 6,1	22,2	2,3	Okt.

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten					
									Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)				
- 1,6	37,3	1,6	1,9	- 10,7	- 7,9	3,7	- 1,2	- 2,8	- 0,2	-	2,2	2014 März	
- 2,3	6,1	2,2	1,4	33,6	35,9	- 3,3	- 1,6	2,5	0,0	0,1	0,1	April	
1,9	- 24,5	3,0	1,3	15,7	11,2	7,3	- 0,6	- 3,0	- 0,1	0,7	0,7	Mai	
- 0,9	30,9	2,8	1,9	- 8,1	- 8,3	- 2,5	- 0,4	0,4	- 0,1	2,7	2,7	Juni	
1,3	24,4	4,5	2,4	7,6	5,5	0,0	- 0,9	3,2	- 0,0	- 0,2	0,2	Juli	
- 4,8	- 38,5	3,7	- 0,1	22,7	15,8	2,9	0,6	1,7	- 0,3	2,1	2,1	Aug.	
1,5	- 4,0	3,8	0,3	- 0,7	6,1	- 4,8	0,1	- 2,7	0,0	0,6	0,6	Sept.	
- 1,3	6,5	3,2	0,8	18,2	25,6	- 9,3	- 0,3	1,8	- 0,0	0,4	0,4	Okt.	
- 0,3	0,8	2,5	1,2	26,2	26,6	0,3	- 0,4	0,4	- 0,0	0,8	0,8	Nov.	
- 1,3	12,2	3,6	5,0	- 14,6	- 18,1	8,2	2,2	- 6,2	- 0,1	0,6	0,6	Dez.	
6,3	- 59,5	2,4	- 0,8	24,9	26,3	- 5,1	- 1,1	3,4	0,0	1,4	1,4	2015 Jan.	
6,7	- 11,4	2,1	0,8	28,6	23,5	0,7	0,9	1,2	0,0	2,3	2,3	Febr.	
2,9	10,3	2,3	2,2	5,2	5,5	0,3	- 0,9	- 0,4	- 0,0	0,8	0,8	März	
- 2,7	5,0	2,2	1,8	35,9	29,6	- 1,2	- 0,2	3,8	- 0,1	4,1	4,1	April	
1,4	- 4,8	2,4	1,1	15,5	28,1	- 3,3	0,2	- 6,4	0,1	3,1	3,1	Mai	
2,2	12,7	0,9	3,5	- 0,1	5,6	- 3,5	- 0,3	- 1,6	0,1	0,3	0,3	Juni	
- 3,2	- 18,6	4,7	3,3	13,1	12,9	- 0,0	- 0,4	1,2	0,0	0,6	0,6	Juli	
- 0,3	- 13,1	2,4	- 0,5	12,1	14,7	- 3,8	0,3	2,0	0,1	1,2	1,2	Aug.	
1,8	16,8	2,8	- 0,8	20,5	14,4	- 3,4	0,8	0,5	0,5	7,8	7,8	Sept.	
- 0,9	- 25,8	3,0	- 0,3	31,8	30,8	- 3,5	1,3	- 0,5	- 0,0	3,6	3,6	Okt.	

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen ²⁾	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen ³⁾			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾											
2013 Sept.	25 420,6	16 423,1	12 996,1	10 781,6	1 421,9	792,7	3 426,9	1 105,5	2 321,4	4 587,6	4 409,9
Okt.	25 463,9	16 386,4	12 927,6	10 732,8	1 401,5	793,3	3 458,8	1 118,1	2 340,7	4 625,3	4 452,2
Nov.	25 426,6	16 364,8	12 929,5	10 736,1	1 398,2	795,2	3 435,3	1 099,5	2 335,8	4 616,6	4 445,2
Dez.	24 648,0	16 161,5	12 802,4	10 649,6	1 360,8	792,1	3 359,1	1 097,3	2 261,8	4 487,3	3 999,1
2014 Jan.	25 041,7	16 241,9	12 803,5	10 640,4	1 368,4	794,7	3 438,5	1 118,5	2 320,0	4 680,4	4 119,3
Febr.	24 985,6	16 222,0	12 771,6	10 635,6	1 343,7	792,3	3 450,4	1 110,2	2 340,1	4 671,5	4 092,2
März	24 905,6	16 233,6	12 772,9	10 638,7	1 330,0	804,2	3 460,6	1 108,0	2 352,6	4 638,6	4 033,4
April	25 042,7	16 233,3	12 767,4	10 647,1	1 294,8	825,6	3 465,9	1 107,7	2 358,2	4 697,2	4 112,3
Mai	25 173,8	16 217,0	12 733,6	10 585,5	1 333,1	815,0	3 483,4	1 109,4	2 373,9	4 770,8	4 186,0
Juni	25 131,3	16 209,3	12 730,5	10 606,7	1 318,3	805,5	3 478,8	1 100,9	2 377,9	4 751,1	4 170,9
Juli	25 303,6	16 176,1	12 701,1	10 574,2	1 321,3	805,7	3 475,0	1 110,1	2 364,8	4 853,0	4 274,6
Aug.	25 538,7	16 141,2	12 650,4	10 537,6	1 310,1	802,7	3 490,8	1 099,5	2 391,3	4 877,2	4 520,3
Sept.	25 682,8	16 184,8	12 682,5	10 580,6	1 297,7	804,2	3 502,3	1 099,2	2 403,2	4 988,6	4 509,4
Okt.	25 677,5	16 174,0	12 646,8	10 556,0	1 290,2	800,5	3 527,2	1 106,5	2 420,7	4 969,1	4 534,4
Nov.	26 010,6	16 221,2	12 675,7	10 573,1	1 296,8	805,9	3 545,5	1 109,7	2 435,8	5 040,3	4 749,1
Dez.	25 878,8	16 229,6	12 672,8	10 633,5	1 272,5	766,8	3 556,8	1 132,8	2 424,0	4 975,5	4 673,8
2015 Jan.	26 922,0	16 393,4	12 750,5	10 698,9	1 275,9	775,8	3 642,9	1 158,4	2 484,5	5 398,4	5 130,1
Febr.	26 861,4	16 416,3	12 778,3	10 716,3	1 278,1	784,0	3 638,0	1 143,6	2 494,5	5 392,8	5 052,3
März	27 244,4	16 511,9	12 832,4	10 765,9	1 275,3	791,2	3 679,5	1 148,2	2 531,3	5 467,7	5 264,9
April	26 910,8	16 534,4	12 829,4	10 749,0	1 273,1	807,3	3 704,9	1 152,3	2 552,6	5 406,5	4 969,9
Mai	26 746,3	16 546,4	12 837,9	10 759,5	1 273,7	804,7	3 708,6	1 137,8	2 570,8	5 400,4	4 799,5
Juni	26 188,2	16 506,5	12 800,1	10 757,1	1 252,6	790,4	3 706,4	1 136,2	2 570,2	5 260,9	4 420,9
Juli	26 412,1	16 590,6	12 861,9	10 760,4	1 299,8	801,6	3 728,7	1 134,8	2 593,9	5 281,3	4 540,2
Aug.	26 257,5	16 566,8	12 808,9	10 720,1	1 302,0	786,8	3 757,9	1 126,0	2 632,0	5 232,4	4 458,3
Sept.	26 202,4	16 595,6	12 784,3	10 710,7	1 302,3	771,3	3 811,3	1 120,5	2 690,8	5 148,9	4 457,9
Okt.	26 413,5	16 655,0	12 812,6	10 743,9	1 286,3	782,3	3 842,4	1 123,7	2 718,7	5 241,3	4 517,3
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2013 Sept.	5 637,5	3 650,6	2 889,5	2 500,3	144,3	244,8	761,2	374,6	386,6	1 070,0	916,9
Okt.	5 668,2	3 659,4	2 887,3	2 497,3	145,4	244,6	772,1	382,6	389,5	1 090,1	918,8
Nov.	5 680,6	3 663,8	2 894,5	2 502,7	146,9	244,9	769,3	377,9	391,4	1 101,1	915,1
Dez.	5 571,3	3 644,0	2 884,1	2 498,8	145,3	240,0	759,9	371,4	388,5	1 065,2	862,1
2014 Jan.	5 651,4	3 659,6	2 893,1	2 498,5	144,8	249,8	766,6	377,8	388,8	1 111,0	880,7
Febr.	5 617,5	3 654,6	2 886,9	2 500,6	143,2	243,1	767,7	373,9	393,7	1 111,8	851,1
März	5 600,4	3 658,2	2 894,0	2 501,7	144,3	247,9	764,3	369,2	395,0	1 105,8	836,3
April	5 631,0	3 679,4	2 914,4	2 508,2	145,2	261,0	765,0	369,8	395,2	1 112,1	839,6
Mai	5 688,2	3 679,0	2 910,7	2 513,9	146,5	250,4	768,2	371,2	397,0	1 136,0	873,2
Juni	5 697,3	3 670,8	2 910,9	2 515,1	145,8	250,0	759,9	362,6	397,3	1 150,9	875,5
Juli	5 765,7	3 681,2	2 914,0	2 515,6	143,9	254,6	767,2	365,7	401,5	1 183,5	900,9
Aug.	5 843,8	3 675,7	2 915,6	2 520,4	142,6	252,7	760,1	360,4	399,7	1 179,0	989,0
Sept.	5 843,6	3 688,5	2 924,1	2 526,7	144,0	253,5	764,4	359,8	404,6	1 182,8	972,4
Okt.	5 864,9	3 695,6	2 922,0	2 528,3	141,7	251,9	773,6	366,9	406,8	1 192,8	976,5
Nov.	5 960,0	3 711,2	2 938,5	2 537,3	145,5	255,7	772,6	363,9	408,7	1 225,3	1 023,5
Dez.	5 973,4	3 696,4	2 931,4	2 527,7	143,6	260,1	764,9	364,1	400,8	1 209,1	1 068,0
2015 Jan.	6 233,3	3 728,3	2 948,0	2 536,5	142,2	269,2	780,4	372,4	408,0	1 313,5	1 191,4
Febr.	6 174,3	3 739,4	2 953,8	2 542,4	142,3	269,1	785,5	375,5	410,0	1 301,2	1 133,7
März	6 272,2	3 758,2	2 967,1	2 546,4	144,1	276,5	791,2	374,0	417,2	1 306,4	1 207,5
April	6 202,9	3 772,6	2 966,9	2 546,0	135,6	285,3	805,7	382,9	422,8	1 317,1	1 113,2
Mai	6 140,5	3 770,8	2 972,2	2 555,9	135,0	281,3	798,6	370,7	427,9	1 317,8	1 052,0
Juni	5 995,7	3 767,1	2 967,3	2 557,3	133,3	276,7	799,9	367,0	432,9	1 279,1	949,4
Juli	6 058,3	3 803,0	2 993,0	2 561,0	153,8	278,2	810,0	368,0	442,0	1 274,1	981,2
Aug.	6 026,6	3 813,0	2 996,1	2 567,6	155,4	273,1	816,9	364,9	452,0	1 260,5	953,1
Sept.	6 041,7	3 824,0	2 996,1	2 572,5	157,2	266,4	827,9	364,5	463,4	1 257,0	960,7
Okt.	6 041,7	3 831,4	2 994,4	2 578,4	150,6	265,4	837,0	368,4	468,5	1 257,5	952,8

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). ¹ Quelle: EZB. ² Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. ³ Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. ⁴ Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva										Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen						mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)	
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)										
894,0	10 924,4	10 323,2	10 348,0	4 227,6	1 212,3	392,3	2 343,0	2 085,6	87,2	2013 Sept.
898,0	10 915,2	10 342,4	10 372,6	4 264,1	1 193,0	405,6	2 344,3	2 078,9	86,8	Okt.
903,4	10 961,8	10 369,7	10 389,6	4 295,5	1 162,4	419,6	2 345,1	2 080,3	86,7	Nov.
921,2	10 900,4	10 351,8	10 401,3	4 310,6	1 153,6	431,3	2 334,9	2 084,5	86,4	Dez.
908,3	10 919,1	10 348,6	10 399,4	4 304,6	1 132,1	442,6	2 337,6	2 096,5	86,0	2014 Jan.
910,2	10 949,2	10 338,5	10 382,8	4 307,7	1 129,1	445,4	2 319,8	2 094,6	86,2	Febr.
916,5	10 966,6	10 355,6	10 399,0	4 332,6	1 129,0	441,5	2 311,4	2 098,5	86,1	März
921,8	10 948,1	10 350,7	10 394,3	4 364,8	1 124,3	442,6	2 280,1	2 096,5	86,0	April
928,9	11 020,7	10 387,2	10 425,8	4 414,7	1 121,4	439,4	2 266,3	2 098,4	85,6	Mai
935,3	11 050,7	10 387,6	10 424,2	4 447,5	1 104,4	434,9	2 255,8	2 097,2	84,4	Juni
944,7	11 022,8	10 378,1	10 420,0	4 448,9	1 115,3	430,6	2 244,8	2 095,2	85,0	Juli
946,8	11 015,1	10 414,4	10 454,5	4 478,1	1 124,0	427,2	2 241,3	2 097,5	86,3	Aug.
947,0	11 017,4	10 417,6	10 466,0	4 522,5	1 115,0	422,6	2 227,3	2 091,9	86,7	Sept.
950,6	11 004,8	10 402,5	10 465,5	4 557,8	1 109,4	415,2	2 212,0	2 084,5	86,5	Okt.
956,8	11 109,7	10 480,5	10 532,6	4 637,2	1 099,7	407,6	2 213,2	2 088,7	86,1	Nov.
980,6	11 157,1	10 551,1	10 629,3	4 728,8	1 089,3	399,5	2 219,1	2 105,6	87,0	Dez.
979,1	11 302,7	10 590,5	10 692,3	4 818,0	1 073,9	389,0	2 213,3	2 109,9	88,2	2015 Jan.
983,2	11 285,9	10 597,8	10 694,5	4 838,1	1 039,2	389,0	2 231,1	2 110,2	87,0	Febr.
990,9	11 356,3	10 635,3	10 744,5	4 893,8	1 040,0	384,7	2 222,0	2 118,1	85,7	März
999,8	11 348,4	10 678,3	10 776,2	4 965,1	1 030,6	378,5	2 198,9	2 119,3	83,7	April
1 006,4	11 440,7	10 718,8	10 812,3	5 040,0	1 001,7	374,1	2 190,4	2 124,0	82,2	Mai
1 017,1	11 463,3	10 720,7	10 819,6	5 088,8	977,6	370,1	2 177,9	2 124,2	81,1	Juni
1 031,3	11 461,3	10 752,5	10 866,2	5 125,2	983,3	367,8	2 187,7	2 121,9	80,4	Juli
1 029,4	11 445,1	10 749,4	10 857,4	5 126,6	981,6	362,3	2 183,5	2 124,3	79,0	Aug.
1 026,5	11 480,0	10 765,2	10 865,6	5 153,0	977,2	358,7	2 179,8	2 118,8	78,1	Sept.
1 028,8	11 575,7	10 817,7	10 927,9	5 244,6	973,3	356,6	2 161,4	2 114,6	77,3	Okt.
Deutscher Beitrag (Mrd €)										
220,9	3 115,2	3 051,4	2 926,9	1 378,4	193,3	32,5	716,4	528,1	78,2	2013 Sept.
221,5	3 134,5	3 075,3	2 955,7	1 408,4	195,1	32,9	713,0	528,1	78,1	Okt.
222,9	3 142,9	3 081,9	2 956,1	1 415,6	188,8	33,3	712,2	528,1	78,1	Nov.
226,6	3 140,9	3 075,9	2 955,8	1 403,8	197,6	33,6	710,9	532,2	77,8	Dez.
213,5	3 136,4	3 074,8	2 960,6	1 414,2	195,0	32,8	709,6	531,7	77,3	2014 Jan.
213,7	3 149,6	3 084,0	2 965,9	1 419,3	198,7	32,4	705,8	532,1	77,6	Febr.
215,6	3 139,6	3 074,6	2 954,0	1 410,5	200,0	32,0	703,1	530,9	77,5	März
217,0	3 164,3	3 101,6	2 984,7	1 446,5	200,8	31,5	699,3	529,2	77,4	April
218,3	3 182,1	3 116,5	2 992,7	1 455,0	203,1	32,0	696,8	528,6	77,2	Mai
220,3	3 165,8	3 101,0	2 972,3	1 446,5	195,6	32,1	693,6	528,3	76,1	Juni
222,6	3 168,9	3 102,0	2 976,7	1 455,9	195,5	31,5	689,5	527,5	76,8	Juli
222,5	3 183,4	3 120,4	2 992,8	1 467,7	199,8	31,3	688,2	528,0	77,7	Aug.
222,8	3 187,6	3 124,3	2 997,3	1 479,1	191,5	32,7	687,6	528,2	78,2	Sept.
223,6	3 199,5	3 133,6	3 020,0	1 507,0	189,9	32,5	684,8	527,9	78,1	Okt.
224,8	3 222,7	3 157,5	3 038,6	1 531,2	186,7	33,4	682,2	527,4	77,7	Nov.
229,7	3 207,5	3 142,6	3 019,1	1 507,1	191,8	32,3	680,6	531,0	76,4	Dez.
228,9	3 233,6	3 156,6	3 045,0	1 541,7	188,3	31,3	677,5	528,8	77,4	2015 Jan.
229,7	3 249,6	3 172,0	3 062,0	1 562,7	187,1	31,0	675,4	529,6	76,1	Febr.
232,0	3 253,1	3 175,8	3 062,6	1 569,0	187,1	31,4	671,6	528,7	74,8	März
233,8	3 265,4	3 191,1	3 080,3	1 598,9	187,3	31,7	661,3	528,5	72,7	April
234,9	3 289,4	3 214,1	3 094,6	1 620,0	183,7	31,9	659,5	528,5	71,1	Mai
238,3	3 287,5	3 208,9	3 090,0	1 626,3	178,9	32,2	654,6	528,3	69,7	Juni
241,6	3 312,5	3 236,6	3 120,9	1 643,3	179,8	32,4	669,3	527,9	68,2	Juli
241,2	3 321,2	3 246,0	3 123,4	1 651,0	175,8	32,2	669,5	528,2	66,7	Aug.
240,3	3 330,8	3 253,8	3 131,7	1 667,0	172,0	31,7	666,7	529,0	65,3	Sept.
240,1	3 349,1	3 271,9	3 154,4	1 698,7	170,8	33,2	657,5	530,3	64,0	Okt.

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumfang in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva												
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte											Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	
	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt
Zentral- staaten	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten						
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)													
2013 Sept.	272,9	303,5	133,8	96,8	7,5	44,8	15,0	5,8	331,1	325,3	417,9	2 642,7	2 003,7
Okt.	245,2	297,3	132,3	91,8	7,9	45,0	14,7	5,6	313,9	308,0	419,1	2 638,0	2 006,1
Nov.	263,6	308,6	140,0	94,8	8,2	45,3	14,7	5,6	310,6	303,4	417,9	2 631,1	1 999,9
Dez.	214,8	284,4	121,3	92,0	8,5	45,1	12,2	5,2	294,5	287,7	404,8	2 586,5	1 978,6
2014 Jan.	236,4	283,2	120,9	89,6	8,6	45,1	13,4	5,6	287,8	279,3	422,6	2 581,8	1 969,1
Febr.	272,5	293,8	127,5	91,0	9,1	45,5	15,2	5,6	306,7	295,2	421,8	2 556,5	1 956,7
März	267,2	300,4	128,2	95,9	9,1	45,4	16,4	5,5	293,9	285,4	404,1	2 558,8	1 961,5
April	256,5	297,4	130,2	91,0	9,3	45,4	16,0	5,4	285,0	276,2	409,3	2 544,4	1 948,4
Mai	289,6	305,3	130,0	99,0	9,4	45,4	16,2	5,3	271,3	262,6	405,2	2 563,1	1 948,7
Juni	315,9	310,5	133,6	101,3	9,4	45,3	15,6	5,2	299,4	285,1	392,2	2 533,2	1 919,9
Juli	292,8	310,0	132,6	101,9	9,2	45,0	16,1	5,2	302,3	293,4	409,0	2 524,2	1 898,5
Aug.	246,4	314,2	138,0	100,3	9,3	45,0	16,4	5,2	305,3	296,2	412,7	2 521,4	1 888,8
Sept.	240,6	310,8	132,1	102,9	9,1	45,2	16,4	5,1	287,6	272,5	414,4	2 526,9	1 878,0
Okt.	236,2	303,1	133,1	95,0	9,3	45,1	15,5	5,1	313,2	302,7	428,9	2 489,0	1 839,8
Nov.	262,2	315,0	142,1	97,0	10,1	44,9	15,8	5,1	310,5	301,4	434,4	2 474,9	1 824,9
Dez.	216,7	311,0	138,0	100,5	11,5	39,6	16,4	5,1	297,0	290,7	414,2	2 481,4	1 820,6
2015 Jan.	300,7	309,7	134,9	99,3	11,3	39,9	18,8	5,4	321,5	311,3	438,6	2 505,8	1 797,1
Febr.	272,1	319,3	142,1	99,8	11,6	40,0	20,3	5,3	358,1	348,0	447,3	2 502,8	1 782,8
März	294,7	317,1	139,7	100,2	12,7	39,2	20,1	5,3	360,3	354,1	437,8	2 492,5	1 762,3
April	251,4	320,8	145,0	97,9	12,8	39,5	20,4	5,1	341,5	333,8	459,7	2 461,9	1 743,2
Mai	295,5	333,0	157,3	97,0	13,1	39,9	20,7	5,0	337,4	330,8	450,6	2 443,0	1 718,5
Juni	309,5	334,1	157,1	97,6	13,1	40,9	20,5	4,9	314,6	311,1	433,0	2 431,0	1 704,0
Juli	267,3	327,8	148,2	100,3	13,4	38,8	22,3	4,9	311,4	308,2	457,4	2 403,0	1 680,3
Aug.	252,6	335,1	154,3	100,4	13,4	38,8	23,4	4,8	313,2	308,1	455,9	2 372,3	1 670,8
Sept.	281,7	332,7	152,4	101,4	13,2	39,4	21,5	4,8	309,0	301,4	450,5	2 342,0	1 658,9
Okt.	314,3	333,5	156,3	98,6	13,2	39,6	20,9	4,7	303,1	293,6	472,6	2 335,6	1 639,0
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2013 Sept.	19,2	169,2	46,4	75,4	5,1	38,6	3,0	0,7	3,7	3,2	4,3	566,6	316,5
Okt.	16,0	162,9	43,2	71,9	5,4	38,8	3,0	0,7	7,7	6,2	4,0	565,3	316,5
Nov.	16,5	170,4	46,4	76,0	5,4	38,9	2,9	0,7	3,9	3,3	3,9	561,7	314,1
Dez.	19,0	166,1	44,4	73,8	5,7	38,7	2,9	0,7	6,7	5,1	3,9	550,0	309,5
2014 Jan.	15,9	159,9	39,7	72,3	5,7	38,7	2,8	0,7	7,9	7,1	4,1	545,0	304,4
Febr.	18,7	165,0	42,7	73,7	6,1	38,9	2,9	0,7	8,0	6,5	4,0	543,2	303,5
März	17,1	168,5	43,6	76,5	6,1	38,7	2,8	0,7	5,2	4,5	3,8	538,2	305,3
April	14,9	164,7	43,4	72,8	6,2	38,8	2,8	0,7	7,7	7,1	3,8	525,9	293,7
Mai	16,8	172,6	46,7	77,5	6,1	38,8	2,8	0,7	4,8	4,8	3,7	540,8	296,7
Juni	15,9	177,6	46,8	82,4	6,1	38,9	2,8	0,7	5,2	5,2	3,7	540,3	294,3
Juli	17,3	174,9	43,6	83,2	5,9	38,7	2,8	0,7	8,4	7,7	3,7	543,2	291,5
Aug.	12,4	178,2	47,8	82,1	6,0	38,8	2,8	0,6	10,1	9,0	3,4	541,2	289,6
Sept.	13,9	176,4	43,8	84,6	5,8	38,8	2,7	0,6	7,4	5,8	3,4	546,0	285,7
Okt.	12,6	166,8	41,6	77,1	5,8	38,9	2,8	0,6	9,1	8,4	3,4	549,3	287,7
Nov.	12,4	171,7	44,0	79,2	6,4	38,7	2,8	0,6	9,6	9,0	3,4	550,5	285,7
Dez.	11,3	177,1	50,7	82,3	7,6	32,8	3,0	0,7	3,4	3,1	3,3	547,3	280,7
2015 Jan.	18,7	170,0	44,7	81,2	7,5	32,9	3,1	0,7	6,8	4,7	3,3	566,9	283,7
Febr.	12,0	175,7	47,5	82,9	8,1	33,5	3,1	0,7	8,0	5,6	3,3	573,3	287,6
März	14,7	175,8	47,7	82,3	9,2	32,8	3,1	0,7	7,6	5,2	3,3	573,0	285,6
April	12,0	173,1	46,9	80,2	9,3	33,0	3,1	0,7	11,4	8,7	3,2	567,3	280,9
Mai	13,4	181,4	54,6	80,0	9,7	33,3	3,2	0,6	5,0	3,8	3,3	557,3	272,4
Juni	15,6	181,8	53,2	80,8	9,7	34,4	3,1	0,6	3,3	2,2	3,4	555,5	269,8
Juli	12,4	179,3	49,8	83,6	9,8	32,3	3,1	0,6	4,5	3,3	3,4	558,4	267,2
Aug.	12,1	185,7	56,0	83,8	9,8	32,5	3,1	0,6	6,6	4,6	3,5	547,0	266,9
Sept.	14,0	185,1	54,4	84,5	9,7	32,8	3,1	0,6	7,0	4,9	4,0	547,0	272,6
Okt.	13,1	181,6	54,1	80,9	9,8	33,1	3,1	0,6	6,6	5,0	3,9	555,3	275,2

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)										Nachrichtlich					Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)				
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	M1 10)	M2 11)	M3 12)		Geldkapitalbildung 13)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
76,0	58,3	2 508,5	3 500,7	2 372,9	- 45,1	4 381,9	-	5 347,6	9 181,4	9 846,9	7 362,1	116,6	2013 Sept.		
63,7	58,1	2 516,1	3 511,7	2 376,8	- 45,1	4 436,5	-	5 384,3	9 200,5	9 859,6	7 374,6	114,3	Okt.		
63,7	53,4	2 514,0	3 474,2	2 357,7	- 51,9	4 421,8	-	5 432,0	9 236,1	9 888,4	7 354,4	117,2	Nov.		
38,5	49,1	2 498,9	3 309,4	2 340,0	- 62,6	3 953,9	-	5 444,5	9 249,4	9 852,3	7 310,4	114,1	Dez.		
42,3	43,9	2 495,6	3 474,4	2 384,6	- 44,8	4 108,0	-	5 418,6	9 224,2	9 854,7	7 354,6	107,7	2014 Jan.		
42,1	39,1	2 475,3	3 428,5	2 405,2	- 31,4	4 039,0	-	5 427,9	9 235,1	9 866,7	7 337,6	105,3	Febr.		
49,1	35,4	2 474,4	3 392,4	2 422,0	- 30,0	3 981,3	-	5 461,0	9 273,8	9 879,1	7 344,7	106,1	März		
37,8	32,6	2 474,0	3 463,5	2 433,5	- 23,1	4 060,2	-	5 498,8	9 301,1	9 903,1	7 324,3	104,5	April		
43,7	35,1	2 484,3	3 477,3	2 426,9	- 35,6	4 116,1	-	5 556,5	9 362,8	9 970,8	7 313,8	105,4	Mai		
44,4	35,9	2 452,8	3 375,2	2 456,9	- 50,4	4 138,9	-	5 600,8	9 386,0	9 986,6	7 300,5	106,7	Juni		
37,6	35,2	2 451,4	3 438,4	2 469,0	- 46,1	4 239,4	-	5 611,4	9 402,4	10 016,6	7 300,4	107,8	Juli		
41,0	34,2	2 446,2	3 451,1	2 493,6	- 59,1	4 451,8	-	5 648,2	9 445,8	10 067,0	7 317,6	108,3	Aug.		
38,7	33,1	2 455,2	3 577,8	2 508,5	- 67,6	4 470,9	-	5 688,1	9 468,9	10 079,0	7 327,9	109,4	Sept.		
30,8	36,9	2 421,3	3 563,2	2 491,2	- 83,4	4 520,1	-	5 726,9	9 478,2	10 104,8	7 261,3	107,8	Okt.		
29,7	38,8	2 406,4	3 573,4	2 504,1	- 68,5	4 715,3	-	5 827,3	9 568,3	10 197,2	7 259,8	113,3	Nov.		
61,3	42,8	2 377,3	3 561,9	2 460,0	- 45,7	4 572,3	-	5 938,9	9 682,5	10 313,1	7 188,2	112,3	Dez.		
58,4	42,3	2 405,0	3 905,6	2 545,7	- 99,0	5 022,1	-	6 021,7	9 744,9	10 402,2	7 297,6	110,6	2015 Jan.		
58,6	43,3	2 401,0	3 932,9	2 538,6	- 115,4	4 928,0	-	6 051,6	9 742,7	10 423,4	7 302,9	109,1	Febr.		
51,5	44,3	2 396,8	3 964,9	2 567,8	- 65,4	5 139,3	-	6 113,6	9 809,8	10 468,4	7 316,8	109,5	März		
55,3	45,8	2 360,7	3 992,4	2 535,0	- 72,9	4 845,1	-	6 196,8	9 877,1	10 569,5	7 223,1	107,6	April		
52,5	42,1	2 348,4	3 948,8	2 543,4	- 67,5	4 643,4	-	6 292,9	9 944,1	10 603,1	7 209,3	110,0	Mai		
56,9	44,8	2 329,3	3 782,7	2 526,5	- 60,8	4 280,9	-	6 353,6	9 978,4	10 602,5	7 160,6	112,4	Juni		
44,2	45,1	2 313,7	3 879,8	2 524,6	- 68,1	4 411,3	-	6 397,6	10 028,3	10 683,4	7 150,0	114,8	Juli		
33,9	47,4	2 291,0	3 874,1	2 523,2	- 67,3	4 311,7	-	6 404,7	10 031,9	10 674,7	7 120,4	116,3	Aug.		
30,9	46,4	2 264,7	3 798,5	2 528,4	- 53,8	4 321,2	-	6 427,6	10 040,0	10 662,7	7 095,3	117,2	Sept.		
31,1	47,7	2 256,8	3 858,6	2 564,1	- 77,1	4 352,0	-	6 524,1	10 122,6	10 780,5	7 104,0	115,5	Okt.		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
12,0	7,8	546,8	676,5	502,4	- 696,5	1 465,4	218,0	1 424,8	2 262,2	2 290,0	1 883,0	-	2013 Sept.		
13,6	8,2	543,6	677,2	501,5	- 694,8	1 472,8	220,2	1 451,6	2 287,9	2 321,4	1 875,6	-	Okt.		
12,5	6,3	542,9	679,5	495,3	- 679,0	1 472,5	221,7	1 462,1	2 296,5	2 323,1	1 868,1	-	Nov.		
8,9	5,9	535,1	610,6	490,2	- 652,9	1 422,0	224,3	1 448,1	2 293,9	2 319,4	1 853,4	-	Dez.		
8,4	4,3	532,3	658,5	498,1	- 638,1	1 439,4	234,7	1 453,9	2 294,3	2 319,0	1 856,7	-	2014 Jan.		
9,1	5,1	528,9	634,6	502,7	- 633,8	1 409,2	237,1	1 462,0	2 307,9	2 334,2	1 854,6	-	Febr.		
8,0	4,0	526,2	615,1	501,1	- 601,5	1 398,8	238,7	1 454,1	2 302,5	2 323,5	1 847,3	-	März		
7,5	4,6	513,8	622,3	500,8	- 594,4	1 400,7	240,8	1 489,9	2 333,2	2 356,9	1 830,8	-	April		
7,3	5,7	527,8	636,4	504,7	- 618,1	1 433,7	243,8	1 501,7	2 351,8	2 373,3	1 846,1	-	Mai		
9,1	6,6	524,6	613,8	521,8	- 591,5	1 438,1	246,7	1 493,3	2 340,6	2 365,2	1 855,7	-	Juni		
9,2	6,4	527,7	619,9	526,1	- 570,3	1 465,8	251,2	1 499,4	2 345,9	2 373,5	1 859,5	-	Juli		
10,3	7,4	523,5	628,4	531,3	- 607,0	1 553,1	254,8	1 515,6	2 365,6	2 396,8	1 860,1	-	Aug.		
11,3	7,4	527,4	641,5	532,3	- 621,5	1 546,9	258,7	1 522,9	2 368,4	2 397,9	1 865,0	-	Sept.		
11,3	7,8	530,2	636,4	529,7	- 620,1	1 557,6	261,8	1 548,6	2 384,5	2 416,2	1 862,2	-	Okt.		
10,4	7,9	532,2	654,2	532,9	- 621,3	1 608,0	264,4	1 575,2	2 411,1	2 442,4	1 864,4	-	Nov.		
10,3	7,7	529,4	633,4	535,7	- 605,7	1 648,7	267,9	1 557,8	2 405,7	2 430,3	1 855,6	-	Dez.		
11,8	8,2	546,9	763,4	553,3	- 674,0	1 780,3	270,3	1 586,4	2 426,5	2 456,5	1 888,6	-	2015 Jan.		
14,3	7,9	551,0	751,7	550,7	- 678,0	1 715,9	272,4	1 610,2	2 452,0	2 485,5	1 887,4	-	Febr.		
14,9	8,5	549,6	755,9	557,2	- 670,7	1 793,0	274,7	1 616,8	2 458,5	2 492,8	1 886,7	-	März		
18,9	8,3	540,2	770,7	553,7	- 666,9	1 698,4	276,9	1 645,8	2 485,8	2 527,5	1 861,4	-	April		
18,6	5,6	533,1	764,2	556,8	- 676,8	1 641,5	279,3	1 674,6	2 511,5	2 544,0	1 854,4	-	Mai		
18,5	5,4	531,7	718,1	555,8	- 670,9	1 543,2	280,2	1 679,6	2 512,5	2 543,1	1 846,8	-	Juni		
18,2	5,2	535,1	742,1	552,4	- 692,2	1 577,2	284,9	1 693,1	2 529,7	2 561,0	1 857,9	-	Juli		
16,2	5,9	524,9	754,9	552,8	- 711,7	1 552,8	287,3	1 707,0	2 539,8	2 571,9	1 847,1	-	Aug.		
21,9	8,0	517,2	736,7	553,5	- 709,5	1 572,5	290,1	1 721,4	2 551,4	2 592,3	1 836,0	-	Sept.		
25,8	7,8	521,7	737,1	558,6	- 735,3	1 566,6	293,1	1 752,8	2 580,8	2 625,0	1 835,5	-	Okt.		

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-Umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2013 Juli	615,9	108,8	708,0	1,3	256,4	92,1	195,0	909,3	92,5	115,1	286,5	1 287,9
Aug.	532,3	104,5	698,6	0,2	255,0	82,6	195,5	917,6	97,1	28,2	269,6	1 269,8
Sept.	531,8	97,5	692,3	0,4	251,1	79,2	191,7	920,4	72,6	34,7	274,5	1 274,2
Okt.	538,2	96,2	674,6	0,2	248,2	58,9	189,8	918,3	80,1	41,9	268,4	1 245,6
Nov.	550,9	90,8	652,4	0,1	244,6	52,1	187,2	920,4	70,9	63,4	244,9	1 217,4
Dez.	550,8	91,6	625,3	0,1	241,5	48,3	177,4	925,9	80,2	57,2	220,2	1 194,4
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	24,7	248,1	1 256,0
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8
Juni	536,8	148,1	507,8	0,1	215,9	28,3	126,0	951,0	111,6	- 0,5	192,3	1 171,6
Juli	540,0	111,7	460,1	0,1	209,0	23,9	27,2	958,1	110,0	- 12,5	214,3	1 196,3
Aug.	547,6	106,6	414,7	0,3	202,2	24,6	0,0	967,6	92,4	- 23,6	210,2	1 202,5
Sept.	547,8	114,7	387,4	0,2	196,3	25,2	0,0	971,8	66,2	- 27,0	210,1	1 207,1
Okt.	552,0	98,9	398,2	0,2	194,7	24,3	0,0	971,3	78,4	- 22,6	192,6	1 188,2
Nov.	562,0	95,2	412,5	0,3	193,3	31,0	0,0	973,6	76,1	- 5,7	188,3	1 192,8
Dez.	564,3	103,3	396,1	0,2	202,0	27,3	0,0	979,8	71,7	1,8	185,4	1 192,5
2015 Jan.	576,4	119,0	454,4	0,5	217,9	50,2	0,0	1 005,5	66,3	9,8	236,3	1 292,1
Febr.	589,2	142,6	375,0	0,4	230,8	42,4	0,0	1 005,4	62,1	2,7	225,3	1 273,1
März	625,9	118,9	386,1	0,2	290,6	68,6	0,0	1 015,9	70,2	5,1	261,8	1 346,4
April	655,7	95,9	406,6	0,1	383,1	99,7	0,0	1 027,4	76,5	34,5	303,4	1 430,5
Mai	642,9	82,4	443,2	0,3	471,8	103,1	0,0	1 042,7	96,3	17,2	381,4	1 527,2
Aug.	627,4	72,4	462,2	0,6	550,8	148,0	0,0	1 055,3	63,4	18,1	428,4	1 631,8
Sept.	619,1	70,2	462,1	0,1	643,2	152,8	0,0	1 052,4	95,2	28,9	465,3	1 670,5
Okt.												
Nov.												
Deutsche Bundesbank												
2013 Juli	161,3	0,6	11,7	0,0	61,8	26,1	79,2	226,3	0,8	- 194,0	97,0	349,4
Aug.	136,9	0,6	11,3	0,0	61,1	27,5	73,6	228,6	0,7	- 207,5	87,0	343,1
Sept.	136,3	0,2	10,6	0,0	59,7	22,3	72,2	229,2	0,7	- 206,2	88,7	340,3
Okt.	138,3	0,2	10,1	0,1	58,9	15,8	63,4	229,2	1,3	- 195,0	92,9	337,9
Nov.	142,5	0,2	8,8	0,0	57,9	15,1	61,4	229,0	1,6	- 176,2	78,4	322,5
Dez.	142,3	0,3	8,5	0,0	57,0	12,9	66,7	230,0	1,4	- 170,0	67,1	310,0
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7
Juni	136,2	28,4	18,1	0,0	50,7	7,7	41,9	226,0	1,4	- 99,0	55,5	289,2
Juli	136,9	10,0	16,1	0,1	48,9	8,4	9,0	228,1	1,6	- 99,6	64,6	301,0
Aug.	138,8	6,2	11,3	0,0	47,4	6,8	0,0	230,5	0,9	- 96,7	62,3	299,5
Sept.	138,7	4,1	10,0	0,1	45,9	8,7	0,0	231,1	1,0	- 103,5	61,5	301,2
Okt.	139,4	5,6	12,2	0,0	45,5	9,0	0,0	231,7	1,2	- 102,2	63,1	303,8
Nov.	141,0	8,0	14,9	0,1	45,5	9,0	0,0	231,4	0,9	- 89,5	57,6	298,0
Dez.	140,8	6,6	16,6	0,0	47,3	9,3	0,0	232,4	0,9	- 86,7	55,5	297,2
2015 Jan.	141,9	13,4	30,7	0,0	50,4	14,9	0,0	237,3	1,2	- 92,3	75,3	327,5
Febr.	143,2	6,6	30,9	0,0	52,4	12,4	0,0	237,0	1,5	- 92,6	74,7	324,1
März	151,5	5,6	29,5	0,1	64,8	21,2	0,0	239,9	1,1	- 100,3	89,4	350,5
April	159,2	3,6	28,8	0,0	83,9	28,6	0,0	242,5	2,0	- 100,4	102,8	373,9
Mai	155,4	2,1	36,4	0,0	102,5	25,5	0,0	246,2	3,4	- 101,4	122,8	394,4
Aug.	151,2	1,8	40,0	0,0	119,1	42,4	0,0	249,5	2,9	- 118,3	135,9	427,7
Sept.	148,4	2,8	40,8	0,0	138,2	40,8	0,0	248,8	5,2	- 115,9	151,2	440,9
Okt.												
Nov.												

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode.

In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
- 40,1	+ 4,1	- 20,4	+ 0,8	- 3,5	+ 1,6	- 4,4	+ 5,2	+ 9,4	- 57,2	- 13,8	- 7,0	2013 Juli
- 83,6	- 4,3	- 9,4	- 1,1	- 1,4	- 9,5	+ 0,5	+ 8,3	+ 4,6	- 86,9	- 16,9	- 18,1	Aug.
- 0,5	- 7,0	- 6,3	+ 0,2	- 3,9	- 3,4	- 3,8	+ 2,8	- 24,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 4,4	Sept.
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6	Okt.
+ 12,7	- 5,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	- 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2	Nov.
- 0,1	+ 0,8	- 27,1	+ 0,0	- 3,1	- 3,8	- 9,8	+ 5,5	+ 9,3	- 6,2	- 24,7	- 23,0	Dez.
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0	Febr.
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0	Mai
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8	Juni
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7	Juli
+ 7,6	- 5,1	- 45,4	+ 0,2	- 6,8	+ 0,7	- 27,2	+ 9,5	- 17,6	- 11,1	- 4,1	+ 6,2	Aug.
+ 0,2	+ 8,1	- 27,3	- 0,1	- 5,9	+ 0,6	± 0,0	+ 4,2	- 26,2	- 3,4	- 0,1	+ 4,6	Sept.
+ 4,2	- 15,8	+ 10,8	± 0,0	- 1,6	- 0,9	± 0,0	- 0,5	+ 12,2	+ 4,4	- 17,5	- 18,9	Okt.
+ 10,0	- 3,7	+ 14,3	+ 0,1	- 1,4	+ 6,7	± 0,0	+ 2,3	+ 16,9	+ 16,9	- 4,3	+ 4,6	Nov.
+ 2,3	+ 8,1	- 16,4	- 0,1	+ 8,7	- 3,7	± 0,0	+ 6,2	- 4,4	+ 7,5	- 2,9	- 0,3	Dez.
+ 12,1	+ 15,7	+ 58,3	+ 0,3	+ 15,9	+ 22,9	± 0,0	+ 25,7	- 5,4	+ 8,0	+ 50,9	+ 99,6	2015 Jan.
+ 12,8	+ 23,6	- 79,4	- 0,1	+ 12,9	- 7,8	± 0,0	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 11,0	- 19,0	Febr.
+ 36,7	- 23,7	+ 11,1	- 0,2	+ 59,8	+ 26,2	± 0,0	+ 10,5	+ 8,1	+ 2,4	+ 36,5	+ 73,3	März
+ 29,8	- 23,0	+ 20,5	- 0,1	+ 92,5	+ 31,1	± 0,0	+ 11,5	+ 6,3	+ 29,4	+ 41,6	+ 84,1	April
- 12,8	- 13,5	+ 36,6	+ 0,2	+ 88,7	+ 3,4	± 0,0	+ 15,3	+ 19,8	- 17,3	+ 78,0	+ 96,7	Mai
- 15,5	- 10,0	+ 19,0	+ 0,3	+ 79,0	+ 44,9	± 0,0	+ 12,6	- 32,9	+ 0,9	+ 47,0	+ 104,6	Juni
- 8,3	- 2,2	- 0,1	- 0,5	+ 92,4	+ 4,8	± 0,0	- 2,9	+ 31,8	+ 10,8	+ 36,9	+ 38,7	Juli
												Aug.
												Sept.
												Okt.
												Nov.
Deutsche Bundesbank												
- 14,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 2,3	- 13,8	+ 0,3	+ 0,1	- 5,0	- 0,0	+ 2,5	2013 Juli
- 24,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	- 5,6	+ 2,3	- 0,2	- 13,5	- 9,9	- 6,3	Aug.
- 0,5	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,4	- 5,2	- 1,4	+ 0,6	- 0,0	+ 1,3	+ 1,7	- 2,8	Sept.
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4	Okt.
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 0,3	+ 18,8	- 14,5	- 15,3	Nov.
- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 2,2	+ 5,3	+ 1,0	- 0,2	+ 6,2	- 11,2	- 12,5	Dez.
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Mai
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5	Juni
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9	Juli
+ 1,9	- 3,8	- 4,8	- 0,1	- 1,5	- 1,6	- 9,0	+ 2,4	- 0,6	+ 2,9	- 2,3	- 1,5	Aug.
- 0,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,1	- 1,6	+ 1,9	± 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 6,8	- 0,7	+ 1,7	Sept.
+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5	Okt.
+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 12,7	- 5,5	- 5,8	Nov.
- 0,1	- 1,4	+ 1,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	± 0,0	+ 1,0	- 0,0	+ 2,8	- 2,0	- 0,8	Dez.
+ 1,1	+ 6,7	+ 14,1	- 0,0	+ 3,1	+ 5,6	± 0,0	+ 4,9	+ 0,3	- 5,7	+ 19,8	+ 30,4	2015 Jan.
+ 1,2	- 6,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	± 0,0	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,7	- 3,5	Febr.
+ 8,3	- 1,1	- 1,4	+ 0,0	+ 12,4	+ 8,8	± 0,0	+ 3,0	- 0,4	- 7,8	+ 14,7	+ 26,4	März
+ 7,7	- 2,0	- 0,7	- 0,0	+ 19,2	+ 7,4	± 0,0	+ 2,6	+ 0,8	- 0,0	+ 13,5	+ 23,4	April
- 3,8	- 1,5	+ 7,6	- 0,0	+ 18,6	- 3,1	± 0,0	+ 3,7	+ 1,4	- 1,0	+ 19,9	+ 20,5	Mai
- 4,1	- 0,3	+ 3,7	+ 0,0	+ 16,6	+ 16,9	± 0,0	+ 3,2	- 0,4	- 17,0	+ 13,1	+ 33,2	Juni
- 2,9	+ 0,9	+ 0,8	- 0,0	+ 19,1	- 1,5	± 0,0	- 0,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 15,4	+ 13,2	Juli
												Aug.
												Sept.
												Okt.
												Nov.

des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sons-

tige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. **6** Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. **7** Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. **8** Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2015 April 2.	2 334,1	384,0	306,2	83,5	222,7	37,4	22,3	22,3	–
10.	2 349,0	384,0	305,3	83,4	221,9	38,4	22,6	22,6	–
17.	2 344,1	384,0	303,0	83,4	219,6	39,4	20,8	20,8	–
24.	2 360,8	384,0	303,6	83,4	220,2	39,1	20,3	20,3	–
Mai 1.	2 372,6	384,0	304,5	83,4	221,1	38,4	20,7	20,7	–
8.	2 377,9	384,0	302,8	83,1	219,8	39,5	21,1	21,1	–
15.	2 388,6	384,0	301,5	82,3	219,2	39,5	21,2	21,2	–
22.	2 402,6	384,0	302,4	82,3	220,1	38,9	21,0	21,0	–
29.	2 416,7	384,0	302,7	82,3	220,4	39,6	21,7	21,7	–
Juni 5.	2 428,3	384,0	302,5	82,3	220,2	39,6	21,5	21,5	–
12.	2 442,1	384,0	303,8	82,3	221,5	40,8	22,1	22,1	–
19.	2 451,9	384,0	304,2	81,9	222,3	40,3	21,0	21,0	–
26.	2 539,5	384,0	306,7	82,2	224,5	38,7	21,8	21,8	–
Juli 3.	2 497,0	364,5	292,8	80,5	212,3	38,4	20,1	20,1	–
10.	2 508,2	364,5	292,1	80,5	211,6	38,8	21,0	21,0	–
17.	2 519,0	364,5	290,6	80,5	210,2	40,0	21,3	21,3	–
24.	2 525,2	364,5	289,4	78,4	210,9	40,0	21,3	21,3	–
31.	2 536,6	364,5	287,8	78,5	209,4	40,5	20,3	20,3	–
Aug. 7.	2 536,6	364,5	290,3	79,1	211,2	39,9	20,0	20,0	–
14.	2 541,9	364,5	290,2	79,1	211,1	39,1	19,7	19,7	–
21.	2 549,3	364,5	292,3	79,2	213,1	36,9	19,4	19,4	–
28.	2 558,8	364,5	289,5	79,2	210,3	41,0	19,3	19,3	–
2015 Sept. 4.	2 568,3	364,5	289,6	79,1	210,4	40,7	19,5	19,5	–
11.	2 587,3	364,5	288,8	79,1	209,6	42,0	21,1	21,1	–
18.	2 602,3	364,5	290,2	79,1	211,1	41,0	20,6	20,6	–
25.	2 620,6	364,5	291,6	79,2	212,5	39,9	21,1	21,1	–
Okt. 2.	2 626,8	348,8	287,9	78,9	209,0	41,0	21,5	21,5	–
9.	2 632,3	348,8	288,4	78,8	209,5	39,5	19,9	19,9	–
16.	2 640,6	348,8	286,4	78,6	207,8	41,8	19,2	19,2	–
23.	2 653,2	348,8	287,3	78,6	208,7	41,5	19,4	19,4	–
30.	2 665,0	348,9	289,9	78,8	211,1	38,9	20,2	20,2	–
Nov. 6.	2 668,9	348,9	288,4	78,6	209,8	42,2	20,7	20,7	–
13.	2 682,4	348,9	290,6	78,6	212,0	40,3	20,4	20,4	–
20.	2 692,4	348,9	292,3	78,6	213,7	38,4	20,7	20,7	–
27.	2 706,7	348,9	292,1	78,7	213,4	38,2	20,5	20,5	–
Dez. 4.	2 718,7	348,9	294,5	78,7	215,8	36,3	19,8	19,8	–
Deutsche Bundesbank									
2014 Jan.	768,1	94,9	48,5	20,8	27,7	0,1	–	–	–
Febr.	752,9	94,9	47,6	20,6	27,1	0,1	–	–	–
März	737,8	102,2	48,4	20,6	27,9	0,1	–	–	–
April	770,6	102,2	48,6	21,0	27,6	0,1	–	–	–
Mai	764,9	102,1	48,0	20,9	27,0	0,1	–	–	–
Juni	725,5	104,6	48,4	20,8	27,6	0,1	–	–	–
Juli	697,1	104,6	48,8	20,9	27,9	0,1	–	–	–
Aug.	712,0	104,6	49,0	20,8	28,2	0,1	–	–	–
Sept.	738,3	104,6	51,7	21,9	29,9	–	–	–	–
Okt.	736,9	104,6	51,9	21,7	30,2	–	–	–	–
Nov.	734,0	104,6	52,0	21,6	30,3	–	–	–	–
Dez.	771,0	107,5	51,3	20,6	30,6	–	–	–	–
2015 Jan.	805,7	107,5	51,6	20,4	31,2	–	–	–	–
Febr.	800,2	107,5	51,9	20,3	31,6	–	–	–	–
März	847,9	120,0	56,9	21,3	35,7	–	–	–	–
April	856,5	120,0	56,9	21,2	35,6	0,0	–	–	–
Mai	860,3	120,0	56,8	21,1	35,7	0,0	–	–	–
Juni	880,1	113,8	54,5	20,6	33,8	–	–	–	–
Juli	903,5	113,8	53,3	19,9	33,4	–	–	–	–
Aug.	930,8	113,8	53,1	20,2	32,9	–	–	–	–
Sept.	936,9	109,0	53,0	20,1	32,8	–	–	–	–
Okt.	956,3	109,0	53,1	20,1	33,0	–	–	–	–
Nov.	1 002,6	109,0	52,6	20,0	32,6	0,0	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
Eurosystem ²⁾													
521,2	103,6	417,6	–	–	0,1	–	124,1	679,3	300,7	378,6	26,7	232,8	2015 April 2.
525,9	108,3	417,6	–	–	0,1	–	121,0	690,8	312,7	378,1	26,7	234,3	10.
514,1	96,6	417,6	–	–	0,0	–	121,7	701,8	325,0	376,8	26,7	232,5	17.
513,3	95,7	417,6	–	–	0,0	–	123,6	717,5	339,8	377,7	26,7	232,6	24.
517,3	108,5	408,7	–	–	0,0	–	127,1	724,9	350,8	374,1	25,7	229,9	Mai 1.
504,0	95,2	408,7	–	–	0,1	–	128,6	742,3	367,2	375,1	25,7	229,8	8.
499,5	90,6	408,7	–	–	0,1	–	130,3	757,9	384,0	373,9	25,7	229,1	15.
497,2	88,4	408,7	–	–	0,1	–	131,5	771,7	398,0	373,8	25,7	230,1	22.
495,5	100,1	395,4	–	–	0,1	–	131,6	787,0	413,5	373,4	25,7	228,9	29.
488,0	92,5	395,4	–	–	0,1	–	135,1	802,8	428,9	373,9	25,7	229,1	Juni 5.
485,8	90,4	395,4	–	–	0,1	–	133,2	816,9	442,2	374,7	25,7	229,8	12.
485,4	89,7	395,4	–	–	0,4	–	136,9	824,9	451,2	373,7	25,7	229,5	19.
555,6	88,2	467,1	–	–	0,3	–	134,7	839,2	465,1	374,1	25,7	233,2	26.
544,1	76,4	467,1	–	–	0,6	–	134,9	845,1	477,6	367,5	25,7	231,5	Juli 3.
541,8	74,5	467,1	–	–	0,2	–	137,0	857,5	491,9	365,6	25,6	229,9	10.
542,7	75,5	467,1	–	–	0,1	–	139,4	866,2	505,2	361,0	25,6	228,5	17.
542,6	75,2	467,1	–	–	0,3	–	139,7	875,2	514,7	360,5	25,2	227,4	24.
543,6	80,0	463,5	–	–	0,1	–	138,2	888,2	528,3	360,0	25,2	228,3	31.
534,7	71,0	463,5	–	–	0,2	–	137,7	899,2	540,9	358,3	25,2	225,2	Aug. 7.
534,0	69,7	463,5	–	–	0,8	–	133,4	911,9	552,8	359,1	25,2	224,0	14.
533,2	69,6	463,5	–	–	0,1	–	130,0	919,0	560,8	358,2	25,2	228,8	21.
528,5	70,1	456,2	–	–	2,2	–	131,8	931,7	572,5	359,2	25,2	227,3	28.
527,4	71,0	456,2	–	–	0,1	–	130,5	945,1	585,6	359,5	25,2	225,9	2015 Sept. 4.
527,2	70,9	456,2	–	–	0,1	–	134,1	961,1	602,8	358,3	25,2	223,4	11.
527,0	70,7	456,2	–	–	0,1	–	136,6	975,5	617,2	358,3	25,2	221,8	18.
527,3	71,1	456,2	–	–	0,0	–	138,4	990,0	631,1	358,9	25,2	222,6	25.
539,5	72,6	466,3	–	–	0,6	–	137,1	1 001,7	642,5	359,1	25,2	224,1	Okt. 2.
536,9	70,6	466,3	–	–	0,0	–	135,5	1 015,9	656,7	359,2	25,2	222,2	9.
535,9	69,5	466,3	–	–	0,1	–	136,9	1 028,1	668,9	359,1	25,2	218,3	16.
532,3	65,9	466,3	–	–	0,1	–	137,0	1 043,3	683,2	360,2	25,2	218,3	23.
531,2	68,5	462,7	–	–	0,0	–	138,7	1 053,8	695,7	358,1	25,2	218,3	30.
524,2	61,5	462,7	–	–	0,0	–	134,9	1 065,6	707,7	357,9	25,2	218,9	Nov. 6.
525,3	62,5	462,7	–	–	0,0	–	135,4	1 080,2	721,9	358,2	25,2	216,2	13.
523,3	60,5	462,7	–	–	0,0	–	135,9	1 094,7	736,1	358,6	25,2	213,1	20.
525,2	73,8	451,4	–	–	0,1	–	129,0	1 111,2	752,2	359,0	25,2	216,5	27.
521,4	69,8	451,4	–	–	0,2	–	127,5	1 129,0	770,7	358,2	25,2	216,2	Dez. 4.
Deutsche Bundesbank													
31,3	20,3	11,0	–	–	–	–	5,1	54,2	54,2	–	4,4	529,5	2014 Jan.
18,2	7,1	11,0	–	–	0,1	–	5,7	53,8	53,8	–	4,4	528,2	Febr.
24,4	10,7	11,0	–	–	2,7	–	5,6	53,6	53,6	–	4,4	499,0	März
51,4	38,2	12,9	–	–	0,2	–	5,7	51,6	51,6	–	4,4	506,7	April
60,0	41,5	18,5	–	–	0,0	–	3,8	50,7	50,7	–	4,4	495,8	Mai
26,1	7,4	16,1	–	–	2,6	–	2,3	49,0	49,0	–	4,4	490,6	Juni
17,8	7,1	10,5	–	–	0,2	–	1,6	47,4	47,4	–	4,4	472,3	Juli
14,3	4,0	9,7	–	–	0,6	–	1,1	45,7	45,7	–	4,4	492,7	Aug.
21,6	6,3	14,9	–	–	0,3	–	1,8	45,5	45,5	–	4,4	508,6	Sept.
31,3	15,2	15,2	–	–	0,9	–	1,7	45,3	45,3	–	4,4	497,5	Okt.
27,2	8,5	18,5	–	–	0,2	–	1,5	47,7	47,7	–	4,4	496,6	Nov.
65,6	32,5	32,9	–	–	0,1	–	2,0	50,2	50,2	–	4,4	490,0	Dez.
43,1	11,2	31,9	–	–	0,0	–	3,2	52,1	52,1	–	4,4	543,7	2015 Jan.
37,3	8,6	28,7	–	–	0,0	–	4,6	52,9	52,9	–	4,4	541,5	Febr.
37,2	7,3	29,7	–	–	0,1	–	3,6	65,7	65,7	–	4,4	560,0	März
33,7	4,7	29,1	–	–	–	–	4,2	77,1	77,1	–	4,4	560,2	April
31,0	3,4	27,6	–	–	0,0	–	3,7	90,3	90,3	–	4,4	554,2	Mai
43,3	2,5	40,7	–	–	0,1	–	3,3	102,1	102,1	–	4,4	558,7	Juni
42,2	2,1	40,0	–	–	0,1	–	5,1	114,6	114,6	–	4,4	570,1	Juli
41,6	1,8	39,7	–	–	0,1	–	4,6	124,4	124,4	–	4,4	588,9	Aug.
46,3	4,1	42,2	–	–	0,0	–	4,2	136,8	136,8	–	4,4	583,2	Sept.
45,8	4,1	41,7	–	–	0,0	–	3,8	149,1	149,1	–	4,4	591,2	Okt.
50,2	3,1	47,1	–	–	0,0	–	3,5	161,7	161,7	–	4,4	621,2	Nov.

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Mrd €												
	Passiva insgesamt	Banknoten-umlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlage-fazilität	Termin-einlagen	Verbind-lichkeiten aus Ge-schäften mit Rück-nahme-verein-barung	Einlagen aus dem Margen-ausgleich			insgesamt	Einlagen von öffent-lichen Haus-halten	Sonstige Verbind-lichkeiten
Eurosystem 4)													
2015 April	2. 2 334,1	1 024,8	349,2	263,3	85,9	–	–	0,0	5,6	–	126,6	68,4	58,2
	10. 2 349,0	1 021,0	364,9	276,8	88,0	–	–	0,1	5,6	–	132,1	75,0	57,1
	17. 2 344,1	1 018,1	373,6	282,6	90,6	–	–	0,4	5,5	–	126,0	67,3	58,7
	24. 2 360,8	1 018,4	355,6	269,4	86,2	–	–	0,0	5,5	–	159,8	101,5	58,3
2015 Mai	1. 2 372,6	1 026,6	407,8	300,2	107,6	–	–	0,0	5,4	–	112,7	50,3	62,4
	8. 2 377,9	1 027,3	407,5	299,0	108,5	–	–	–	5,5	–	116,4	54,4	62,0
	15. 2 388,6	1 028,9	407,3	306,3	101,1	–	–	–	5,5	–	132,5	70,0	62,5
	22. 2 402,6	1 027,6	396,6	303,6	93,0	–	–	0,0	5,5	–	157,0	92,1	65,0
	29. 2 416,7	1 032,0	415,1	316,2	98,9	–	–	0,0	5,2	–	147,4	82,8	64,6
2015 Juni	5. 2 428,3	1 035,0	424,8	322,8	102,1	–	–	0,0	5,3	–	146,1	82,9	63,3
	12. 2 442,1	1 034,1	450,9	354,1	96,7	–	–	0,1	5,6	–	135,4	72,9	62,5
	19. 2 451,9	1 036,1	421,3	339,8	81,4	–	–	0,1	5,5	–	175,4	110,5	64,9
	26. 2 539,5	1 039,0	475,7	389,3	86,3	–	–	0,1	5,2	–	204,0	137,6	66,4
2015 Juli	3. 2 497,0	1 047,4	504,8	392,2	112,5	–	–	0,1	5,0	–	164,1	98,4	65,8
	10. 2 508,2	1 050,6	507,3	383,4	123,8	–	–	0,1	5,1	–	165,0	96,9	68,1
	17. 2 519,0	1 052,5	533,2	414,4	118,6	–	–	0,2	5,2	–	145,0	74,4	70,6
	24. 2 525,2	1 052,4	503,8	386,5	117,1	–	–	0,1	5,3	–	181,4	120,3	61,1
	31. 2 536,6	1 057,0	549,5	412,4	137,0	–	–	0,1	5,2	–	141,7	75,9	65,8
2015 Aug.	7. 2 536,6	1 059,4	581,8	443,9	137,7	–	–	0,1	5,2	–	105,7	39,1	66,6
	14. 2 541,9	1 058,8	578,3	424,0	154,2	–	–	0,1	5,5	–	121,9	52,8	69,1
	21. 2 549,3	1 054,5	597,9	428,6	169,1	–	–	0,1	5,2	–	116,9	50,1	66,8
	28. 2 558,8	1 053,2	593,0	438,5	154,4	–	–	0,1	4,8	–	132,2	67,0	65,3
2015 Sept.	4. 2 568,3	1 055,1	616,8	449,7	167,0	–	–	0,1	4,6	–	116,3	49,7	66,6
	11. 2 587,3	1 053,9	626,5	466,5	159,9	–	–	0,1	4,8	–	125,2	58,1	67,1
	18. 2 602,3	1 051,9	609,0	469,4	139,5	–	–	0,1	4,8	–	155,4	80,3	75,0
	25. 2 620,6	1 051,6	580,6	457,5	123,0	–	–	0,1	4,9	–	194,0	115,4	78,6
2015 Okt.	2. 2 626,8	1 054,2	621,8	473,3	148,3	–	–	0,2	5,0	–	167,6	88,7	78,9
	9. 2 632,3	1 054,6	644,3	472,3	171,8	–	–	0,2	4,9	–	163,2	83,6	79,6
	16. 2 640,6	1 052,8	622,1	462,9	159,1	–	–	0,2	4,9	–	195,6	114,4	81,2
	23. 2 653,2	1 050,6	613,8	444,2	169,4	–	–	0,2	5,0	–	216,4	131,6	84,8
	30. 2 665,0	1 053,9	632,7	474,5	157,8	–	–	0,4	5,0	–	199,2	112,0	87,2
2015 Nov.	6. 2 668,9	1 055,4	679,1	492,0	187,0	–	–	0,2	5,1	–	154,3	64,9	89,4
	13. 2 682,4	1 055,6	676,0	488,2	187,6	–	–	0,2	5,0	–	172,4	81,6	90,8
	20. 2 692,4	1 053,7	644,6	474,2	170,2	–	–	0,2	5,1	–	215,0	115,7	99,3
	27. 2 706,7	1 057,7	658,1	498,9	159,0	–	–	0,2	5,1	–	211,4	114,8	96,6
2015 Dez.	4. 2 718,7	1 066,2	697,9	520,4	177,3	–	–	0,2	5,0	–	177,5	79,8	97,7
Deutsche Bundesbank													
2014 Jan.	768,1	220,6	123,2	64,1	10,7	48,4	–	–	–	–	9,5	1,0	8,5
Febr.	752,9	220,9	115,0	53,0	9,1	53,0	–	–	–	–	11,8	1,2	10,7
März	737,8	222,2	103,3	50,2	4,7	48,5	–	–	–	–	8,4	1,1	7,3
April	770,6	224,5	112,6	68,4	7,8	36,4	–	–	–	–	26,6	1,4	25,2
Mai	764,9	225,7	103,4	62,2	7,2	34,0	–	–	–	–	24,7	0,9	23,9
Juni	725,5	227,0	65,5	60,0	5,5	–	–	–	–	–	18,9	1,2	17,7
Juli	697,1	229,4	56,5	49,9	6,6	–	–	–	–	–	14,2	0,8	13,4
Aug.	712,0	229,8	68,8	59,9	9,0	–	–	–	–	–	12,8	0,7	12,1
Sept.	738,3	229,8	85,1	81,1	4,0	–	–	–	–	–	15,1	1,1	13,9
Okt.	736,9	230,7	72,3	62,5	9,7	–	–	–	–	–	21,8	0,8	21,0
Nov.	734,0	232,1	63,1	54,1	9,0	–	–	0,0	–	–	24,7	0,7	23,9
Dez.	771,0	240,5	90,2	81,2	9,0	–	–	–	–	–	9,9	1,9	7,9
2015 Jan.	805,7	236,1	76,0	69,0	7,1	–	–	–	–	–	19,1	0,8	18,2
Febr.	800,2	236,8	77,3	71,0	6,2	–	–	–	–	–	28,8	1,1	27,7
März	847,9	239,0	115,5	99,5	16,0	–	–	–	–	–	35,1	1,7	33,4
April	856,5	241,4	120,1	93,5	26,6	–	–	–	–	–	38,6	1,3	37,3
Mai	860,3	242,7	122,3	97,6	24,7	–	–	–	–	–	42,0	0,7	41,2
Juni	880,1	245,1	141,6	115,5	26,1	–	–	0,0	–	–	45,9	3,2	42,7
Juli	903,5	248,6	155,8	118,0	37,8	–	–	–	–	–	44,3	2,3	42,0
Aug.	930,8	248,0	185,8	135,3	50,6	–	–	–	–	–	42,2	1,9	40,3
Sept.	936,9	247,5	173,5	139,4	34,1	–	–	0,0	–	–	56,8	2,3	54,5
Okt.	956,3	247,9	184,3	140,9	43,3	–	–	0,0	–	–	65,5	2,8	62,7
Nov.	1 002,6	249,0	212,4	154,3	58,0	–	–	0,0	–	–	79,3	2,9	76,4

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumsatzes zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
38,8	1,8	7,6	7,6	–	60,7	219,8	–	403,3	96,0	2015 April 2.
39,6	1,9	7,7	7,7	–	60,7	216,1	–	403,3	96,0	10.
37,4	1,9	7,6	7,6	–	60,7	214,1	–	403,3	96,0	17.
36,5	1,8	7,7	7,7	–	60,7	215,5	–	403,3	96,1	24.
34,7	2,3	7,1	7,1	–	60,7	216,0	–	403,3	96,1	Mai 1.
33,8	2,2	8,1	8,1	–	60,7	217,0	–	403,3	96,1	8.
28,1	2,1	7,1	7,1	–	60,7	217,0	–	403,3	96,1	15.
28,3	2,4	7,0	7,0	–	60,7	218,1	–	403,3	96,0	22.
28,7	2,3	7,8	7,8	–	60,7	218,1	–	403,3	96,0	29.
30,6	2,1	7,6	7,6	–	60,7	215,9	–	403,3	96,8	Juni 5.
28,8	2,5	7,3	7,3	–	60,7	216,7	–	403,3	96,8	12.
28,8	2,3	6,6	6,6	–	60,7	213,6	–	403,3	98,5	19.
29,6	2,3	6,4	6,4	–	60,7	215,0	–	403,3	98,4	26.
32,0	2,0	5,7	5,7	–	59,5	210,7	–	367,4	98,4	Juli 3.
36,8	2,3	5,2	5,2	–	59,5	210,7	–	367,4	98,4	10.
40,2	2,3	4,9	4,9	–	59,5	210,5	–	367,4	98,4	17.
38,0	2,5	5,3	5,3	–	59,5	211,2	–	367,4	98,4	24.
38,2	3,0	3,9	3,9	–	59,5	212,7	–	367,4	98,4	31.
41,4	2,7	5,3	5,3	–	59,5	209,9	–	367,4	98,4	Aug. 7.
40,8	2,4	5,2	5,2	–	59,5	203,8	–	367,4	98,4	14.
35,0	2,4	4,5	4,5	–	59,5	207,6	–	367,4	98,4	21.
33,9	2,4	4,6	4,6	–	59,5	210,6	–	367,4	97,2	28.
34,7	2,3	4,1	4,1	–	59,5	210,3	–	367,4	97,2	2015 Sept. 4.
33,6	2,2	4,8	4,8	–	59,5	212,2	–	367,4	97,2	11.
35,9	2,3	5,1	5,1	–	59,5	213,7	–	367,4	97,2	18.
40,3	2,1	5,3	5,3	–	59,5	217,8	–	367,4	97,2	25.
47,3	2,0	4,3	4,3	–	59,2	217,4	–	350,7	97,2	Okt. 2.
39,6	2,0	4,0	4,0	–	59,2	212,5	–	350,7	97,2	9.
39,8	2,0	4,2	4,2	–	59,2	212,0	–	350,7	97,2	16.
38,3	2,1	4,9	4,9	–	59,2	215,0	–	350,7	97,2	23.
43,0	2,2	5,0	5,0	–	59,2	216,9	–	350,7	97,2	30.
41,5	2,1	6,6	6,6	–	59,2	217,6	–	350,7	97,2	Nov. 6.
41,3	2,0	6,4	6,4	–	59,2	216,5	–	350,7	97,2	13.
42,1	2,3	5,6	5,6	–	59,2	216,8	–	350,7	97,2	20.
41,0	2,2	5,1	5,1	–	59,2	219,0	–	350,7	97,2	27.
39,4	2,1	5,3	5,3	–	59,2	218,0	–	350,7	97,2	Dez. 4.
Deutsche Bundesbank										
45,3	0,4	0,8	0,8	–	13,5	27,2	234,7	88,1	5,0	2014 Jan.
33,1	– 0,0	0,6	0,6	–	13,5	27,8	237,1	88,1	5,0	Febr.
26,4	0,0	1,3	1,3	–	13,5	23,6	238,7	95,4	5,0	März
27,4	0,0	1,0	1,0	–	13,5	23,8	240,8	95,4	5,0	April
28,9	0,0	0,5	0,5	–	13,5	24,0	243,8	95,4	5,0	Mai
25,4	0,0	0,7	0,7	–	13,7	24,4	246,7	98,3	5,0	Juni
3,4	0,0	1,0	1,0	–	13,7	24,5	251,2	98,3	5,0	Juli
2,7	0,0	1,4	1,4	–	13,7	24,6	254,8	98,3	5,0	Aug.
3,6	0,0	1,1	1,1	–	14,2	25,0	258,7	100,8	5,0	Sept.
3,6	0,0	1,4	1,4	–	14,2	25,2	261,8	100,8	5,0	Okt.
2,9	0,0	1,6	1,6	–	14,2	25,2	264,4	100,8	5,0	Nov.
12,3	0,0	0,8	0,8	–	14,4	25,5	267,9	104,5	5,0	Dez.
54,0	0,0	1,3	1,3	–	14,4	25,0	270,3	104,5	5,0	2015 Jan.
33,9	0,0	1,9	1,9	–	14,4	25,2	272,4	104,5	5,0	Febr.
17,1	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,0	274,7	121,0	5,0	März
12,9	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,1	276,9	121,0	5,0	April
7,2	0,0	2,2	2,2	–	15,5	23,2	279,3	121,0	5,0	Mai
9,2	0,0	1,3	1,3	–	15,2	23,5	280,2	113,1	5,0	Juni
12,1	0,0	0,9	0,9	–	15,2	23,6	284,9	113,1	5,0	Juli
10,0	0,0	0,5	0,5	–	15,2	23,7	287,3	113,1	5,0	Aug.
16,2	0,0	0,5	0,5	–	15,1	24,0	290,1	108,2	5,0	Sept.
12,4	0,0	0,8	0,8	–	15,1	24,1	293,1	108,2	5,0	Okt.
13,9	0,0	0,4	0,4	–	15,1	24,2	295,2	108,2	5,0	Nov.

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³⁾ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴⁾ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	
												zu- sammen	Buch- kredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0
2014	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8
2014 Jan.	7 610,4	14,9	2 156,0	1 653,3	1 240,7	412,6	502,7	336,9	165,8	3 610,2	3 210,8	2 620,3	2 351,3
Febr.	7 563,0	15,1	2 145,2	1 653,5	1 244,9	408,6	491,7	328,2	163,5	3 604,7	3 204,2	2 616,6	2 354,6
März	7 512,4	14,6	2 110,7	1 625,0	1 219,7	405,3	485,7	322,1	163,6	3 608,1	3 206,8	2 623,6	2 356,3
April	7 543,0	15,5	2 107,4	1 616,2	1 212,2	404,1	491,1	325,6	165,6	3 630,9	3 228,6	2 644,2	2 359,8
Mai	7 619,9	15,4	2 126,3	1 632,2	1 229,5	402,7	494,1	329,1	165,0	3 630,4	3 225,2	2 637,6	2 364,9
Juni	7 589,2	14,9	2 089,4	1 595,1	1 196,2	398,9	494,2	330,2	164,0	3 623,8	3 219,0	2 637,4	2 367,1
Juli	7 657,0	15,0	2 089,5	1 580,6	1 184,2	396,4	508,9	345,9	163,0	3 635,3	3 227,8	2 639,9	2 366,6
Aug.	7 750,2	15,5	2 103,8	1 596,1	1 201,4	394,8	507,7	345,2	162,5	3 631,4	3 226,7	2 643,3	2 372,4
Sept.	7 746,4	15,3	2 100,2	1 593,1	1 198,5	394,5	507,1	344,3	162,9	3 644,2	3 237,5	2 653,9	2 380,5
Okt.	7 755,6	15,4	2 084,1	1 579,2	1 188,8	390,4	505,0	344,4	160,6	3 653,0	3 241,6	2 649,8	2 378,9
Nov.	7 840,0	15,6	2 074,1	1 563,1	1 174,4	388,8	510,9	351,4	159,6	3 668,7	3 251,5	2 662,4	2 389,2
Dez.	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8
2015 Jan.	8 125,6	15,4	2 107,0	1 582,4	1 198,1	384,3	524,6	363,3	161,3	3 686,5	3 263,3	2 674,4	2 389,2
Febr.	8 061,5	15,4	2 096,3	1 578,2	1 195,7	382,4	518,2	362,5	155,7	3 698,4	3 275,9	2 680,8	2 397,4
März	8 173,0	15,5	2 123,5	1 608,3	1 224,8	383,5	515,2	360,7	154,5	3 708,5	3 283,5	2 690,5	2 400,0
April	8 084,0	16,1	2 105,0	1 587,5	1 209,5	378,0	517,5	364,5	153,1	3 715,9	3 292,4	2 691,1	2 397,8
Mai	8 004,0	16,4	2 097,4	1 584,0	1 209,8	374,2	513,4	361,4	151,9	3 706,2	3 279,2	2 693,9	2 407,4
Juni	7 799,5	15,3	2 040,3	1 561,8	1 197,9	363,9	478,5	329,7	148,8	3 695,7	3 271,8	2 691,9	2 413,0
Juli	7 867,6	15,6	2 049,3	1 569,4	1 209,5	359,9	479,9	332,5	147,4	3 722,3	3 299,7	2 716,2	2 415,5
Aug.	7 840,0	15,5	2 059,4	1 574,0	1 220,8	353,2	485,3	340,0	145,3	3 726,2	3 301,6	2 716,9	2 421,1
Sept.	7 829,3	15,8	2 042,0	1 547,5	1 200,0	347,6	494,5	348,7	145,8	3 728,0	3 301,1	2 716,7	2 426,3
Okt.	7 856,5	16,5	2 081,9	1 584,2	1 240,4	343,8	497,7	351,8	145,9	3 726,7	3 301,9	2 715,8	2 431,5
Veränderungen 3)													
2007	518,3	1,5	218,9	135,5	156,3	- 20,8	83,4	47,4	36,0	54,1	- 1,0	38,7	53,2
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6
2014	206,8	0,4	- 126,2	- 128,6	- 95,3	- 33,4	2,4	7,2	- 4,8	55,1	40,0	52,3	36,8
2014 Febr.	- 37,7	0,2	- 9,3	- 1,0	4,7	- 3,7	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 3,1	- 4,9	- 2,0	5,1
März	- 50,8	- 0,6	- 34,5	- 28,5	- 25,2	- 3,3	- 6,0	- 6,1	0,1	4,1	3,4	7,9	2,4
April	32,0	1,0	- 3,1	- 8,6	- 7,4	- 1,2	5,5	3,6	2,0	23,2	22,1	20,6	3,6
Mai	67,8	- 0,1	17,3	15,2	16,8	- 1,6	2,1	2,8	- 0,7	- 1,8	- 4,0	- 7,1	4,7
Juni	- 30,3	- 0,5	- 36,5	- 36,7	- 33,2	- 3,5	0,2	1,1	- 0,9	- 6,0	- 5,6	0,2	2,4
Juli	57,7	0,1	- 1,6	- 15,4	- 12,6	- 2,7	13,8	14,9	- 1,1	11,5	8,9	2,8	- 0,7
Aug.	86,5	0,5	13,5	15,3	17,1	- 1,8	- 1,8	- 1,2	- 0,6	- 4,7	- 1,4	3,0	5,3
Sept.	- 27,7	- 0,2	- 7,5	- 5,0	- 4,1	- 0,9	- 2,4	- 2,7	0,2	10,2	9,6	9,6	7,1
Okt.	8,0	0,1	- 12,3	- 13,9	- 9,8	- 4,0	1,6	2,6	- 1,0	6,5	5,3	- 3,0	- 0,6
Nov.	84,4	0,2	- 8,8	- 16,0	- 14,5	- 1,5	7,2	7,2	0,0	14,4	9,7	12,5	10,8
Dez.	- 54,1	3,6	- 53,3	- 33,9	- 28,0	- 6,0	- 19,4	- 18,4	- 1,0	- 15,5	- 12,7	2,9	- 0,8
2015 Jan.	278,4	- 3,8	- 75,6	- 46,7	- 46,9	- 0,2	28,9	26,3	2,6	28,5	21,9	12,1	3,6
Febr.	- 70,0	- 0,0	- 11,8	- 4,8	- 2,5	- 2,2	- 7,0	- 1,2	- 5,8	10,6	12,1	5,8	8,3
März	86,5	0,1	23,5	28,4	27,5	0,9	- 4,9	- 3,5	- 1,3	6,1	4,4	6,9	1,0
April	- 63,9	0,6	- 14,1	- 18,8	- 13,9	- 4,9	4,7	5,7	- 1,0	11,3	11,9	3,2	- 0,2
Mai	- 92,5	0,3	- 9,5	- 4,5	- 0,5	- 4,0	- 5,0	- 3,9	- 1,2	- 10,6	- 13,4	2,7	9,0
Juni	- 191,7	- 1,1	- 55,0	- 20,9	- 11,2	- 9,8	- 34,0	- 31,0	- 3,0	- 7,8	- 5,9	- 0,8	6,7
Juli	57,5	0,3	7,3	6,7	11,1	- 4,3	0,6	2,0	- 1,4	24,8	26,9	22,3	0,8
Aug.	- 8,8	- 0,1	13,0	6,1	12,3	- 6,1	6,8	8,7	- 1,9	7,9	4,4	3,3	7,2
Sept.	- 7,3	0,3	- 17,3	- 26,7	- 20,8	- 5,9	9,3	8,8	0,6	4,0	1,1	2,3	6,7
Okt.	24,8	0,7	39,6	36,4	40,4	- 4,0	3,2	3,2	0,0	- 3,0	- 0,2	- 1,8	5,6

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern											insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat- öffentliche Haushalte				zusammen	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014	
268,9	590,5	345,4	245,0	399,4	272,6	146,9	126,9	27,9	99,0	960,8	729,9	868,4	2014 Jan.	
262,0	587,6	341,1	246,5	400,6	270,1	145,8	130,4	28,4	102,1	959,2	735,1	838,8	Febr.	
267,4	583,2	336,7	246,5	401,3	270,1	145,2	131,2	28,1	103,1	954,9	723,4	824,1	März	
284,3	584,4	336,7	247,7	402,4	270,0	148,1	132,4	28,7	103,7	961,7	732,7	827,4	April	
272,7	587,6	338,2	249,5	405,2	273,0	148,8	132,2	28,6	103,6	986,8	754,4	861,0	Mai	
270,2	581,7	330,2	251,4	404,8	273,3	147,8	131,4	27,9	103,5	997,6	762,8	863,5	Juni	
273,4	587,8	333,0	254,8	407,5	273,9	148,8	133,6	28,2	105,4	1 028,4	793,4	888,9	Juli	
270,9	583,4	327,4	256,0	404,7	272,1	147,8	132,6	28,6	104,0	1 022,4	786,3	977,2	Aug.	
273,4	583,6	326,9	256,7	406,7	270,0	145,9	136,7	28,4	108,3	1 026,1	784,3	960,6	Sept.	
270,9	591,9	333,3	258,6	411,3	272,0	149,3	139,3	29,2	110,2	1 038,4	799,6	964,8	Okt.	
273,1	589,1	330,8	258,3	417,2	276,0	147,9	141,3	28,7	112,6	1 070,0	827,9	1 011,6	Nov.	
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	Dez.	
285,2	588,8	336,7	252,1	423,2	273,3	147,1	149,9	31,2	118,7	1 136,5	885,6	1 180,2	2015 Jan.	
283,4	595,1	339,8	255,3	422,5	272,8	144,8	149,7	31,3	118,4	1 128,8	880,6	1 122,6	Febr.	
290,5	593,0	339,0	253,9	425,0	276,3	146,2	148,7	30,5	118,2	1 129,2	872,6	1 196,3	März	
293,3	601,3	347,6	253,7	423,5	275,6	148,0	147,8	30,9	117,0	1 145,0	890,4	1 101,9	April	
286,6	585,3	336,3	249,0	427,0	278,1	148,3	148,9	29,9	119,0	1 143,6	887,2	1 040,4	Mai	
278,9	579,9	332,5	247,4	423,9	275,2	144,1	148,7	30,0	118,7	1 110,5	851,9	937,6	Juni	
300,7	583,5	333,2	250,3	422,6	276,6	145,3	146,0	30,4	115,6	1 110,7	854,8	969,6	Juli	
295,8	584,7	330,3	254,4	424,6	278,9	146,2	145,7	30,1	115,5	1 097,3	843,1	941,6	Aug.	
290,4	584,3	330,1	254,2	426,9	279,2	146,0	147,7	30,0	117,8	1 094,7	841,4	948,8	Sept.	
284,3	586,1	333,2	252,8	424,9	278,4	146,7	146,5	30,8	115,7	1 090,5	833,6	940,8	Okt.	
Veränderungen 3)														
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	- 3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	- 83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	- 0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013	
15,5	- 12,3	- 15,1	2,9	15,1	0,4	- 4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014	
- 7,1	- 2,8	- 4,3	1,5	1,7	- 1,9	- 0,3	3,6	0,5	3,1	- 5,0	11,5	- 30,5	2014 Febr.	
5,5	- 4,4	- 4,5	0,0	0,7	- 0,1	- 0,6	0,8	- 0,2	1,0	- 4,4	- 12,0	- 15,4	März	
16,9	1,6	0,4	1,2	1,1	- 0,1	3,0	1,2	0,6	0,6	7,9	10,4	3,0	April	
- 11,8	3,1	1,4	1,7	2,3	2,4	0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	18,7	15,9	33,7	Mai	
- 2,2	- 5,8	- 7,6	1,9	- 0,4	0,3	- 0,9	- 0,8	- 0,7	- 0,1	12,3	9,1	0,5	Juni	
3,5	6,1	2,7	3,4	2,5	0,4	0,6	2,2	0,3	1,8	23,6	23,9	24,1	Juli	
- 2,3	- 4,5	- 5,5	1,1	- 3,2	- 2,2	- 1,1	- 1,0	0,4	- 1,4	- 11,1	- 11,7	88,4	Aug.	
2,5	- 0,0	- 0,6	0,6	0,6	- 3,4	- 3,0	4,0	- 0,2	4,2	- 12,8	- 17,7	- 17,4	Sept.	
- 2,4	8,3	6,4	1,9	1,2	- 1,3	- 0,9	2,4	0,7	1,7	10,8	14,3	2,8	Okt.	
1,7	- 2,8	- 2,4	- 0,4	4,6	2,8	- 1,5	1,8	- 0,6	2,4	31,3	28,1	47,4	Nov.	
3,7	- 15,6	- 7,2	- 8,4	- 2,8	- 1,4	- 3,0	- 1,4	0,2	- 1,6	- 30,9	- 33,1	42,1	Dez.	
8,5	9,9	8,2	1,6	6,5	- 1,0	- 2,5	5,5	0,6	4,9	53,7	49,4	124,4	2015 Jan.	
- 2,5	6,3	3,0	3,2	- 1,5	- 1,2	- 2,5	- 0,2	0,1	- 0,3	- 11,2	- 7,8	- 57,6	Febr.	
5,8	- 2,4	- 0,9	- 1,5	1,6	2,8	0,3	- 1,2	- 0,7	- 0,4	- 17,0	- 24,3	73,7	März	
3,4	8,7	8,7	0,0	- 0,6	0,0	2,8	- 0,6	0,5	- 1,1	32,6	34,1	- 94,4	April	
- 6,3	- 16,1	- 11,4	- 4,6	2,7	1,8	0,3	1,0	- 1,0	1,9	- 11,1	- 12,2	- 61,5	Mai	
- 7,5	- 5,1	- 3,7	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 3,7	0,0	0,3	- 0,3	- 25,1	- 28,1	- 102,8	Juni	
21,5	4,6	1,8	2,8	- 2,1	0,6	0,8	- 2,7	0,4	- 3,0	- 7,0	- 3,9	32,0	Juli	
- 3,9	1,1	- 3,0	4,1	3,6	3,9	1,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 1,6	- 1,2	- 28,0	Aug.	
- 4,4	- 1,2	- 1,0	- 0,2	2,9	1,8	0,1	1,1	- 0,4	1,5	- 1,5	- 1,0	7,2	Sept.	
- 7,5	1,6	3,2	- 1,6	- 2,8	- 1,4	0,8	- 1,4	0,8	- 2,2	- 4,5	- 7,6	- 8,0	Okt.	

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
 Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-		
		insgesamt	von Banken		insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
			im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	zusammen			täglich fällig
Stand am Jahres- bzw. Monatsende															
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9		
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6		
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4		
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7		
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3		
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9		
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4		
2014 Jan.	7 610,4	1 363,2	1 138,4	224,9	3 126,9	3 034,2	1 411,3	1 013,8	292,6	609,1	531,8	77,7	33,9		
Febr.	7 563,0	1 357,9	1 148,8	209,2	3 137,8	3 042,7	1 416,9	1 016,0	297,4	609,8	532,3	77,2	34,1		
März	7 512,4	1 347,5	1 132,2	215,3	3 131,3	3 035,5	1 412,2	1 014,8	298,8	608,5	531,0	79,3	34,2		
April	7 543,0	1 376,0	1 153,3	222,7	3 137,7	3 043,0	1 427,3	1 009,0	296,3	606,6	529,3	80,7	36,9		
Mai	7 619,9	1 378,3	1 163,9	214,5	3 157,4	3 061,4	1 442,9	1 012,5	302,7	605,9	528,8	79,9	34,7		
Juni	7 589,2	1 370,1	1 143,3	226,8	3 146,9	3 053,8	1 438,8	1 010,4	303,4	604,5	528,4	78,1	36,5		
Juli	7 657,0	1 376,8	1 134,7	242,1	3 154,6	3 061,7	1 450,4	1 006,9	303,9	604,3	527,6	76,3	35,5		
Aug.	7 750,2	1 361,0	1 124,7	236,3	3 170,6	3 079,8	1 468,1	1 005,9	304,8	605,8	528,1	78,9	35,3		
Sept.	7 746,4	1 349,9	1 117,3	232,6	3 172,6	3 079,6	1 470,2	1 002,9	300,5	606,5	528,2	80,1	38,6		
Okt.	7 755,6	1 353,0	1 123,0	230,0	3 177,6	3 085,6	1 490,7	988,8	290,9	606,0	528,0	80,1	36,6		
Nov.	7 840,0	1 348,2	1 116,1	232,1	3 198,0	3 105,3	1 514,5	985,5	290,7	605,3	527,6	81,0	36,6		
Dez.	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4		
2015 Jan.	8 125,6	1 383,4	1 138,5	244,9	3 214,5	3 114,1	1 530,7	976,8	292,7	606,6	529,1	82,4	37,2		
Febr.	8 061,5	1 368,7	1 134,4	234,3	3 220,8	3 126,5	1 543,4	977,0	294,6	606,1	530,0	83,3	38,9		
März	8 173,0	1 382,3	1 134,8	247,5	3 218,1	3 120,2	1 542,4	973,8	295,3	603,9	529,1	84,8	40,8		
April	8 084,0	1 367,5	1 118,0	249,5	3 226,8	3 129,0	1 565,9	961,6	292,7	601,5	528,8	86,9	42,4		
Mai	8 004,0	1 343,4	1 103,5	239,9	3 247,4	3 148,5	1 592,3	956,2	289,1	600,0	529,0	86,1	40,9		
Juni	7 799,5	1 303,2	1 090,5	212,7	3 241,5	3 140,1	1 594,8	947,1	283,6	598,3	528,6	88,9	42,0		
Juli	7 867,6	1 294,3	1 080,0	214,3	3 268,2	3 169,4	1 608,2	964,8	288,6	596,4	528,2	88,5	42,7		
Aug.	7 840,0	1 281,1	1 072,9	208,1	3 279,0	3 182,1	1 625,2	961,8	286,7	595,1	528,5	86,5	41,3		
Sept.	7 829,3	1 281,8	1 076,3	205,5	3 274,0	3 174,2	1 624,8	954,9	283,2	594,5	529,3	87,9	41,9		
Okt.	7 856,5	1 295,4	1 096,9	198,5	3 283,6	3 187,7	1 650,4	942,7	278,9	594,6	530,6	85,4	39,5		
Veränderungen 4)															
2007	518,3	148,4	134,8	13,6	185,1	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6		
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	0,1		
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	4,1		
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2		
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	- 47,6	- 58,8	- 2,6	1,3	- 4,8	6,5		
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4		
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3		
2014	206,8	- 28,4	- 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	- 32,1	3,1	- 2,4	- 2,4	- 2,5	0,0		
2014 Febr.	- 37,7	- 4,4	11,0	- 15,3	11,6	8,4	6,2	- 1,5	4,0	0,7	0,5	- 0,4	0,2		
März	- 50,8	- 10,4	- 16,6	6,2	- 6,6	- 7,2	- 4,7	- 1,2	1,4	- 1,2	- 1,2	2,1	0,2		
April	32,0	28,6	21,3	7,4	6,6	7,6	15,2	- 5,7	- 2,4	- 1,9	- 1,6	- 1,4	2,7		
Mai	67,8	1,5	10,0	- 8,5	19,0	17,8	15,1	3,4	6,3	- 0,7	- 0,5	- 0,9	2,2		
Juni	- 30,3	- 8,1	- 20,5	12,4	- 10,5	- 7,6	- 4,1	- 2,1	0,7	- 1,4	- 0,4	- 1,8	1,8		
Juli	57,7	5,6	- 9,2	14,9	7,1	7,4	11,0	- 3,5	0,6	- 0,2	- 0,8	- 1,9	1,1		
Aug.	86,5	- 16,6	- 10,4	- 6,2	15,5	17,7	17,4	- 1,1	0,9	1,5	0,6	2,5	0,2		
Sept.	- 27,7	- 13,1	- 8,4	- 4,7	0,4	- 1,7	1,0	- 3,3	- 4,5	0,6	0,1	0,9	3,2		
Okt.	8,0	2,9	5,6	- 2,7	5,0	5,9	20,5	- 14,1	- 9,7	- 0,4	- 0,3	- 0,0	2,0		
Nov.	84,4	- 4,9	- 7,0	2,1	20,4	19,8	23,8	- 3,3	- 0,2	- 0,7	- 0,4	0,9	0,0		
Dez.	- 54,1	- 25,6	- 5,4	- 20,2	- 1,3	1,5	- 0,9	- 0,0	7,3	2,4	2,2	- 1,5	2,4		
2015 Jan.	278,4	54,3	23,1	31,3	13,8	5,2	14,5	- 8,2	- 4,7	- 1,2	- 1,1	2,2	2,5		
Febr.	- 70,0	- 14,9	- 4,3	- 10,7	5,9	12,1	12,4	0,2	1,8	- 0,5	0,8	0,8	1,7		
März	86,5	10,9	- 1,2	12,0	- 4,6	- 8,0	- 1,9	- 4,0	0,2	- 2,2	- 0,9	1,2	1,8		
April	- 63,9	- 11,7	- 15,3	3,7	9,7	10,2	24,5	- 11,9	- 2,3	- 2,4	- 0,2	- 1,7	1,0		
Mai	- 92,5	- 25,5	- 15,3	- 10,2	19,8	18,8	25,9	- 5,6	- 3,8	- 1,5	0,2	- 0,9	1,7		
Juni	- 191,7	- 39,1	- 26,7	- 5,2	- 7,8	2,9	- 9,0	- 5,3	- 1,7	- 0,4	2,9	1,2	1,2		
Juli	57,5	- 9,9	- 11,0	1,1	25,9	28,6	12,9	17,6	1,0	- 1,9	- 0,4	- 0,5	0,6		
Aug.	- 8,8	- 11,6	- 6,1	- 5,5	11,9	13,6	17,7	- 2,8	- 1,8	- 1,3	0,3	- 1,8	1,3		
Sept.	- 7,3	0,8	3,6	- 2,8	- 4,9	- 7,7	- 0,4	- 6,7	- 3,3	- 0,6	0,8	1,4	0,6		
Okt.	24,8	13,7	20,6	- 7,0	9,6	13,5	25,7	- 12,2	- 4,3	0,1	1,3	- 2,5	2,5		

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014
40,3	13,2	3,5	2,7	15,1	11,7	7,9	4,3	1 107,6	35,8	518,9	517,5	964,1	2014 Jan.
39,6	13,5	3,5	2,7	17,9	12,0	8,0	4,2	1 098,5	37,4	511,3	514,6	930,7	Febr.
41,6	15,8	3,4	2,7	16,4	11,7	5,2	4,0	1 090,4	35,1	501,5	511,5	921,0	März
40,4	14,9	3,4	2,7	14,0	13,2	7,7	4,0	1 078,9	35,4	511,2	508,3	919,0	April
41,8	16,0	3,4	2,7	16,1	10,9	4,8	4,0	1 091,2	36,7	519,8	516,8	947,6	Mai
38,3	12,8	3,4	2,7	15,0	12,8	5,2	3,9	1 085,5	39,7	498,9	531,8	946,9	Juni
37,5	12,3	3,4	2,7	16,6	11,8	8,4	3,9	1 084,0	39,0	524,2	537,7	967,4	Juli
40,3	14,4	3,3	2,7	11,8	10,6	10,1	3,7	1 079,7	41,0	523,9	550,3	1 051,1	Aug.
38,1	14,1	3,3	2,7	12,9	11,5	7,4	3,7	1 084,7	42,1	537,3	550,2	1 040,6	Sept.
40,2	14,5	3,3	2,6	12,0	11,2	9,1	3,6	1 083,0	41,9	536,9	545,3	1 047,1	Okt.
41,1	15,0	3,3	2,6	11,7	10,6	9,6	3,6	1 084,8	41,3	562,0	540,1	1 093,7	Nov.
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	Dez.
41,8	15,5	3,4	2,7	18,0	12,7	6,8	3,5	1 103,7	44,2	614,3	543,2	1 256,2	2015 Jan.
41,0	14,5	3,4	2,7	11,0	8,9	8,0	3,5	1 104,3	44,7	610,1	557,4	1 188,7	Febr.
40,5	14,7	3,4	2,7	13,1	9,2	7,6	3,5	1 108,0	46,2	624,5	565,4	1 263,6	März
41,1	15,7	3,4	2,7	10,9	9,4	11,4	3,3	1 098,8	47,6	647,9	563,4	1 164,9	April
41,9	16,2	3,4	2,7	12,8	9,5	5,0	3,4	1 087,3	42,9	645,6	567,6	1 104,3	Mai
43,5	18,0	3,4	2,8	12,5	10,9	3,3	3,5	1 076,1	41,2	605,9	564,7	1 001,3	Juni
42,4	16,9	3,4	2,7	10,3	8,9	4,5	3,5	1 077,7	39,0	627,0	565,1	1 027,2	Juli
41,8	14,9	3,4	2,8	10,4	9,7	6,6	3,5	1 061,0	36,3	634,9	573,2	1 000,8	Aug.
42,6	14,8	3,4	2,7	12,0	10,5	7,0	4,1	1 060,5	43,6	606,7	577,1	1 018,1	Sept.
42,5	15,8	3,4	2,8	10,5	8,7	6,6	4,1	1 069,8	48,1	609,0	578,6	1 009,4	Okt.
Veränderungen 4)													
8,0	12,9	0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,9	49,3	48,7	42,3	68,3	2007
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	50,2	- 0,1	39,3	56,1	2008
- 5,7	- 7,7	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	- 1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	- 137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	- 54,2	21,9	- 68,5	2012
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,0	- 417,1	2013
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	35,9	26,1	178,3	2014
- 0,6	0,3	- 0,0	0,0	3,6	1,1	0,1	- 0,0	- 5,1	- 1,7	- 4,5	- 2,2	- 33,2	2014 Febr.
2,0	2,3	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,3	- 2,8	- 0,2	- 8,1	- 2,3	- 9,9	- 3,1	- 9,7	März
- 1,2	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 2,4	- 1,5	- 2,5	- 0,0	- 11,0	0,3	10,2	- 3,0	- 1,9	April
1,3	1,0	- 0,0	- 0,0	2,2	- 2,3	- 3,0	- 0,0	8,6	1,2	5,7	7,6	28,4	Mai
- 3,5	- 3,2	- 0,0	- 0,0	- 1,1	1,9	0,4	- 0,1	- 5,6	3,0	- 20,7	15,1	- 0,8	Juni
- 0,8	- 0,5	- 0,0	- 0,0	1,6	- 1,0	3,2	- 0,0	- 5,5	- 0,8	- 22,1	5,0	20,3	Juli
2,8	2,1	- 0,0	- 0,0	- 4,8	- 1,1	1,7	- 0,2	- 6,8	1,9	- 2,5	12,1	83,4	Aug.
- 2,2	- 0,3	- 0,0	- 0,0	1,1	0,8	- 2,7	0,0	- 4,4	0,8	5,7	- 2,6	- 10,9	Sept.
2,0	0,4	- 0,0	- 0,0	- 0,9	- 0,3	1,8	- 0,1	- 2,1	- 0,2	- 0,9	- 4,9	6,3	Okt.
0,9	0,5	- 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,6	0,4	- 0,0	2,2	- 0,6	25,3	- 5,1	46,1	Nov.
0,9	0,8	0,0	0,0	- 1,4	- 0,3	- 6,2	- 0,1	- 13,5	- 1,9	- 31,8	- 6,2	30,6	Dez.
- 0,4	- 0,4	0,1	0,0	6,4	1,2	3,4	- 0,0	8,1	4,0	63,5	3,9	131,3	2015 Jan.
- 0,9	- 1,1	0,0	0,0	- 7,0	- 3,8	1,2	- 0,0	- 1,7	0,5	- 5,7	13,6	- 68,4	Febr.
- 0,5	0,1	- 0,0	- 0,0	2,2	0,4	- 0,4	- 0,0	- 6,5	1,2	6,4	5,4	75,3	März
0,7	1,1	0,0	0,0	- 2,2	0,2	3,8	- 0,2	0,4	1,7	31,8	0,6	- 98,3	April
0,7	0,5	0,0	0,0	1,9	0,1	6,4	0,1	- 16,7	- 4,9	- 7,1	2,8	- 59,4	Mai
1,6	1,8	0,0	0,0	- 0,3	1,5	- 1,6	0,1	- 7,2	- 1,6	- 36,0	- 1,8	- 100,8	Juni
- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,1	- 2,0	1,2	- 0,0	- 3,1	- 2,4	17,4	- 0,7	26,6	Juli
- 0,5	- 2,0	- 0,0	0,0	0,1	0,8	2,0	0,1	- 10,3	- 2,6	13,0	9,7	- 23,6	Aug.
0,8	- 0,1	- 0,0	- 0,0	1,4	0,6	0,5	0,5	- 0,2	7,3	- 27,9	4,0	19,9	Sept.
- 0,0	1,0	- 0,0	0,0	- 1,4	- 1,8	- 0,4	0,0	10,7	5,9	2,2	0,0	- 11,1	Okt.

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2015 Mai	1 803	8 053,5	130,5	2 656,1	2 063,1	580,3	3 995,2	397,2	2 804,8	0,6	784,6	129,9	1 141,9
2015 Juni	1 798	7 848,3	148,3	2 566,7	1 985,1	570,1	3 966,1	380,6	2 799,5	0,5	775,6	129,2	1 038,0
2015 Juli	1 791	7 915,6	150,6	2 578,7	2 003,2	566,1	3 988,7	373,3	2 808,2	0,5	799,2	127,9	1 069,7
2015 Aug.	1 789	7 888,4	168,3	2 558,9	1 991,4	559,3	3 992,4	373,9	2 812,7	0,6	797,4	127,6	1 041,3
2015 Sept.	1 783	7 877,1	172,0	2 537,5	1 974,4	556,4	3 991,6	376,1	2 814,5	0,6	792,6	127,5	1 048,5
2015 Okt.	1 778	7 903,9	172,4	2 559,9	2 000,4	554,5	4 004,2	382,3	2 828,5	0,6	785,2	127,4	1 039,9
Kreditbanken 6)													
2015 Sept.	271	3 089,7	88,8	1 038,9	951,6	86,6	1 131,7	191,8	690,7	0,3	244,3	64,3	766,0
2015 Okt.	271	3 089,9	94,6	1 047,5	960,0	86,7	1 131,1	195,3	694,7	0,4	235,9	64,3	752,5
Großbanken 7)													
2015 Sept.	4	1 904,8	14,9	630,9	589,8	41,0	472,0	99,8	253,6	0,1	115,0	57,2	729,9
2015 Okt.	4	1 894,5	15,5	635,0	593,8	41,0	471,0	104,9	254,1	0,1	107,9	57,2	715,8
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2015 Sept.	160	894,9	40,3	229,1	184,7	43,7	589,9	69,9	402,0	0,2	117,2	5,5	30,1
2015 Okt.	160	902,4	48,7	227,9	183,6	43,7	589,6	68,6	404,7	0,2	115,6	5,5	30,6
Zweigstellen ausländischer Banken													
2015 Sept.	107	290,0	33,6	178,9	177,0	1,9	69,9	22,1	35,1	0,0	12,1	1,6	6,0
2015 Okt.	107	293,1	30,4	184,5	182,5	2,0	70,5	21,8	35,9	0,1	12,3	1,6	6,1
Landesbanken													
2015 Sept.	9	1 015,9	13,6	327,8	231,7	94,5	539,4	59,6	372,9	0,1	105,5	11,2	124,0
2015 Okt.	9	1 010,9	8,7	324,9	228,4	95,0	542,3	62,8	374,2	0,1	104,2	11,1	123,9
Sparkassen													
2015 Sept.	414	1 131,7	17,8	197,7	72,0	125,2	886,1	51,6	686,2	0,0	148,0	14,4	15,7
2015 Okt.	414	1 138,9	19,9	198,8	74,0	124,3	890,3	50,9	689,6	0,1	149,5	14,4	15,6
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2015 Sept.	2	282,7	4,5	154,2	122,1	32,0	66,5	12,1	23,2	0,0	31,1	14,2	43,4
2015 Okt.	2	287,7	1,0	160,5	128,5	32,0	67,3	12,7	23,4	0,0	31,0	14,2	44,7
Kreditgenossenschaften													
2015 Sept.	1 031	802,4	12,5	163,3	54,0	109,1	593,0	33,0	465,6	0,1	94,3	14,7	19,0
2015 Okt.	1 026	808,1	12,7	166,3	57,4	108,6	595,9	32,0	468,5	0,1	95,1	14,7	18,6
Realkreditinstitute													
2015 Sept.	16	362,0	0,6	76,2	50,8	25,4	269,5	5,7	201,4	-	62,4	0,4	15,3
2015 Okt.	16	361,8	0,9	76,2	51,5	24,6	269,3	6,2	200,9	-	62,2	0,4	15,1
Bausparkassen													
2015 Sept.	21	214,4	0,2	61,8	44,2	17,6	147,2	1,4	124,3	.	21,5	0,3	4,9
2015 Okt.	21	214,9	0,3	62,0	44,4	17,6	147,6	1,5	124,5	.	21,7	0,3	4,7
Banken mit Sonderaufgaben													
2015 Sept.	19	978,3	34,1	517,6	447,9	66,0	358,1	20,9	250,3	-	85,5	8,2	60,3
2015 Okt.	19	991,6	34,2	523,9	456,2	65,7	360,5	20,9	252,6	-	85,6	8,2	64,8
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2015 Sept.	142	951,5	61,7	357,8	319,8	37,7	433,5	71,6	245,5	0,2	113,3	4,9	93,5
2015 Okt.	142	956,6	64,1	360,5	321,8	38,5	433,7	70,0	247,9	0,3	112,8	4,9	93,3
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2015 Sept.	35	661,5	28,1	178,9	142,8	35,9	363,6	49,5	210,3	0,2	101,2	3,4	87,5
2015 Okt.	35	663,6	33,7	176,0	139,2	36,5	363,2	48,3	212,0	0,2	100,5	3,4	87,3

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe	Spareinlagen 4)				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
Alle Bankengruppen															
1 817,0	522,0	1 295,0	3 424,2	1 740,0	310,5	693,5	76,9	609,2	536,5	70,9	1 180,9	473,6	1 157,7	2015 Mai	
1 761,5	492,8	1 268,6	3 392,3	1 727,8	296,7	690,1	55,3	607,5	536,1	70,1	1 162,2	478,1	1 054,1	2015 Juni	
1 769,6	495,3	1 274,2	3 423,7	1 744,9	296,2	708,4	58,8	605,6	535,7	68,7	1 164,1	478,3	1 079,8	2015 Juli	
1 754,0	483,5	1 270,4	3 447,4	1 766,0	299,8	709,5	69,3	604,3	536,0	67,9	1 155,0	478,8	1 053,2	2015 Aug.	
1 748,0	499,6	1 248,4	3 421,4	1 759,0	284,5	707,3	54,1	603,6	536,8	67,0	1 158,2	478,9	1 070,6	2015 Sept.	
1 753,3	513,4	1 239,8	3 441,2	1 790,1	280,4	700,8	62,8	603,6	538,1	66,3	1 169,1	478,9	1 061,5	2015 Okt.	
Kreditbanken 6)															
772,3	315,7	456,6	1 278,3	765,4	161,7	220,5	36,1	108,3	97,7	22,4	148,8	162,9	727,3	2015 Sept.	
771,6	334,2	437,3	1 288,8	786,7	155,8	216,3	44,2	107,8	97,8	22,3	150,4	162,9	716,1	2015 Okt.	
Großbanken 7)															
486,7	196,5	290,1	540,5	306,1	92,6	68,5	36,0	67,5	65,7	5,8	108,0	97,1	672,5	2015 Sept.	
482,2	212,4	269,8	547,1	322,0	87,6	64,4	44,1	67,3	65,5	5,9	108,7	97,1	659,3	2015 Okt.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
154,8	50,6	104,1	595,8	367,8	49,9	122,2	0,1	40,4	31,8	15,4	39,9	57,0	47,4	2015 Sept.	
157,0	51,9	105,1	598,6	371,9	49,2	122,0	0,1	40,1	32,0	15,4	40,9	57,0	48,9	2015 Okt.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
130,8	68,5	62,3	142,1	91,5	19,2	29,8	-	0,4	0,3	1,2	0,9	8,9	7,4	2015 Sept.	
132,4	69,9	62,5	143,1	92,8	19,0	29,8	-	0,4	0,3	1,1	0,9	8,8	7,9	2015 Okt.	
Landesbanken															
281,8	61,3	220,5	304,1	134,9	50,3	105,0	14,9	13,8	10,5	0,0	243,2	56,3	130,6	2015 Sept.	
279,7	57,8	221,9	302,8	132,7	52,3	104,0	15,2	13,8	10,6	0,0	242,9	56,1	129,3	2015 Okt.	
Sparkassen															
140,4	13,9	126,5	837,7	474,0	20,8	15,0	-	295,2	259,2	32,7	15,0	95,3	43,2	2015 Sept.	
138,9	10,6	128,3	845,7	482,4	20,8	15,1	-	295,2	259,6	32,2	14,8	95,3	44,1	2015 Okt.	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
142,6	40,3	102,2	29,7	12,9	5,8	9,4	1,6	-	-	1,5	51,2	15,7	43,6	2015 Sept.	
147,0	41,5	105,4	29,7	13,5	5,3	9,3	2,6	-	-	1,5	50,7	15,7	44,6	2015 Okt.	
Kreditgenossenschaften															
102,4	4,3	98,1	596,1	350,9	31,7	18,3	-	185,8	168,9	9,4	7,3	64,3	32,3	2015 Sept.	
103,5	3,0	100,5	600,1	354,2	32,0	18,2	-	186,4	169,7	9,2	7,5	64,4	32,7	2015 Okt.	
Realkreditinstitute															
80,8	7,4	73,4	139,5	8,6	8,6	122,2	-	0,1	0,1	.	107,4	14,8	19,4	2015 Sept.	
82,1	7,6	74,5	138,6	8,5	8,5	121,5	-	0,1	0,1	.	106,2	14,8	20,1	2015 Okt.	
Bausparkassen															
24,5	3,2	21,3	162,7	0,9	0,6	159,9	-	0,3	0,3	1,0	2,8	9,6	14,7	2015 Sept.	
24,9	3,6	21,3	162,5	1,0	0,7	159,6	-	0,3	0,3	1,0	3,1	9,6	14,8	2015 Okt.	
Banken mit Sonderaufgaben															
203,3	53,5	149,8	73,3	11,5	4,8	57,0	1,5	-	-	.	582,3	59,9	59,4	2015 Sept.	
205,6	55,0	150,6	73,0	11,0	5,2	56,8	0,8	-	-	.	593,3	59,9	59,8	2015 Okt.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
281,2	132,2	149,0	497,2	335,8	53,2	77,5	7,0	21,3	21,0	9,3	24,5	50,9	97,6	2015 Sept.	
283,0	130,8	152,2	500,7	341,7	51,2	77,3	7,2	21,3	21,0	9,1	23,9	50,9	98,2	2015 Okt.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
150,5	63,7	86,7	355,1	244,3	34,0	47,7	7,0	20,9	20,7	8,2	23,6	42,1	90,2	2015 Sept.	
150,6	60,9	89,7	357,6	248,9	32,2	47,5	7,2	20,9	20,7	8,0	23,0	42,1	90,3	2015 Okt.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2014 Mai	15,2	58,4	1 550,5	1 170,8	0,0	1,2	378,5	1,6	3 154,3	2 702,7	0,4	1,4	449,9
Juni	14,7	59,9	1 511,7	1 136,0	0,0	2,6	373,0	1,6	3 147,3	2 697,0	0,3	1,8	448,1
Juli	14,7	48,6	1 508,3	1 135,2	0,0	2,4	370,8	1,6	3 155,7	2 699,2	0,3	1,9	454,3
Aug.	15,3	60,2	1 512,3	1 140,9	0,0	2,3	369,1	1,6	3 155,0	2 699,5	0,3	1,4	453,8
Sept.	15,0	80,8	1 488,5	1 117,3	0,0	2,2	369,0	1,6	3 165,0	2 707,1	0,3	0,9	456,7
Okt.	15,2	61,8	1 493,6	1 126,5	0,0	2,3	364,8	1,6	3 169,0	2 711,8	0,3	1,2	455,7
Nov.	15,4	52,8	1 486,8	1 121,2	0,0	2,3	363,3	1,6	3 178,9	2 719,7	0,3	0,9	458,1
Dez.	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015 Jan.	15,2	69,3	1 490,7	1 128,5	0,0	2,7	359,4	1,7	3 191,5	2 725,6	0,4	1,1	464,5
Febr.	15,2	69,7	1 486,0	1 125,7	0,0	3,1	357,2	1,6	3 205,1	2 736,8	0,4	1,3	466,6
März	15,2	97,5	1 488,9	1 127,0	0,0	3,2	358,6	1,6	3 212,0	2 738,7	0,3	1,5	471,5
April	15,9	91,7	1 473,6	1 117,3	0,0	3,4	352,8	1,6	3 221,1	2 745,0	0,4	1,5	474,2
Mai	16,1	95,0	1 466,4	1 114,3	0,0	3,5	348,6	1,6	3 207,9	2 743,3	0,3	1,7	462,5
Juni	15,1	115,4	1 424,2	1 082,1	0,0	3,3	338,8	1,6	3 200,4	2 745,2	0,3	2,4	452,5
Juli	15,4	116,6	1 429,7	1 091,8	0,0	2,7	335,2	1,6	3 228,7	2 748,4	0,3	2,4	477,6
Aug.	15,2	133,6	1 418,0	1 086,8	0,0	2,1	329,1	1,6	3 230,9	2 751,1	0,3	1,9	477,5
Sept.	15,6	139,8	1 384,6	1 059,7	0,0	2,3	322,7	1,6	3 230,8	2 756,1	0,3	1,7	472,8
Okt.	16,2	140,0	1 421,3	1 100,0	0,0	2,1	319,2	1,6	3 232,0	2 764,6	0,3	1,5	465,5
Veränderungen *)													
2006	+ 0,9	+ 1,5	- 3,6	+ 24,5	- 0,0	+ 2,6	- 30,6	- 0,2	- 12,4	- 20,3	- 0,5	- 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	- 4,3	- 119,3	- 87,1	+ 0,0	+ 0,4	- 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	- 0,1	- 0,6	+ 16,8
2014 Mai	- 0,1	- 6,8	+ 22,7	+ 24,1	-	- 0,1	- 1,3	- 0,0	- 3,7	+ 6,6	- 0,0	- 0,3	- 9,9
Juni	- 0,6	+ 1,5	- 38,9	- 34,8	+ 0,0	+ 1,4	- 5,5	+ 0,1	- 6,0	- 4,7	- 0,0	+ 0,5	- 1,7
Juli	+ 0,1	- 11,3	- 3,4	- 0,9	-	- 0,3	- 2,2	- 0,1	+ 8,4	+ 2,2	- 0,0	+ 0,0	+ 6,1
Aug.	+ 0,5	+ 11,6	+ 4,3	+ 6,0	-	- 0,1	- 1,7	- 0,0	- 0,8	+ 0,2	- 0,0	- 0,5	- 0,5
Sept.	- 0,2	+ 20,6	- 23,7	- 23,5	-	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 10,0	+ 7,7	- 0,0	- 0,5	+ 2,9
Okt.	+ 0,1	- 19,0	+ 5,1	+ 9,2	-	+ 0,1	- 4,2	+ 0,0	+ 4,1	+ 4,7	- 0,0	+ 0,4	- 1,0
Nov.	+ 0,2	- 9,0	- 6,9	- 5,3	+ 0,0	- 0,0	- 1,6	- 0,0	+ 9,9	+ 7,9	+ 0,0	- 0,4	+ 2,4
Dez.	+ 3,6	+ 28,5	- 60,8	- 55,6	+ 0,0	- 0,1	- 5,1	+ 0,1	- 11,7	- 7,6	+ 0,1	- 0,1	- 4,1
2015 Jan.	- 3,8	- 12,0	+ 63,8	+ 62,0	- 0,0	+ 0,6	+ 1,3	- 0,1	+ 26,4	+ 15,6	- 0,1	+ 0,4	+ 10,5
Febr.	- 0,0	+ 0,4	- 4,7	- 2,8	+ 0,0	+ 0,4	- 2,2	- 0,0	+ 13,5	+ 11,2	- 0,0	+ 0,2	+ 2,1
März	+ 0,1	+ 27,8	+ 3,0	+ 1,4	-	+ 0,2	+ 1,4	- 0,0	+ 7,0	+ 1,9	- 0,0	+ 0,2	+ 4,9
April	+ 0,6	- 5,7	- 15,3	- 9,7	-	+ 0,2	- 5,8	+ 0,0	+ 9,1	+ 6,4	+ 0,0	- 0,0	+ 2,8
Mai	+ 0,3	+ 3,3	- 7,2	- 3,0	+ 0,0	+ 0,1	- 4,3	- 0,1	- 13,1	- 1,5	- 0,0	+ 0,2	- 11,7
Juni	- 1,1	+ 20,4	- 42,1	- 32,1	- 0,0	- 0,2	- 9,8	+ 0,1	- 7,5	+ 1,9	- 0,0	+ 0,7	- 10,1
Juli	+ 0,3	+ 1,2	+ 5,5	+ 9,7	- 0,0	- 0,6	- 3,6	- 0,0	+ 28,3	+ 3,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 25,1
Aug.	- 0,1	+ 17,0	- 12,4	- 5,6	+ 0,0	- 0,7	- 6,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,9	+ 0,0	- 0,5	- 0,1
Sept.	+ 0,3	+ 6,3	- 33,3	- 27,1	-	+ 0,2	- 6,4	- 0,0	- 0,1	+ 4,9	+ 0,0	- 0,3	- 4,7
Okt.	+ 0,7	+ 0,1	+ 36,6	+ 40,3	- 0,0	- 0,2	- 3,5	- 0,0	+ 1,2	+ 8,5	+ 0,0	- 0,1	- 7,2

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	27,6	92,9	1 163,8	152,4	1 011,4	0,0	11,9	3 072,1	1 446,2	949,0	606,0	70,9	31,9	2014 Mai
-	27,5	94,0	1 144,5	166,2	978,3	0,0	12,0	3 066,2	1 442,8	948,4	604,5	70,5	31,4	Juni
-	27,1	94,5	1 134,6	167,5	967,1	0,0	11,8	3 073,9	1 455,0	945,4	604,4	69,2	31,3	Juli
-	27,1	94,4	1 124,5	144,1	980,4	0,0	11,8	3 091,6	1 472,1	945,3	605,9	68,4	31,3	Aug.
-	26,9	95,2	1 117,2	155,7	961,5	0,0	11,8	3 092,6	1 474,8	941,9	606,5	69,4	31,2	Sept.
-	26,5	95,2	1 122,7	149,1	973,6	0,0	11,5	3 097,3	1 494,5	928,1	606,1	68,6	31,1	Okt.
-	26,5	95,1	1 116,1	155,8	960,2	0,0	11,5	3 116,4	1 517,9	926,7	605,3	66,5	31,1	Nov.
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	Dez.
-	26,1	93,1	1 137,9	174,9	963,1	0,0	11,3	3 128,6	1 537,9	919,5	606,6	64,7	30,8	2015 Jan.
-	26,2	92,3	1 133,5	169,2	964,3	0,0	11,3	3 137,7	1 549,4	918,3	606,1	63,8	30,8	Febr.
-	25,9	92,3	1 134,4	178,0	956,4	0,0	11,2	3 131,7	1 548,8	916,0	603,9	63,0	30,7	März
-	25,8	92,5	1 117,5	163,4	954,0	0,0	11,2	3 140,9	1 572,3	905,2	601,5	61,9	30,2	April
-	25,7	92,8	1 103,0	164,4	938,6	0,0	11,1	3 158,8	1 597,3	900,5	600,0	61,0	30,2	Mai
-	25,3	92,5	1 090,2	161,7	928,4	0,0	11,1	3 151,7	1 600,1	892,9	598,3	60,4	29,6	Juni
-	25,0	92,4	1 079,0	152,5	926,5	0,0	10,8	3 179,3	1 612,9	910,4	596,4	59,5	29,5	Juli
-	25,0	92,1	1 072,5	149,0	923,4	0,0	10,8	3 193,8	1 630,7	909,1	595,2	58,8	29,5	Aug.
-	24,9	92,0	1 076,0	153,1	922,9	0,0	10,8	3 186,8	1 630,7	903,5	594,6	58,1	29,5	Sept.
-	24,7	91,9	1 096,4	150,5	945,8	0,0	10,6	3 197,7	1 655,5	890,2	594,6	57,5	29,5	Okt.
Veränderungen *)														
-	3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	+ 0,0	+ 0,4	+ 10,4	+ 4,3	+ 6,2	- 0,0	+ 0,1	+ 15,0	+ 14,7	+ 2,0	- 0,7	- 1,1	- 0,6	2014 Mai
-	- 0,1	+ 1,1	- 19,2	+ 13,8	- 33,1	- 0,0	+ 0,1	- 5,9	- 3,4	- 0,6	- 1,4	- 0,4	- 0,5	Juni
-	- 0,4	+ 0,5	- 10,0	+ 1,2	- 11,2	-	- 0,2	+ 7,8	+ 12,2	- 2,9	- 0,2	- 1,3	- 0,0	Juli
-	- 0,1	- 0,1	- 10,0	- 23,4	+ 13,3	-	+ 0,0	+ 17,7	+ 17,1	- 0,1	+ 1,5	- 0,8	- 0,0	Aug.
-	- 0,2	+ 0,7	- 7,1	+ 11,6	- 18,7	-	- 0,1	+ 0,9	+ 2,7	- 3,4	+ 0,6	+ 1,0	- 0,1	Sept.
-	- 0,4	+ 0,0	+ 5,5	- 6,7	+ 12,1	-	- 0,3	+ 4,7	+ 19,7	- 13,8	- 0,4	- 0,7	- 0,1	Okt.
-	- 0,1	- 0,1	- 6,6	+ 6,8	- 13,4	-	- 0,0	+ 19,2	+ 23,4	- 1,4	- 0,7	- 2,1	+ 0,0	Nov.
-	+ 0,1	- 0,8	- 5,0	- 28,0	+ 23,0	-	+ 0,3	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	+ 2,4	- 0,5	- 0,2	Dez.
-	- 0,4	- 1,2	+ 26,1	+ 47,1	- 21,0	- 0,0	- 0,4	+ 10,5	+ 20,1	- 7,2	- 1,1	- 1,3	- 0,1	2015 Jan.
-	+ 0,1	- 0,9	- 4,4	- 5,6	+ 1,2	-	+ 0,0	+ 9,1	+ 11,6	- 1,1	- 0,5	- 0,9	- 0,0	Febr.
-	- 0,2	+ 0,1	+ 0,9	+ 8,8	- 7,9	+ 0,0	- 0,1	- 6,0	- 0,4	- 2,6	- 2,2	- 0,8	- 0,1	März
-	- 0,1	+ 0,2	- 17,0	- 14,6	- 2,4	- 0,0	- 0,0	+ 9,2	+ 23,5	- 10,8	- 2,4	- 1,0	- 0,5	April
-	- 0,1	+ 0,3	- 14,4	+ 1,0	- 15,4	+ 0,0	- 0,1	+ 17,9	+ 25,0	- 4,7	- 1,5	- 0,9	- 0,1	Mai
-	- 0,3	- 0,3	- 12,9	- 2,8	- 10,1	- 0,0	- 0,1	- 7,1	+ 2,7	- 7,5	- 1,7	- 0,6	- 0,5	Juni
-	- 0,3	- 0,2	- 11,1	- 9,2	- 1,9	+ 0,0	- 0,2	+ 27,5	+ 12,9	+ 17,7	- 1,9	- 1,1	- 0,1	Juli
-	- 0,1	- 0,3	- 7,1	- 3,4	- 3,7	- 0,0	+ 0,0	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	Aug.
-	- 0,1	- 0,1	+ 3,7	+ 4,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,0	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 0,6	- 0,7	- 0,1	Sept.
-	- 0,2	- 0,1	+ 20,3	- 2,6	+ 22,9	+ 0,0	- 0,2	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	Okt.

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2014 Mai	0,2	1 064,1	823,0	580,9	242,1	8,4	232,6	1,2	723,0	422,8	116,3	306,5	9,9	290,3
Juni	0,2	1 072,0	830,7	595,3	235,4	8,4	232,8	1,1	726,9	422,7	116,9	305,9	9,9	294,3
Juli	0,2	1 109,1	868,6	634,1	234,5	8,1	232,3	1,1	737,9	432,1	122,7	309,4	9,5	296,4
Aug.	0,2	1 103,8	862,7	624,0	238,6	8,9	232,2	1,1	733,8	430,4	118,2	312,3	9,1	294,2
Sept.	0,2	1 098,9	855,7	607,3	248,4	8,9	234,3	1,1	741,0	429,9	111,3	318,6	7,4	303,7
Okt.	0,2	1 119,6	878,5	628,7	249,8	8,6	232,5	1,1	738,3	429,8	110,3	319,5	7,7	300,8
Nov.	0,2	1 151,0	907,8	658,2	249,7	8,7	234,5	1,1	749,8	433,9	113,5	320,4	8,3	307,6
Dez.	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015 Jan.	0,2	1 213,2	966,6	684,2	282,4	10,9	235,7	1,1	770,7	445,3	117,5	327,8	7,0	318,4
Febr.	0,2	1 198,1	956,6	687,3	269,3	9,3	232,2	1,1	766,7	444,5	115,7	328,9	6,6	315,5
März	0,3	1 186,6	944,4	654,9	289,5	10,9	231,4	1,1	777,0	447,4	113,2	334,2	7,2	322,4
April	0,2	1 199,9	958,7	675,5	283,1	10,0	231,3	1,1	780,2	455,7	124,6	331,1	6,1	318,4
Mai	0,3	1 189,7	948,9	665,0	284,0	9,1	231,7	1,1	787,3	459,0	127,1	331,8	6,3	322,0
Juni	0,3	1 142,5	903,1	617,1	286,0	8,1	231,3	1,1	765,7	435,1	104,4	330,7	7,5	323,1
Juli	0,3	1 149,0	911,5	625,0	286,5	6,6	230,9	1,1	760,0	433,4	103,3	330,1	5,0	321,6
Aug.	0,3	1 140,9	904,7	619,3	285,3	6,1	230,2	1,1	761,5	435,8	106,9	328,8	5,8	319,9
Sept.	0,3	1 152,8	914,7	627,4	287,4	4,4	233,7	1,1	760,7	434,9	106,6	328,3	6,0	319,8
Okt.	0,3	1 138,7	900,4	617,1	283,4	2,9	235,3	1,1	772,2	446,5	116,4	330,1	6,1	319,6
Veränderungen *)														
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7
2014 Mai	- 0,0	+ 22,7	+ 22,0	+ 17,5	+ 4,5	+ 0,2	+ 0,5	- 0,5	+ 0,0	- 2,7	- 2,9	+ 0,2	- 0,8	+ 3,5
Juni	+ 0,0	+ 8,1	+ 8,0	+ 14,6	- 6,6	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,0	+ 4,0
Juli	- 0,0	+ 32,1	+ 33,0	+ 35,7	- 2,8	- 0,3	- 0,6	- 0,0	+ 7,7	+ 6,6	+ 5,2	+ 1,5	- 0,4	+ 1,4
Aug.	- 0,0	- 9,3	- 9,9	- 12,6	+ 2,8	+ 0,8	- 0,2	+ 0,0	- 6,4	- 3,5	- 4,9	+ 1,4	- 0,3	- 2,6
Sept.	+ 0,0	- 17,7	- 19,4	- 24,7	+ 5,3	+ 0,0	+ 1,8	+ 0,0	- 0,8	- 7,1	- 8,4	+ 1,3	- 1,8	+ 8,0
Okt.	- 0,0	+ 23,9	+ 24,7	+ 23,5	+ 1,2	- 0,2	- 0,6	+ 0,0	- 6,8	- 2,9	- 3,4	+ 0,5	+ 0,3	- 4,2
Nov.	+ 0,0	+ 32,4	+ 29,3	+ 30,4	- 1,1	+ 0,0	+ 3,0	+ 0,0	+ 10,4	+ 3,8	+ 3,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 6,0
Dez.	- 0,0	- 33,1	- 30,7	- 44,4	+ 13,6	- 0,8	- 1,6	- 0,0	- 20,8	- 23,1	- 20,2	- 2,9	- 1,9	+ 4,1
2015 Jan.	+ 0,0	+ 62,4	+ 57,8	+ 50,3	+ 7,5	+ 3,0	+ 1,6	- 0,0	+ 21,4	+ 18,3	+ 20,6	- 2,3	+ 0,6	+ 2,5
Febr.	+ 0,0	- 17,1	- 12,0	+ 2,2	- 14,2	- 1,5	- 3,6	-	- 5,8	- 2,1	- 2,2	+ 0,1	- 0,4	- 3,2
März	+ 0,0	- 24,0	- 24,5	- 39,9	+ 15,4	+ 1,5	- 1,1	+ 0,0	+ 1,9	- 3,7	- 3,9	+ 0,2	+ 0,5	+ 1,9
April	- 0,0	+ 25,3	+ 26,1	+ 27,4	- 1,3	- 0,9	+ 0,1	+ 0,0	+ 10,4	+ 14,3	+ 12,7	+ 1,6	- 1,1	- 2,9
Mai	+ 0,0	- 17,8	- 17,3	- 15,2	- 2,0	- 0,9	+ 0,3	- 0,0	+ 3,3	+ 0,3	+ 1,5	- 1,2	+ 0,2	+ 2,9
Juni	+ 0,0	- 41,3	- 40,1	- 44,0	+ 4,0	- 0,9	- 0,3	- 0,0	- 18,3	- 21,2	- 20,7	- 0,5	+ 1,2	+ 1,7
Juli	+ 0,0	+ 1,3	+ 3,3	+ 4,9	- 1,6	- 1,5	- 0,5	-	- 9,1	- 4,4	- 1,7	- 2,7	- 2,5	- 2,2
Aug.	- 0,0	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,9	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 6,6	+ 6,4	+ 4,4	+ 2,0	+ 0,8	- 0,7
Sept.	+ 0,0	+ 14,0	+ 12,2	+ 10,0	+ 2,2	- 1,7	+ 3,6	- 0,0	- 2,1	- 2,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,1	- 0,0
Okt.	+ 0,0	- 20,2	- 20,2	- 13,9	- 6,3	- 1,5	+ 1,5	+ 0,0	+ 7,7	+ 8,5	+ 9,1	- 0,6	+ 0,1	- 0,9

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite		
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005	
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006	
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007	
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008	
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009	
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010	
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011	
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013	
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014	
14,4	39,7	564,4	256,4	308,0	212,7	95,3	0,1	260,8	140,6	120,2	59,7	60,6	1,0	2014 Mai	
14,2	38,6	556,0	272,6	283,5	190,5	92,9	0,1	256,5	144,2	112,2	53,0	59,3	1,1	Juni	
14,3	37,7	587,4	287,2	300,2	209,6	90,5	0,1	269,1	147,3	121,8	62,8	59,0	0,9	Juli	
14,7	37,7	592,2	274,2	317,9	230,3	87,6	0,1	258,3	127,7	130,5	70,5	60,1	1,3	Aug.	
14,7	37,7	598,2	292,6	305,6	216,9	88,8	0,1	260,2	135,1	125,2	64,9	60,2	1,3	Sept.	
14,6	37,8	597,5	289,0	308,5	220,4	88,2	0,1	260,0	137,5	122,5	62,6	59,9	1,3	Okt.	
14,7	37,6	627,5	301,3	326,3	238,4	87,8	0,1	258,6	132,1	126,5	65,7	60,8	1,3	Nov.	
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	Dez.	
14,0	35,8	691,4	338,7	352,6	260,2	92,5	0,1	260,9	141,4	119,5	59,2	60,3	0,7	2015 Jan.	
14,0	35,7	672,5	310,8	361,7	269,4	92,3	0,1	263,7	143,1	120,7	61,8	58,9	0,8	Febr.	
14,1	36,1	712,5	369,6	342,9	256,1	86,9	0,1	253,6	131,2	122,4	64,7	57,7	0,9	März	
13,8	36,0	729,9	348,1	381,8	297,3	84,5	0,1	265,1	146,9	118,2	62,3	55,9	0,9	April	
13,8	36,8	714,0	357,6	356,4	270,8	85,7	0,1	265,4	142,7	122,7	70,8	51,9	0,9	Mai	
13,6	36,4	671,4	331,2	340,2	256,3	83,9	0,1	240,5	127,7	112,8	61,6	51,2	0,9	Juni	
13,6	35,3	690,6	342,8	347,7	266,7	81,0	0,1	244,4	131,9	112,5	62,0	50,5	0,9	Juli	
13,7	35,2	681,5	334,5	347,0	264,5	82,5	0,1	253,6	135,3	118,3	65,9	52,4	0,9	Aug.	
13,7	35,2	672,0	346,4	325,5	244,3	81,2	0,1	234,5	128,3	106,3	53,2	53,1	0,9	Sept.	
13,5	35,2	656,9	362,9	294,0	212,7	81,3	0,1	243,4	134,6	108,8	56,3	52,6	0,8	Okt.	
Veränderungen *)															
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006	
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007	
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008	
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009	
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010	
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011	
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012	
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013	
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014	
+ 0,0	- 0,1	- 5,4	+ 0,9	- 6,3	- 4,1	- 2,2	-	+ 4,4	+ 6,0	- 1,6	- 2,1	+ 0,6	+ 0,0	2014 Mai	
- 0,2	- 1,0	- 8,2	+ 16,2	- 24,4	- 22,1	- 2,3	- 0,0	- 4,3	+ 3,7	- 8,0	- 6,7	- 1,3	+ 0,0	Juni	
+ 0,1	- 1,0	+ 28,6	+ 13,5	+ 15,1	+ 18,0	- 2,8	-	+ 11,6	+ 2,6	+ 9,0	+ 9,6	- 0,5	- 0,1	Juli	
+ 0,4	- 0,0	+ 2,7	- 14,0	+ 16,7	+ 19,8	- 3,1	-	- 11,5	- 20,0	+ 8,4	+ 7,6	+ 0,8	+ 0,3	Aug.	
+ 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 16,1	- 16,7	- 16,9	+ 0,2	- 0,0	- 0,4	+ 6,2	- 6,6	- 6,1	- 0,5	+ 0,1	Sept.	
- 0,1	+ 0,1	- 1,1	- 3,7	+ 2,7	+ 3,3	- 0,7	-	- 0,3	+ 2,4	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 0,0	Okt.	
+ 0,0	- 0,2	+ 30,0	+ 12,2	+ 17,8	+ 18,1	- 0,3	-	- 1,4	- 5,4	+ 4,1	+ 3,2	+ 0,9	- 0,1	Nov.	
- 0,2	- 2,1	- 22,0	- 25,9	+ 3,9	+ 3,0	+ 0,9	- 0,0	- 39,3	- 19,8	- 19,5	- 18,4	- 1,1	- 0,1	Dez.	
+ 0,0	- 0,1	+ 68,7	+ 56,0	+ 12,8	+ 11,5	+ 1,3	-	+ 35,9	+ 26,3	+ 9,6	+ 10,6	- 1,0	- 0,0	2015 Jan.	
- 0,0	- 0,1	- 20,1	- 28,2	+ 8,1	+ 8,6	- 0,5	-	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,3	- 1,5	+ 0,1	Febr.	
+ 0,1	+ 0,3	+ 32,7	+ 56,4	- 23,8	- 17,3	- 6,4	- 0,0	- 12,6	- 13,0	+ 0,4	+ 2,4	- 2,0	+ 0,0	März	
- 0,4	- 0,0	+ 25,2	- 17,7	+ 42,9	+ 44,3	- 1,3	-	+ 12,9	+ 16,0	- 3,0	- 1,9	- 1,1	- 0,0	April	
+ 0,0	+ 0,1	- 20,1	+ 8,0	- 28,1	- 28,6	+ 0,6	+ 0,0	- 0,9	- 4,8	+ 3,9	+ 8,2	- 4,3	- 0,0	Mai	
- 0,2	- 0,3	- 39,2	- 25,0	- 14,1	- 12,8	- 1,3	- 0,0	- 23,9	- 14,5	- 9,3	- 8,9	- 0,5	+ 0,0	Juni	
+ 0,0	- 1,2	+ 16,0	+ 10,6	+ 5,4	+ 8,7	- 3,3	- 0,0	+ 3,0	+ 3,8	- 0,8	+ 0,1	- 0,9	+ 0,0	Juli	
+ 0,0	+ 0,0	- 4,6	- 6,7	+ 2,1	+ 0,0	+ 2,0	-	+ 10,5	+ 4,0	+ 6,5	+ 4,3	+ 2,2	- 0,0	Aug.	
+ 0,1	+ 0,0	- 9,5	+ 12,0	- 21,5	- 20,1	- 1,4	- 0,0	- 18,9	- 7,0	- 11,9	- 12,6	+ 0,7	+ 0,0	Sept.	
- 0,2	- 0,1	- 18,2	+ 15,2	- 33,4	- 33,1	- 0,3	- 0,0	+ 7,9	+ 5,8	+ 2,0	+ 2,8	- 0,8	- 0,2	Okt.	

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unternehmen
				zu-sammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-sammen	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2014 Mai	3 154,3	2 703,1	271,1	216,5	215,7	0,9	54,5	54,0	0,5	2 883,2	2 350,5
Juni	3 147,3	2 697,3	273,3	223,4	222,6	0,8	49,9	48,8	1,0	2 874,1	2 342,6
Juli	3 155,7	2 699,5	268,1	215,3	214,6	0,7	52,8	51,6	1,2	2 887,6	2 352,9
Aug.	3 155,0	2 699,8	260,5	212,2	211,6	0,5	48,4	47,5	0,9	2 894,4	2 359,6
Sept.	3 165,0	2 707,4	270,3	220,9	220,3	0,6	49,4	49,1	0,3	2 894,7	2 360,7
Okt.	3 169,0	2 712,1	265,6	212,6	211,8	0,8	53,0	52,5	0,5	2 903,4	2 364,9
Nov.	3 178,9	2 720,0	265,7	214,6	214,1	0,4	51,1	50,7	0,4	2 913,3	2 375,5
Dez.	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015 Jan.	3 191,5	2 726,0	267,9	214,7	214,0	0,7	53,1	52,8	0,4	2 923,7	2 388,4
Febr.	3 205,1	2 737,1	275,8	218,9	217,8	1,0	57,0	56,7	0,2	2 929,2	2 391,5
März	3 212,0	2 739,0	278,1	220,4	219,4	1,0	57,7	57,1	0,6	2 933,9	2 399,1
April	3 221,1	2 745,4	284,0	216,6	215,7	1,0	67,3	66,8	0,5	2 937,1	2 403,4
Mai	3 207,9	2 743,6	272,4	215,8	214,7	1,1	56,6	55,9	0,7	2 935,5	2 407,1
Juni	3 200,4	2 745,5	279,2	223,8	222,5	1,3	55,4	54,3	1,1	2 921,2	2 397,0
Juli	3 228,7	2 748,7	273,0	215,4	214,0	1,3	57,6	56,5	1,1	2 955,7	2 430,2
Aug.	3 230,9	2 751,4	269,4	214,0	212,9	1,1	55,5	54,6	0,9	2 961,4	2 432,5
Sept.	3 230,8	2 756,4	271,8	218,5	217,6	0,9	53,3	52,5	0,8	2 959,0	2 428,4
Okt.	3 232,0	2 764,9	268,0	212,4	211,7	0,7	55,6	54,8	0,8	2 964,0	2 433,9
Veränderungen *)											
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	+ 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2014 Mai	- 3,7	+ 6,6	+ 1,2	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,4	- 0,5	- 4,9	- 6,2
Juni	- 6,0	- 4,7	+ 2,2	+ 6,8	+ 6,9	- 0,1	- 4,6	- 5,2	+ 0,5	- 8,2	- 7,1
Juli	+ 8,4	+ 2,2	- 5,2	- 8,1	- 8,0	- 0,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 13,5	+ 10,2
Aug.	- 0,8	+ 0,2	- 7,4	- 3,0	- 2,8	- 0,2	- 4,4	- 4,1	- 0,3	+ 6,6	+ 6,4
Sept.	+ 10,0	+ 7,7	+ 9,7	+ 8,7	+ 8,6	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,6	- 0,6	+ 0,3	+ 1,3
Okt.	+ 4,1	+ 4,7	- 4,7	- 8,3	- 8,5	+ 0,2	+ 3,6	+ 3,4	+ 0,2	+ 8,7	+ 4,1
Nov.	+ 9,9	+ 7,9	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,3	- 0,3	- 1,9	- 1,8	- 0,1	+ 9,8	+ 10,7
Dez.	- 11,7	- 7,4	- 8,1	- 1,3	- 1,5	+ 0,2	- 6,8	- 6,5	- 0,3	- 3,6	+ 5,1
2015 Jan.	+ 26,4	+ 15,5	+ 10,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,1	+ 8,3	+ 8,0	+ 0,3	+ 15,7	+ 13,9
Febr.	+ 13,5	+ 11,2	+ 8,0	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,0	- 0,1	+ 5,6	+ 3,1
März	+ 7,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,6	- 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 4,7	+ 7,6
April	+ 9,1	+ 6,4	+ 5,9	- 3,7	- 3,8	+ 0,0	+ 9,6	+ 9,7	- 0,0	+ 3,3	+ 4,3
Mai	- 13,1	- 1,6	- 11,4	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 10,7	- 10,9	+ 0,1	- 1,6	+ 3,8
Juni	- 7,5	+ 1,9	+ 6,8	+ 8,0	+ 7,8	+ 0,2	- 1,2	- 1,6	+ 0,4	- 14,3	- 10,1
Juli	+ 28,3	+ 3,1	- 6,2	- 8,4	- 8,4	+ 0,0	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 34,4	+ 31,9
Aug.	+ 2,3	+ 2,9	- 3,4	- 1,2	- 1,0	- 0,3	- 2,2	- 2,0	- 0,2	+ 5,7	+ 2,6
Sept.	- 0,1	+ 4,9	+ 2,4	+ 4,5	+ 4,7	- 0,2	- 2,1	- 2,1	- 0,1	- 2,4	- 3,4
Okt.	+ 1,2	+ 8,6	- 3,8	- 6,0	- 5,9	- 0,1	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 5,0	+ 5,8

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	–	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014	
2 149,2	250,1	1 899,1	201,3	25,4	532,8	284,2	36,8	247,4	248,6	–	2,2	2014 Mai	
2 144,5	248,9	1 895,6	198,1	25,3	531,5	281,4	36,1	245,4	250,0	–	2,2	2014 Juni	
2 151,9	249,5	1 902,4	200,9	25,0	534,7	281,4	36,0	245,4	253,4	–	2,1	2014 Juli	
2 160,8	250,6	1 910,2	198,8	24,9	534,8	279,9	32,9	247,0	255,0	–	2,1	2014 Aug.	
2 160,3	250,3	1 910,0	200,5	24,8	534,0	277,8	32,3	245,5	256,2	–	2,1	2014 Sept.	
2 167,0	251,8	1 915,3	197,8	24,4	538,6	280,7	34,5	246,3	257,9	–	2,1	2014 Okt.	
2 175,1	252,6	1 922,5	200,5	24,3	537,7	280,1	33,8	246,3	257,6	–	2,1	2014 Nov.	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014 Dez.	
2 175,2	252,5	1 922,7	213,2	24,0	535,3	284,0	32,7	251,3	251,3	–	2,1	2015 Jan.	
2 179,6	251,4	1 928,1	212,0	24,1	537,7	283,1	32,7	250,4	254,6	–	2,1	2015 Febr.	
2 180,6	251,7	1 928,9	218,6	23,8	534,8	281,9	32,3	249,5	252,9	–	2,1	2015 März	
2 182,1	250,5	1 931,7	221,3	23,7	533,7	280,8	29,5	251,3	252,9	–	2,1	2015 April	
2 192,6	253,2	1 939,4	214,5	23,6	528,4	280,4	29,5	250,9	248,0	–	2,1	2015 Mai	
2 190,5	251,5	1 939,0	206,5	23,3	524,2	278,3	28,7	249,5	246,0	–	2,0	2015 Juni	
2 201,5	250,8	1 950,6	228,7	23,0	525,5	276,6	28,5	248,2	248,9	–	2,0	2015 Juli	
2 208,2	251,0	1 957,2	224,4	22,9	528,9	275,7	28,2	247,6	253,1	–	2,0	2015 Aug.	
2 208,7	251,2	1 957,4	219,7	22,9	530,6	277,5	29,3	248,2	253,1	–	2,0	2015 Sept.	
2 220,0	253,2	1 966,8	213,9	22,7	530,1	278,5	29,3	249,2	251,6	–	2,0	2015 Okt.	
Veränderungen *)													
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	– 3,9	– 28,8	– 16,4	– 1,4	– 15,0	– 12,4	–	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	– 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	– 0,2	2014	
+ 6,0	– 0,9	+ 6,9	– 12,2	+ 0,0	+ 1,3	– 0,9	+ 0,1	– 1,0	+ 2,3	–	– 0,0	2014 Mai	
– 4,0	– 1,2	– 2,8	– 3,1	– 0,1	– 1,0	– 2,5	– 0,7	– 1,7	+ 1,4	–	– 0,0	2014 Juni	
+ 7,4	+ 0,6	+ 6,8	+ 2,8	– 0,4	+ 3,3	– 0,0	– 0,1	+ 0,0	+ 3,3	–	– 0,0	2014 Juli	
+ 8,5	+ 1,0	+ 7,5	– 2,1	– 0,1	+ 0,3	– 1,3	– 0,7	– 0,7	+ 1,6	–	– 0,0	2014 Aug.	
– 0,4	– 0,3	– 0,1	+ 1,7	– 0,2	– 0,9	– 2,2	– 0,5	– 1,6	+ 1,2	–	– 0,0	2014 Sept.	
+ 6,8	+ 1,5	+ 5,3	– 2,7	– 0,4	+ 4,6	+ 2,9	– 0,0	+ 3,0	+ 1,7	–	– 0,0	2014 Okt.	
+ 8,1	+ 0,8	+ 7,2	+ 2,6	– 0,1	– 0,9	– 0,6	– 0,7	+ 0,1	– 0,2	–	+ 0,0	2014 Nov.	
+ 1,4	– 0,7	+ 2,1	+ 3,7	+ 0,1	– 8,7	– 0,9	– 0,4	– 0,5	– 7,8	–	– 0,0	2014 Dez.	
+ 4,8	+ 1,6	+ 3,2	+ 9,1	– 0,4	+ 1,8	+ 0,4	– 0,9	+ 1,2	+ 1,5	–	– 0,0	2015 Jan.	
+ 4,4	– 1,1	+ 5,4	– 1,2	+ 0,1	+ 2,4	– 0,9	– 0,0	– 0,9	+ 3,4	–	–	2015 Febr.	
+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 6,6	– 0,2	– 2,9	– 1,2	– 0,3	– 0,9	– 1,7	–	– 0,0	2015 März	
+ 1,6	– 1,2	+ 2,8	+ 2,7	– 0,1	– 1,0	– 1,1	– 1,8	+ 0,7	+ 0,0	–	– 0,0	2015 April	
+ 10,6	+ 2,8	+ 7,8	– 6,8	– 0,1	– 5,5	– 0,5	– 0,1	– 0,5	– 4,9	–	– 0,0	2015 Mai	
– 2,1	– 1,7	– 0,4	– 8,0	– 0,3	– 4,2	– 2,1	– 0,7	– 1,4	– 2,0	–	– 0,1	2015 Juni	
+ 9,7	– 0,7	+ 10,4	+ 22,2	– 0,3	+ 2,5	– 0,4	– 0,2	– 0,2	+ 2,9	–	– 0,0	2015 Juli	
+ 6,9	+ 0,1	+ 6,8	– 4,3	– 0,1	+ 3,1	– 1,1	– 0,3	– 0,8	+ 4,3	–	– 0,0	2015 Aug.	
+ 1,3	+ 0,6	+ 0,7	– 4,7	– 0,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,2	– 0,1	–	– 0,0	2015 Sept.	
+ 11,6	+ 1,9	+ 9,7	– 5,8	– 0,1	– 0,8	+ 0,6	– 0,1	+ 0,7	– 1,4	–	– 0,0	2015 Okt.	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	Hypothekarkredite	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
Kredite insgesamt Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2013	2 354,0	1 179,5	1 159,3	935,4	223,9	1 281,1	319,2	127,7	97,3	58,9	124,2	45,7	70,0	104,9
2014 Sept.	2 380,6	1 187,9	1 177,1	945,6	231,5	1 293,2	322,9	127,1	98,7	60,3	125,9	47,8	69,4	110,2
Dez.	2 384,8	1 225,7	1 188,7	984,3	204,4	1 291,6	328,3	122,9	100,1	59,8	123,7	47,8	68,4	124,8
2015 März	2 400,0	1 229,7	1 192,0	987,3	204,7	1 305,7	329,9	127,4	99,6	60,9	125,0	48,2	70,0	129,2
Juni	2 413,0	1 234,8	1 205,1	992,0	213,1	1 309,4	334,8	128,1	99,4	61,4	123,2	49,1	67,1	130,2
Sept.	2 426,3	1 244,5	1 218,5	1 001,2	217,3	1 309,0	336,5	127,5	100,6	61,7	125,3	50,0	65,6	129,5
Kurzfristige Kredite														
2013	217,1	–	8,3	–	8,3	180,2	4,1	33,9	6,4	12,0	40,9	3,4	6,4	22,8
2014 Sept.	220,3	–	8,5	–	8,5	184,2	4,3	34,5	5,6	12,7	42,9	4,0	6,3	25,6
Dez.	212,1	–	7,6	–	7,6	177,2	3,9	32,5	6,0	11,8	41,2	3,6	5,9	23,2
2015 März	219,5	–	7,7	–	7,7	184,4	3,9	34,7	6,0	13,0	42,3	3,9	6,3	25,6
Juni	222,5	–	8,3	–	8,3	188,3	4,2	35,5	5,5	12,9	41,4	4,3	6,0	27,7
Sept.	217,6	–	8,5	–	8,5	183,3	4,3	34,6	5,3	12,8	43,5	4,4	5,2	26,6
Mittelfristige Kredite														
2013	248,0	–	35,6	–	35,6	173,6	12,5	24,7	6,0	9,4	16,9	3,9	11,5	35,3
2014 Sept.	250,3	–	35,3	–	35,3	176,7	12,7	24,5	5,6	9,7	16,9	4,2	11,7	35,9
Dez.	251,7	–	35,8	–	35,8	178,4	13,4	23,5	5,4	9,9	16,6	4,2	11,4	39,2
2015 März	251,7	–	35,3	–	35,3	179,1	13,2	24,6	5,3	10,0	16,4	4,2	11,7	39,4
Juni	251,5	–	35,7	–	35,7	177,9	13,6	24,3	5,2	10,2	16,1	4,3	11,5	39,3
Sept.	251,2	–	35,5	–	35,5	176,8	13,4	24,0	5,1	10,3	15,8	4,4	11,3	39,3
Langfristige Kredite														
2013	1 888,9	1 179,5	1 115,4	935,4	180,0	927,2	302,5	69,1	84,9	37,5	66,3	38,4	52,1	46,8
2014 Sept.	1 910,0	1 187,9	1 133,4	945,6	187,8	932,4	305,8	68,2	87,5	38,0	66,0	39,6	51,4	48,8
Dez.	1 921,0	1 225,7	1 145,2	984,3	160,9	936,1	310,9	66,9	88,8	38,1	65,8	39,9	51,2	62,3
2015 März	1 928,9	1 229,7	1 149,0	987,3	161,7	942,2	312,9	68,1	88,4	38,0	66,3	40,1	52,1	64,2
Juni	1 939,0	1 234,8	1 161,1	992,0	169,1	943,3	317,0	68,3	88,8	38,3	65,7	40,5	49,7	63,2
Sept.	1 957,4	1 244,5	1 174,5	1 001,2	173,3	948,9	318,8	68,8	90,2	38,5	66,0	41,2	49,0	63,6
Kredite insgesamt Veränderungen im Vierteljahr *)														
2014 3.Vj.	+ 13,3	+ 6,6	+ 9,9	+ 5,6	+ 4,3	+ 4,6	+ 2,0	– 2,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 3,7
4.Vj.	+ 8,6	+ 8,5	+ 10,0	+ 8,3	+ 1,7	+ 4,0	+ 3,4	– 4,3	+ 1,4	– 0,4	– 2,2	– 0,1	– 1,0	+ 2,0
2015 1.Vj.	+ 17,9	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 0,3	+ 15,6	+ 1,6	+ 4,5	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,6	+ 4,1
2.Vj.	+ 13,3	+ 4,7	+ 12,6	+ 7,5	+ 5,2	+ 4,1	+ 4,4	+ 0,7	– 0,1	+ 0,5	– 1,8	+ 1,0	– 2,9	+ 1,8
3.Vj.	+ 13,2	+ 9,8	+ 13,6	+ 9,3	+ 4,3	– 0,6	+ 2,0	– 0,5	– 0,1	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,9	– 1,4	– 0,6
Kurzfristige Kredite														
2014 3.Vj.	– 2,2	–	– 0,1	–	– 0,1	– 1,8	+ 0,0	– 1,8	– 0,6	– 0,1	+ 1,5	+ 0,0	– 0,1	+ 3,3
4.Vj.	– 7,6	–	– 0,3	–	– 0,3	– 6,4	– 0,4	– 2,0	+ 0,3	– 0,9	– 1,7	– 0,4	– 0,4	– 2,6
2015 1.Vj.	+ 7,7	–	+ 0,1	–	+ 0,1	+ 7,5	– 0,0	+ 2,2	– 0,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 2,3
2.Vj.	+ 3,2	–	+ 0,6	–	+ 0,6	+ 3,9	+ 0,3	+ 0,7	– 0,5	– 0,0	– 0,9	+ 0,4	– 0,3	+ 2,1
3.Vj.	– 4,7	–	+ 0,1	–	+ 0,1	– 4,8	+ 0,0	– 0,8	– 0,2	– 0,2	+ 2,0	+ 0,0	– 0,7	– 1,2
Mittelfristige Kredite														
2014 3.Vj.	+ 1,3	–	+ 0,1	–	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	– 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	– 0,3
4.Vj.	+ 1,6	–	+ 0,4	–	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,5	– 0,9	– 0,2	+ 0,2	– 0,3	– 0,0	– 0,3	+ 2,0
2015 1.Vj.	+ 0,8	–	– 0,6	–	– 0,6	+ 1,3	– 0,2	+ 1,1	– 0,1	+ 0,1	– 0,2	– 0,0	+ 0,3	+ 0,1
2.Vj.	– 0,1	–	+ 0,4	–	+ 0,4	– 1,2	+ 0,5	– 0,3	– 0,1	+ 0,3	– 0,2	+ 0,1	– 0,2	– 0,1
3.Vj.	– 0,0	–	– 0,2	–	– 0,2	– 0,8	– 0,2	– 0,2	– 0,1	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	– 0,1	+ 0,1
Langfristige Kredite														
2014 3.Vj.	+ 14,2	+ 6,6	+ 9,9	+ 5,6	+ 4,3	+ 5,9	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7
4.Vj.	+ 14,5	+ 8,5	+ 9,9	+ 8,3	+ 1,6	+ 8,6	+ 3,3	– 1,3	+ 1,3	+ 0,2	– 0,1	+ 0,4	– 0,2	+ 2,6
2015 1.Vj.	+ 9,4	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,1	+ 0,8	+ 6,8	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,1	– 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,6
2.Vj.	+ 10,2	+ 4,7	+ 11,6	+ 7,5	+ 4,1	+ 1,3	+ 3,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	– 0,6	+ 0,4	– 2,4	– 0,2
3.Vj.	+ 17,9	+ 9,8	+ 13,7	+ 9,3	+ 4,4	+ 5,0	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	– 0,5	+ 0,6

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen						Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit
darunter:				nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
zusammen	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	darunter:			zusammen	
									Debet-salden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensions-konten					
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
652,4	191,4	37,3	175,2	388,0	49,7	1 059,4	836,6	222,8	147,3	11,9	13,6	3,5	2013	
653,8	192,3	38,0	175,4	389,3	49,1	1 074,2	850,7	223,5	149,3	11,9	13,2	3,5	2014 Sept.	
644,1	188,1	33,9	173,8	389,8	47,9	1 078,6	856,6	222,0	150,0	10,7	14,5	3,8	2014 Dez.	
645,3	188,6	33,8	173,5	390,9	48,2	1 080,0	858,2	221,8	150,0	11,3	14,4	3,9	2015 März	
650,7	190,9	34,8	174,6	393,1	48,1	1 089,6	866,8	222,8	151,6	11,0	14,1	3,5	2015 Juni	
649,0	191,5	32,0	175,9	394,7	47,7	1 103,0	878,4	224,6	153,6	11,0	14,2	3,6	2015 Sept.	
													Kurzfristige Kredite	
54,5	9,3	6,8	12,1	28,1	6,8	35,8	4,2	31,6	1,8	11,9	1,1	0,0	2013	
52,6	8,5	6,3	12,2	27,3	6,9	35,3	4,1	31,2	1,6	11,9	0,8	0,0	2014 Sept.	
52,9	8,5	6,1	11,8	26,6	6,2	34,2	3,7	30,5	1,9	10,7	0,7	0,0	2014 Dez.	
52,6	8,3	5,9	11,1	27,2	6,6	34,4	3,8	30,6	2,1	11,3	0,7	0,0	2015 März	
54,9	8,6	6,9	10,9	27,0	6,6	33,7	4,1	29,5	1,9	11,0	0,6	0,0	2015 Juni	
51,0	8,6	6,2	10,4	26,1	6,3	33,8	4,2	29,6	1,7	11,0	0,6	0,0	2015 Sept.	
													Mittelfristige Kredite	
65,8	9,6	6,8	18,9	32,2	3,6	73,9	23,1	50,8	45,6	-	0,5	0,0	2013	
68,2	9,9	7,2	20,0	32,0	3,6	73,1	22,5	50,6	45,4	-	0,5	0,0	2014 Sept.	
68,2	9,4	7,0	19,8	32,0	3,5	72,8	22,4	50,4	45,2	-	0,5	0,0	2014 Dez.	
67,6	9,7	7,2	19,1	31,9	3,5	72,1	22,1	50,1	45,0	-	0,5	0,0	2015 März	
66,9	9,9	7,0	19,4	32,1	3,6	73,2	22,0	51,2	46,2	-	0,5	0,0	2015 Juni	
66,5	9,9	7,0	19,5	32,3	3,5	73,9	22,1	51,9	46,9	-	0,5	0,0	2015 Sept.	
													Langfristige Kredite	
532,0	172,4	23,7	144,3	327,7	39,3	949,7	809,4	140,3	99,9	-	12,0	3,5	2013	
533,0	173,8	24,5	143,2	330,0	38,6	965,8	824,1	141,7	102,2	-	11,8	3,5	2014 Sept.	
523,0	170,2	20,9	142,2	331,2	38,2	971,6	830,5	141,1	102,8	-	13,4	3,7	2014 Dez.	
525,1	170,5	20,7	143,3	331,8	38,1	973,5	832,3	141,2	102,9	-	13,2	3,9	2015 März	
528,8	172,4	20,8	144,3	333,9	37,9	982,7	840,6	142,1	103,6	-	13,0	3,5	2015 Juni	
531,5	173,0	18,8	146,0	336,3	37,9	995,3	852,1	143,2	105,0	-	13,2	3,6	2015 Sept.	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
- 1,3	+ 0,9	- 1,1	- 0,9	+ 1,2	- 0,4	+ 8,8	+ 7,9	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,0	- 0,0	-	2014 3.Vj.	
+ 8,4	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,4	- 1,2	+ 4,2	+ 6,4	- 2,1	- 0,3	- 1,1	+ 0,4	+ 0,2	2014 4.Vj.	
+ 2,5	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,5	- 0,2	+ 0,1	2015 1.Vj.	
+ 4,9	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,3	- 0,1	+ 9,6	+ 8,6	+ 1,0	+ 1,7	- 0,3	- 0,3	- 0,3	2015 2.Vj.	
- 1,1	+ 0,6	- 1,1	+ 1,4	+ 1,9	- 0,3	+ 13,5	+ 11,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	2015 3.Vj.	
													Kurzfristige Kredite	
- 4,0	- 0,3	- 1,5	- 0,4	- 0,7	- 0,3	- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	2014 3.Vj.	
+ 1,4	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,7	- 0,7	- 1,3	+ 0,1	- 1,4	+ 0,4	- 1,1	+ 0,1	+ 0,0	2014 4.Vj.	
+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,8	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,0	2015 1.Vj.	
+ 2,4	+ 0,3	+ 1,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,5	+ 0,3	- 0,9	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,0	2015 2.Vj.	
- 3,7	+ 0,1	- 0,7	- 0,4	- 1,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	2015 3.Vj.	
													Mittelfristige Kredite	
+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,8	-	+ 0,0	+ 0,0	2014 3.Vj.	
+ 1,4	- 0,3	- 0,0	+ 0,6	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,0	2014 4.Vj.	
+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,7	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	-	- 0,0	+ 0,0	2015 1.Vj.	
- 0,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,1	+ 1,2	-	+ 0,0	- 0,0	2015 2.Vj.	
- 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	2015 3.Vj.	
													Langfristige Kredite	
+ 2,7	+ 1,1	+ 0,4	- 0,0	+ 1,6	- 0,2	+ 8,3	+ 7,9	+ 0,4	+ 0,6	-	- 0,0	- 0,0	2014 3.Vj.	
+ 5,7	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	- 0,4	+ 5,7	+ 6,4	- 0,7	- 0,6	-	+ 0,3	+ 0,3	2014 4.Vj.	
+ 2,4	+ 0,4	- 0,0	+ 1,2	+ 0,6	- 0,2	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,1	-	- 0,2	+ 0,1	2015 1.Vj.	
+ 3,2	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,3	- 0,1	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	+ 0,7	-	- 0,2	- 0,3	2015 2.Vj.	
+ 2,9	+ 0,5	- 0,5	+ 1,7	+ 2,8	- 0,0	+ 12,7	+ 11,4	+ 1,3	+ 1,4	-	+ 0,3	+ 0,1	2015 3.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2014	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,8	66,0	30,9	26,2	1,7		
2014 Nov.	3 116,4	1 517,9	926,7	250,6	676,1	29,2	646,9	605,3	66,5	31,1	26,6	1,7		
2014 Dez.	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,8	66,0	30,9	26,2	1,7		
2015 Jan.	3 128,6	1 537,9	919,5	253,1	666,4	28,6	637,8	606,6	64,7	30,8	25,8	3,2		
2015 Febr.	3 137,7	1 549,4	918,3	254,3	664,0	29,3	634,7	606,1	63,8	30,8	23,7	3,6		
2015 März	3 131,7	1 548,8	916,0	254,0	662,0	30,8	631,1	603,9	63,0	30,7	23,4	3,6		
2015 April	3 140,9	1 572,3	905,2	251,8	653,4	31,3	622,1	601,5	61,9	30,2	23,3	4,0		
2015 Mai	3 158,8	1 597,3	900,5	247,2	653,2	32,3	620,9	600,0	61,0	30,2	23,2	2,2		
2015 Juni	3 151,7	1 600,1	892,9	242,7	650,2	32,9	617,4	598,3	60,4	29,6	23,1	2,2		
2015 Juli	3 179,3	1 612,9	910,4	241,8	668,6	33,6	635,1	596,4	59,5	29,5	22,8	1,7		
2015 Aug.	3 193,8	1 630,7	909,1	241,4	667,7	33,5	634,2	595,2	58,8	29,5	22,7	2,7		
2015 Sept.	3 186,8	1 630,7	903,5	238,9	664,6	33,2	631,4	594,6	58,1	29,5	22,7	2,6		
2015 Okt.	3 197,7	1 655,5	890,2	231,6	658,6	34,7	623,9	594,6	57,5	29,5	22,7	1,9		
Veränderungen *)														
2013	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 22,8	- 31,1	- 0,2	- 30,8	- 7,4	- 17,0	- 1,7	- 2,7	+ 3,6		
2014	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	+ 2,5	- 27,8	- 0,5	- 27,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	- 2,8	- 3,7		
2014 Nov.	+ 19,2	+ 23,4	- 1,4	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,1	- 1,0	- 0,7	- 2,1	+ 0,0	- 0,6	- 0,2		
2014 Dez.	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	+ 6,7	- 6,7	- 0,1	- 6,6	+ 2,4	- 0,5	- 0,2	- 0,4	- 0,1		
2015 Jan.	+ 10,5	+ 20,1	- 7,2	- 3,9	- 3,3	- 0,7	- 2,5	- 1,1	- 1,3	- 0,1	- 0,4	+ 1,6		
2015 Febr.	+ 9,1	+ 11,6	- 1,1	+ 1,3	- 2,4	+ 0,7	- 3,1	- 0,5	- 0,9	- 0,0	- 2,1	+ 0,3		
2015 März	- 6,0	- 0,4	- 2,6	- 0,6	- 2,0	+ 1,5	- 3,6	- 2,2	- 0,8	- 0,1	- 0,3	+ 0,1		
2015 April	+ 9,2	+ 23,5	- 10,8	- 2,2	- 8,6	+ 0,5	- 9,1	- 2,4	- 1,0	- 0,5	- 0,1	+ 0,3		
2015 Mai	+ 17,9	+ 25,0	- 4,7	- 4,5	- 0,2	+ 1,0	- 1,2	- 1,5	- 0,9	- 0,1	- 0,2	- 1,8		
2015 Juni	- 7,1	+ 2,7	- 7,5	- 4,1	- 3,5	+ 0,2	- 3,6	- 1,7	- 0,6	- 0,5	- 0,1	+ 0,1		
2015 Juli	+ 27,5	+ 12,9	+ 17,7	- 0,8	+ 18,5	+ 0,7	+ 17,8	- 1,9	- 1,1	- 0,1	- 0,3	- 0,6		
2015 Aug.	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 0,3	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 1,1		
2015 Sept.	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 2,6	- 3,0	- 0,2	- 2,8	- 0,6	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	- 0,1		
2015 Okt.	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	- 7,2	- 6,0	+ 1,5	- 7,5	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,7		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2014	186,7	52,4	128,2	84,5	43,7	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5		
2014 Nov.	182,6	46,6	130,7	82,3	48,3	6,4	42,0	3,5	1,9	29,3	4,6	0,5		
2014 Dez.	186,7	52,4	128,2	84,5	43,7	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5		
2015 Jan.	184,5	50,7	127,6	84,0	43,6	7,4	36,1	3,8	2,4	29,1	4,8	2,2		
2015 Febr.	186,8	52,4	128,0	85,4	42,7	8,0	34,7	3,8	2,6	29,0	2,9	2,4		
2015 März	187,3	52,9	127,8	84,9	42,9	9,1	33,8	3,8	2,7	28,9	2,8	2,4		
2015 April	185,0	52,3	126,1	83,1	43,0	9,2	33,8	3,8	2,8	28,8	2,8	2,8		
2015 Mai	191,9	58,6	126,5	82,9	43,6	9,6	34,0	3,9	2,9	28,7	2,8	1,3		
2015 Juni	193,8	57,8	129,1	84,7	44,3	9,7	34,7	3,8	3,2	28,3	2,8	1,4		
2015 Juli	189,2	54,0	128,1	84,2	43,9	9,7	34,2	3,7	3,4	28,2	2,8	1,3		
2015 Aug.	197,1	60,8	129,2	85,3	43,8	9,7	34,1	3,7	3,5	28,2	2,8	1,9		
2015 Sept.	197,4	59,8	130,4	86,4	44,0	9,7	34,3	3,7	3,5	28,1	2,9	2,1		
2015 Okt.	191,6	58,7	125,6	81,3	44,3	9,8	34,5	3,7	3,5	28,1	2,9	1,6		
Veränderungen *)														
2013	- 3,8	- 2,9	- 1,4	+ 7,6	- 9,0	+ 0,8	- 9,8	+ 0,5	+ 0,1	- 1,6	- 1,1	+ 1,6		
2014	- 1,2	+ 1,9	- 3,9	+ 2,5	- 6,4	+ 1,0	- 7,4	+ 0,1	+ 0,7	- 1,6	- 0,1	- 4,2		
2014 Nov.	+ 4,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,3		
2014 Dez.	- 0,3	+ 4,1	- 5,1	+ 1,2	- 6,3	+ 0,3	- 6,5	+ 0,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,0		
2015 Jan.	- 2,2	- 1,7	- 0,6	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 1,7		
2015 Febr.	+ 2,4	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,4	- 0,9	+ 0,6	- 1,5	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0	- 1,9	+ 0,2		
2015 März	+ 0,5	+ 0,6	- 0,2	- 0,4	+ 0,2	+ 1,1	- 0,9	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,1		
2015 April	- 2,3	- 0,6	- 1,7	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,4		
2015 Mai	+ 6,9	+ 6,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 1,6		
2015 Juni	+ 1,8	- 0,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,5	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	- 0,0	+ 0,2		
2015 Juli	- 4,7	- 3,8	- 1,1	- 0,7	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,2		
2015 Aug.	+ 7,9	+ 6,8	+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	-	+ 0,6		
2015 Sept.	+ 0,2	- 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2		
2015 Okt.	- 6,2	- 1,1	- 5,1	- 5,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,5		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8		
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014	2 931,5	1 465,4	798,4	172,5	625,9	21,8	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2		
2014 Nov.	2 933,8	1 471,3	796,0	168,3	627,7	22,8	604,9	601,8	64,6	1,8	22,0	1,2		
2014 Dez.	2 931,5	1 465,4	798,4	172,5	625,9	21,8	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2		
2015 Jan.	2 944,1	1 487,2	791,9	169,0	622,8	21,2	601,6	602,8	62,3	1,8	21,0	1,1		
2015 Febr.	2 950,9	1 497,1	790,3	169,0	621,3	21,3	600,0	602,3	61,2	1,8	20,9	1,2		
2015 März	2 944,4	1 495,9	788,2	169,1	619,1	21,7	597,4	600,1	60,2	1,8	20,6	1,2		
2015 April	2 955,9	1 520,0	779,1	168,7	610,4	22,1	588,3	597,7	59,1	1,4	20,5	1,2		
2015 Mai	2 966,9	1 538,7	773,9	164,4	609,6	22,7	586,9	596,2	58,0	1,4	20,4	0,9		
2015 Juni	2 957,9	1 542,3	763,8	157,9	605,9	23,2	582,7	594,6	57,2	1,4	20,3	0,8		
2015 Juli	2 990,1	1 558,9	782,3	157,6	624,7	23,8	600,9	592,7	56,1	1,4	20,0	0,4		
2015 Aug.	2 996,7	1 569,9	780,0	156,1	623,9	23,8	600,1	591,5	55,3	1,4	19,9	0,8		
2015 Sept.	2 989,4	1 570,9	773,0	152,4	620,6	23,5	597,1	590,9	54,6	1,4	19,8	0,5		
2015 Okt.	3 006,2	1 596,7	764,6	150,3	614,3	24,9	589,4	590,9	53,9	1,3	19,8	0,3		
Veränderungen *)														
2013	+ 43,9	+ 121,3	- 52,5	- 30,4	- 22,1	- 1,1	- 21,0	- 7,9	- 17,1	- 0,1	- 1,6	+ 2,0		
2014	+ 70,8	+ 106,0	- 21,4	- 0,0	- 21,4	- 1,5	- 19,9	- 2,5	- 11,2	- 0,4	- 2,7	+ 0,5		
2014 Nov.	+ 15,0	+ 21,5	- 3,6	- 3,3	- 0,3	+ 0,5	- 0,8	- 0,8	- 2,1	- 0,0	- 0,6	+ 0,1		
2014 Dez.	+ 2,0	- 4,3	+ 5,0	+ 5,5	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 2,2	- 0,9	+ 0,0	- 0,5	- 0,0		
2015 Jan.	+ 12,6	+ 21,8	- 6,6	- 3,5	- 3,1	- 0,6	- 2,5	- 1,2	- 1,4	- 0,0	- 0,4	- 0,1		
2015 Febr.	+ 6,6	+ 9,8	- 1,6	- 0,1	- 1,5	+ 0,1	- 1,6	- 0,5	- 1,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,1		
2015 März	- 6,5	- 0,9	- 2,4	- 0,2	- 2,2	+ 0,4	- 2,6	- 2,2	- 1,0	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0		
2015 April	+ 11,5	+ 24,2	- 9,1	- 0,4	- 8,7	+ 0,4	- 9,1	- 2,4	- 1,1	- 0,4	- 0,1	- 0,0		
2015 Mai	+ 10,9	+ 18,7	- 5,1	- 4,3	- 0,8	+ 0,6	- 1,4	- 1,6	- 1,1	- 0,0	- 0,1	- 0,2		
2015 Juni	- 8,8	+ 3,6	- 10,0	- 6,0	- 4,0	+ 0,2	- 4,1	- 1,6	- 0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,1		
2015 Juli	+ 32,2	+ 16,6	+ 18,8	- 0,1	+ 18,9	+ 0,7	+ 18,2	- 1,9	- 1,3	- 0,0	- 0,3	- 0,4		
2015 Aug.	+ 6,6	+ 11,0	- 2,3	- 1,5	- 0,8	- 0,1	- 0,8	- 1,2	- 0,8	- 0,0	- 0,1	+ 0,4		
2015 Sept.	- 7,1	+ 0,9	- 6,7	- 3,7	- 3,0	- 0,1	- 3,0	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,3		
2015 Okt.	+ 17,2	+ 25,9	- 8,1	- 1,8	- 6,3	+ 1,4	- 7,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,2		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8		
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014	1 007,9	457,1	529,1	104,1	425,0	10,4	414,6	6,9	14,9	1,8	16,4	1,2		
2014 Nov.	1 008,1	456,6	529,2	100,9	428,2	10,6	417,7	7,4	14,9	1,8	16,7	1,2		
2014 Dez.	1 007,9	457,1	529,1	104,1	425,0	10,4	414,6	6,9	14,9	1,8	16,4	1,2		
2015 Jan.	1 013,7	467,2	524,8	102,7	422,1	10,3	411,9	6,8	14,8	1,8	16,2	1,1		
2015 Febr.	1 008,7	464,6	522,4	102,3	420,2	10,3	409,9	6,8	14,7	1,8	16,2	1,2		
2015 März	1 007,9	465,9	520,4	102,7	417,7	10,4	407,2	7,0	14,7	1,8	16,0	1,2		
2015 April	1 007,8	474,3	511,9	102,9	408,9	10,6	398,3	7,0	14,6	1,4	16,0	1,2		
2015 Mai	1 006,3	477,1	507,6	100,0	407,6	11,2	396,5	7,0	14,5	1,4	16,0	0,9		
2015 Juni	997,9	476,9	499,5	95,6	403,9	11,7	392,2	7,1	14,4	1,3	16,0	0,8		
2015 Juli	1 025,2	483,1	521,0	97,1	423,9	12,2	411,7	7,1	14,0	1,3	15,8	0,4		
2015 Aug.	1 029,4	488,2	520,1	97,0	423,1	12,1	411,0	7,1	13,9	1,3	15,7	0,8		
2015 Sept.	1 024,3	489,3	514,0	94,5	419,5	11,8	407,7	7,1	13,9	1,3	15,7	0,5		
2015 Okt.	1 031,8	504,5	506,3	93,2	413,1	12,9	400,2	7,1	13,9	1,3	15,8	0,3		
Veränderungen *)														
2013	- 12,0	+ 30,3	- 42,3	- 16,4	- 25,9	+ 1,9	- 27,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,1	- 1,0	+ 2,0		
2014	- 1,4	+ 28,8	- 29,5	- 1,0	- 28,5	+ 0,4	- 28,9	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,8	+ 0,5		
2014 Nov.	- 6,8	- 1,7	- 3,7	- 3,3	- 0,3	+ 1,1	- 1,4	- 0,1	- 1,3	+ 0,0	- 0,4	+ 0,1		
2014 Dez.	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,0	+ 3,9	- 2,8	- 0,1	- 2,8	- 0,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,3	- 0,0		
2015 Jan.	+ 5,7	+ 10,1	- 4,3	- 1,5	- 2,9	- 0,2	- 2,7	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1		
2015 Febr.	- 5,2	- 2,7	- 2,4	- 0,4	- 2,0	+ 0,0	- 2,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1		
2015 März	- 0,7	+ 1,5	- 2,4	+ 0,1	- 2,5	+ 0,1	- 2,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0		
2015 April	- 0,2	+ 8,5	- 8,5	+ 0,2	- 8,8	+ 0,2	- 9,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0		
2015 Mai	- 1,5	+ 2,8	- 4,2	- 2,9	- 1,3	+ 0,6	- 1,8	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,2		
2015 Juni	- 8,1	- 0,2	- 7,9	- 4,0	- 3,9	+ 0,1	- 4,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,1		
2015 Juli	+ 27,5	+ 6,2	+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	+ 0,5	+ 19,6	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,2	- 0,4		
2015 Aug.	+ 4,1	+ 5,1	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 0,7	- 0,0	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,4		
2015 Sept.	- 5,0	+ 1,0	- 5,9	- 2,5	- 3,5	- 0,2	- 3,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,3		
2015 Okt.	+ 8,0	+ 15,3	- 7,3	- 1,0	- 6,4	+ 1,1	- 7,4	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,2		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3. Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4. Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)														
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen													
			inländische Privatpersonen					inländische Privatpersonen													
			zu-	Selb-	wirt-	sonstige		inländische Orga-	zu-	Selb-	wirt-	sonstige									
sammen	ständige	schaftlich Unselbst-	Private-	nisationen ohne Erwerbszweck	sammen	ständige	schaftlich Unselbst-						Private-								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																					
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6									
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6									
2014	1 923,6	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,0	41,8									
2015 Mai	1 960,6	1 061,6	1 030,5	178,8	711,3	140,4	31,1	266,3	252,0	26,9	183,5	41,6									
Juni	1 960,1	1 065,4	1 033,8	176,9	716,6	140,3	31,5	264,4	250,2	26,5	182,4	41,3									
Juli	1 964,8	1 075,8	1 043,6	183,0	720,0	140,6	32,2	261,3	247,5	26,2	180,6	40,7									
Aug.	1 967,3	1 081,6	1 049,4	185,7	722,7	141,0	32,2	259,9	246,3	25,8	180,0	40,6									
Sept.	1 965,2	1 081,6	1 048,9	181,6	725,1	142,2	32,7	259,0	245,6	25,1	179,8	40,6									
Okt.	1 974,4	1 092,3	1 059,7	186,8	731,0	142,0	32,5	258,3	245,0	25,0	178,8	41,2									
Veränderungen *)																					
2013	+ 56,0	+ 91,0	+ 89,7	+ 14,2	+ 62,1	+ 13,5	+ 1,3	- 10,1	- 9,4	- 2,4	- 4,5	- 2,6									
2014	+ 72,3	+ 77,2	+ 74,0	+ 11,7	+ 57,1	+ 5,3	+ 3,2	+ 8,1	+ 7,6	+ 1,9	+ 6,4	- 0,6									
2015 Mai	+ 12,5	+ 15,9	+ 15,1	+ 1,8	+ 11,4	+ 1,9	+ 0,8	- 0,9	- 0,8	- 0,3	- 0,3	- 0,1									
Juni	- 0,7	+ 3,8	+ 3,3	- 1,9	+ 5,3	- 0,2	+ 0,4	- 2,1	- 1,8	- 0,4	- 1,1	- 0,3									
Juli	+ 4,8	+ 10,4	+ 9,7	+ 6,0	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,7	- 2,8	- 2,5	- 0,4	- 1,6	- 0,5									
Aug.	+ 2,5	+ 5,8	+ 5,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 0,3	+ 0,1	- 1,5	- 1,2	- 0,4	- 0,6	- 0,2									
Sept.	- 2,1	- 0,0	- 0,5	- 4,1	+ 2,4	+ 1,2	+ 0,5	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,1	+ 0,1									
Okt.	+ 9,2	+ 10,6	+ 10,8	+ 5,2	+ 5,8	- 0,3	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 0,2	- 0,5	+ 0,1									

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zu-	Sicht-	Termineinlagen		Spar-	Nach-	zu-	Sicht-	Termineinlagen		Spar-	Nach-
				ein-	bis					über	ein-		
	sammen	einlagen	1 Jahr	1 Jahr	einlagen und Spar-	richtlich: Treuhand-	sammen	einlagen	1 Jahr	1 Jahr	einlagen und Spar-	richtlich: Treuhand-	
	insgesamt	insgesamt	inschl.	inschl.	briefe 2)	kredite	insgesamt	insgesamt	inschl.	inschl.	briefe 2)	kredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6
2014	186,7	10,5	2,6	2,4	5,5	0,1	14,6	40,2	13,4	10,4	15,8	0,7	14,1
2015 Mai	191,9	9,5	3,0	3,0	3,4	0,1	14,6	45,0	12,6	15,4	16,3	0,7	13,7
Juni	193,8	10,9	3,5	4,1	3,3	0,1	14,3	47,6	13,3	17,2	16,4	0,7	13,6
Juli	189,2	8,9	3,2	2,5	3,2	0,1	14,3	47,0	12,8	17,2	16,3	0,8	13,5
Aug.	197,1	9,7	3,2	3,5	3,0	0,1	14,3	48,1	13,1	18,0	16,2	0,8	13,5
Sept.	197,4	10,5	3,5	3,9	2,9	0,1	14,3	52,1	14,6	20,4	16,4	0,8	13,5
Okt.	191,6	8,7	3,3	2,5	2,8	0,1	14,3	48,9	14,6	17,2	16,2	0,8	13,5
Veränderungen *)													
2013	- 3,8	- 9,8	- 0,8	+ 1,8	- 10,8	- 0,0	- 0,7	- 4,2	+ 0,8	- 3,8	- 1,1	+ 0,0	- 0,9
2014	- 1,2	- 3,3	- 0,3	- 2,9	- 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 3,7	+ 2,8	+ 0,4	- 7,2	+ 0,4	- 0,5
2015 Mai	+ 6,9	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 3,6	- 0,4	- 3,2	- 0,0	- 0,0	- 0,1
Juni	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,1	- 0,1	- 0,0	- 0,3	+ 2,6	+ 0,7	+ 1,9	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1
Juli	- 4,7	- 2,0	- 0,3	- 1,6	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,6	- 0,5	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,1
Aug.	+ 7,9	+ 0,8	+ 0,0	+ 1,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Sept.	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 4,0	+ 1,4	+ 2,4	+ 0,2	- 0,0	- 0,0
Okt.	- 6,2	- 1,8	- 0,3	- 1,4	- 0,1	-	+ 0,0	- 3,2	+ 0,0	- 3,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:									
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	–	2012
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,2	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	–	2014
14,3	64,4	201,9	11,5	190,4	589,1	579,7	9,4	43,5	0,0	4,4	–	2015 Mai
14,2	62,4	202,0	11,5	190,5	587,5	578,2	9,3	42,8	0,0	4,3	–	Juni
13,8	60,5	200,8	11,6	189,2	585,6	576,3	9,3	42,1	0,0	4,2	–	Juli
13,5	59,1	200,7	11,7	189,1	584,4	575,1	9,3	41,4	0,0	4,2	–	Aug.
13,4	57,9	201,1	11,7	189,4	583,8	574,5	9,3	40,7	0,0	4,1	–	Sept.
13,3	57,0	201,2	12,0	189,2	583,8	574,5	9,3	40,0	0,0	4,0	–	Okt.
Veränderungen ^{*)}												
– 0,7	– 14,0	+ 3,9	– 3,0	+ 6,8	– 8,7	– 8,3	– 0,4	– 16,2	– 0,0	– 0,6	–	2013
+ 0,5	+ 1,0	+ 7,1	– 2,0	+ 9,0	– 2,1	– 1,9	– 0,3	– 10,9	+ 0,0	– 1,9	–	2014
– 0,1	– 1,3	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	– 1,6	– 1,4	– 0,2	– 1,0	– 0,0	– 0,1	–	2015 Mai
– 0,3	– 2,0	– 0,1	+ 0,0	– 0,1	– 1,6	– 1,6	– 0,0	– 0,7	+ 0,0	– 0,1	–	Juni
– 0,4	– 1,6	– 1,2	+ 0,1	– 1,4	– 1,9	– 1,9	– 0,0	– 0,9	– 0,0	– 0,1	–	Juli
– 0,3	– 1,4	– 0,0	+ 0,1	– 0,1	– 1,2	– 1,2	+ 0,0	– 0,7	– 0,0	– 0,0	–	Aug.
– 0,1	– 1,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	– 0,6	– 0,6	– 0,0	– 0,7	+ 0,0	– 0,0	–	Sept.
– 0,2	– 0,9	+ 0,1	+ 0,3	– 0,2	– 0,0	+ 0,0	– 0,0	– 0,7	– 0,0	– 0,1	–	Okt.

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
48,0	25,3	11,2	7,0	4,5	0,4	88,0	11,1	60,6	15,4	0,9	–	2014
49,4	26,6	10,3	7,5	5,0	0,3	88,2	16,4	54,3	16,5	1,0	–	2015 Mai
47,6	24,8	10,0	7,7	5,1	0,4	87,8	16,2	53,5	17,0	1,0	–	Juni
46,4	24,0	9,7	7,5	5,1	0,4	86,9	14,0	54,8	16,9	1,2	–	Juli
51,9	28,7	10,3	7,7	5,2	0,4	87,5	15,8	53,6	17,0	1,1	–	Aug.
49,4	25,8	10,5	7,9	5,2	0,4	85,3	15,8	51,6	16,8	1,1	–	Sept.
48,3	24,9	10,1	8,1	5,2	0,4	85,7	15,9	51,5	17,2	1,1	–	Okt.
Veränderungen ^{*)}												
+ 1,1	+ 0,5	– 0,6	+ 0,7	+ 0,5	– 0,0	+ 9,1	– 3,4	+ 10,1	+ 2,3	+ 0,1	– 0,0	2013
+ 2,9	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	– 0,0	+ 2,9	– 2,4	+ 4,6	+ 0,6	– 0,0	– 0,0	2014
+ 5,4	+ 4,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	– 0,0	+ 5,1	+ 2,1	+ 2,5	+ 0,5	+ 0,1	–	2015 Mai
– 1,7	– 1,7	– 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	– 0,5	– 0,2	– 0,8	+ 0,5	+ 0,1	–	Juni
– 1,1	– 0,8	– 0,3	– 0,1	+ 0,0	+ 0,0	– 1,0	– 2,2	+ 1,2	– 0,2	+ 0,1	–	Juli
+ 5,4	+ 4,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	–	+ 0,6	+ 1,8	– 1,2	+ 0,1	– 0,1	–	Aug.
– 2,6	– 2,8	+ 0,1	+ 0,1	– 0,0	– 0,0	– 1,9	+ 0,1	– 1,9	– 0,2	+ 0,1	–	Sept.
– 1,3	– 1,0	– 0,4	+ 0,2	– 0,0	–	+ 0,1	+ 0,1	– 0,4	+ 0,4	– 0,0	–	Okt.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. **3**.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €															
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an					
Zeit	von Inländern						von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist	zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9		
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6		
2014	617,0	607,8	531,3	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	6,1	79,8	66,0	51,4	13,8		
2015 Juni	607,5	598,3	528,7	380,4	69,7	56,0	9,2	7,5	0,2	70,1	60,4	48,3	9,7		
Juli	605,6	596,4	528,3	378,7	68,2	54,5	9,1	7,4	0,2	68,7	59,5	43,7	9,2		
Aug.	604,3	595,2	528,5	379,6	66,6	52,9	9,1	7,4	0,2	67,9	58,8	43,2	9,1		
Sept.	603,6	594,6	529,3	377,9	65,2	51,5	9,0	7,4	0,2	67,0	58,1	42,8	8,9		
Okt.	603,6	594,6	530,7	379,5	64,0	50,2	9,0	7,4	0,2	66,3	57,5	42,2	8,8		
Veränderungen *)															
2013	- 8,0	- 7,4	+ 4,0	- 4,4	- 11,3	- 12,4	- 0,7	- 0,2	.	- 18,4	- 17,0	- 9,3	- 1,4		
2014	- 3,0	- 2,4	- 2,4	- 13,0	+ 0,0	- 1,0	- 0,6	- 0,5	.	- 12,3	- 10,6	- 7,8	- 1,8		
2015 Juni	- 1,7	- 1,7	- 0,4	- 8,8	- 1,3	- 1,4	- 0,0	+ 0,0	.	- 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,2		
Juli	- 2,0	- 1,9	- 0,4	- 1,7	- 1,5	- 1,6	- 0,1	- 0,0	.	- 1,7	- 1,1	- 0,9	- 0,5		
Aug.	- 1,3	- 1,3	+ 0,3	+ 0,9	- 1,5	- 1,5	- 0,1	- 0,0	.	- 0,8	- 0,7	- 0,4	- 0,1		
Sept.	- 0,7	- 0,6	+ 0,8	- 1,7	- 1,4	- 1,5	- 0,0	- 0,0	.	- 0,9	- 0,7	- 0,4	- 0,2		
Okt.	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,6	- 1,3	- 1,3	- 0,0	- 0,0	.	- 0,7	- 0,6	- 0,5	- 0,1		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldver- schreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	ins- gesamt	darunter:								ins- gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null- Kupon- Anleihen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	mit Laufzeit								
						zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)	zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)					über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014	1 114,2	286,4	26,3	354,0	69,2	83,6	1,8	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2015 Juni	1 125,1	248,2	28,4	388,6	86,3	104,2	2,5	23,2	5,4	997,8	0,3	0,2	37,1	1,2
Juli	1 126,9	242,5	28,8	394,1	83,5	102,1	2,7	23,3	5,6	1 001,5	0,3	0,2	37,2	0,7
Aug.	1 118,0	237,6	30,6	390,0	85,2	105,6	2,5	24,7	5,7	987,7	0,2	0,2	37,0	0,7
Sept.	1 121,2	232,0	32,9	388,1	92,2	115,4	2,3	25,9	5,5	979,9	0,2	0,2	37,0	0,5
Okt.	1 132,2	227,7	32,0	396,3	97,2	119,9	2,5	27,4	5,9	984,9	0,3	0,2	36,8	0,5
Veränderungen *)														
2013	- 122,4	- 30,9	- 5,3	- 41,2	- 4,1	- 7,4	- 0,4	- 16,6	+ 0,1	- 98,4	+ 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0
2014	- 28,7	- 29,5	+ 0,0	+ 32,7	+ 14,4	+ 14,6	- 0,7	- 8,4	+ 0,6	- 35,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2
2015 Juni	- 18,7	- 6,1	- 1,1	- 7,6	- 7,1	- 8,3	- 0,0	- 0,8	- 0,2	- 9,6	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	-
Juli	+ 1,7	- 5,7	+ 0,4	+ 5,5	- 2,8	- 2,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 3,7	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5
Aug.	- 8,9	- 4,9	+ 1,8	- 4,1	+ 1,7	+ 3,5	- 0,2	+ 1,4	+ 0,1	- 13,8	- 0,1	- 0,0	- 0,2	-
Sept.	+ 3,3	- 5,7	+ 2,3	- 1,9	+ 7,0	+ 9,8	- 0,1	+ 1,2	- 0,2	- 7,7	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2
Okt.	+ 11,0	- 4,4	- 1,0	+ 8,3	+ 5,1	+ 4,5	+ 0,2	+ 1,5	+ 0,4	+ 5,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats-ende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bungen 3)	Baudarlehen		Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Sicht- und Termin-gelder	Sicht- und Termin-gelder 6)						
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite				sonstige Baudar-lehen					
Alle Bausparkassen																
2013	22	205,2	43,6	0,0	16,9	21,0	82,5	17,0	17,6	1,6	21,1	149,0	5,7	4,0	9,0	105,4
2014	21	211,6	45,6	0,0	16,6	18,7	87,2	17,3	20,6	1,9	21,3	156,8	5,2	2,8	9,2	94,6
2015 Aug.	21	213,3	44,2	0,0	17,6	16,8	90,7	17,5	21,3	2,0	22,3	157,1	5,1	2,7	9,6	7,8
Sept.	21	214,4	44,4	0,0	17,6	16,5	91,7	17,6	21,5	2,0	22,5	157,4	5,3	2,8	9,6	8,0
Okt.	21	214,9	44,7	0,0	17,6	16,3	92,0	17,6	21,7	2,0	22,9	157,2	5,3	3,1	9,6	9,4
Private Bausparkassen																
2015 Aug.	12	148,1	27,4	-	9,6	12,2	70,8	14,9	9,0	1,3	18,4	103,4	4,8	2,7	6,4	4,9
Sept.	12	149,1	27,7	-	9,6	12,0	71,6	15,1	9,0	1,3	18,5	103,8	5,0	2,8	6,4	5,0
Okt.	12	149,6	28,0	-	9,6	11,9	71,8	15,1	9,2	1,3	18,9	103,6	4,9	3,1	6,4	5,7
Öffentliche Bausparkassen																
2015 Aug.	9	65,2	16,8	0,0	7,9	4,6	20,0	2,6	12,3	0,7	3,9	53,7	0,3	-	3,2	2,9
Sept.	9	65,3	16,7	0,0	8,0	4,5	20,1	2,5	12,5	0,7	4,0	53,6	0,3	-	3,2	3,0
Okt.	9	65,3	16,7	0,0	8,0	4,4	20,3	2,5	12,5	0,7	3,9	53,6	0,3	-	3,2	3,7

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen-de Auszahlungs-verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar-darlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohn-ungs-bau-prämien 12)	
	eingezahlte Bauspar-be-träge 9)	Zinsgut-schriften auf Bauspar-einlagen	Rückzah-lungen von Bauspar-einlagen aus nicht zuge-teilten Ver-trägen	ins-gesamt	darunter Netto-Zutei-lungen 11)	Zuteilungen		neu ge-währte Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite und sonstige Bau-darlehen	darunter zur Ab-lösung von Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-krediten	darunter zur Ab-lösung von Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-krediten	ins-gesamt	dar-unter aus Zutei-lungen	ins-gesamt	darunter Til-gungen im Quartal		
						Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 9)									
Alle Bausparkassen																
2013	29,7	2,6	6,7	47,9	30,3	41,3	18,0	4,3	6,5	3,7	16,8	13,9	8,0	11,6	9,4	0,4
2014	29,5	2,5	6,5	45,7	27,9	39,9	16,7	4,2	6,1	3,6	17,1	14,5	8,0	10,1	8,4	0,4
2015 Aug.	2,2	0,0	0,6	4,2	2,5	3,8	1,7	0,3	0,4	0,3	1,6	16,6	8,5	0,7		0,0
Sept.	2,2	0,0	0,6	3,6	2,0	3,5	1,4	0,3	0,4	0,2	1,7	16,2	8,3	0,8	2,1	0,0
Okt.	2,1	0,0	0,6	4,3	2,7	3,8	1,7	0,4	0,5	0,3	1,6	16,1	8,3	0,7		0,0
Private Bausparkassen																
2015 Aug.	1,4	0,0	0,3	3,1	1,8	2,9	1,3	0,3	0,3	0,2	1,3	11,7	5,0	0,5		0,0
Sept.	1,5	0,0	0,3	2,6	1,4	2,6	0,9	0,2	0,3	0,2	1,4	11,6	5,0	0,6	1,5	0,0
Okt.	1,4	0,0	0,3	3,2	1,9	2,9	1,2	0,3	0,4	0,3	1,3	11,6	5,0	0,5		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2015 Aug.	0,8	0,0	0,3	1,1	0,7	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,9	3,5	0,2		0,0
Sept.	0,7	0,0	0,3	1,0	0,7	0,9	0,5	0,1	0,1	0,1	0,4	4,6	3,3	0,2	0,6	0,0
Okt.	0,8	0,0	0,3	1,1	0,8	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,2	0,2		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite				Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands		
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken		insgesamt	zusammen	an deutsche Nichtbanken				an ausländische Nichtbanken	
Auslandsfilialen															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2012	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8	
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2014	56	205	1 926,2	548,8	532,2	201,2	331,0	16,5	593,5	473,1	14,0	459,1	120,5	783,8	551,9	
2014 Dez.	56	205	1 926,2	548,8	532,2	201,2	331,0	16,5	593,5	473,1	14,0	459,1	120,5	783,8	551,9	
2015 Jan.	54	202	2 269,7	609,8	593,0	222,4	370,7	16,8	656,5	532,1	14,6	517,5	124,4	1 003,3	714,1	
Febr.	53	202	2 152,9	589,9	573,2	208,7	364,5	16,7	666,9	539,4	14,7	524,7	127,5	896,1	626,0	
März	53	201	2 175,3	602,0	585,8	218,5	367,3	16,2	668,1	547,7	14,9	532,8	120,4	905,2	660,9	
April	53	200	2 127,8	622,4	606,5	210,0	396,5	15,9	660,4	535,8	14,8	521,0	124,6	845,1	588,5	
Mai	53	201	2 109,5	630,1	613,5	198,6	414,9	16,6	650,5	521,1	14,7	506,4	129,4	828,9	576,7	
Juni	53	201	1 970,5	578,9	561,3	196,5	364,8	17,6	642,2	520,2	14,5	505,6	122,1	749,3	513,7	
Juli	53	203	1 983,3	579,6	561,7	199,1	362,6	17,9	632,2	512,8	14,5	498,3	119,5	771,5	538,8	
Aug.	52	202	1 966,9	602,1	584,4	189,0	395,4	17,7	627,2	511,0	14,3	496,7	116,2	737,6	544,1	
Sept.	51	199	1 977,3	586,4	568,5	180,7	387,8	17,9	624,9	507,9	13,9	494,0	117,0	766,0	552,1	
Veränderungen *)																
2013	+ 1	- 1	- 279,1	- 98,0	- 97,7	- 37,9	- 59,8	- 0,3	- 13,7	- 2,1	- 5,9	+ 3,8	- 11,7	- 167,4	- 186,2	
2014	-	- 4	+ 119,6	+ 74,4	+ 72,2	+ 59,6	+ 12,6	+ 2,2	+ 38,0	+ 31,4	+ 3,0	+ 28,4	+ 6,6	+ 7,5	+ 66,4	
2015 Jan.	- 2	- 3	+ 294,7	+ 38,7	+ 39,0	+ 21,1	+ 17,9	- 0,4	+ 39,0	+ 38,9	+ 0,7	+ 38,2	+ 0,1	+ 217,1	+ 162,1	
Febr.	- 1	-	- 122,8	- 21,9	- 21,7	- 13,6	- 8,0	- 0,2	+ 6,5	+ 4,0	+ 0,0	+ 3,9	+ 2,5	- 107,4	- 88,0	
März	-	- 1	- 7,1	- 1,1	- 0,3	+ 9,8	- 10,1	- 0,8	- 13,0	- 3,8	+ 0,2	- 4,0	- 9,2	+ 7,1	+ 34,8	
April	-	- 1	- 21,6	+ 31,9	+ 31,9	- 8,5	+ 40,5	- 0,0	+ 5,4	- 0,7	- 0,1	- 0,6	+ 6,1	- 58,9	- 72,4	
Mai	-	+ 1	- 20,0	+ 1,6	+ 1,0	- 11,4	+ 12,4	+ 0,6	- 16,9	- 20,6	- 0,1	- 20,5	+ 3,7	- 16,1	- 16,7	
Juni	-	-	- 137,5	- 45,7	- 46,8	- 2,1	- 44,7	+ 1,1	- 2,7	+ 3,8	- 0,1	+ 3,9	- 6,5	- 78,1	- 59,0	
Juli	± 0	+ 2	+ 11,1	- 4,4	- 4,5	+ 2,6	+ 7,1	+ 0,2	- 16,6	- 13,0	- 0,1	- 12,9	- 3,6	+ 20,5	+ 21,1	
Aug.	- 1	- 1	+ 14,3	+ 28,9	+ 28,9	+ 10,1	+ 38,9	+ 0,0	+ 4,2	+ 6,1	- 0,2	+ 6,2	- 1,9	+ 31,9	+ 10,5	
Sept.	- 1	- 3	+ 10,3	- 15,7	- 15,9	- 8,4	- 7,6	+ 0,2	- 1,8	- 2,7	- 0,4	- 2,3	+ 0,9	+ 28,3	+ 8,1	
Auslandstöchter															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2012	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-	
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2014	28	63	389,4	154,5	137,9	83,4	54,5	16,7	172,7	141,2	21,6	119,5	31,5	62,2	-	
2014 Dez.	28	63	389,4	154,5	137,9	83,4	54,5	16,7	172,7	141,2	21,6	119,5	31,5	62,2	-	
2015 Jan.	28	63	410,8	164,8	147,7	86,7	61,0	17,1	181,3	148,0	22,5	125,5	33,4	64,7	-	
Febr.	28	63	405,8	161,7	146,7	85,2	61,5	15,0	183,5	150,7	22,4	128,3	32,8	60,6	-	
März	28	63	412,4	163,5	148,5	86,9	61,6	15,0	187,0	154,5	22,4	132,1	32,6	61,8	-	
April	27	62	404,1	161,8	147,0	85,9	61,1	14,8	184,1	152,7	22,3	130,4	31,5	58,2	-	
Mai	27	62	406,3	165,5	151,2	88,4	62,8	14,3	185,7	155,1	22,1	132,9	30,6	55,0	-	
Juni	27	62	386,0	140,5	124,6	67,1	57,4	15,9	188,8	155,6	22,9	132,7	33,1	56,7	-	
Juli	25	60	377,2	131,4	116,0	65,2	50,9	15,4	190,0	156,3	22,5	133,8	33,7	55,8	-	
Aug.	25	60	382,5	136,1	121,6	67,2	54,4	14,5	185,4	152,3	22,4	129,9	33,1	61,0	-	
Sept.	25	59	386,2	133,4	119,3	58,0	61,2	14,1	186,1	152,0	22,8	129,2	34,2	66,7	-	
Veränderungen *)																
2013	- 2	- 8	- 28,7	- 9,0	- 5,7	- 3,1	- 2,7	- 3,3	- 17,2	- 11,5	- 4,6	- 7,0	- 5,7	- 2,5	-	
2014	- 5	- 12	- 46,7	- 39,9	- 26,3	- 8,0	- 18,2	- 13,6	- 17,0	- 11,4	- 4,4	- 7,0	- 5,6	+ 10,1	-	
2015 Jan.	-	-	+ 13,8	+ 6,5	+ 6,6	+ 3,3	+ 3,4	- 0,1	+ 4,9	+ 3,0	+ 0,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,5	-	
Febr.	-	-	- 5,6	- 3,4	- 1,2	- 1,5	+ 0,3	- 2,1	+ 1,9	+ 2,5	- 0,1	+ 2,5	- 0,6	- 4,1	-	
März	-	-	+ 2,6	- 0,2	+ 0,2	+ 1,8	- 1,6	- 0,4	+ 1,6	+ 1,8	- 0,0	+ 1,9	- 0,2	+ 1,2	-	
April	- 1	- 1	- 4,7	+ 0,1	- 0,1	- 1,1	+ 1,0	+ 0,2	- 1,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 1,1	- 3,6	-	
Mai	-	-	+ 0,1	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,5	+ 0,9	- 0,7	+ 0,5	+ 1,3	- 0,1	+ 1,5	- 0,8	- 3,2	-	
Juni	-	-	- 18,7	- 24,3	- 26,0	- 21,3	- 4,8	+ 1,7	+ 3,9	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 2,5	+ 1,7	-	
Juli	- 2	- 2	- 10,4	- 9,9	- 9,2	- 2,0	- 7,2	- 0,7	+ 0,4	- 0,2	- 0,4	+ 0,2	+ 0,6	- 1,0	-	
Aug.	-	-	+ 7,9	+ 5,8	+ 6,5	+ 2,0	+ 4,5	- 0,7	- 3,3	- 2,7	- 0,1	- 2,6	- 0,6	+ 5,3	-	
Sept.	-	- 1	+ 3,9	- 2,6	- 2,3	- 9,1	+ 6,9	- 0,4	+ 0,8	- 0,2	+ 0,4	- 0,6	+ 1,0	+ 5,7	-	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
von Banken (MFIs)				von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Geldmarkt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	ins- gesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands			
insgesamt	zu- sammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	ins- gesamt	deutsche Nichtbanken 4)							auslän- dische Nicht- banken		
					zu- sammen	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												Auslandsfilialen		
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013	
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	2014	
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	2014 Dez.	
1 172,6	800,9	443,0	357,9	371,8	23,5	18,4	5,2	348,3	133,2	46,4	917,4	718,3	2015 Jan.	
1 161,1	786,5	436,9	349,6	374,6	24,1	18,9	5,2	350,5	139,4	47,8	804,6	625,6	Febr.	
1 153,3	781,8	424,9	356,9	371,5	24,9	19,6	5,3	346,6	145,8	48,4	827,7	661,5	März	
1 189,2	819,1	428,2	390,9	370,1	24,4	19,0	5,3	345,7	142,2	47,7	748,8	586,8	April	
1 191,2	822,8	425,5	397,2	368,4	22,5	17,1	5,4	345,9	144,3	48,2	725,9	574,7	Mai	
1 139,6	798,9	433,8	365,1	340,7	20,4	15,3	5,1	320,3	144,5	47,7	638,7	509,5	Juni	
1 143,4	792,8	417,7	375,1	350,5	20,4	15,8	4,7	330,1	144,1	47,6	648,1	536,0	Juli	
1 144,2	797,5	416,5	381,0	346,7	19,9	15,4	4,6	326,8	138,3	47,3	637,1	537,1	Aug.	
1 122,3	774,4	419,2	355,3	347,8	19,4	14,9	4,5	328,4	141,6	47,3	666,1	544,8	Sept.	
Veränderungen *)												Auslandstöchter		
- 142,1	- 118,2	- 44,3	- 74,0	- 23,9	- 10,4	- 7,7	- 2,7	- 13,4	- 1,5	+ 1,2	- 136,7	- 186,7	2013	
+ 101,5	+ 112,9	+ 89,2	+ 23,6	- 11,4	- 3,7	- 3,0	- 0,7	- 7,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 11,1	+ 73,4	2014	
+ 94,4	+ 42,7	+ 26,7	+ 16,0	+ 51,7	+ 2,9	+ 2,2	+ 0,7	+ 48,8	+ 4,8	+ 1,2	+ 194,2	+ 160,7	2015 Jan.	
- 15,5	- 16,2	- 6,1	- 10,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 6,2	+ 1,4	- 114,8	- 92,7	Febr.	
- 27,6	- 15,6	- 11,9	- 3,7	- 11,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,1	- 12,8	+ 6,4	+ 0,6	+ 13,5	+ 35,8	März	
+ 53,4	+ 47,1	+ 3,3	+ 43,8	+ 6,3	- 0,5	- 0,6	+ 0,0	+ 6,8	- 3,6	- 0,7	- 70,6	- 74,6	April	
- 4,0	- 2,2	- 2,7	+ 0,5	- 1,9	- 1,9	- 2,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	- 22,9	- 17,4	Mai	
- 46,0	- 18,5	+ 8,3	- 26,8	- 27,5	- 2,0	- 1,7	- 0,3	- 25,5	+ 1,8	- 0,5	- 87,2	- 60,9	Juni	
+ 1,6	+ 11,3	- 16,1	+ 4,9	+ 9,7	- 0,0	+ 0,5	- 0,5	+ 9,7	- 2,1	- 0,0	+ 9,4	+ 22,1	Juli	
+ 7,6	+ 11,2	- 1,2	+ 12,4	- 3,5	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 3,0	- 3,8	- 0,3	- 11,0	+ 6,7	Aug.	
- 22,1	- 23,2	+ 2,7	- 25,9	+ 1,1	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 1,6	+ 3,2	+ 0,0	+ 29,0	+ 7,7	Sept.	
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013	
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	2014	
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	2014 Dez.	
311,9	183,0	104,6	78,4	128,9	19,7	14,4	5,4	109,2	19,4	26,5	53,0	-	2015 Jan.	
310,6	183,8	105,1	78,7	126,8	18,1	12,9	5,3	108,7	17,8	26,7	50,8	-	Febr.	
316,1	182,7	102,1	80,6	133,4	18,5	13,3	5,2	114,9	17,6	27,1	51,6	-	März	
313,7	179,1	99,3	79,8	134,5	14,9	13,1	1,8	119,7	16,4	26,2	47,9	-	April	
320,5	185,9	102,2	83,7	134,6	14,0	12,3	1,8	120,6	13,4	26,9	45,5	-	Mai	
296,1	157,1	79,5	77,6	139,0	14,1	11,6	2,5	125,0	18,4	26,8	44,7	-	Juni	
289,0	155,5	78,2	77,3	133,5	14,2	11,7	2,5	119,4	17,9	26,4	43,9	-	Juli	
298,2	160,9	82,3	78,6	137,3	13,9	11,4	2,5	123,3	14,3	26,2	43,8	-	Aug.	
301,6	168,9	94,6	74,3	132,7	14,4	11,9	2,5	118,2	14,4	26,3	44,0	-	Sept.	
Veränderungen *)												Auslandstöchter		
- 18,9	- 4,6	- 7,0	+ 2,4	- 14,3	- 3,6	- 1,4	- 2,2	- 10,7	- 3,6	- 2,1	- 4,1	-	2013	
- 45,5	- 32,4	- 12,3	- 20,1	- 13,1	+ 1,8	- 1,9	+ 3,8	- 14,9	- 3,0	- 4,0	+ 5,8	-	2014	
+ 9,7	+ 6,6	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,1	+ 0,6	- 0,1	- 0,4	+ 3,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 2,5	-	2015 Jan.	
- 1,9	+ 0,5	+ 0,5	- 0,1	- 2,3	- 1,6	- 1,5	- 0,1	- 0,7	- 1,6	+ 0,2	- 2,3	-	Febr.	
+ 2,6	- 2,8	- 3,0	+ 0,1	+ 5,4	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 5,1	- 0,1	+ 0,4	- 0,2	-	März	
+ 0,4	- 1,9	- 2,8	+ 0,9	+ 2,2	- 3,6	- 0,2	- 3,4	+ 5,8	- 1,2	- 0,9	- 2,9	-	April	
+ 5,3	+ 5,8	+ 2,9	+ 2,9	- 0,5	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 0,8	- 3,0	-	Mai	
- 23,1	- 28,0	- 22,7	- 5,3	+ 4,8	+ 0,0	- 0,7	+ 0,7	+ 4,8	+ 5,0	- 0,1	- 0,4	-	Juni	
- 8,5	- 2,5	- 1,3	- 1,2	- 6,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 6,1	- 0,5	- 0,4	- 1,1	-	Juli	
+ 11,0	+ 6,5	+ 4,1	+ 2,4	+ 4,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	+ 4,7	- 3,6	- 0,2	+ 0,6	-	Aug.	
+ 3,4	+ 8,0	+ 12,3	- 4,3	- 4,6	+ 0,5	+ 0,5	- 0,0	- 5,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-	Sept.	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2009	10 530,2	210,6	210,1	211,3	1,2	0,0
2010	10 559,5	211,2	210,7	212,4	1,7	0,0
2011	10 376,3	207,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012 8)	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 9)	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015 Sept.	11 368,6	113,7	113,2	465,3	352,1	0,0
Okt. p)	11 351,4	113,5	113,1	493,8	380,8	...
Nov.
Dez. p)	113,3

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2009	2 507 906	23,8	50 158	49 971	50 297	326	0
2010	2 530 997	24,0	50 620	50 435	51 336	901	0
2011	2 666 422	25,7	53 328	53 145	54 460	1 315	1
2012 8)	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015 Sept.	3 121 668	27,5	31 217	31 045	151 238	120 193	0
Okt. p)	3 133 471	27,6	31 335	31 163	150 671	119 508	0
Nov.
Dez. p)	3 137 353	...	31 374	31 202

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken und Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben und Bausparkassen
2009	11 165	7 885	1 461	18 040	9 400	652	1 368
2010	10 633	7 949	1 845	18 128	9 914	556	1 409
2011	10 459	8 992	3 078	18 253	10 230	601	1 531
2012 8)	5 388	4 696	2 477	9 626	5 262	248	871
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 479	239	906
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 753	216	934
2015 Sept.	6 313	5 261	1 962	10 155	6 018	224	1 111
Okt. p)	6 219	5 217	2 102	10 248	6 039	223	1 114
Nov.
Dez.	6 105	5 199	2 012	10 432	6 099	226	1 127

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs in der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2009	1 473 296	6 814	309 908	572 127	145 759
2010	1 484 334	2 376	344 440	594 119	105 728
2011	1 609 904	3 298	354 235	596 833	102 153
2012 8)	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015 Sept.	2 037 360	2 631	399 234	593 621	88 815
Okt. p)	2 050 940	2 368	395 402	592 510	92 246
Nov.
Dez.	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren beträgt 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve 5 Durch-

schnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 9 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Litauen in Höhe von 0,154 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2014 betrug 106,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungs- satz				Festsatz	Mindest- bietungs- satz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2015 9. Dez.	–0,30	0,05	–	0,30
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25					
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszins- satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83
1. Juli	1,95		
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		
2008 1. Jan.	3,32		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Laufzeit
		Festsatz	Mindest- bietungs- satz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte						
2015 11. Nov.	62 532	62 532	0,05	–	–	7
18. Nov.	60 527	60 527	0,05	–	–	7
25. Nov.	73 774	73 774	0,05	–	–	7
2. Dez.	69 815	69 815	0,05	–	–	7
9. Dez.	69 094	69 094	0,05	–	–	7
16. Dez.	68 571	68 571	0,05	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte						
2015 1. Okt.	11 842	11 842	2) ...	–	–	77
29. Okt.	18 125	18 125	2) ...	–	–	91
26. Nov.	21 777	21 777	2) ...	–	–	91
16. Dez.	18 304	18 304	0,05	–	–	1 015

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungsatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA 1)	EURIBOR 2)					
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Neunmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2015 Mai	–0,11	–0,11	–0,05	–0,01	0,06	0,10	0,17
Juni	–0,12	–0,12	–0,06	–0,01	0,05	0,10	0,16
Juli	–0,12	–0,13	–0,07	–0,02	0,05	0,10	0,17
Aug.	–0,12	–0,14	–0,09	–0,03	0,04	0,09	0,16
Sept.	–0,14	–0,15	–0,11	–0,04	0,04	0,09	0,15
Okt.	–0,14	–0,15	–0,12	–0,05	0,02	0,06	0,13
Nov.	–0,13	–0,16	–0,14	–0,09	–0,02	0,02	0,08

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 Okt.	0,73	92 778	1,89	225 657	0,38	83 587	2,65	19 663
Nov.	0,71	92 016	1,87	225 585	0,38	83 312	2,60	19 554
Dez.	0,67	92 021	1,85	227 138	0,36	80 954	2,59	19 152
2015 Jan.	0,66	89 436	1,82	226 464	0,35	79 358	2,52	18 930
Febr.	0,64	89 570	1,81	226 183	0,33	79 398	2,44	18 974
März	0,62	89 298	1,79	225 561	0,32	78 982	2,36	19 063
April	0,59	88 530	1,77	224 767	0,30	79 019	2,29	18 947
Mai	0,57	86 761	1,76	224 571	0,30	77 340	2,26	19 282
Juni	0,54	84 531	1,75	224 254	0,29	74 338	2,22	19 325
Juli	0,52	82 865	1,73	221 848	0,27	76 685	2,19	17 642
Aug.	0,51	81 011	1,71	221 355	0,26	77 081	2,17	17 717
Sept.	0,50	79 461	1,70	221 031	0,26	75 281	2,17	17 611
Okt.	0,49	78 623	1,69	220 371	0,25	75 050	2,15	17 702

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 Okt.	3,00	5 766	2,78	28 278	3,72	1 000 934	7,73	56 716	4,81	77 707	4,84	308 423
Nov.	2,87	5 631	2,74	28 396	3,70	1 004 378	7,62	54 676	4,78	77 140	4,81	308 879
Dez.	2,87	5 179	2,71	28 208	3,67	1 010 175	7,52	56 685	4,79	76 940	4,81	304 322
2015 Jan.	2,85	5 263	2,68	28 082	3,64	1 008 817	7,57	55 840	4,76	76 665	4,77	303 620
Febr.	2,79	5 119	2,65	27 981	3,62	1 011 149	7,57	55 246	4,74	76 178	4,75	304 176
März	2,79	5 188	2,62	27 863	3,59	1 012 369	7,62	57 477	4,71	76 470	4,72	303 927
April	2,72	5 144	2,59	27 828	3,56	1 015 337	7,51	56 137	4,66	77 262	4,67	304 710
Mai	2,69	5 138	2,56	27 817	3,53	1 019 301	7,47	55 239	4,62	77 540	4,64	306 013
Juni	2,68	5 138	2,52	27 830	3,50	1 022 718	7,60	56 765	4,58	77 795	4,62	305 203
Juli	2,64	5 301	2,49	27 836	3,46	1 028 020	7,46	54 891	4,54	78 042	4,59	306 587
Aug.	2,63	5 233	2,46	27 881	3,44	1 032 080	7,46	54 768	4,51	78 424	4,56	307 560
Sept.	2,64	5 135	2,44	27 890	3,41	1 036 799	7,55	55 936	4,48	78 671	4,54	306 905
Okt.	2,62	5 160	2,41	27 887	3,38	1 041 492	7,43	54 093	4,44	79 408	4,51	307 751

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 Okt.	3,08	130 017	2,64	131 515	3,10	586 281
Nov.	3,06	132 058	2,61	131 532	3,08	588 938
Dez.	3,01	128 996	2,56	128 825	3,05	574 492
2015 Jan.	2,98	129 835	2,54	129 362	3,02	575 205
Febr.	2,97	132 522	2,52	128 329	3,00	577 591
März	3,00	132 002	2,50	127 655	2,96	577 082
April	2,98	129 602	2,46	126 479	2,93	578 295
Mai	2,91	130 402	2,45	128 043	2,91	580 567
Juni	2,89	134 307	2,43	127 057	2,88	580 448
Juli	2,80	130 434	2,43	125 698	2,85	585 342
Aug.	2,82	130 317	2,41	126 738	2,84	587 082
Sept.	2,86	132 444	2,39	126 160	2,82	585 043
Okt.	2,80	130 602	2,36	127 257	2,80	587 398

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Das Hochrechnungsverfahren wurde nach den Vorgaben der EZB (Guideline ECB/2014/15) geändert. Die für Juni 2010 bis Mai 2015 veröffentlichten Daten wurden mit der neuen Methode neu berechnet. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen.

o) Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. 1 Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. 6 Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 Okt.	0,23	990 310	0,51	8 687	0,96	657	1,09	1 134	0,66	527 680	0,80	77 990
Nov.	0,23	1 013 535	0,51	8 021	0,87	719	1,19	1 173	0,63	527 234	0,77	77 625
Dez.	0,22	1 007 229	0,37	9 654	0,79	749	1,13	1 266	0,61	530 260	0,75	76 202
2015 Jan.	0,22	1 017 766	0,53	8 558	0,87	856	1,08	1 305	0,58	528 544	0,73	77 361
Febr.	0,20	1 030 249	0,53	7 278	0,71	886	1,07	1 131	0,54	529 378	0,70	76 071
März	0,17	1 027 392	0,39	8 124	0,81	771	1,01	1 049	0,51	528 471	0,65	74 766
April	0,16	1 043 564	0,34	7 663	0,77	653	0,94	952	0,48	528 261	0,61	72 608
Mai	0,16	1 058 904	0,36	5 630	0,74	657	0,94	884	0,47	528 271	0,58	71 013
Juni	0,15	1 062 893	0,29	6 524	0,70	703	0,88	880	0,46	527 934	0,56	69 686
Juli	0,14	1 073 284	0,33	6 953	0,74	656	0,93	866	0,44	527 609	0,54	68 185
Aug.	0,14	1 079 170	0,32	5 546	0,65	636	0,94	879	0,43	527 949	0,52	66 653
Sept.	0,14	1 079 060	0,34	6 158	0,87	668	1,12	971	0,42	528 705	0,51	65 229
Okt.	0,15	1 089 962	0,34	5 760	0,71	793	0,90	1 088	0,41	529 979	0,49	63 966

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2014 Okt.	0,10	345 504	0,17	13 179	0,49	972	0,68	435
Nov.	0,09	343 396	0,14	12 414	0,55	1 973	0,51	595
Dez.	0,09	344 692	0,15	16 156	0,48	781	1,36	931
2015 Jan.	0,08	337 454	0,15	13 140	0,47	398	0,47	654
Febr.	0,07	333 734	0,17	12 552	0,67	437	0,48	584
März	0,07	337 419	0,15	15 096	0,33	775	0,45	863
April	0,06	343 035	0,11	15 562	0,36	612	0,46	660
Mai	0,06	342 155	0,12	10 161	0,33	1 010	0,55	634
Juni	0,06	342 151	0,20	10 205	0,43	484	0,41	512
Juli	0,06	351 672	0,17	10 002	0,31	565	0,61	1 243
Aug.	0,06	354 182	0,11	8 622	0,30	312	0,73	305
Sept.	0,05	357 208	0,15	8 732	0,22	723	0,54	351
Okt.	0,05	373 266	0,10	10 805	0,28	815	0,43	528

Kredite an private Haushalte																	
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)																	
insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)				variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen					
		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren					
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
2014 Okt.	2,18	7 758	.	.	1,82	4 560	3,08	963	2,51	2 235	1,93	2 825	3,27	722	2,46	1 538	
Nov.	2,27	6 061	.	.	2,01	3 202	3,01	796	2,38	2 063	2,02	2 226	3,18	603	2,33	1 358	
Dez.	2,11	8 817	2,15	2 843	1,80	4 820	2,86	1 162	2,33	2 835	1,95	3 191	3,00	881	2,32	1 810	
2015 Jan.	2,20	7 282	2,11	3 232	1,91	4 042	2,92	1 027	2,39	2 213	2,05	2 683	3,05	784	2,31	1 457	
Febr.	2,04	6 019	2,00	2 014	1,73	3 259	2,85	797	2,23	1 963	1,91	1 916	3,06	570	2,12	1 302	
März	2,08	8 382	2,03	3 008	1,81	4 242	2,89	1 121	2,17	3 019	1,94	2 718	3,02	869	2,17	1 968	
April	2,03	7 162	1,92	2 656	1,77	3 917	2,83	934	2,15	2 311	1,94	2 381	2,97	737	2,07	1 602	
Mai	1,95	6 519	1,91	2 062	1,69	3 364	2,78	815	2,03	2 340	1,96	1 983	2,92	617	1,95	1 628	
Juni	1,95	8 380	2,02	2 716	1,69	4 215	2,74	998	2,05	3 167	2,01	2 452	2,84	771	2,04	2 119	
Juli	2,08	8 720	1,92	3 489	1,75	4 272	2,75	1 149	2,27	3 299	1,93	2 649	2,91	868	2,21	2 152	
Aug.	2,12	6 485	2,01	2 170	1,88	3 121	2,72	909	2,21	2 455	2,06	1 801	2,83	694	2,16	1 665	
Sept.	2,19	6 448	1,99	2 333	1,91	3 289	2,96	838	2,30	2 321	1,96	1 949	3,21	618	2,23	1 576	
Okt.	2,07	7 280	1,93	2 886	1,76	3 823	2,75	966	2,29	2 491	1,97	2 244	2,88	745	2,21	1 636	

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Dezember 2014 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2014 Okt.	6,47	6,38	7 152	.	.	4,73	369	5,01	3 055	7,67	3 728
Nov.	6,37	6,28	6 057	.	.	4,69	331	4,99	2 581	7,51	3 145
Dez.	6,01	5,94	5 371	7,85	847	4,22	383	4,89	2 448	7,21	2 540
2015 Jan.	6,47	6,38	7 032	7,70	1 519	4,82	358	4,99	2 774	7,52	3 900
Febr.	6,50	6,42	7 275	7,69	1 431	4,74	301	5,08	2 808	7,45	4 166
März	6,08	6,01	8 735	6,98	1 593	4,84	370	4,81	3 556	6,99	4 809
April	6,18	6,11	8 169	7,01	1 553	5,00	326	4,94	3 104	6,95	4 739
Mai	6,31	6,24	7 346	7,46	1 458	5,08	304	4,94	2 839	7,20	4 203
Juni	6,37	6,29	8 006	7,63	1 547	4,83	327	4,98	3 211	7,33	4 468
Juli	6,48	6,40	8 959	7,81	1 769	5,09	361	5,01	3 554	7,47	5 044
Aug.	6,34	6,26	7 313	7,71	1 263	5,33	309	4,98	3 020	7,31	3 984
Sept.	6,28	6,21	7 331	7,63	1 200	5,20	338	4,94	3 052	7,28	3 941
Okt.	6,28	6,20	7 234	7,69	1 135	5,17	309	4,88	3 104	7,36	3 821
darunter: besicherte Kredite 12)											
2014 Okt.	.	3,74	244	.	.	2,76	33	4,22	138	3,27	73
Nov.	.	3,85	215	.	.	3,15	25	4,34	122	3,24	68
Dez.	.	3,46	233	.	.	3,13	27	3,96	124	2,81	82
2015 Jan.	.	3,34	236	.	.	2,77	36	3,72	120	3,02	80
Febr.	.	3,10	258	.	.	3,01	25	3,76	117	2,46	116
März	.	3,33	276	.	.	3,04	29	3,78	149	2,73	98
April	.	3,15	280	.	.	2,58	28	3,77	138	2,53	114
Mai	.	3,30	226	.	.	2,86	23	3,69	128	2,78	75
Juni	.	3,11	301	.	.	2,86	35	3,59	156	2,50	110
Juli	.	3,44	281	.	.	2,81	28	3,93	156	2,85	97
Aug.	.	3,49	240	.	.	3,05	18	3,86	144	2,92	78
Sept.	.	3,28	238	.	.	2,52	38	3,90	116	2,78	84
Okt.	.	3,33	244	.	.	2,33	41	3,87	131	2,89	72

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2014 Okt.	2,28	2,25	17 938	.	.	2,33	2 681	2,03	2 077	2,19	7 208	2,35	5 972
Nov.	2,20	2,17	16 120	.	.	2,32	2 253	1,83	1 979	2,11	6 201	2,28	5 687
Dez.	2,17	2,13	18 500	2,23	3 583	2,22	2 762	1,96	2 015	2,09	7 445	2,19	6 278
2015 Jan.	2,15	1,96	19 769	1,80	6 334	2,23	2 606	1,95	2 006	2,02	6 927	1,83	8 230
Febr.	2,01	1,96	17 048	2,16	3 701	2,28	2 199	1,87	1 753	1,86	6 492	1,99	6 604
März	1,92	1,88	21 134	2,05	4 817	2,19	2 760	1,88	2 118	1,77	7 693	1,88	8 563
April	1,91	1,87	20 486	1,94	4 301	2,11	2 640	1,83	1 935	1,70	7 330	1,95	8 581
Mai	1,81	1,77	19 549	1,95	4 229	2,20	2 315	1,84	1 754	1,61	7 123	1,78	8 357
Juni	1,89	1,85	24 015	1,98	5 330	2,11	2 798	1,81	2 197	1,72	9 297	1,92	9 723
Juli	2,04	1,99	25 310	2,06	6 017	2,17	2 915	1,91	2 502	1,86	10 095	2,10	9 798
Aug.	2,09	2,06	19 745	2,15	4 445	2,27	2 290	1,95	1 939	1,92	7 566	2,15	7 950
Sept.	2,07	2,03	19 161	2,08	4 209	2,17	2 344	1,98	1 851	1,92	7 276	2,12	7 690
Okt.	2,07	2,05	19 874	2,04	5 455	2,11	2 577	1,99	2 125	1,94	7 230	2,14	7 942
darunter: besicherte Kredite 12)													
2014 Okt.	.	2,18	8 147	.	.	2,33	1 027	1,91	1 060	2,11	3 264	2,31	2 796
Nov.	.	2,05	7 543	.	.	2,22	916	1,58	1 157	2,02	2 858	2,23	2 612
Dez.	.	2,06	8 434	.	.	2,23	1 060	1,80	1 024	2,01	3 345	2,15	3 005
2015 Jan.	.	1,79	10 246	.	.	2,16	1 063	1,82	1 061	1,93	3 426	1,60	4 696
Febr.	.	1,89	8 025	.	.	2,31	895	1,69	945	1,77	3 166	1,96	3 019
März	.	1,79	9 735	.	.	2,12	1 130	1,68	1 050	1,69	3 663	1,82	3 892
April	.	1,87	9 786	.	.	2,07	1 083	1,59	1 021	1,63	3 549	2,09	4 133
Mai	.	1,68	9 274	.	.	2,16	879	1,56	849	1,54	3 669	1,74	3 877
Juni	.	1,76	11 120	.	.	2,02	1 096	1,59	1 090	1,65	4 502	1,84	4 432
Juli	.	1,91	11 976	.	.	2,15	1 134	1,69	1 314	1,80	4 906	2,03	4 622
Aug.	.	1,98	9 203	.	.	2,23	794	1,71	1 016	1,86	3 653	2,11	3 740
Sept.	.	1,96	8 434	.	.	2,13	912	1,74	878	1,87	3 334	2,07	3 310
Okt.	.	1,99	9 323	.	.	2,10	995	1,71	1 063	1,86	3 583	2,16	3 682

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 Okt.	9,27	42 611	9,34	36 051	15,44	3 770	4,45	62 839	4,46	62 600		
Nov.	9,20	40 795	9,22	34 390	15,44	3 788	4,36	64 435	4,38	64 185		
Dez.	9,20	42 857	9,27	36 194	15,42	3 815	4,31	63 192	4,33	62 988		
2015 Jan.	9,22	41 793	9,23	35 380	15,45	3 799	4,31	63 695	4,32	63 497		
Febr.	9,22	41 287	9,24	34 873	15,42	3 786	4,24	66 274	4,25	66 045		
März	9,21	43 126	9,25	36 566	15,39	3 817	4,21	66 465	4,22	66 233		
April	9,10	41 749	9,16	35 136	15,44	3 751	4,15	64 534	4,17	64 316		
Mai	8,99	41 166	9,03	34 577	15,44	3 755	4,09	65 569	4,10	65 334		
Juni	9,01	43 164	9,06	36 409	15,28	3 864	4,08	68 150	4,09	67 919		
Juli	8,90	41 364	8,92	34 649	15,36	3 861	3,97	64 222	3,98	63 998		
Aug.	8,91	41 624	8,93	34 639	15,39	3 989	4,01	64 895	4,03	64 693		
Sept.	8,95	42 843	9,01	35 907	15,43	3 899	4,08	65 570	4,10	65 322		
Okt.	8,89	41 116	8,89	34 203	15,43	3 971	4,00	62 917	4,01	62 664		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)					
			neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt																
2014 Okt.	1,86	64 549	.	.	2,66	8 157	3,19	1 363	2,33	1 186	1,57	44 153	2,50	3 154	2,17	6 536
Nov.	1,87	48 253	.	.	2,72	6 787	3,18	1 115	2,19	1 073	1,57	32 338	2,54	1 669	2,04	5 271
Dez.	1,87	72 853	1,94	21 021	2,75	7 808	3,01	1 630	2,19	1 648	1,63	48 092	2,06	3 080	2,04	10 595
2015 Jan.	1,67	66 661	1,60	27 284	2,62	7 524	3,09	1 283	1,42	3 073	1,45	45 278	1,90	2 366	1,88	7 137
Febr.	1,59	50 883	1,43	18 293	2,69	6 474	3,04	1 123	2,02	1 159	1,28	37 674	1,63	1 526	1,97	5 162
März	1,73	62 691	1,76	20 557	2,67	8 150	2,94	1 516	1,98	1 510	1,49	41 003	1,63	2 066	1,75	8 446
April	1,68	57 793	1,68	21 847	2,53	7 621	3,00	1 359	1,89	1 344	1,43	40 212	1,75	1 671	1,89	5 586
Mai	1,66	50 883	1,63	16 561	2,60	6 817	2,91	1 277	1,87	1 334	1,38	33 591	1,92	1 496	1,75	6 368
Juni	1,71	68 584	1,86	19 621	2,67	8 097	2,87	1 487	1,99	1 733	1,41	43 785	1,91	2 647	1,95	10 835
Juli	1,68	69 195	1,64	24 802	2,64	8 543	2,91	1 586	2,05	1 791	1,37	45 314	1,94	2 211	1,97	9 750
Aug.	1,62	49 640	1,67	14 967	2,64	6 644	2,99	1 260	2,03	1 321	1,28	33 589	1,99	1 497	1,98	5 329
Sept.	1,84	60 340	1,82	19 271	2,78	8 061	2,91	1 323	2,08	1 333	1,56	39 892	1,69	1 704	2,11	8 027
Okt.	1,68	57 781	1,57	20 890	2,64	8 271	2,89	1 452	2,07	1 254	1,37	37 386	1,71	2 319	1,86	7 099
darunter: besicherte Kredite 12)																
2014 Okt.	2,02	13 859	.	.	2,43	1 148	2,35	136	2,27	347	1,77	9 522	3,44	848	2,35	1 858
Nov.	1,94	7 869	.	.	2,68	822	2,30	79	2,03	323	1,72	4 873	2,21	695	2,10	1 077
Dez.	1,86	14 470	.	.	2,54	1 023	2,36	184	2,02	470	1,72	8 250	1,95	1 274	1,89	3 269
2015 Jan.	1,64	16 136	.	.	2,36	1 101	2,52	141	1,13	2 270	1,70	8 979	1,76	821	1,49	2 824
Febr.	1,83	7 345	.	.	2,66	791	2,44	101	1,79	409	1,70	4 714	2,13	172	1,72	1 158
März	1,78	11 957	.	.	2,52	935	2,42	128	1,76	502	1,77	6 868	1,72	658	1,55	2 866
April	1,76	10 572	.	.	2,35	981	2,62	123	1,61	440	1,66	7 028	2,08	406	1,75	1 594
Mai	1,84	7 214	.	.	2,61	735	2,51	102	1,68	479	1,71	4 202	2,05	427	1,77	1 269
Juni	1,73	10 890	.	.	2,11	642	2,51	133	1,84	561	1,53	5 897	1,90	677	1,94	2 980
Juli	1,70	13 470	.	.	1,99	894	2,59	175	1,86	593	1,55	8 144	1,85	592	1,87	3 072
Aug.	1,65	6 913	.	.	2,14	546	2,69	128	1,86	445	1,41	4 037	1,91	302	1,93	1 455
Sept.	1,93	9 689	.	.	2,07	584	2,73	101	1,92	380	1,63	5 151	1,65	395	2,44	3 078
Okt.	1,72	9 269	.	.	1,99	722	2,53	160	1,94	448	1,60	5 036	1,83	752	1,78	2 151

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine

Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Soll-salden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Die Betragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2005	1 696,0	1 633,7	486,8	153,0	240,8	240,3	356,4	79,6	76,9	62,4
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 162,8	2 095,7	560,1	287,2	277,9	223,8	619,5	63,1	64,2	67,1
2013	2 236,7	2 165,2	540,6	310,5	284,7	224,1	678,5	64,2	62,7	71,5
2014	2 426,9	2 350,6	522,3	384,2	299,2	230,0	784,2	68,4	62,3	76,3
2013 3.Vj.	2 214,8	2 144,9	547,3	302,3	283,7	224,1	660,9	63,3	63,4	69,9
4.Vj.	2 236,7	2 165,2	540,6	310,5	284,7	224,1	678,5	64,2	62,7	71,5
2014 1.Vj.	2 294,4	2 221,8	542,3	328,0	288,7	225,5	709,9	65,1	62,3	72,5
2.Vj.	2 339,8	2 266,5	538,5	345,4	291,6	226,3	736,6	66,1	61,9	73,3
3.Vj.	2 380,2	2 305,6	530,3	366,1	293,9	227,3	758,5	67,2	62,3	74,7
4.Vj.	2 426,9	2 350,6	522,3	384,2	299,2	230,0	784,2	68,4	62,3	76,3
2015 1.Vj.	2 531,6	2 454,3	517,8	411,7	305,0	239,5	845,5	70,7	64,2	77,3
2.Vj.	2 471,6	2 394,1	509,8	393,4	305,3	236,1	813,8	70,7	65,1	77,5
Versicherungen										
2005	1 436,7	1 391,4	384,7	130,4	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	405,1	246,2	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 742,1	1 695,7	386,3	268,0	257,1	211,1	462,3	59,8	51,0	46,4
2014	1 890,8	1 841,4	367,9	331,1	270,7	215,9	542,3	63,6	50,1	49,3
2013 3.Vj.	1 728,5	1 683,1	392,6	261,9	256,4	211,3	450,1	58,9	51,8	45,4
4.Vj.	1 742,1	1 695,7	386,3	268,0	257,1	211,1	462,3	59,8	51,0	46,4
2014 1.Vj.	1 789,2	1 742,2	385,8	285,3	260,9	212,2	486,9	60,6	50,5	47,0
2.Vj.	1 823,8	1 776,3	381,8	299,8	263,8	212,9	506,6	61,5	50,0	47,5
3.Vj.	1 855,8	1 807,3	375,2	316,5	266,1	213,5	523,2	62,5	50,3	48,5
4.Vj.	1 890,8	1 841,4	367,9	331,1	270,7	215,9	542,3	63,6	50,1	49,3
2015 1.Vj.	1 976,3	1 926,5	362,6	355,3	276,2	224,9	590,0	65,7	51,8	49,9
2.Vj.	1 927,0	1 877,1	355,5	339,5	276,4	221,6	565,7	65,8	52,6	49,9
Pensionseinrichtungen 4)										
2005	259,3	242,3	102,0	22,6	19,5	6,1	84,4	1,0	6,6	17,0
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	468,4	444,6	155,1	40,9	26,2	12,4	194,4	4,1	11,5	23,8
2013	494,6	469,6	154,3	42,5	27,6	13,0	216,2	4,4	11,7	25,1
2014	536,1	509,2	154,4	53,1	28,5	14,1	241,9	4,9	12,3	27,0
2013 3.Vj.	486,3	461,8	154,6	40,4	27,3	12,7	210,8	4,3	11,6	24,5
4.Vj.	494,6	469,6	154,3	42,5	27,6	13,0	216,2	4,4	11,7	25,1
2014 1.Vj.	505,2	479,6	156,5	42,8	27,8	13,3	223,0	4,5	11,8	25,5
2.Vj.	516,0	490,2	156,8	45,6	27,8	13,4	230,0	4,6	11,9	25,8
3.Vj.	524,4	498,3	155,1	49,6	27,8	13,8	235,2	4,7	12,0	26,1
4.Vj.	536,1	509,2	154,4	53,1	28,5	14,1	241,9	4,9	12,3	27,0
2015 1.Vj.	555,2	527,8	155,2	56,4	28,8	14,6	255,4	4,9	12,4	27,4
2.Vj.	544,6	517,0	154,2	53,9	28,9	14,5	248,1	5,0	12,5	27,6

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Werte ab 2013 wurden revidiert.
 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versiche-

rungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungsf- fälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2005	1 696,0	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	65,8
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 162,8	22,4	77,1	158,9	1 708,3	1 437,1	271,2	71,3	124,8
2013	2 236,7	16,9	81,8	197,7	1 794,1	1 514,4	279,7	71,7	74,5
2014	2 426,9	17,3	88,9	202,7	1 887,5	1 591,5	296,0	72,9	157,7
2013 3.Vj.	2 214,8	16,5	81,8	177,0	1 773,5	1 495,2	278,3	71,0	95,1
4.Vj.	2 236,7	16,9	81,8	197,7	1 794,1	1 514,4	279,7	71,7	74,5
2014 1.Vj.	2 294,4	16,3	85,1	191,3	1 825,5	1 536,6	288,9	72,6	103,5
2.Vj.	2 339,8	16,2	86,7	184,1	1 844,3	1 553,4	290,9	72,6	136,1
3.Vj.	2 380,2	17,6	86,3	188,0	1 861,3	1 568,1	293,3	72,6	154,4
4.Vj.	2 426,9	17,3	88,9	202,7	1 887,5	1 591,5	296,0	72,9	157,7
2015 1.Vj.	2 531,6	17,7	90,8	223,1	1 937,6	1 631,9	305,8	74,8	187,5
2.Vj.	2 471,6	17,9	91,1	206,2	1 942,6	1 636,5	306,1	75,0	138,8
Versicherungen									
2005	1 436,7	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	81,9	55,1
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 742,1	16,9	77,7	188,7	1 340,7	1 061,4	279,3	68,8	49,2
2014	1 890,8	17,3	84,2	193,1	1 409,4	1 113,8	295,6	69,8	117,2
2013 3.Vj.	1 728,5	16,5	77,7	169,1	1 328,4	1 050,6	277,8	69,2	67,6
4.Vj.	1 742,1	16,9	77,7	188,7	1 340,7	1 061,4	279,3	68,8	49,2
2014 1.Vj.	1 789,2	16,3	80,8	182,7	1 366,9	1 078,4	288,4	69,7	72,9
2.Vj.	1 823,8	16,2	82,3	175,6	1 380,4	1 090,0	290,4	69,6	99,8
3.Vj.	1 855,8	17,6	81,8	179,3	1 392,5	1 099,7	292,8	69,6	115,1
4.Vj.	1 890,8	17,3	84,2	193,1	1 409,4	1 113,8	295,6	69,8	117,2
2015 1.Vj.	1 976,3	17,7	86,1	212,6	1 449,7	1 144,4	305,3	71,6	138,7
2.Vj.	1 927,0	17,9	86,3	196,5	1 452,9	1 147,3	305,6	71,8	101,7
Pensionseinrichtungen 5)									
2005	259,3	-	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	10,7
2006	282,3	-	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	-	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	-	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	-	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	-	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	-	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	468,4	-	4,1	6,9	428,3	427,9	0,4	1,8	27,3
2013	494,6	-	4,2	8,9	453,4	452,9	0,5	2,9	25,3
2014	536,1	-	4,7	9,6	478,2	477,7	0,5	3,2	40,5
2013 3.Vj.	486,3	-	4,1	7,8	445,0	444,6	0,4	1,8	27,5
4.Vj.	494,6	-	4,2	8,9	453,4	452,9	0,5	2,9	25,3
2014 1.Vj.	505,2	-	4,3	8,6	458,7	458,2	0,5	2,9	30,6
2.Vj.	516,0	-	4,4	8,4	463,9	463,4	0,5	3,0	36,3
3.Vj.	524,4	-	4,5	8,7	468,9	468,4	0,5	3,1	39,3
4.Vj.	536,1	-	4,7	9,6	478,2	477,7	0,5	3,2	40,5
2015 1.Vj.	555,2	-	4,8	10,5	487,9	487,4	0,5	3,2	48,8
2.Vj.	544,6	-	4,8	9,7	489,8	489,3	0,5	3,2	37,1

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. Werte ab 2013 wurden revidiert. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt

sich danach aus der Summe aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Anleihen von Unter-nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent-lichen Hand 3)	aus-ländische Schuldver-schrei-bungen 4)	Inländer				
zu-sammen	zu-sammen 5)	Kredit-institute einschließlich Bauspar-kassen 6)					Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus-länder 8)		
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	– 26 762	96 476	.	123 238	244 560
2008	76 490	66 139	– 45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254
2009	70 208	– 538	– 114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	77 181	– 19 945
2010	146 620	– 1 212	– 7 621	24 044	– 17 635	147 831	92 682	– 103 271	22 967	172 986	53 938
2011	33 649	13 575	– 46 796	850	59 521	20 075	– 23 876	– 94 793	36 805	34 112	57 525
2012	54 952	– 21 419	– 98 820	– 8 701	86 103	76 370	– 1 139	– 42 017	– 3 573	44 450	56 092
2013	– 9 340	– 101 616	– 117 187	153	15 415	92 275	23 033	– 25 778	– 12 708	61 521	– 32 374
2014	68 626	– 31 962	– 47 404	– 1 330	16 776	100 586	49 633	– 12 124	– 11 951	73 707	18 993
2014 Dez.	– 23 629	– 23 897	– 7 257	227	– 16 867	268	– 4 942	– 15 485	27	10 516	– 18 687
2015 Jan.	23 198	12 020	9 062	2 258	700	11 178	1 533	11 589	– 736	– 9 320	21 665
Febr.	18 624	8 157	4 938	5 576	– 2 357	10 467	25 502	– 4 119	681	28 940	– 6 879
März	12 043	– 5 223	– 3 851	2 007	– 3 379	17 266	26 677	2 266	12 589	11 822	– 14 635
April	8 386	4 097	6 508	3 328	– 5 740	4 289	8 469	– 15 908	11 397	12 980	– 83
Mai	936	– 506	– 13 628	1 127	11 994	1 442	8 063	– 9 509	13 328	4 244	– 7 127
Juni	– 23 009	– 25 695	– 10 836	– 3 872	– 10 987	2 685	174	– 13 948	11 459	2 663	– 23 183
Juli	614	– 2 977	585	1 688	– 5 251	3 591	13 429	11 603	13 155	– 11 329	– 12 815
Aug.	17 897	14 808	1 576	1 949	11 284	3 089	15 159	– 781	9 915	6 025	2 738
Sept.	39 829	20 567	3 560	19 563	– 2 555	19 262	47 910	1 546	12 775	33 589	– 8 081
Okt.	7 096	– 1 263	5 758	– 6 129	– 892	8 359	9 510	– 12 250	12 664	9 096	– 2 414

Mio €

Zeit	Aktien										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb						
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	ausländische Aktien 10)	zu-sammen 11)	Kredit-institute 6)	übrige Sektoren 12)	Ausländer 13)			
2003	–	11 896	16 838	–	4 946	–	15 121	7 056	–	22 177	27 016
2004	–	3 317	10 157	–	13 474	–	7 432	5 045	–	2 387	10 748
2005	–	32 364	13 766	–	18 597	–	1 036	10 208	–	9 172	31 329
2006	–	26 276	9 061	–	17 214	–	7 528	11 323	–	3 795	18 748
2007	–	5 009	10 053	–	15 062	–	62 308	6 702	–	55 606	57 299
2008	–	29 452	11 326	–	40 778	–	2 743	– 23 079	–	25 822	32 194
2009	–	35 980	23 962	–	12 018	–	30 496	– 8 335	–	38 831	5 484
2010	–	37 767	20 049	–	17 719	–	36 406	7 340	–	29 066	1 361
2011	–	25 833	21 713	–	4 120	–	40 804	670	–	40 134	14 971
2012	–	17 426	5 120	–	12 306	–	16 126	10 259	–	5 867	1 300
2013	–	29 243	10 106	–	19 137	–	24 322	11 991	–	12 331	4 921
2014	–	45 491	18 778	–	26 713	–	33 307	17 203	–	16 104	12 184
2014 Dez.	–	11 881	189	–	11 692	–	12 527	7 435	–	5 092	646
2015 Jan.	–	735	78	–	657	–	6 696	7 111	–	415	5 961
Febr.	–	3 393	117	–	3 276	–	3 057	5 160	–	2 103	6 450
März	–	388	49	–	339	–	5 103	8 523	–	13 626	5 491
April	–	2 706	1 751	–	955	–	7 164	6 803	–	361	4 458
Mai	–	11 766	155	–	11 611	–	9 720	5 586	–	15 306	2 046
Juni	–	4 582	1 277	–	3 305	–	6 664	– 4 056	–	2 608	11 246
Juli	–	5 247	510	–	4 737	–	8 516	1 279	–	7 237	3 269
Aug.	–	1 001	122	–	879	–	1 017	– 6 693	–	7 710	16
Sept.	–	4 399	966	–	5 365	–	2 397	– 9 059	–	6 662	2 002
Okt.	–	1 268	903	–	365	–	944	150	–	1 094	2 212

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerk.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321	–
2015 März	128 867	81 088	3 531	1 598	56 183	19 775	11 000	36 779	–
April	125 845	74 835	2 844	1 159	50 226	20 605	15 536	35 474	–
Mai	88 059	53 509	1 616	914	39 135	11 844	4 488	30 062	–
Juni	89 201	56 164	3 128	627	38 323	14 085	4 311	28 726	–
Juli	114 390	67 339	5 861	965	40 146	20 367	6 331	40 719	–
Aug.	92 367	55 370	1 407	527	34 542	18 895	6 418	30 579	–
Sept.	143 476	84 546	2 315	2 137	59 638	20 456	26 215	32 715	–
Okt.	141 457	92 061	2 675	1 210	62 892	25 285	4 253	45 143	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037	–
2015 März	31 221	12 771	2 374	1 548	1 548	7 301	6 717	11 733	–
April	49 360	22 094	2 813	663	10 892	7 726	11 404	15 862	–
Mai	20 791	6 990	1 285	414	1 219	4 072	2 200	11 601	–
Juni	30 382	16 718	3 061	524	8 526	4 608	1 715	11 949	–
Juli	37 991	18 950	3 099	190	5 835	9 826	3 079	15 962	–
Aug.	27 132	13 254	1 078	527	2 557	9 092	3 004	10 875	–
Sept.	51 283	15 197	1 745	2 137	7 234	4 080	22 790	13 296	–
Okt.	38 693	15 655	2 170	708	2 740	10 038	1 652	21 385	–
Netto-Absatz 6)									
2003	124 556	40 873	2 700	– 42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	– 52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	– 34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	– 20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	– 46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 750
2008	119 472	8 517	15 052	– 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009	76 441	– 75 554	858	– 80 646	25 579	– 21 345	48 508	103 482	– 21 037
2010	21 566	– 87 646	– 3 754	– 63 368	28 296	– 48 822	23 748	85 464	– 10 904
2011	22 518	– 54 582	1 657	– 44 290	32 904	– 44 852	– 3 189	80 289	– 5 989
2012	– 85 298	– 100 198	– 4 177	– 41 660	– 3 259	– 51 099	– 6 401	21 298	– 2 605
2013	– 140 017	– 125 932	– 17 364	– 37 778	– 4 027	– 66 760	– 1 394	– 15 479	– 3 057
2014	– 34 020	– 56 899	– 6 313	– 23 856	– 862	– 25 869	10 497	12 383	– 2 626
2015 März	– 5 487	– 3 480	– 2 318	– 298	– 3 224	– 2 871	– 1 958	– 3 965	–
April	– 1 355	– 1 980	– 1 392	– 1 843	– 981	– 1 450	– 2 540	– 3 164	–
Mai	– 4 331	– 14 849	– 1 269	– 76	– 7 711	– 5 793	– 612	– 9 905	–
Juni	– 28 026	– 14 649	– 1 654	– 4 181	– 1 319	– 7 494	– 2 804	– 10 573	–
Juli	– 6 422	– 4 763	– 4 338	– 572	– 6 351	– 2 178	– 187	– 1 472	–
Aug.	12 820	– 1 768	– 645	– 151	– 1 257	– 3 820	– 2 034	– 12 554	–
Sept.	19 054	– 2 097	– 744	– 1 417	– 3 802	– 1 032	– 20 743	– 3 786	–
Okt.	– 1 738	– 8 310	– 674	– 652	– 5 887	– 3 749	– 6 293	– 279	–

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797
2015 April	3 128 930	1 256 119	125 890	82 898	589 022	458 310	243 336	1 629 476	6 547
Mai	3 124 599	1 241 270	124 620	82 822	581 311	452 517	243 948	1 639 381	6 547
Juni	3 096 573	1 226 621	122 966	78 641	579 992	445 023	241 144	1 628 808	6 547
Juli	3 090 151	1 221 858	127 304	78 068	573 641	442 844	240 956	1 627 336	6 547
Aug.	3 102 971	1 220 091	127 949	78 219	575 058	438 864	242 990	1 639 890	6 547
Sept.	3 122 025	1 222 188	128 693	76 802	578 861	437 832	263 733	1 636 105	6 547
Okt.	3 123 763	1 230 497	128 019	76 149	584 747	441 581	257 440	1 635 825	6 547

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Oktober 2015

bis unter 2	1 097 986	535 909	42 464	32 513	248 191	212 741	52 141	509 935	2 974
2 bis unter 4	637 309	278 892	38 922	20 595	145 785	73 590	40 331	318 085	296
4 bis unter 6	506 953	191 564	21 149	9 429	104 759	56 227	39 903	275 484	156
6 bis unter 8	278 319	80 371	13 731	6 597	33 759	26 284	22 834	175 114	523
8 bis unter 10	225 830	62 640	8 679	5 276	25 312	23 373	12 509	150 680	1 092
10 bis unter 15	102 640	27 071	2 771	1 481	10 539	12 280	11 923	63 646	540
15 bis unter 20	56 889	12 070	40	123	6 712	5 194	4 667	40 153	–
20 und darüber	217 840	41 980	263	135	9 689	31 894	73 133	102 727	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtjährigen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtjährigen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)				
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung					
2003	162 131	–	6 585	4 482	923	211	513	–	322	–	10 806	–	1 584	851 001
2004	164 802	–	2 669	3 960	1 566	276	696	–	220	–	1 760	–	2 286	887 217
2005	163 071	–	1 733	2 470	1 040	694	268	–	1 443	–	3 060	–	1 703	1 058 532
2006	163 764	–	695	2 670	3 347	604	954	–	1 868	–	1 256	–	3 761	1 279 638
2007	164 560	–	799	3 164	1 322	200	269	–	682	–	1 847	–	1 636	1 481 930
2008	168 701	–	4 142	5 006	1 319	152	0	–	428	–	608	–	1 306	830 622
2009	175 691	–	6 989	12 476	398	97	–	–	3 741	–	1 269	–	974	927 256
2010	174 596	–	1 096	3 265	497	178	10	–	486	–	993	–	3 569	1 091 220
2011	177 167	–	2 570	6 390	552	462	9	–	552	–	762	–	3 532	924 214
2012	178 617	–	1 449	3 046	129	570	–	–	478	–	594	–	2 411	1 150 188
2013	171 741	–	6 879	2 971	718	476	–	–	1 432	–	619	–	8 992	1 432 658
2014	177 097	–	5 356	5 332	1 265	1 714	–	–	465	–	1 044	–	1 446	1 478 063
2015 April	177 577	–	418	461	10	–	–	–	36	–	29	–	47	1 715 289
Mai	177 532	–	45	106	–	4	–	–	44	–	73	–	38	1 709 211
Juni	178 051	–	519	330	251	202	–	–	37	–	154	–	73	1 645 417
Juli	178 106	–	55	157	21	109	–	–	135	–	40	–	58	1 671 490
Aug.	177 064	–	1 042	119	72	2	–	–	1 050	–	77	–	109	1 544 386
Sept.	178 058	–	994	965	13	13	–	–	32	–	93	–	58	1 469 146
Okt.	178 797	–	739	893	–	6	–	–	3	–	93	–	64	1 614 655

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regierten Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2015 Juni	0,7	0,7	0,6	0,8	0,7	1,5	2,4	138,37	111,96	512,30	10 944,97
Juli	0,6	0,6	0,6	0,7	0,6	1,4	2,4	139,21	113,45	530,65	11 308,99
Aug.	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	1,5	2,4	139,19	112,18	486,17	10 259,46
Sept.	0,6	0,5	0,5	0,7	0,6	1,6	2,7	139,69	113,41	460,31	9 660,44
Okt.	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,6	2,8	140,17	113,79	512,31	10 850,14
Nov.	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	1,4	2,8	140,48	113,82	534,95	11 382,23

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz										Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							ausländische Fonds 4)	Inländer					
		zu-sammen	Publikumsfonds		Spezial-fonds	darunter	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)		Aus-länder 5)			
			zu-sammen	Geldmarkt-fonds				Wertpapier-fonds		Immo-bilien-fonds	zu-sammen		darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile
2003	47 754	43 943	20 079	924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	2 658	734	52 205	3 077	1 793	
2004	14 435	1 453	3 978	6 160	1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 268	41 718	6 400	124	7 001	3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016	
2006	47 264	19 535	14 257	490	9 362	8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258	
2007	55 778	13 436	7 872	4 839	12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	229	4 240	51 538	38 102	4 469	
2008	2 598	7 911	14 409	12 171	11 149	799	6 498	10 509	11 315	16 625	9 252	27 940	19 761	8 717	
2009	49 929	43 747	10 966	5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	14 995	8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 190	84 906	13 381	148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598	
2011	46 511	45 221	1 340	379	2 037	1 562	46 561	1 291	39 474	7 576	694	47 050	1 984	7 036	
2012	111 609	89 942	2 084	1 036	97	3 450	87 859	21 667	115 031	3 062	1 562	118 093	23 229	6 422	
2013	123 276	91 337	9 184	574	5 596	3 376	82 153	31 939	117 189	771	100	116 418	31 838	3 488	
2014	136 035	97 711	3 998	473	862	1 000	93 713	38 324	141 680	819	1 745	140 861	40 069	5 642	
2015 April	12 804	10 144	136	11	799	221	10 008	2 660	16 252	1 496	897	14 756	1 763	3 448	
Mai	11 011	6 520	1 285	129	805	50	5 236	4 490	11 155	1 899	619	9 256	3 871	145	
Juni	11 449	10 457	1 132	141	107	769	9 325	991	11 612	350	531	11 262	1 522	163	
Juli	7 058	2 216	2 851	22	2 652	263	635	4 841	6 620	1 317	60	5 303	4 901	437	
Aug.	11 417	9 967	2 248	89	1 686	331	7 719	1 449	10 439	636	500	11 075	1 949	978	
Sept.	8 180	9 839	2 240	593	1 037	342	7 599	1 659	5 959	1 748	1 341	7 707	318	2 222	
Okt.	12 046	8 164	2 738	46	2 020	354	5 426	3 882	12 043	237	417	11 806	3 465	3	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2014				2015	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	- 1,51	0,61	- 10,68	- 13,00	- 7,22	14,39	- 4,86	- 8,74	6,37
Schuldverschreibungen insgesamt	- 2,65	0,18	- 1,63	1,52	0,29	0,10	- 3,53	- 1,47	0,49
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 2,61	1,56	- 1,62	1,79	- 0,13	- 0,44	0,40	- 1,06	0,93
langfristige Schuldverschreibungen	- 0,03	- 1,39	- 3,24	- 0,27	0,42	0,54	- 3,93	- 0,42	- 0,43
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 4,87	- 1,27	- 1,88	- 0,26	1,05	0,06	- 2,74	- 0,07	0,24
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	0,81	- 0,05	0,03	0,34	- 0,32	- 0,10	- 0,53	0,59
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	- 2,14	- 1,26	- 0,37	0,05	- 0,43	- 0,52	0,75	- 0,27
Staat	.	0,07	- 0,57	0,08	0,66	0,80	- 2,12	- 0,28	0,08
Schuldverschreibungen des Auslands	2,22	1,44	0,26	1,78	- 0,76	0,04	- 0,80	- 1,40	0,25
Kredite insgesamt	20,32	39,10	38,09	8,39	2,50	15,94	11,26	18,79	0,90
kurzfristige Kredite	9,78	55,02	33,53	7,11	6,02	16,28	4,11	21,85	1,70
langfristige Kredite	10,54	- 15,92	4,56	1,28	- 3,53	- 0,34	7,15	- 3,06	- 0,79
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	19,11	32,01	34,55	5,92	6,00	7,68	14,94	12,33	- 6,46
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	8,87	29,84	20,30	- 0,17	1,80	5,14	13,53	- 0,19	- 1,27
finanzielle Kapitalgesellschaften	9,73	1,92	14,36	6,12	4,23	2,57	1,45	12,52	- 5,19
Staat	0,50	0,26	- 0,11	- 0,03	- 0,03	- 0,03	- 0,03	0,00	0,00
Kredite an das Ausland	1,21	7,08	3,54	2,47	- 3,51	8,26	- 3,69	6,46	7,36
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	43,30	26,82	13,38	10,00	- 1,65	10,49	- 5,47	4,68	12,75
Anteilsrechte insgesamt	43,49	19,17	23,76	8,84	0,53	9,37	5,03	- 3,47	9,92
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	8,70	- 1,62	- 0,93	- 0,69	2,77	- 2,76	- 16,68	1,41
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	9,65	- 5,39	- 0,94	- 0,79	2,29	- 5,95	- 14,10	1,07
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	- 0,95	3,78	0,02	0,10	0,47	3,19	- 2,59	0,34
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	1,41	9,16	2,58	7,92	- 1,41	0,06	8,82	- 0,16
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	44,93	9,07	16,21	7,18	- 6,71	8,01	7,73	4,39	8,68
Anteile an Investmentfonds	- 0,20	7,65	- 10,38	1,17	- 2,18	1,13	- 10,50	8,15	2,82
Geldmarktfonds	0,03	- 0,15	0,23	0,48	- 0,16	- 0,01	- 0,08	- 0,25	0,17
Sonstige Investmentfonds	- 0,22	7,80	- 10,61	0,68	- 2,02	1,14	- 10,41	8,40	2,65
Versicherungstechnische Rückstellungen	1,34	2,82	1,05	0,33	0,32	0,36	0,06	0,33	0,35
Finanzderivate	0,72	6,49	5,82	- 2,83	- 0,41	- 0,28	9,35	3,48	- 2,00
Sonstige Forderungen	86,39	165,90	- 76,99	7,73	- 25,34	- 19,04	- 40,34	- 31,94	64,32
Insgesamt	147,90	241,91	- 30,96	12,15	- 31,53	21,96	- 33,54	- 14,87	83,19
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	18,72	12,78	1,26	1,18	- 6,30	2,05	4,32	3,58	4,91
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 1,58	- 1,12	- 11,63	- 2,75	- 6,35	- 1,65	- 0,88	1,26	- 0,04
langfristige Schuldverschreibungen	20,30	13,90	12,89	3,93	0,05	3,70	5,20	2,32	4,95
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	5,10	4,23	2,46	1,76	- 0,15	0,15	0,95	2,73
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	0,81	- 0,05	0,03	0,34	- 0,32	- 0,10	- 0,53	0,59
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	2,85	4,08	2,33	1,10	0,24	0,42	1,26	1,86
Staat	.	- 0,05	0,00	- 0,01	0,00	0,00	0,00	0,01	- 0,00
Private Haushalte	.	1,50	0,20	0,11	0,32	- 0,07	0,16	0,22	0,29
Schuldverschreibungen des Auslands	.	7,67	- 2,97	- 1,28	- 8,06	2,20	4,17	2,63	2,18
Kredite insgesamt	3,16	48,82	17,81	15,80	27,71	- 17,71	- 7,99	40,24	19,57
kurzfristige Kredite	7,84	43,15	- 5,53	13,23	13,80	- 12,51	- 20,04	21,95	18,29
langfristige Kredite	- 4,68	5,67	23,34	2,57	13,92	- 5,20	12,05	18,29	1,28
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	- 18,60	17,03	37,42	19,32	20,95	- 7,54	4,69	29,14	7,20
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	8,87	29,84	20,30	- 0,17	1,80	5,14	13,53	- 0,19	- 1,27
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 8,62	8,99	18,39	18,99	8,94	- 4,01	- 5,54	22,28	9,26
Staat	- 18,85	- 21,80	- 1,27	0,49	10,21	- 8,67	- 3,30	7,05	- 0,79
Kredite aus dem Ausland	21,77	31,74	- 19,61	- 3,52	6,76	- 10,17	- 12,68	11,10	12,37
Anteilsrechte insgesamt	12,74	15,94	23,88	2,31	2,57	5,05	13,95	- 0,70	5,15
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	- 4,47	- 0,97	3,32	- 0,32	0,72	- 4,69	- 15,75	- 4,67
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	9,65	- 5,39	- 0,94	- 0,79	2,29	- 5,95	- 14,10	1,07
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	- 5,02	1,59	4,41	- 0,01	- 2,49	- 0,31	3,78	- 6,34
Staat	.	- 0,88	0,03	0,01	0,01	0,01	0,01	0,00	0,00
Private Haushalte	.	- 8,21	2,80	- 0,15	0,47	0,90	1,57	- 5,43	0,61
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	7,80	9,72	- 2,71	2,19	3,59	6,65	16,02	6,38
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	9,44	12,60	15,13	1,69	0,70	0,75	11,99	- 0,97	3,44
Versicherungstechnische Rückstellungen	7,74	6,34	6,05	1,51	1,51	1,51	1,51	1,51	1,51
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	8,09	3,72	16,75	2,28	2,46	2,47	9,55	9,92	- 17,30
Sonstige Verbindlichkeiten	18,80	29,82	- 2,09	- 3,66	- 2,78	15,85	- 11,50	30,86	21,88
Insgesamt	69,25	117,42	63,66	19,42	25,18	9,22	9,84	85,42	35,72

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2014				2015	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	413,7	411,8	406,4	372,5	359,0	389,9	406,4	385,1	395,4
Schuldverschreibungen insgesamt	51,9	48,6	47,5	50,4	50,9	51,1	47,5	46,5	46,2
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,6	5,1	6,8	6,9	6,8	6,4	6,8	5,7	6,7
langfristige Schuldverschreibungen	48,3	43,5	40,8	43,4	44,1	44,7	40,8	40,8	39,5
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	24,6	22,9	24,4	25,5	25,6	22,9	23,0	23,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	4,7	4,6	4,7	5,0	4,7	4,6	4,1	4,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	13,8	12,7	13,5	13,6	13,2	12,7	13,5	13,2
Staat	.	6,1	5,7	6,2	6,9	7,7	5,7	5,4	5,3
Schuldverschreibungen des Auslands	.	24,0	24,6	26,0	25,4	25,5	24,6	23,5	23,2
Kredite insgesamt	411,5	456,6	499,1	463,5	470,1	488,1	499,1	518,7	518,5
kurzfristige Kredite	291,4	351,7	386,1	357,4	364,8	382,1	386,1	407,0	408,0
langfristige Kredite	120,1	104,9	113,0	106,0	105,3	106,0	113,0	111,7	110,5
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	284,8	316,8	351,3	322,7	328,7	336,4	351,3	361,4	354,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	197,6	227,4	247,7	227,2	229,0	234,2	247,7	247,5	246,2
finanzielle Kapitalgesellschaften	80,9	82,9	97,2	89,0	93,2	95,8	97,2	107,4	102,3
Staat	6,3	6,5	6,4	6,5	6,5	6,5	6,4	6,4	6,4
Kredite an das Ausland	126,7	139,8	147,8	140,8	141,4	151,7	147,8	157,3	163,6
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 638,4	1 806,0	1 901,8	1 807,7	1 831,4	1 870,6	1 901,8	2 126,5	2 049,6
Anteilsrechte insgesamt	1 509,5	1 667,9	1 766,3	1 666,8	1 689,5	1 725,4	1 766,3	1 975,5	1 899,6
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	275,4	262,2	266,3	266,0	254,6	262,2	290,6	274,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	269,8	252,2	260,5	260,5	248,9	252,2	283,1	267,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	5,7	10,0	5,7	5,5	5,7	10,0	7,4	7,2
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	52,2	62,1	55,5	63,5	62,1	62,1	72,6	70,4
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 240,4	1 340,3	1 442,0	1 345,1	1 359,9	1 408,6	1 442,0	1 612,3	1 554,6
Anteile an Investmentfonds	129,0	138,1	135,5	140,9	141,9	145,2	135,5	151,0	150,0
Geldmarktfonds	.	1,1	1,2	1,6	1,5	1,4	1,2	0,9	1,1
Sonstige Investmentfonds	129,0	137,0	134,4	139,3	140,4	143,9	134,4	150,1	149,0
Versicherungstechnische Rückstellungen	43,3	46,1	47,3	46,5	46,8	47,2	47,3	47,6	48,0
Finanzderivate	18,0	16,8	22,6	13,9	13,5	13,2	22,6	26,0	24,0
Sonstige Forderungen	824,3	893,3	868,6	874,2	859,8	866,4	868,6	911,4	937,8
Insgesamt	3 400,9	3 679,3	3 793,2	3 628,6	3 631,6	3 726,6	3 793,2	4 061,8	4 019,6
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	130,9	138,9	150,9	142,5	138,0	143,1	150,9	159,5	157,2
kurzfristige Schuldverschreibungen	14,6	13,4	1,8	10,7	4,4	2,7	1,8	2,3	2,3
langfristige Schuldverschreibungen	116,3	125,4	149,1	131,8	133,6	140,4	149,1	157,1	154,9
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	51,1	60,0	54,7	57,4	58,5	60,0	63,3	63,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	4,7	4,6	4,7	5,0	4,7	4,6	4,1	4,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	30,8	39,6	34,3	36,1	37,7	39,6	42,7	43,8
Staat	.	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	.	15,6	15,8	15,7	16,2	16,0	15,8	16,4	15,3
Schuldverschreibungen des Auslands	.	87,8	90,9	87,8	80,6	84,6	90,9	96,2	93,5
Kredite insgesamt	1 326,1	1 415,4	1 410,1	1 423,4	1 452,6	1 436,2	1 410,1	1 454,4	1 473,4
kurzfristige Kredite	429,1	486,7	480,5	499,3	511,9	501,5	480,5	507,0	521,5
langfristige Kredite	897,0	928,7	929,6	924,2	940,7	934,7	929,6	947,4	951,9
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 049,5	1 101,1	1 112,2	1 117,2	1 135,1	1 126,1	1 112,2	1 139,5	1 147,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	197,6	227,4	247,7	227,2	229,0	234,2	247,7	247,5	246,2
finanzielle Kapitalgesellschaften	805,7	811,8	810,1	828,5	838,0	832,6	810,1	831,8	841,4
Staat	46,3	61,9	54,5	61,5	68,0	59,4	54,5	60,2	59,6
Kredite aus dem Ausland	276,7	314,3	297,9	306,2	317,5	310,1	297,9	314,9	326,3
Anteilsrechte insgesamt	2 127,9	2 433,5	2 535,1	2 443,3	2 464,9	2 425,1	2 535,1	2 852,3	2 707,6
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	571,9	557,7	568,7	572,9	542,1	557,7	651,4	597,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	269,8	252,2	260,5	260,5	248,9	252,2	283,1	267,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	120,3	121,6	124,4	125,6	116,7	121,6	152,0	131,5
Staat	.	35,2	35,2	34,2	35,6	34,1	35,2	42,9	39,5
Private Haushalte	.	146,6	148,7	149,6	151,2	142,4	148,7	173,4	158,8
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	670,8	732,2	680,4	693,0	674,9	732,2	869,7	817,5
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 132,8	1 190,9	1 245,2	1 194,2	1 198,9	1 208,1	1 245,2	1 331,2	1 292,9
Versicherungstechnische Rückstellungen	237,6	243,9	249,9	245,4	246,9	248,4	249,9	251,5	253,0
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	40,2	37,3	54,0	39,5	42,0	44,4	54,0	63,9	46,6
Sonstige Verbindlichkeiten	952,2	972,1	1 002,1	951,0	950,0	978,0	1 002,1	1 047,3	1 037,9
Insgesamt	4 814,9	5 241,0	5 402,1	5 245,3	5 294,3	5 275,2	5 402,1	5 828,8	5 675,6

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2014				2015	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	75,38	63,95	85,72	8,70	20,35	16,44	40,23	14,68	27,71
Bargeld	0,91	8,16	15,52	0,79	4,54	3,28	6,91	4,19	3,75
Einlagen insgesamt	74,47	55,79	70,20	7,92	15,81	13,15	33,32	10,49	23,96
Sichteinlagen	90,08	89,41	73,84	8,42	19,91	11,88	33,62	19,30	34,43
Termineinlagen	- 5,21	- 9,78	8,76	2,37	1,31	0,94	4,14	- 2,32	- 3,12
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 10,39	- 23,85	- 12,41	- 2,88	- 5,42	0,33	- 4,44	- 6,49	- 7,35
Schuldverschreibungen insgesamt	- 17,39	- 17,81	- 18,00	- 2,12	- 2,52	- 7,47	- 5,89	- 7,38	- 5,09
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,26	- 0,36	- 0,67	0,11	- 0,08	- 0,39	- 0,32	0,29	0,31
langfristige Schuldverschreibungen	- 17,13	- 17,45	- 17,33	- 2,24	- 2,44	- 7,09	- 5,57	- 7,66	- 5,40
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren		- 14,86	- 15,08	- 2,27	- 2,64	- 5,92	- 4,25	- 4,76	- 2,98
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		1,24	0,02	0,09	0,27	- 0,11	- 0,23	0,21	0,23
finanzielle Kapitalgesellschaften		- 12,46	- 12,52	- 1,77	- 2,25	- 4,92	- 3,58	- 4,05	- 2,40
Staat		- 3,64	- 2,58	- 0,60	- 0,65	- 0,89	- 0,44	- 0,91	- 0,81
Schuldverschreibungen des Auslands		- 2,94	- 2,93	0,15	0,12	- 1,56	- 1,64	- 2,62	- 2,11
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	- 3,51	9,63	36,87	8,19	10,69	7,55	10,43	4,53	8,00
Anteilsrechte insgesamt	- 0,08	- 0,41	12,17	3,44	3,79	1,00	3,94	- 6,26	2,87
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren		- 5,63	4,61	0,51	2,07	0,25	1,79	- 6,53	1,13
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		- 5,29	2,69	- 0,15	0,44	0,85	1,55	- 5,50	0,49
finanzielle Kapitalgesellschaften		- 0,35	1,93	- 2,27	- 2,64	- 5,92	- 4,25	- 1,03	0,64
Börsennotierte Aktien des Auslands		2,99	3,70	1,91	0,65	0,08	1,06	0,66	0,80
Übrige Anteilsrechte 1)	2,58	2,24	3,86	1,02	1,06	0,68	1,10	- 0,39	0,95
Anteile an Investmentfonds	- 3,42	10,04	24,70	4,75	6,91	6,55	6,49	10,79	5,13
Geldmarktfonds	0,46	- 0,30	- 0,34	- 0,20	- 0,16	- 0,10	0,12	- 0,16	- 0,02
Sonstige Investmentfonds	- 3,88	10,34	25,04	4,95	7,07	6,65	6,37	10,95	5,14
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	22,62	26,02	22,96	6,63	5,64	5,20	5,48	4,20	4,20
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	26,68	29,45	29,55	10,52	6,27	4,96	7,80	13,03	8,15
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	27,39	19,39	19,90	7,96	4,23	2,73	4,97	9,66	4,95
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen 2)	15,54	11,93	- 23,57	5,21	- 9,05	3,55	- 23,27	13,18	- 6,63
Insgesamt	146,72	142,56	153,41	45,09	35,62	32,95	39,76	51,91	41,28
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	15,65	11,96	19,33	0,02	5,93	9,18	4,20	3,59	11,78
kurzfristige Kredite	- 1,16	- 3,31	- 1,98	0,83	0,50	- 1,26	- 2,04	1,00	- 1,26
langfristige Kredite	16,81	15,27	21,31	- 0,81	5,43	10,44	6,24	2,59	13,04
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	18,59	18,89	23,60	0,41	5,75	9,10	8,35	2,30	10,24
Konsumentenkredite	- 0,99	- 0,30	1,21	1,46	0,13	1,33	- 1,71	1,57	2,15
Gewerbliche Kredite	- 1,95	- 6,64	- 5,49	- 1,84	0,04	- 1,25	- 2,44	- 0,29	- 0,61
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	15,17	12,60	18,87	- 0,99	6,10	9,60	4,17	3,27	11,60
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	0,48	- 0,60	0,45	1,01	- 0,17	- 0,42	0,03	0,32	0,18
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	- 0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	1,36	- 0,01	- 0,12	0,19	- 0,02	0,30	- 0,59	0,34	0,05
Insgesamt	17,01	11,94	19,20	0,21	5,91	9,48	3,61	3,93	11,82

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2014				2015	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	1 848,7	1 912,4	1 997,9	1 920,8	1 941,1	1 957,6	1 997,9	2 014,2	2 041,9
Bargeld	105,5	113,6	129,1	114,4	119,0	122,2	129,1	133,3	137,1
Einlagen insgesamt	1 743,2	1 798,8	1 868,7	1 806,4	1 822,2	1 835,4	1 868,7	1 880,9	1 904,8
Sichteinlagen	818,3	907,8	981,4	916,0	935,9	947,8	981,4	1 000,6	1 035,1
Termineinlagen	255,9	245,9	254,7	248,2	249,5	250,5	254,7	254,0	250,9
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	669,0	645,1	632,7	642,2	636,8	637,1	632,7	626,2	618,9
Schuldverschreibungen insgesamt	200,1	179,0	162,2	177,7	176,4	168,9	162,2	156,8	149,2
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,1	2,7	2,1	2,8	2,8	2,4	2,1	2,4	2,7
langfristige Schuldverschreibungen	197,0	176,3	160,1	174,9	173,6	166,5	160,1	154,3	146,5
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren		116,9	102,4	115,1	112,9	107,1	102,4	98,6	94,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		14,2	14,1	14,2	14,7	14,5	14,1	14,8	13,7
finanzielle Kapitalgesellschaften		90,7	78,7	89,4	87,4	82,6	78,7	75,1	72,9
Staat		12,0	9,6	11,5	10,9	10,0	9,6	8,7	7,8
Schuldverschreibungen des Auslands		62,0	59,8	62,7	63,4	61,8	59,8	58,2	54,9
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	820,2	885,9	951,4	901,6	923,4	928,9	951,4	1 051,1	1 018,4
Anteilsrechte insgesamt	446,8	487,6	508,9	496,3	502,8	497,2	508,9	563,4	537,0
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren		167,4	169,7	170,5	171,5	163,0	169,7	197,9	179,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		140,4	142,1	143,3	144,9	136,2	142,1	165,4	151,1
finanzielle Kapitalgesellschaften		26,9	27,6	27,1	26,6	26,9	27,6	32,5	28,5
Börsennotierte Aktien des Auslands		55,8	64,0	57,9	60,6	63,2	64,0	74,6	71,7
Übrige Anteilsrechte 1)	255,7	264,4	275,3	267,9	270,7	271,0	275,3	290,9	285,7
Anteile an Investmentfonds	373,4	398,3	442,5	405,3	420,6	431,7	442,5	487,7	481,3
Geldmarktfonds	23,7	4,4	4,0	4,2	4,1	4,0	4,0	3,8	3,8
Sonstige Investmentfonds	349,7	393,8	438,5	401,0	416,5	427,7	438,5	483,8	477,5
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	273,3	291,3	307,3	295,4	299,5	303,6	307,3	311,5	315,7
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	809,1	847,3	885,6	861,2	869,7	876,0	885,6	899,7	908,5
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	677,1	708,3	740,0	715,8	723,0	728,8	740,0	749,6	754,6
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen 2)	37,1	36,7	35,8	36,6	36,4	36,0	35,8	35,6	35,5
Insgesamt	4 665,5	4 860,9	5 080,2	4 909,2	4 969,5	4 999,8	5 080,2	5 218,5	5 223,7
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 538,5	1 549,6	1 569,2	1 549,6	1 555,5	1 564,7	1 569,2	1 571,6	1 583,2
kurzfristige Kredite	71,5	66,4	64,6	67,2	67,7	66,5	64,6	65,6	64,1
langfristige Kredite	1 467,0	1 483,2	1 504,7	1 482,4	1 487,8	1 498,3	1 504,7	1 506,0	1 519,1
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 072,7	1 092,9	1 116,8	1 093,3	1 099,1	1 108,9	1 116,8	1 119,1	1 129,5
Konsumentenkredite	194,3	188,7	188,9	190,1	189,9	190,6	188,9	189,2	191,2
Gewerbliche Kredite	271,4	268,0	263,6	266,2	266,5	265,2	263,6	263,3	262,5
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 446,6	1 458,4	1 477,6	1 457,4	1 463,5	1 473,1	1 477,6	1 479,6	1 491,0
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,8	91,2	91,7	92,2	92,1	91,7	91,7	92,0	92,2
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	14,9	15,0	14,9	16,0	15,9	16,7	14,9	16,3	16,0
Insgesamt	1 553,4	1 564,6	1 584,2	1 565,7	1 571,4	1 581,4	1 584,2	1 587,9	1 599,1

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2009	- 79,6	- 40,5	- 19,5	- 5,1	- 14,4	- 3,2	- 1,6	- 0,8	- 0,2	- 0,6
2010 ²⁾	- 108,9	- 84,1	- 20,6	- 8,1	+ 3,8	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,1
2011	- 25,9	- 29,4	- 11,4	- 0,3	+ 15,3	- 1,0	- 1,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,6
2012 ^{p)}	- 2,4	- 16,3	- 7,3	+ 2,9	+ 18,3	- 0,1	- 0,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7
2013 ^{p)}	- 3,1	- 7,7	- 3,1	+ 2,3	+ 5,3	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2
2014 ^{p)}	+ 8,9	+ 8,6	- 0,6	- 2,4	+ 3,4	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,1
2013 1.Hj. ^{p)}	+ 2,9	- 5,1	- 0,2	+ 4,6	+ 3,7	+ 0,2	- 0,4	- 0,0	+ 0,3	+ 0,3
2.Hj. ^{p)}	- 6,0	- 2,6	- 2,9	- 2,2	+ 1,7	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,2	+ 0,1
2014 1.Hj. ^{p)}	+ 11,1	+ 1,7	- 0,7	+ 3,5	+ 6,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,5
2.Hj. ^{p)}	- 2,2	+ 6,9	+ 0,1	- 5,9	- 3,2	- 0,1	+ 0,5	+ 0,0	- 0,4	- 0,2
2015 1.Hj. ^{3)ts)}	+ 20,6	+ 8,4	+ 3,2	+ 4,9	+ 4,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Schuldenstand ⁴⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2009	1 783,7	1 079,7	585,3	133,3	1,3	72,5	43,9	23,8	5,4	0,1
2010	2 090,0	1 332,2	631,5	142,8	1,3	81,0	51,6	24,5	5,5	0,1
2011	2 118,5	1 341,5	646,6	146,7	1,3	78,4	49,6	23,9	5,4	0,0
2012 ^{p)}	2 195,8	1 386,2	675,2	150,8	1,2	79,7	50,3	24,5	5,5	0,0
2013 ^{p)}	2 181,9	1 389,5	656,4	153,4	1,3	77,4	49,3	23,3	5,4	0,0
2014 ^{p)}	2 184,3	1 396,4	649,6	154,7	1,4	74,9	47,9	22,3	5,3	0,0
2013 1.Vj. ^{p)}	2 185,0	1 386,2	667,7	152,6	1,2	79,2	50,3	24,2	5,5	0,0
2.Vj. ^{p)}	2 185,6	1 393,8	657,4	152,3	1,1	78,7	50,2	23,7	5,5	0,0
3.Vj. ^{p)}	2 167,0	1 379,2	650,2	153,0	1,1	77,4	49,3	23,2	5,5	0,0
4.Vj. ^{p)}	2 181,9	1 389,5	656,4	153,4	1,3	77,4	49,3	23,3	5,4	0,0
2014 1.Vj. ^{p)}	2 171,0	1 386,7	648,6	153,2	1,2	76,1	48,6	22,7	5,4	0,0
2.Vj. ^{p)}	2 179,0	1 395,3	647,6	154,1	1,1	75,9	48,6	22,6	5,4	0,0
3.Vj. ^{p)}	2 180,2	1 391,4	650,2	154,5	1,1	75,4	48,1	22,5	5,3	0,0
4.Vj. ^{p)}	2 184,3	1 396,4	649,6	154,7	1,4	74,9	47,9	22,3	5,3	0,0
2015 1.Vj. ^{p)}	2 183,8	1 397,8	650,9	156,1	1,4	74,3	47,6	22,1	5,2	0,0
2.Vj. ^{p)}	2 150,0	1 380,7	631,5	155,7	1,4	72,5	46,6	21,3	5,3	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Einschl. der Erlöse aus der

Frequenzversteigerung 2015 in Höhe von 5,1 Mrd €. **4** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{*)}

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen	sonstige		
Mrd €												
2009	1 090,9	554,7	415,6	120,6	1 170,5	624,8	197,8	65,0	58,3	224,6	- 79,6	974,3
2010	1 110,3	556,2	426,2	127,9	²⁾ 1 219,2	634,5	203,5	63,9	59,4	²⁾ 258,0	²⁾ - 108,9	986,5
2011	1 182,7	598,8	442,3	141,7	1 208,6	633,9	208,6	67,5	61,4	237,2	- 25,9	1 045,6
2012 ^{p)}	1 222,1	623,9	454,2	144,0	1 224,5	644,4	212,9	63,1	62,2	241,9	- 2,4	1 082,6
2013 ^{p)}	1 252,5	642,0	464,9	145,5	1 255,6	665,7	218,6	56,0	63,5	251,7	- 3,1	1 111,3
2014 ^{p)}	1 299,6	665,1	481,9	152,6	1 290,7	691,1	224,6	51,5	63,2	260,3	+ 8,9	1 151,5
in % des BIP												
2009	44,3	22,5	16,9	4,9	47,6	25,4	8,0	2,6	2,4	9,1	- 3,2	39,6
2010	43,0	21,6	16,5	5,0	²⁾ 47,3	24,6	7,9	2,5	2,3	²⁾ 10,0	²⁾ - 4,2	38,2
2011	43,8	22,2	16,4	5,2	44,7	23,4	7,7	2,5	2,3	8,8	- 1,0	38,7
2012 ^{p)}	44,4	22,6	16,5	5,2	44,4	23,4	7,7	2,3	2,3	8,8	- 0,1	39,3
2013 ^{p)}	44,4	22,8	16,5	5,2	44,5	23,6	7,8	2,0	2,3	8,9	- 0,1	39,4
2014 ^{p)}	44,6	22,8	16,5	5,2	44,3	23,7	7,7	1,8	2,2	8,9	+ 0,3	39,5
Zuwachsraten in %												
2009	- 1,9	- 5,3	+ 0,8	+ 6,4	+ 4,9	+ 5,5	+ 4,6	- 5,1	+ 10,7	+ 5,1	.	- 2,9
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,1	+ 4,2	+ 1,5	+ 2,9	- 1,7	+ 1,9	+ 14,8	.	+ 1,3
2011	+ 6,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 10,7	- 0,9	- 0,1	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,3	- 8,1	.	+ 6,0
2012 ^{p)}	+ 3,3	+ 4,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,0	- 6,5	+ 1,4	+ 2,0	.	+ 3,5
2013 ^{p)}	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,7	- 11,2	+ 2,1	+ 4,0	.	+ 2,6
2014 ^{p)}	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,9	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,7	- 8,1	- 0,5	+ 3,4	.	+ 3,6

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in

Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2008	665,7	561,2	13,9	674,9	180,2	272,8	67,2	35,0	18,5	- 9,2	485,5	479,0	+ 6,5	1 055,1	1 057,7	- 2,7
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,4	1 117,5	- 104,0
2010	634,7	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 p)	745,0	600,0	14,7	770,2	218,8	285,2	69,9	42,6	25,5	- 25,2	536,2	518,9	+ 17,3	1 171,1	1 179,0	- 7,9
2013 p)	761,8	619,7	14,7	773,6	225,3	286,9	65,7	42,8	23,5	- 11,8	536,7	532,0	+ 4,7	1 198,1	1 205,2	- 7,0
2014 p)	791,8	643,6	11,3	786,7	235,9	293,1	57,1	45,9	17,6	+ 5,1	554,5	551,0	+ 3,5	1 245,2	1 236,6	+ 8,6
2013 1.Vj. p)	178,0	148,6	2,6	187,8	53,7	74,9	22,5	6,0	2,9	- 9,8	128,5	132,3	- 3,8	281,3	294,9	- 13,6
2.Vj. p)	193,8	155,3	4,8	185,0	54,7	68,7	14,2	8,5	8,0	+ 8,8	133,1	132,6	+ 0,5	302,0	292,7	+ 9,4
3.Vj. p)	183,8	151,8	2,4	192,3	55,2	70,9	20,1	11,6	3,2	- 8,5	131,6	132,6	- 1,0	290,4	299,9	- 9,5
4.Vj. p)	204,7	164,2	4,6	207,5	60,8	71,0	10,0	15,4	8,3	- 2,8	142,7	134,2	+ 8,5	321,9	316,2	+ 5,7
2014 1.Vj. p)	188,1	153,6	2,0	193,8	56,7	77,8	20,1	7,8	2,3	- 5,7	132,8	136,1	- 3,3	295,9	304,9	- 8,9
2.Vj. p)	193,2	157,4	2,2	188,3	56,9	71,9	9,8	9,8	8,2	+ 4,9	136,4	135,8	+ 0,6	304,6	299,1	+ 5,5
3.Vj. p)	186,8	157,5	3,4	188,0	57,0	70,8	12,2	11,3	4,0	- 1,3	136,3	137,4	- 1,1	297,6	300,0	- 2,4
4.Vj. p)	224,5	174,9	3,5	217,5	65,4	74,0	14,9	16,5	3,1	+ 7,0	148,3	141,5	+ 6,8	347,1	333,3	+ 13,8
2015 1.Vj. p)	196,0	160,9	2,4	198,8	58,5	80,5	18,4	7,7	2,5	- 2,8	137,3	142,8	- 5,4	307,6	315,8	- 8,2

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

rens stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungsverkäufe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2008	292,8	304,6	- 11,8	276,2	275,7	+ 0,5	176,4	168,0	+ 8,4
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	323,9	+ 0,4	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,2	- 0,3	337,9	335,8	+ 2,0	218,8	219,0	- 0,2
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,4	+ 3,4
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,1	- 0,5
4.Vj. p)	90,2	92,7	- 2,5	85,8	88,6	- 2,9	60,3	57,9	+ 2,4
2014 1.Vj. p)	69,8	80,4	- 10,6	80,3	81,0	- 0,7	45,1	49,9	- 4,8
2.Vj. p)	77,7	76,7	+ 0,9	82,3	80,4	+ 1,9	54,9	52,2	+ 2,7
3.Vj. p)	82,5	85,3	- 2,9	82,7	80,4	+ 2,3	53,9	54,5	- 0,6
4.Vj. p)	92,9	80,8	+ 12,2	92,0	94,0	- 2,0	63,2	61,2	+ 2,0
2015 1.Vj. p)	74,4	81,6	- 7,1	84,2	84,5	- 0,3	46,3	52,1	- 5,8
2.Vj. p)	86,5	72,6	+ 13,9	87,0	83,6	+ 3,4	57,5	53,2	+ 4,3

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)	Gemeinden 3)		
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	- 190	21 510
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+ 198	27 772
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+ 7 353	6 494
2.Vj.	155 507	133 820	72 708	54 570	6 542	21 934	- 246	6 914
3.Vj.	151 383	130 589	71 238	52 601	6 750	20 948	- 155	7 554
4.Vj.	163 882	144 230	80 343	57 181	6 706	26 341	- 6 690	6 813
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+ 7 698	6 638
2.Vj.	158 118	135 358	72 082	56 178	7 098	23 160	- 400	6 803
3.Vj.	156 886	135 698	75 711	55 194	4 794	21 380	- 192	7 577
4.Vj.	174 650	153 966	85 763	60 603	7 599	27 592	- 6 908	6 754
2015 1.Vj.	161 068	137 183	68 215	57 237	11 731	15 722	+ 8 163	6 433
2.Vj. p)	167 763	143 248	76 762	59 298	7 188	24 814	- 299	6 633
3.Vj.	...	143 854	79 783	59 551	4 520	7 558
2014 Okt.	.	38 001	21 180	15 346	1 475	.	.	2 251
2015 Okt.	.	38 703	20 575	15 894	2 234	.	.	2 173

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								Gewerbesteuerumlagen 6)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316	
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265	
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501	
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517	
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822	
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040	
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031	
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493	
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630	
3.Vj.	138 958	56 791	38 008	9 815	3 309	5 659	50 033	37 661	12 372	1 875	25 011	4 111	1 137	8 369	
4.Vj.	153 779	64 834	44 896	10 631	4 757	4 551	50 507	38 136	12 372	3 254	30 116	3 961	1 106	9 548	
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049	
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318	1 042	9 059	
3.Vj.	144 482	60 838	40 538	10 022	4 314	5 965	51 148	38 733	12 415	1 911	24 945	4 395	1 244	8 783	
4.Vj.	164 104	69 863	47 642	11 820	5 052	5 349	52 264	39 397	12 867	3 312	33 091	4 361	1 214	10 139	
2015 1.Vj.	146 924	66 225	41 557	13 134	5 438	6 097	51 852	40 050	11 803	143	22 268	5 207	1 228	9 741	
2.Vj.	153 155	69 728	44 267	12 323	5 851	7 287	50 754	38 063	12 691	1 760	24 892	4 838	1 183	9 907	
3.Vj.	153 307	66 010	43 251	10 666	4 452	7 640	53 203	40 029	13 174	2 019	25 637	5 029	1 409	9 453	
2014 Okt.	40 258	13 067	12 876	- 323	- 1 203	1 717	16 083	11 710	4 372	1 476	7 754	1 448	431	2 257	
2015 Okt.	41 021	12 711	13 060	- 342	- 1 366	1 359	16 776	12 422	4 354	1 555	7 750	1 755	474	2 317	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2014: 53,5/44,5/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2014: 22,4/77,6. 7 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 4)	Grund- steuern
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	14 612	15 047	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	.	9 339	5 452	2 764	57 728	43 763	12 691
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683	14 858	11 377	3 205
3.Vj.	10 101	3 858	3 314	2 255	2 053	1 602	507	1 320	.	2 203	1 261	647	14 299	10 339	3 659
4.Vj.	15 119	4 316	3 748	1 818	1 849	1 600	545	1 121	.	2 106	1 227	628	13 357	10 400	2 710
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	- 1 458	.	2 149	1 501	668	15 485	11 684	3 495
3.Vj.	10 029	3 735	3 498	2 423	2 265	1 716	499	779	.	2 387	1 331	677	14 316	10 458	3 529
4.Vj.	15 185	4 691	4 016	1 886	1 859	1 653	535	3 266	.	2 418	1 306	638	13 858	10 792	2 786
2015 1.Vj.	4 704	2 223	3 783	5 825	2 454	1 806	570	904	.	2 760	1 668	779	14 288	10 912	2 982
2.Vj. p)	9 512	3 683	4 278	2 187	2 361	1 465	470	937	.	2 561	1 617	660	16 368	12 383	3 636
3.Vj.	10 159	3 981	3 714	2 436	2 108	1 643	496	1 102	.	3 021	1 335	672
2014 Okt.	3 319	1 342	826	535	676	578	148	331	.	815	417	216	.	.	.
2015 Okt.	3 341	1 368	851	561	673	552	153	251	.	949	569	237	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer. 4 Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- pieren	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner							
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+ 3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260
3.Vj.	66 129	45 992	19 865	66 801	56 909	3 991	- 672	33 678	30 264	3 191	129	94	4 256
4.Vj.	71 927	51 577	20 096	69 548	59 225	4 192	+ 2 379	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275
2015 1.Vj.	65 923	45 653	20 025	68 435	58 671	4 125	- 2 512	34 084	31 583	2 262	148	92	4 255
2.Vj.	68 700	48 483	19 945	68 443	58 390	4 113	+ 257	34 319	31 797	2 276	152	93	4 254
3.Vj.	67 538	47 280	20 006	70 165	59 931	4 228	- 2 627	32 246	29 722	2 276	156	92	4 259

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistun-

gen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 6)		
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 671	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-
3.Vj.	8 249	6 991	318	-	7 551	3 641	123	1 458	.	163	1 313	+ 698	-
4.Vj.	9 280	7 884	347	-	7 868	3 446	79	1 609	.	122	1 682	+ 1 412	-
2015 1.Vj.	8 209	6 969	310	-	8 599	4 267	387	1 586	.	165	1 287	- 390	-
2.Vj.	8 758	7 467	326	-	7 856	3 758	214	1 591	.	172	1 318	+ 902	-
3.Vj.	8 573	7 285	329	-	7 319	3 501	82	1 455	.	164	1 368	+ 1 254	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizitgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbeitrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)		Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 6)	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042
3.Vj.	49 992	46 637	2 634	51 035	16 335	8 266	8 392	3 152	3 313	2 607	2 391	- 1 043
4.Vj.	54 604	50 593	2 597	52 017	15 997	8 496	8 642	3 347	3 444	2 665	2 907	+ 2 588
2015 1.Vj.	50 407	46 846	2 875	53 255	17 532	8 554	8 961	3 379	3 216	2 935	2 360	- 2 848
2.Vj.	51 850	48 371	2 875	53 351	17 157	8 661	8 976	3 385	3 376	2 730	2 433	- 1 501
3.Vj.	51 888	48 472	2 875	52 884	16 899	8 621	8 808	3 262	3 398	2 732	2 508	- 996

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzel-nen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur be-grenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2014	25 974	25 893	25 457	3 570	10 263	5 893	946	1 216	+	517
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144
3.Vj.	6 405	6 386	6 442	932	2 577	1 481	237	299	-	37
4.Vj.	6 933	6 918	6 462	907	2 590	1 529	238	288	+	471
2015 1.Vj.	7 252	7 228	6 906	906	2 655	1 571	236	333	+	346
2.Vj.	7 611	7 592	7 139	902	2 666	1 591	239	311	+	472
3.Vj.	7 626	7 609	7 390	930	2 701	1 613	239	326	+	236

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Seit 2005:

Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556
2.Vj.	+ 58 444	+ 9 500	+ 6 281	+ 10 589
3.Vj.	+ 47 215	- 8 035	- 2 111	- 10 817
4.Vj.	+ 43 018	- 292	+ 1 907	+ 10 675
2015 1.Vj.	+ 52 024	- 3 086	+ 4 710	- 7 612
2.Vj.	+ 36 214	- 5 404	- 12 133	+ 6 930

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2008	1 666 170	4 440	519 017	176 872	155 935	809 906
2009	1 783 669	4 440	556 202	188 858	136 672	897 497
2010	2 090 037	4 440	688 938	208 244	135 917	1 052 498
2011	2 118 535	4 440	629 678	208 005	123 941	1 152 471
2012	2 195 819	4 440	633 355	200 406	144 201	1 213 416
2013	2 181 924	4 440	623 685	190 921	150 408	1 212 470
2014 p)	2 184 302	4 440	611 873	190 343	138 775	1 238 870
2013 1.Vj.	2 184 951	4 440	625 566	194 817	148 862	1 211 266
2.Vj.	2 185 626	4 440	618 479	201 034	141 784	1 219 889
3.Vj.	2 166 992	4 440	619 743	191 759	148 376	1 202 674
4.Vj.	2 181 924	4 440	623 685	190 921	150 408	1 212 470
2014 1.Vj. p)	2 170 966	4 440	620 478	190 621	134 911	1 220 517
2.Vj. p)	2 178 961	4 440	618 658	189 862	135 874	1 230 127
3.Vj. p)	2 180 165	4 440	620 462	189 118	132 977	1 233 168
4.Vj. p)	2 184 302	4 440	611 873	190 343	138 775	1 238 870
2015 1.Vj. p)	2 183 814	4 440	619 519	189 242	149 296	1 221 317
2.Vj. p)	2 150 021	4 440	606 064	187 345	172 349	1 179 824

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 851	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 716	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 605	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 307	102	111 765	4 440	2
2012	1 791 241	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 793	70	113 198	4 440	2
2013 1.Vj.	1 802 340	56 911	416 586	248 589	6 354	666 922	1 580	289 587	20	111 350	4 440	2
2.Vj.	1 806 613	57 919	415 548	234 612	5 890	679 494	1 516	295 700	23	111 469	4 440	2
3.Vj.	1 794 764	54 808	417 120	247 942	4 970	672 215	1 464	280 055	28	111 721	4 440	2
4.Vj.	1 816 536	50 128	423 441	245 372	4 488	684 951	1 397	291 948	46	110 323	4 440	2
2014 1.Vj.	1 809 802	41 870	417 260	259 344	4 130	688 047	1 314	282 899	21	110 476	4 440	2
2.Vj.	1 822 342	39 049	419 662	253 524	3 773	703 513	1 262	286 242	16	110 859	4 440	2
3.Vj.	1 818 961	34 149	427 125	265 789	3 068	691 607	1 219	281 400	16	110 147	4 440	2
4.Vj.	1 822 784	27 951	429 633	259 186	2 375	703 812	1 187	282 492	42	111 664	4 440	2
2015 1.Vj. p)	1 821 960	28 317	425 257	250 432	2 271	707 905	1 155	290 579	42	111 561	4 440	2
2.Vj. p)	1 806 898	29 575	421 582	243 299	2 031	722 562	1 133	271 289	42	110 944	4 440	2
Bund 7) 8) 9) 10)												
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 1.Vj.	1 122 570	54 962	113 866	248 589	6 354	666 499	1 580	17 469	-	8 811	4 440	2
2.Vj.	1 131 053	56 494	111 826	234 612	5 890	678 971	1 516	28 735	-	8 568	4 440	2
3.Vj.	1 119 069	54 539	110 074	247 942	4 970	671 692	1 464	15 246	-	8 702	4 440	2
4.Vj.	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
2.Vj.	1 138 455	37 951	105 639	253 524	3 773	702 467	1 262	20 781	-	8 616	4 440	2
3.Vj.	1 130 420	33 293	104 763	265 789	3 068	690 561	1 219	18 745	-	8 541	4 440	2
4.Vj.	1 130 128	27 951	103 445	259 186	2 375	702 515	1 187	20 509	-	8 518	4 440	2
2015 1.Vj.	1 127 042	26 495	102 203	250 432	2 271	706 308	1 155	25 289	-	8 448	4 440	2
2.Vj.	1 121 637	27 535	101 090	243 299	2 031	720 715	1 133	13 021	-	8 373	4 440	2
Länder												
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 696	1 176	265 631	167 429	1	94 459	.	1
2011	537 571	1 975	283 601	154 545	62	97 387	.	1
2012	540 822	950	299 750	138 684	52	101 386	.	1
2013 1.Vj.	541 400	1 949	302 720	137 220	2	99 510	.	1
2.Vj.	538 458	1 425	303 722	133 435	5	99 871	.	1
3.Vj.	538 070	270	307 046	130 755	10	99 989	.	1
4.Vj.	546 334	125	313 412	134 418	35	98 343	.	1
2014 1.Vj.	540 650	261	309 346	132 537	10	98 495	.	1
2.Vj.	543 169	1 098	314 024	129 130	5	98 913	.	1
3.Vj.	547 267	856	322 362	125 767	5	98 276	.	1
4.Vj.	550 200	0	326 188	125 310	5	98 697	.	1
2015 1.Vj. p)	547 688	1 821	323 055	124 144	5	98 662	.	1
2.Vj. p)	538 485	2 040	320 492	117 826	5	98 121	.	1
Gemeinden 11)												
2009	119 466	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 740	375	.	121 938	20	6 407	.	.
2011	133 730	381	.	128 380	40	4 929	.	.
2012	137 386	423	.	133 916	18	3 029	.	.
2013 1.Vj.	138 370	423	.	134 898	18	3 030	.	.
2.Vj.	137 102	523	.	133 530	18	3 030	.	.
3.Vj.	137 625	523	.	134 053	18	3 030	.	.
4.Vj.	137 697	646	.	133 713	11	3 328	.	.
2014 1.Vj.	140 198	1 046	.	135 811	11	3 330	.	.
2.Vj.	140 719	1 046	.	136 332	11	3 330	.	.
3.Vj.	141 274	1 046	.	136 888	11	3 330	.	.
4.Vj.	142 456	1 297	.	136 674	37	4 448	.	.
2015 1.Vj. p)	147 230	1 597	.	141 146	37	4 450	.	.
2.Vj. p)	146 776	1 847	.	140 442	37	4 450	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungs-schätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschätzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuld-scheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Wäh-rung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Alt-verbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eige-

nen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundes-wertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktsta-tistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Son-dervermögen nachgewiesen. 8 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonder-fonds Finanzmarktstabilisierung“. 9 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sonder-vermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 10 Ab Januar 2011 einschl. Verschul-dung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 11 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jah-resende geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2014				2015		
							1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
							Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %			
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	105,9	106,3	108,1	0,5	0,4	1,6	3,5	0,4	1,6	1,1	1,1	2,3	1,9
Baugewerbe	102,6	101,3	104,0	- 1,2	- 1,2	2,6	11,6	1,7	0,2	- 0,4	- 2,0	0,0	0,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	106,4	103,9	105,2	2,4	- 2,4	1,3	2,5	0,6	0,7	1,5	1,6	1,3	1,8
Information und Kommunikation	115,6	122,6	125,5	4,1	6,0	2,4	2,4	2,2	2,5	2,4	1,8	3,1	2,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	98,7	99,1	99,8	- 1,7	0,5	0,6	0,6	1,9	- 0,0	0,2	0,2	- 1,5	- 2,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	101,1	102,6	103,6	- 2,3	1,4	1,0	1,3	0,9	1,0	0,9	0,8	1,3	2,1
Unternehmensdienstleister ¹⁾	103,4	104,0	106,6	1,0	0,6	2,4	3,0	1,7	2,6	2,2	1,9	2,9	2,7
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	102,0	102,6	103,7	0,4	0,6	1,0	1,6	0,6	0,7	1,2	1,4	1,2	1,2
Sonstige Dienstleister	99,3	98,4	98,5	- 0,6	- 0,9	0,1	0,9	- 0,4	- 0,0	0,0	- 0,0	0,6	0,3
Bruttowertschöpfung	104,1	104,4	106,0	0,5	0,3	1,5	2,6	0,9	1,3	1,2	1,1	1,6	1,6
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,1	104,4	106,1	0,4	0,3	1,6	2,6	1,0	1,2	1,6	1,2	1,6	1,8
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	102,3	103,0	103,9	1,0	0,6	0,9	1,0	0,6	0,5	1,6	2,3	1,8	2,1
Konsumausgaben des Staates	102,2	103,0	104,8	1,3	0,8	1,7	1,1	1,9	1,8	2,0	2,1	2,1	2,9
Ausrüstungen	104,0	101,6	106,3	- 2,6	- 2,3	4,5	8,4	4,5	3,8	2,3	3,9	3,4	4,2
Bauten	108,7	107,5	110,7	0,5	- 1,1	2,9	12,3	0,5	- 0,0	1,1	- 1,8	0,7	0,8
Sonstige Anlagen ⁴⁾	106,7	106,3	109,7	1,3	- 0,3	3,1	1,9	3,2	3,7	3,7	2,7	2,7	2,8
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	- 1,6	0,6	- 0,3	0,2	- 0,1	- 0,9	- 0,3	- 0,5	- 1,0	- 0,2
Inländische Verwendung	101,9	102,7	104,1	- 1,0	0,8	1,3	2,6	1,1	0,0	1,5	1,4	0,8	2,0
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	1,4	- 0,5	0,4	0,2	- 0,1	1,1	0,2	0,0	0,9	- 0,1
Exporte	111,3	113,0	117,6	2,8	1,6	4,0	4,4	2,7	4,7	4,4	4,8	6,5	5,1
Importe	106,7	109,9	114,0	- 0,3	3,1	3,7	4,7	3,3	2,4	4,6	5,8	5,4	6,2
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,1	104,4	106,1	0,4	0,3	1,6	2,6	1,0	1,2	1,6	1,2	1,6	1,8
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	1 533,8	1 562,7	1 592,2	2,6	1,9	1,9	2,1	1,7	1,5	2,3	2,6	2,7	2,7
Konsumausgaben des Staates	522,7	541,9	564,0	3,4	3,7	4,1	3,8	4,5	4,1	4,0	3,5	4,1	4,8
Ausrüstungen	184,9	181,3	189,8	- 1,8	- 2,0	4,7	8,5	4,4	4,0	2,6	4,2	3,9	4,8
Bauten	272,9	277,2	291,8	3,3	1,6	5,2	15,6	3,3	1,8	2,7	0,2	2,4	2,4
Sonstige Anlagen ⁴⁾	98,0	98,8	103,5	2,8	0,9	4,8	3,2	4,9	5,6	5,4	4,8	4,8	4,8
Vorratsveränderungen ⁵⁾	- 25,3	- 10,5	- 22,0
Inländische Verwendung	2 587,1	2 651,4	2 719,3	0,6	2,5	2,6	4,1	2,6	1,3	2,4	2,1	1,8	3,1
Außenbeitrag	167,7	169,4	196,4
Exporte	1 266,9	1 283,1	1 333,2	4,6	1,3	3,9	3,8	2,2	4,8	4,7	5,6	8,4	6,3
Importe	1 099,2	1 113,7	1 136,8	1,8	1,3	2,1	2,6	1,5	1,1	3,1	3,4	4,6	5,0
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 754,9	2 820,8	2 915,7	1,9	2,4	3,4	4,5	2,8	2,9	3,2	3,2	3,7	3,8
IV. Preise (2010 = 100)													
Privater Konsum	103,7	104,9	105,9	1,6	1,2	1,0	1,1	1,0	1,0	0,7	0,4	0,9	0,6
Bruttoinlandsprodukt	102,6	104,7	106,6	1,5	2,1	1,7	1,8	1,8	1,7	1,6	2,0	2,1	2,0
Terms of Trade	96,9	98,3	99,7	- 0,4	1,4	1,5	1,5	1,4	1,3	1,7	3,1	2,6	2,3
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 391,5	1 430,8	1 485,3	3,9	2,8	3,8	3,9	3,8	3,8	3,7	3,4	4,1	3,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	660,2	665,8	690,9	- 4,1	0,9	3,8	8,5	0,3	4,2	1,5	3,7	2,5	4,2
Volkseinkommen	2 051,7	2 096,6	2 176,2	1,2	2,2	3,8	5,5	2,7	3,9	3,1	3,5	3,6	4,0
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 820,4	2 882,0	2 982,4	1,8	2,2	3,5	4,8	2,7	3,4	3,1	3,3	3,3	3,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2015. ¹ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. ² Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). ³ Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. ⁴ Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. ⁵ Einschl. Nettozugang an Wertsachen. ⁶ Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ²⁾

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Energie	Industrie								
				zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
					Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
2010=100												
Gewicht in % ¹⁾	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2011	106,7	107,0	95,6	108,1	107,0	111,9	104,2	101,3	109,2	110,2	113,2	112,6
2012	106,2	105,9	97,3	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,6	108,3	106,0	113,8	114,8
2014	107,9	108,4	92,7	109,8	106,3	116,6	100,5	102,2	111,3	108,7	115,1	119,5
2014 3.Vj.	107,9	116,4	86,6	109,4	107,2	114,8	97,0	102,8	111,1	110,6	115,1	114,6
4.Vj.	111,6	118,9	99,6	112,1	103,6	122,8	104,7	106,1	110,7	111,2	125,3	118,9
2015 1.Vj.	2) 105,4	2) 85,0	103,7	108,5	106,2	114,3	104,0	99,3	110,4	107,5	105,5	126,4
2.Vj.	2) 108,6	2) 109,4	91,9	110,7	107,6	117,7	101,5	100,7	113,4	108,0	114,5	122,2
3.Vj. x)	2) 109,3	2) 116,5	93,4	110,2	107,2	116,6	100,5	102,5	111,5	110,5	111,9	119,3
2014 Okt.	113,7	120,0	98,4	114,8	111,0	120,6	108,2	109,8	116,8	114,5	116,3	125,9
Nov.	115,7	120,7	98,4	117,3	109,5	128,1	111,9	108,5	119,0	116,3	123,4	134,3
Dez.	105,3	115,9	101,9	104,3	90,3	119,7	93,9	100,0	96,3	102,7	136,1	96,6
2015 Jan.	98,3	71,6	105,5	101,2	102,0	102,2	95,7	97,5	105,1	100,6	94,1	111,5
Febr.	102,6	79,4	100,3	106,2	103,2	113,2	103,2	94,7	107,6	105,9	102,2	128,9
März	2) 115,3	2) 104,1	105,3	118,2	113,3	127,5	113,2	105,6	118,5	116,0	120,1	138,7
April	2) 107,6	2) 106,8	96,5	109,2	106,7	115,9	102,2	98,6	112,9	104,8	110,9	122,7
Mai	2) 107,6	2) 108,8	89,5	109,7	106,9	116,1	100,5	100,6	112,6	106,5	111,7	122,3
Juni	2) 110,7	2) 112,7	89,7	113,1	109,3	121,1	101,9	102,9	114,7	112,7	120,8	121,7
Juli 3)x)	2) 111,9	2) 118,6	94,4	113,1	109,4	120,9	97,8	104,0	113,9	111,0	114,7	128,4
Aug. 3)x)	2) 102,4	2) 113,0	91,0	102,4	102,5	104,0	91,1	100,2	105,4	104,8	104,3	98,7
Sept. x)	2) 113,5	2) 117,8	94,7	115,2	109,7	124,8	112,7	103,2	115,3	115,7	116,8	130,8
Okt. x)p)	2) 113,7	2) 120,7	96,6	114,9	109,8	123,3	109,7	106,0	116,9	112,3	114,7	132,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2011	+ 7,2	+ 7,9	- 4,5	+ 8,8	+ 7,5	+ 12,7	+ 4,8	+ 1,7	+ 9,9	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,5
2012	- 0,5	- 1,0	+ 1,8	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2
2013	+ 0,2	+ 0,3	- 0,9	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,8	+ 0,9	- 1,7	- 1,2	+ 1,8
2014	+ 1,4	+ 2,7	- 3,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,1	+ 4,1
2014 3.Vj.	+ 0,6	- 0,8	- 4,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,7	- 1,9	+ 1,5	+ 1,6	+ 4,2	+ 2,6	+ 0,5
4.Vj.	+ 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,8	± 0,0	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,4	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,8
2015 1.Vj.	2) + 0,2	2) - 3,3	+ 4,8	+ 0,1	- 0,6	+ 0,9	+ 1,6	- 0,7	- 0,6	+ 1,3	- 2,4	+ 3,1
2.Vj.	2) + 1,4	2) - 1,0	+ 7,1	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,9	+ 3,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 2,1	+ 0,3
3.Vj. x)	2) + 1,2	2) ± 0,0	+ 7,8	+ 0,7	± 0,0	+ 1,5	+ 3,6	- 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 2,7	+ 4,1
2014 Okt.	+ 1,2	± 0,0	- 0,7	+ 1,7	+ 0,1	+ 3,2	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 3,7	+ 3,0	+ 4,6
Nov.	- 0,3	- 0,4	- 1,0	- 0,3	- 0,5	± 0,0	+ 0,2	- 0,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1
Dez.	+ 0,8	- 0,8	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 4,7	- 0,1	+ 1,9	+ 3,6	+ 1,7	+ 0,5
2015 Jan.	+ 0,4	- 2,5	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,2	+ 2,4	- 0,6	+ 0,3	+ 2,2	- 2,4	+ 3,5
Febr.	+ 0,2	- 7,0	+ 6,3	+ 0,4	- 0,7	+ 1,6	+ 2,1	- 1,3	- 0,3	+ 1,5	- 1,7	+ 4,6
März	2) + 0,1	2) - 1,0	+ 6,8	- 0,5	- 1,3	- 0,1	+ 0,6	- 0,2	- 1,6	+ 0,2	- 2,9	+ 1,5
April	2) + 0,8	2) - 1,7	+ 9,0	+ 0,4	- 0,8	+ 2,2	+ 4,1	- 2,7	+ 0,7	- 0,4	+ 2,5	+ 0,2
Mai	2) + 2,5	2) + 1,1	+ 4,4	+ 2,3	+ 1,1	+ 2,9	+ 6,2	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,6	+ 1,7
Juni	2) + 1,0	2) - 2,3	+ 7,8	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,3	+ 2,1	- 0,3	+ 1,1	+ 1,3	- 1,0
Juli 3)x)	2) + 0,8	2) - 0,6	+ 11,2	± 0,0	- 0,9	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,3	- 0,7	- 0,3	+ 0,1	- 1,1
Aug. 3)x)	2) + 2,7	2) + 1,1	+ 7,1	+ 2,5	+ 0,6	+ 4,9	+ 9,1	- 0,3	+ 1,4	- 0,5	- 1,9	+ 17,8
Sept. x)	2) + 0,4	2) - 0,3	+ 5,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,1	+ 2,0	- 1,9	+ 0,4	+ 0,4	- 6,0	+ 0,5
Okt. x)p)	2) ± 0,0	2) + 0,6	- 1,8	+ 0,1	- 1,1	+ 2,2	+ 1,4	- 3,5	+ 0,1	- 1,9	- 1,4	+ 4,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ¹⁾ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ²⁾ Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2010. ³⁾ Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die

Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 4%). ³⁾ Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. ^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt 

Zeit	Industrie		davon:									
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		davon:			
	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
insgesamt												
2010	99,5	+ 24,7	99,5	+ 27,9	99,5	+ 25,3	99,6	+ 5,3	99,5	+ 14,6	99,6	+ 2,5
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,6	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,4	- 5,6	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,2	- 1,0	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,4	107,4	+ 2,0
2014	112,4	+ 2,7	103,9	+ 0,7	118,6	+ 3,8	110,8	+ 4,6	102,4	+ 0,6	113,7	+ 5,9
2014 Okt.	115,0	+ 3,4	107,1	- 0,5	120,5	+ 6,0	114,6	+ 2,3	108,4	- 1,5	116,8	+ 3,5
Nov.	114,7	+ 0,1	104,2	- 1,7	122,3	+ 1,2	113,3	+ 0,4	104,9	- 2,4	116,3	+ 1,4
Dez.	112,7	+ 4,5	92,6	+ 2,7	128,9	+ 5,7	97,7	+ 3,1	92,9	+ 5,1	99,4	+ 2,5
2015 Jan.	112,8	+ 0,5	107,3	- 1,4	116,8	+ 2,4	111,6	- 2,9	104,8	+ 3,6	114,0	- 4,8
Febr.	111,9	- 0,4	101,7	- 2,4	118,0	+ 0,7	119,8	+ 2,0	101,4	+ 4,8	126,2	+ 1,3
März	125,0	+ 3,7	113,0	- 0,1	134,3	+ 5,9	118,6	+ 5,3	113,0	+ 0,3	120,5	+ 6,9
April	116,2	+ 3,4	104,4	- 1,1	125,2	+ 6,0	111,2	+ 3,9	104,2	- 3,6	113,6	+ 6,6
Mai	114,1	+ 6,4	105,0	+ 2,7	120,8	+ 8,8	111,8	+ 5,8	102,3	+ 4,3	115,1	+ 6,1
Juni	123,0	+ 8,8	106,6	+ 0,9	135,9	+ 14,3	113,8	+ 4,9	106,9	+ 1,9	116,2	+ 5,9
Juli	116,5	- 0,1	105,1	- 1,2	124,3	+ 0,2	118,7	+ 3,5	108,0	+ 10,3	122,4	+ 1,6
Aug.	103,1	+ 2,9	94,0	- 0,5	108,4	+ 5,3	110,8	+ 0,2	100,2	+ 6,4	114,4	- 1,6
Sept.	111,9	± 0,0	100,2	- 1,6	120,0	+ 0,9	113,3	+ 0,8	115,5	+ 6,0	112,5	- 1,0
Okt. p)	113,7	- 1,1	102,3	- 4,5	120,8	+ 0,2	120,0	+ 4,7	115,7	+ 6,7	121,5	+ 4,0
aus dem Inland												
2010	99,5	+ 18,7	99,5	+ 28,9	99,5	+ 13,1	99,6	+ 1,4	99,4	+ 4,5	99,6	+ 0,4
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	103,9	- 5,4	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,5	101,9	- 1,4	107,6	+ 2,1	100,4	+ 1,2	102,9	+ 1,0	99,5	+ 1,3
2014	105,6	+ 1,1	100,8	- 1,1	110,9	+ 3,1	102,4	+ 2,0	102,9	± 0,0	102,2	+ 2,7
2014 Okt.	109,0	+ 3,4	102,0	- 1,5	116,3	+ 8,6	106,7	+ 1,1	110,7	- 5,6	105,3	+ 3,8
Nov.	105,9	- 3,4	100,2	- 4,9	112,1	- 2,3	102,6	- 1,8	106,3	- 2,1	101,3	- 1,7
Dez.	97,2	+ 3,4	87,8	- 0,1	108,0	+ 6,2	88,4	+ 4,6	84,8	+ 4,2	89,7	+ 4,8
2015 Jan.	105,6	- 1,1	103,0	- 3,6	108,5	+ 1,0	104,2	+ 0,9	103,2	+ 0,8	104,5	+ 0,9
Febr.	104,9	- 1,2	96,7	- 5,8	112,2	+ 2,7	110,5	+ 1,7	100,6	+ 0,4	114,0	+ 2,1
März	121,2	+ 3,8	108,2	± 0,0	136,1	+ 7,3	110,5	+ 2,4	108,5	- 4,0	111,2	+ 4,8
April	108,5	+ 0,7	100,9	- 3,1	117,5	+ 4,2	99,8	+ 0,8	102,8	- 4,5	98,8	+ 2,9
Mai	106,2	+ 2,2	101,6	+ 0,3	111,7	+ 3,5	101,0	+ 5,9	94,4	+ 1,5	103,3	+ 7,3
Juni	106,7	+ 1,4	100,6	- 1,3	113,8	+ 4,1	101,3	+ 1,4	100,9	- 5,3	101,4	+ 3,9
Juli	111,9	+ 3,1	101,4	- 2,5	122,8	+ 8,6	109,5	+ 1,1	106,1	+ 4,4	110,7	± 0,0
Aug.	99,9	+ 2,0	93,9	- 0,1	104,9	+ 4,0	106,4	+ 3,3	99,7	+ 4,1	108,8	+ 3,1
Sept.	105,4	+ 3,1	96,4	- 0,4	114,0	+ 6,4	107,5	+ 2,1	113,8	+ 1,3	105,3	+ 2,4
Okt. p)	107,9	- 1,0	98,7	- 3,2	116,9	+ 0,5	108,7	+ 1,9	113,4	+ 2,4	107,1	+ 1,7
aus dem Ausland												
2010	99,6	+ 29,9	99,6	+ 26,9	99,6	+ 34,4	99,6	+ 8,9	99,6	+ 25,3	99,6	+ 4,2
2011	110,0	+ 10,4	108,4	+ 8,8	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,4	105,2	+ 5,6
2012	109,2	- 0,7	105,2	- 3,0	111,5	+ 0,1	107,8	+ 3,6	97,4	- 3,6	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,9	104,7	- 0,5	118,5	+ 6,3	110,7	+ 2,7	100,9	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2014	117,9	+ 3,9	107,4	+ 2,6	123,4	+ 4,1	118,0	+ 6,6	102,1	+ 1,2	123,5	+ 8,2
2014 Okt.	119,8	+ 3,4	113,1	+ 0,6	123,1	+ 4,6	121,3	+ 3,1	106,4	+ 2,7	126,5	+ 3,3
Nov.	121,9	+ 2,8	108,9	+ 2,0	128,6	+ 3,1	122,5	+ 2,2	103,6	- 2,7	129,0	+ 3,6
Dez.	125,3	+ 5,3	98,3	+ 5,7	141,8	+ 5,5	105,7	+ 2,0	100,0	+ 5,8	107,6	+ 0,8
2015 Jan.	118,6	+ 1,8	112,3	+ 1,1	122,0	+ 3,1	118,0	- 5,5	106,2	+ 6,1	122,0	- 8,5
Febr.	117,6	+ 0,3	107,6	+ 1,6	121,5	- 0,6	127,8	+ 2,3	102,1	+ 8,7	136,6	+ 0,7
März	128,0	+ 3,6	118,7	- 0,2	133,2	+ 5,0	125,5	+ 7,5	117,0	+ 4,1	128,4	+ 8,5
April	122,4	+ 5,2	108,5	+ 1,1	129,9	+ 7,1	120,9	+ 6,2	105,5	- 2,9	126,1	+ 9,1
Mai	120,5	+ 9,6	109,0	+ 5,6	126,4	+ 12,0	121,1	+ 5,7	109,2	+ 6,5	125,1	+ 5,3
Juni	136,3	+ 14,1	113,7	+ 3,3	149,6	+ 19,9	124,5	+ 7,5	112,2	+ 8,4	128,8	+ 7,4
Juli	120,3	- 2,3	109,4	+ 0,1	125,3	- 4,2	126,6	+ 5,3	109,6	+ 15,7	132,4	+ 2,7
Aug.	105,7	+ 3,5	94,2	- 0,9	110,6	+ 6,2	114,5	- 2,2	100,6	+ 8,4	119,2	- 4,9
Sept.	117,2	- 2,1	104,7	- 2,8	123,7	- 1,9	118,2	- 0,3	116,9	+ 10,1	118,7	- 3,3
Okt. p)	118,4	- 1,2	106,6	- 5,7	123,2	+ 0,1	129,6	+ 6,8	117,7	+ 10,6	133,8	+ 5,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16.  Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsmäßig bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Hochbau										Tiefbau					
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau						gewerbliche Auftraggeber	
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2010	99,6	+ 1,3	99,7	+ 6,0	99,6	+ 9,6	99,7	+ 4,6	99,6	+ 2,8	99,6	- 2,7	99,6	+ 5,7	99,6	- 5,5
2011	107,0	+ 7,4	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,9	91,5	- 8,1	102,0	+ 2,4	112,7	+ 13,2	95,9	- 3,7
2012	114,7	+ 7,2	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,8	+ 0,3	108,0	+ 5,9	118,8	+ 5,4	103,4	+ 7,8
2013	119,2	+ 3,9	126,5	+ 4,2	140,7	+ 6,3	128,1	+ 3,1	93,9	+ 2,3	111,9	+ 3,6	121,9	+ 2,6	107,7	+ 4,2
2014	118,6	- 0,5	127,2	+ 0,6	146,6	+ 4,2	126,8	- 1,0	90,6	- 3,5	109,9	- 1,8	121,8	- 0,1	104,1	- 3,3
2014 Sept.	121,8	- 3,3	130,0	- 4,3	149,0	- 2,5	128,9	- 2,9	96,1	- 13,4	113,6	- 2,2	123,3	- 5,4	109,3	- 1,1
Okt.	113,7	- 3,2	129,3	+ 0,5	152,0	+ 7,5	129,4	- 3,9	84,5	- 1,2	98,0	- 7,9	119,1	- 4,9	92,7	- 7,2
Nov.	99,4	- 6,8	113,0	- 5,5	130,2	+ 5,9	116,7	- 11,9	68,3	- 9,1	85,7	- 8,5	109,0	- 11,5	77,2	- 7,3
Dez.	102,0	- 5,1	122,1	+ 1,5	154,4	+ 12,8	115,2	- 5,0	79,3	- 6,6	81,8	- 13,6	109,8	- 4,6	72,9	- 17,2
2015 Jan.	95,4	+ 2,5	101,9	- 4,3	122,3	+ 8,3	100,6	- 11,2	65,8	- 10,6	88,8	+ 11,4	104,3	- 5,8	75,4	+ 12,4
Febr.	104,9	+ 2,6	113,5	+ 0,6	136,7	+ 2,0	105,7	- 7,5	90,9	+ 35,9	96,3	+ 5,0	103,6	- 2,6	93,4	+ 9,5
März	142,6	+ 2,7	149,9	+ 2,3	189,6	+ 14,8	133,5	- 9,7	120,5	+ 14,2	135,3	+ 3,1	136,8	- 3,0	129,6	+ 2,9
April	126,9	- 5,3	133,1	- 0,2	171,4	+ 0,8	118,5	- 2,5	100,9	+ 5,3	120,8	- 10,3	118,1	- 5,8	118,2	- 7,9
Mai	132,9	+ 4,1	138,3	+ 5,7	167,9	+ 6,9	131,1	+ 6,7	101,4	- 1,5	127,5	+ 2,4	130,8	+ 8,7	121,0	- 2,0
Juni	137,7	+ 4,2	145,5	+ 3,9	175,0	+ 7,4	139,1	+ 4,5	106,6	- 7,5	129,9	+ 4,6	134,0	+ 1,7	126,5	+ 5,2
Juli	131,9	- 3,4	139,3	- 0,4	184,5	+ 28,1	120,3	- 18,3	107,1	- 1,9	124,5	- 6,5	120,7	- 13,5	122,3	- 6,2
Aug.	123,9	+ 2,0	130,2	+ 6,2	157,6	+ 24,1	123,2	- 5,7	96,9	+ 7,9	117,7	- 2,2	119,5	- 4,2	115,0	- 0,8
Sept.	134,2	+ 10,2	151,3	+ 16,4	202,3	+ 35,8	133,7	+ 3,7	103,1	+ 7,3	117,2	+ 3,2	128,2	+ 4,0	113,1	+ 3,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel												Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen			
	insgesamt										darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)					
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2010		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen			
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2011	102,6	+ 2,5	101,0	+ 1,0	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,5	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,9	100,9	- 0,1	105,2	+ 2,6	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,5	+ 0,8	100,4	- 0,1	105,8	- 1,1
2013	106,3	+ 1,7	101,3	+ 0,4	109,0	+ 3,6	103,0	+ 0,7	95,4	- 3,6	102,3	- 2,1	103,1	+ 2,7	104,5	- 1,2
2014	108,2	+ 1,8	102,8	+ 1,5	111,6	+ 2,4	104,9	+ 1,8	94,5	- 0,9	102,0	- 0,3	111,0	+ 7,7	107,1	+ 2,5
2014 Okt. 3)	111,7	+ 2,2	105,9	+ 2,0	113,5	+ 2,4	113,6	- 3,2	98,4	+ 2,1	108,7	- 0,1	115,0	+ 8,4	116,2	+ 0,4
Nov.	112,8	+ 0,7	107,4	+ 0,8	113,0	+ 0,8	107,6	- 2,4	109,5	+ 3,3	110,8	+ 0,5	116,0	+ 9,2	112,7	+ 0,4
Dez.	127,2	+ 3,8	121,9	+ 4,2	129,1	+ 3,9	123,5	+ 3,3	146,5	+ 3,8	107,5	+ 4,0	128,2	+ 10,2	101,9	+ 4,2
2015 Jan.	101,8	+ 2,4	98,2	+ 3,4	104,9	+ 3,5	89,5	- 1,3	102,0	+ 2,2	91,5	+ 3,9	112,1	+ 6,6	95,9	+ 4,7
Febr.	98,1	+ 2,4	93,9	+ 3,1	102,2	+ 1,6	81,8	- 0,7	86,0	+ 5,9	91,3	+ 1,4	109,1	+ 6,2	101,6	+ 6,2
März	113,1	+ 1,7	107,1	+ 2,0	115,9	+ 0,1	106,0	- 3,5	89,8	+ 4,7	113,4	+ 1,0	119,1	+ 8,5	128,3	+ 8,3
April	112,1	+ 3,4	105,5	+ 3,1	117,0	+ 2,9	109,6	+ 5,2	82,4	+ 1,1	110,1	+ 2,7	117,5	+ 7,5	123,2	+ 9,3
Mai	111,9	+ 4,1	105,4	+ 3,6	117,5	+ 5,3	108,4	+ 1,7	81,7	- 3,1	109,1	+ 6,1	113,9	+ 6,6	120,5	+ 10,0
Juni	108,3	+ 1,3	102,4	+ 1,1	114,2	+ 0,4	105,6	+ 3,0	82,0	- 0,2	102,8	+ 3,4	113,2	+ 3,6	121,5	+ 9,7
Juli	111,8	+ 4,2	106,6	+ 4,4	115,6	+ 3,2	108,7	+ 5,3	89,9	+ 0,0	103,4	+ 4,0	120,0	+ 4,8	118,3	+ 8,9
Aug.	108,0	+ 2,2	102,8	+ 2,2	115,2	+ 6,2	96,6	- 9,8	85,9	+ 2,6	99,8	+ 0,4	112,5	+ 5,6	105,8	+ 6,3
Sept.	108,1	+ 3,3	102,5	+ 3,6	110,2	+ 3,9	112,6	+ 4,8	93,3	+ 2,0	102,3	+ 3,5	113,3	+ 4,7	115,0	+ 7,3
Okt.	115,0	+ 3,0	108,6	+ 2,5	115,6	+ 1,9	120,7	+ 6,3	97,8	- 0,6	110,5	+ 1,7	118,4	+ 3,0

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufs-

räumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ergebnisse ab Januar 2014 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)						Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:			insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III			
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)		
2010	41 020	+ 0,3	28 008	+ 1,0	8 421	18 693	675	5 025	503	429	3 239	1 076	7,7	359
2011	41 577	+ 1,4	28 687	+ 2,4	8 579	19 091	794	5 014	148	100	2 976	893	7,1	466
2012	42 060	+ 1,2	29 341	+ 2,3	8 738	19 600	773	4 981	112	67	2 897	902	6,8	478
2013	42 328	+ 0,6	29 713	+ 1,3	8 782	19 954	743	5 017	124	77	2 950	970	6,9	457
2014	42 703	+ 0,9	30 197	+ 1,6	8 859	20 328	770	5 029	94	49	2 898	933	6,7	490
2012 3.Vj.	42 262	+ 1,1	29 416	+ 2,1	8 776	19 604	798	5 006	56	43	2 856	885	6,7	493
4.Vj.	42 418	+ 1,0	29 757	+ 1,8	8 840	19 919	766	4 990	113	76	2 782	878	6,6	446
2013 1.Vj.	41 880	+ 0,7	29 385	+ 1,4	8 697	19 771	701	4 972	234	102	3 131	1 109	7,4	444
2.Vj.	42 249	+ 0,6	29 573	+ 1,2	8 746	19 864	725	5 016	99	87	2 941	945	6,8	459
3.Vj.	42 515	+ 0,6	29 776	+ 1,2	8 809	19 952	772	5 050	70	57	2 903	934	6,7	471
4.Vj.	42 666	+ 0,6	30 118	+ 1,2	8 877	20 230	774	5 028	92	61	2 827	891	6,6	455
2014 1.Vj.	42 226	+ 0,8	29 809	+ 1,4	8 759	20 099	730	4 991	178	58	3 109	1 078	7,2	452
2.Vj.	42 667	+ 1,0	30 080	+ 1,7	8 828	20 251	753	5 043	72	56	2 886	900	6,6	487
3.Vj.	42 903	+ 0,9	30 284	+ 1,7	8 895	20 341	799	5 065	50	37	2 860	909	6,6	512
4.Vj.	43 016	+ 0,8	30 614	+ 1,6	8 955	20 622	796	5 018	77	46	2 738	846	6,3	510
2015 1.Vj.	42 504	+ 0,7	30 360	+ 1,8	8 831	20 547	756	4 863	169	51	2 993	1 011	6,9	515
2.Vj.	42 943	+ 0,6	30 671	+ 2,0	8 894	20 737	792	4 863	...	47	2 772	822	6,3	560
3.Vj.	43 246	+ 0,8	30 934	+ 2,1	8 974	20 868	841	4 873	...	32	2 759	827	6,3	595
2012 Juli	42 149	+ 1,3	29 255	+ 2,3	8 737	19 478	804	5 038	54	42	2 876	885	6,8	500
Aug.	42 246	+ 1,1	29 477	+ 2,0	8 793	19 645	801	4 986	47	34	2 905	910	6,8	493
Sept.	42 391	+ 1,0	29 754	+ 1,8	8 865	19 858	787	4 958	66	54	2 788	862	6,5	485
Okt.	42 494	+ 1,1	29 823	+ 1,9	8 866	19 936	780	4 972	85	70	2 753	846	6,5	468
Nov.	42 494	+ 1,0	29 809	+ 1,8	8 848	19 965	766	5 010	98	85	2 751	864	6,5	451
Dez.	42 265	+ 0,9	29 528	+ 1,7	8 747	19 856	714	5 018	156	72	2 840	924	6,7	421
2013 Jan.	41 862	+ 0,8	29 334	+ 1,4	8 685	19 737	697	4 961	234	104	3 138	1 121	7,4	420
Febr.	41 853	+ 0,8	29 345	+ 1,5	8 682	19 749	698	4 962	245	104	3 156	1 132	7,4	448
März	41 926	+ 0,7	29 423	+ 1,2	8 701	19 798	698	4 969	222	98	3 098	1 072	7,3	463
April	42 083	+ 0,6	29 562	+ 1,2	8 744	19 863	718	4 994	113	100	3 020	1 001	7,1	460
Mai	42 288	+ 0,6	29 637	+ 1,2	8 762	19 899	734	5 036	86	74	2 937	935	6,8	457
Juni	42 376	+ 0,6	29 616	+ 1,1	8 763	19 863	747	5 066	99	86	2 865	897	6,6	459
Juli	42 419	+ 0,6	29 596	+ 1,2	8 768	19 814	773	5 086	81	68	2 914	943	6,8	469
Aug.	42 484	+ 0,6	29 843	+ 1,2	8 825	19 998	776	5 031	60	47	2 946	956	6,8	471
Sept.	42 641	+ 0,6	30 165	+ 1,4	8 905	20 224	786	5 003	70	56	2 849	904	6,6	473
Okt.	42 746	+ 0,6	30 181	+ 1,2	8 899	20 252	785	5 011	83	70	2 801	870	6,5	466
Nov.	42 730	+ 0,6	30 149	+ 1,1	8 888	20 249	779	5 048	80	67	2 806	881	6,5	458
Dez.	42 523	+ 0,6	29 884	+ 1,2	8 781	20 158	731	5 048	114	45	2 874	923	6,7	440
2014 Jan.	42 170	+ 0,7	29 736	+ 1,4	8 738	20 054	726	4 977	189	63	3 136	1 104	7,3	425
Febr.	42 195	+ 0,8	29 784	+ 1,5	8 749	20 085	728	4 976	193	57	3 138	1 105	7,3	456
März	42 312	+ 0,9	29 932	+ 1,7	8 796	20 158	742	4 990	152	55	3 055	1 026	7,1	476
April	42 522	+ 1,0	30 060	+ 1,7	8 825	20 240	749	5 030	77	60	2 943	938	6,8	485
Mai	42 684	+ 0,9	30 125	+ 1,6	8 835	20 289	750	5 060	72	56	2 882	893	6,6	481
Juni	42 795	+ 1,0	30 175	+ 1,9	8 853	20 292	779	5 087	66	52	2 833	869	6,5	495
Juli	42 833	+ 1,0	30 121	+ 1,8	8 859	20 217	800	5 100	54	40	2 871	909	6,6	502
Aug.	42 857	+ 0,9	30 312	+ 1,6	8 903	20 358	802	5 046	44	32	2 902	934	6,7	515
Sept.	43 020	+ 0,9	30 663	+ 1,7	8 991	20 603	812	5 013	51	39	2 808	885	6,5	518
Okt.	43 118	+ 0,9	30 676	+ 1,6	8 979	20 641	808	5 021	61	49	2 733	836	6,3	517
Nov.	43 067	+ 0,8	30 636	+ 1,6	8 960	20 642	798	5 020	63	52	2 717	834	6,3	515
Dez.	42 862	+ 0,8	30 398	+ 1,7	8 863	20 563	753	5 012	107	39	2 764	867	6,4	498
2015 Jan.	42 445	+ 0,7	30 276	+ 1,8	8 813	20 493	747	4 846	169	50	3 032	1 043	7,0	485
Febr.	42 456	+ 0,6	30 342	+ 1,9	8 818	20 542	756	4 821	183	52	3 017	1 034	6,9	519
März	42 612	+ 0,7	30 528	+ 2,0	8 864	20 649	777	4 829	154	50	2 932	955	6,8	542
April	42 792	+ 0,6	30 645	+ 1,9	8 893	20 720	784	4 850	67	54	2 843	868	6,5	552
Mai	42 959	+ 0,6	30 718	+ 2,0	8 900	20 773	794	4 875	57	44	2 762	815	6,3	557
Juni	43 078	+ 0,7	30 771	+ 2,0	8 913	20 787	820	4 903	...	45	2 711	782	6,2	572
Juli	43 135	+ 0,7	30 747	+ 2,1	8 932	20 726	841	4 908	...	35	2 773	830	6,3	589
Aug.	43 203	+ 0,8	30 994	+ 2,2	8 993	20 904	847	4 849	...	26	2 796	851	6,4	597
Sept.	43 401	+ 0,9	31 350	+ 2,2	9 081	21 163	852	4 819	...	36	2 708	799	6,2	600
Okt.	43 503	+ 0,9	2 649	764	6,0	612
Nov.	2 633	764	6,0	610

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen

mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2013 und 2014 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 1,4 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 6,0 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 21,3 % von den endgültigen Angaben ab. 9 Ab Mai 2015 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. 10 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)	Wohnungsmieten 2)							
2010 = 100													
Indexstand													
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	7) 102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,4	103,3	106,4	132,2	113,5
2012	7) 104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,4	104,9	108,7	141,9	110,4
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	120,7	104,3	105,9	133,1	101,0
2014	106,6	111,5	103,9	115,5	105,5	105,4	109,7	105,8	111,8	104,0	103,6	120,8	96,8
2014 Jan.	105,9	112,9	102,8	116,0	104,1	104,7		106,5	119,5	104,0	104,8	129,4	96,0
Febr.	106,4	112,7	103,2	116,3	105,1	104,8	109,2	106,5	119,4	104,0	104,7	129,3	97,2
März	106,7	112,3	104,2	115,9	105,4	104,9		106,2	120,4	103,8	104,1	126,0	96,9
April	106,5	112,0	104,2	116,7	104,7	105,1		106,1	121,1	103,9	103,8	126,2	99,3
Mai	106,4	111,6	103,9	116,7	104,3	105,2	109,5	105,9	118,8	103,9	103,8	129,2	98,9
Juni	106,7	111,5	103,5	117,3	105,4	105,3		105,9	117,7	104,0	104,0	133,0	97,4
Juli	107,0	111,3	103,2	117,0	106,7	105,4		105,8	113,9	104,1	103,6	127,7	95,6
Aug.	107,0	110,6	103,5	116,4	106,9	105,6	110,0	105,7	111,5	104,1	103,5	123,6	96,3
Sept.	107,0	110,9	104,5	116,5	105,8	105,6		105,7	108,6	104,3	103,8	122,2	95,0
Okt.	106,7	110,9	104,5	114,8	105,4	105,8		105,5	104,4	104,2	103,5	111,9	95,5
Nov.	106,7	110,4	104,7	113,5	105,7	105,9	110,1	105,5	r) 104,2	104,2	102,7	103,1	97,5
Dez.	106,7	110,8	104,4	109,1	107,0	106,0		104,8	103,4	103,9	101,0	84,3	96,0
2015 Jan.	105,6	111,4	103,6	105,6	105,3	106,1		104,2	b) 103,1	104,4	100,2	71,4	97,7
Febr.	106,5	112,3	104,0	107,8	106,9	106,2	110,8	104,3	b) 105,5	104,7	101,6	86,2	97,2
März	107,0	112,2	105,1	109,3	106,8	106,3		104,4	105,9	105,3	102,6	86,9	98,9
April	107,0	113,2	105,3	109,8	106,0	106,5		104,5	106,7	105,6	103,2	94,0	98,3
Mai	107,1	113,2	105,1	110,9	106,2	106,5	111,1	104,5	105,5	105,4	103,0	96,9	96,4
Juni	107,0	112,6	104,9	110,4	106,3	106,6		104,4	106,0	105,3	102,5	93,3	94,9
Juli	107,2	111,8	104,4	109,8	107,8	106,7		104,4	105,1	105,4	101,8	85,5	94,8
Aug.	107,2	111,5	104,9	107,5	108,1	106,8	111,5	103,9	102,8	104,9	100,3	72,3	89,0
Sept.	107,0	112,1	105,9	105,7	107,0	106,9		103,5	108,0	104,6	99,6	71,8	87,0
Okt.	107,0	112,7	106,1	104,9	106,9	107,0		103,1	109,5	104,4	99,3	72,6	86,2
Nov.	107,1	112,9	106,0	105,0	107,1	107,1	71,4	85,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2010	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 13,5	+ 3,1	+ 7,1	+ 37,4	+ 34,2
2011	7) + 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,4	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5
2012	7) + 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	- 2,7
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 1,1	- 0,6	- 2,6	- 6,2	- 8,5
2014	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	- 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	- 1,0	- 7,4	- 0,3	- 2,2	- 9,2	- 4,2
2014 Jan.	+ 1,3	+ 3,6	+ 1,1	- 1,8	+ 2,2	+ 1,5		- 1,1	- 3,8	- 0,8	- 2,3	- 6,6	- 9,6
Febr.	+ 1,2	+ 3,5	+ 1,0	- 2,7	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	- 0,9	- 4,2	- 0,7	- 2,7	- 8,8	- 9,1
März	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,0	- 1,6	+ 1,6	+ 1,5		- 0,9	- 3,1	- 1,0	- 3,3	- 7,6	- 10,0
April	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	- 1,3	+ 2,8	+ 1,5		- 0,9	- 3,0	- 0,8	- 2,4	- 1,3	- 4,5
Mai	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	- 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8	- 4,6	- 0,6	- 2,1	+ 0,2	- 4,3
Juni	+ 1,0	± 0,0	+ 0,6	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5		- 0,7	- 3,7	- 0,1	- 1,2	+ 4,6	- 3,3
Juli	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	- 1,5	+ 1,5	+ 1,4		- 0,8	- 4,6	- 0,1	- 1,7	- 4,5	- 4,3
Aug.	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	- 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8	- 6,5	- 0,1	- 1,9	- 8,6	- 1,8
Sept.	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	- 2,2	+ 1,4	+ 1,4		- 1,0	- 10,1	+ 0,1	- 1,6	- 9,9	- 2,4
Okt.	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	- 2,3	+ 1,7	+ 1,6		- 1,0	- 13,9	+ 0,3	- 1,2	- 14,0	+ 0,2
Nov.	+ 0,6	± 0,0	+ 0,8	- 2,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	- 0,9	r) - 14,8	+ 0,3	- 2,1	- 20,9	+ 1,2
Dez.	+ 0,2	- 1,2	+ 1,1	- 6,6	+ 1,4	+ 1,4		- 1,7	- 15,5	+ 0,1	- 3,7	- 35,9	- 0,6
2015 Jan.	- 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 9,0	+ 1,2	+ 1,3		- 2,2	b) - 13,7	+ 0,4	- 4,4	- 44,8	+ 1,8
Febr.	+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	- 7,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,5	- 2,1	- 11,6	+ 0,7	- 3,0	- 33,3	± 0,0
März	+ 0,3	- 0,1	+ 0,9	- 5,7	+ 1,3	+ 1,3		- 1,7	- 12,0	+ 1,4	- 1,4	- 31,0	+ 2,1
April	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	- 5,9	+ 1,2	+ 1,3		- 1,5	- 11,9	+ 1,6	- 0,6	- 25,5	- 1,0
Mai	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,2	- 5,0	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,5	- 1,3	- 11,2	+ 1,4	- 0,8	- 25,0	- 2,5
Juni	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,4	- 5,9	+ 0,9	+ 1,2		- 1,4	- 9,9	+ 1,3	- 1,4	- 29,8	- 2,6
Juli	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,2	- 6,2	+ 1,0	+ 1,2		- 1,3	- 7,7	+ 1,2	- 1,7	- 33,0	- 0,8
Aug.	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,4	- 7,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	- 1,7	- 7,8	+ 0,8	- 3,1	- 41,5	- 7,6
Sept.	± 0,0	+ 1,1	+ 1,3	- 9,3	+ 1,1	+ 1,2		- 2,1	- 0,6	+ 0,3	- 4,0	- 41,2	- 8,4
Okt.	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,5	- 8,6	+ 1,4	+ 1,1		- 2,3	+ 4,9	+ 0,2	- 4,1	- 35,1	- 9,7
Nov.	+ 0,4	+ 2,3	+ 1,2	- 7,5	+ 1,3	+ 1,1		- 30,7	- 11,9

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Nettomieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf

Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer. 8 Ab Januar 2015 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr	%
		%		%		%		%		%		%	
2007	969,3	3,3	648,9	2,9	356,4	- 0,7	1 005,3	1,6	1 543,0	1,8	158,1	3,5	10,2
2008	1 008,1	4,0	670,8	3,4	358,2	0,5	1 029,1	2,4	1 582,6	2,6	165,9	4,9	10,5
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	383,2	7,0	1 055,7	2,6	1 569,2	- 0,8	156,2	- 5,9	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	387,7	1,2	1 089,9	3,2	1 606,4	2,4	160,1	2,5	10,0
2011	1 088,6	4,8	729,4	3,9	383,0	- 1,2	1 112,4	2,1	1 653,7	2,9	158,2	- 1,2	9,6
2012	1 133,5	4,1	757,8	3,9	389,3	1,6	1 147,1	3,1	1 690,4	2,2	156,5	- 1,0	9,3
2013	1 168,3	3,1	779,7	2,9	398,5	2,4	1 178,2	2,7	1 719,8	1,7	157,1	0,4	9,1
2014	1 213,7	3,9	808,1	3,6	409,8	2,8	1 217,8	3,4	1 759,7	2,3	167,6	6,7	9,5
2014 2.Vj.	296,5	3,9	193,5	3,8	100,5	1,5	294,0	3,0	435,5	2,0	39,8	6,0	9,1
3.Vj.	299,7	3,8	203,9	3,6	102,5	2,7	306,5	3,3	440,6	1,7	35,4	4,4	8,0
4.Vj.	334,8	3,8	222,0	3,5	102,6	4,7	324,6	3,9	447,5	3,1	36,7	13,0	8,2
2015 1.Vj.	292,6	3,5	194,0	2,9	107,5	3,2	301,5	3,0	448,4	2,8	58,0	4,1	12,9
2.Vj.	309,0	4,2	200,6	3,7	105,2	4,7	305,8	4,0	448,0	2,9	41,7	4,9	9,3
3.Vj.	311,8	4,0	212,0	4,0	107,3	4,6	319,3	4,2	453,1	2,8	36,8	4,2	8,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2015. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene

monetäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr		
2007	93,9	1,3	93,7	1,4	93,3	1,5	92,9	1,4	95,3	1,4
2008	96,5	2,8	96,4	2,9	96,2	3,1	95,9	3,3	97,6	2,4
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,4	2,3	98,3	2,4	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,6	100,0	1,7	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,7	1,7	101,8	1,8	101,8	1,8	101,7	1,7	103,4	3,4
2012	104,5	2,7	104,4	2,6	104,7	2,9	104,7	2,9	106,2	2,8
2013	107,1	2,5	107,0	2,5	107,3	2,5	107,3	2,5	108,4	2,1
2014	110,2	3,0	110,1	2,9	110,3	2,8	110,3	2,8	111,4	2,7
2014 2.Vj.	103,5	3,2	103,3	3,1	103,6	3,1	110,2	3,3	109,0	2,6
3.Vj.	112,2	2,8	112,1	2,7	112,5	2,7	110,9	2,8	109,7	2,6
4.Vj.	123,1	2,9	122,9	2,8	123,3	2,8	111,1	2,8	121,7	2,7
2015 1.Vj.	104,4	2,2	104,3	2,2	104,2	2,3	111,6	2,4	107,6	2,5
2.Vj.	105,8	2,3	105,7	2,2	106,0	2,3	112,8	2,4	112,5	3,2
3.Vj.	115,1	2,5	114,9	2,5	115,2	2,4	113,6	2,5	112,8	2,8
2015 April	106,1	2,6	105,9	2,6	106,2	2,7	112,6	2,7	.	.
Mai	106,1	2,1	105,9	2,0	106,2	2,1	112,7	2,1	.	.
Juni	105,4	2,2	105,2	2,2	105,6	2,2	113,1	2,3	.	.
Juli	133,2	2,5	133,0	2,4	133,3	2,3	113,4	2,4	.	.
Aug.	105,9	2,5	105,8	2,5	106,1	2,5	113,7	2,5	.	.
Sept.	106,0	2,5	105,9	2,5	106,2	2,5	113,8	2,5	.	.
Okt.	106,2	2,6	106,0	2,5	106,2	2,4	113,8	2,4	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen. 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2015.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ^{*)}

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	darunter:					darunter:				Eigenkapital	Schulden			darunter:	
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel ¹⁾	insgesamt		langfristig		kurzfristig		
												zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	Finanzschulden	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
Insgesamt (Mrd €)																
2011	1 838,5	1 116,0	340,0	477,4	232,9	722,5	190,6	180,4	119,3	537,8	1 300,7	663,6	347,3	637,1	176,8	160,9
2012	1 904,7	1 178,7	380,6	490,5	240,6	726,0	189,9	179,1	125,9	561,6	1 343,1	719,0	380,1	624,1	180,0	160,6
2013	1 938,4	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,3	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,3	726,4	383,3	635,9	191,3	166,8
2014	2 117,2	1 311,0	433,0	534,4	260,1	806,3	204,4	190,7	135,8	588,0	1 529,2	835,3	434,3	693,9	216,0	179,8
2014 3.Vj.	2 043,4	1 263,4	403,1	522,2	259,4	780,0	206,8	190,0	136,0	586,1	1 457,3	793,2	407,0	664,0	200,6	172,0
4.Vj.	2 117,2	1 311,0	433,0	534,4	260,1	806,3	204,4	190,7	135,8	588,0	1 529,2	835,3	434,3	693,9	216,0	179,8
2015 1.Vj.	2 257,4	1 399,4	456,7	558,9	284,4	858,0	220,3	212,5	139,0	607,7	1 649,8	910,0	454,1	739,7	224,9	184,3
2.Vj. ^{p)}	2 218,5	1 384,0	459,8	557,6	281,8	834,5	219,1	204,4	132,0	629,9	1 588,6	857,6	449,8	731,0	224,7	180,7
in % der Bilanzsumme																
2011	100,0	60,7	18,5	26,0	12,7	39,3	10,4	9,8	6,5	29,3	70,8	36,1	18,9	34,7	9,6	8,8
2012	100,0	61,9	20,0	25,8	12,6	38,1	10,0	9,4	6,6	29,5	70,5	37,8	20,0	32,8	9,5	8,4
2013	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6
2014	100,0	61,9	20,5	25,2	12,3	38,1	9,7	9,0	6,4	27,8	72,2	39,5	20,5	32,8	10,2	8,5
2014 3.Vj.	100,0	61,8	19,7	25,6	12,7	38,2	10,1	9,3	6,7	28,7	71,3	38,8	19,9	32,5	9,8	8,4
4.Vj.	100,0	61,9	20,5	25,2	12,3	38,1	9,7	9,0	6,4	27,8	72,2	39,5	20,5	32,8	10,2	8,5
2015 1.Vj.	100,0	62,0	20,2	24,8	12,6	38,0	9,8	9,4	6,2	26,9	73,1	40,3	20,1	32,8	10,0	8,2
2.Vj. ^{p)}	100,0	62,4	20,7	25,1	12,7	37,6	9,9	9,2	6,0	28,4	71,6	38,7	20,3	33,0	10,1	8,2
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) ²⁾																
2011	1 474,2	860,6	221,7	373,8	214,9	613,6	172,3	143,6	92,7	421,6	1 052,6	530,5	260,8	522,2	151,2	116,7
2012	1 540,7	921,3	258,9	388,0	222,1	619,4	172,5	140,4	98,1	443,7	1 097,0	581,8	286,6	515,2	161,0	116,5
2013	1 559,6	933,2	259,1	398,7	224,1	626,4	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	286,2	521,4	170,4	118,6
2014	1 693,7	1 016,3	278,4	425,8	246,5	677,4	187,0	143,6	102,1	456,2	1 237,5	667,4	325,9	570,0	194,4	126,4
2014 3.Vj.	1 647,8	986,3	265,4	418,1	241,3	661,5	190,7	146,2	102,1	461,3	1 186,5	640,3	310,4	546,2	176,4	125,4
4.Vj.	1 693,7	1 016,3	278,4	425,8	246,5	677,4	187,0	143,6	102,1	456,2	1 237,5	667,4	325,9	570,0	194,4	126,4
2015 1.Vj.	1 810,1	1 084,9	291,7	445,3	269,4	725,2	202,3	162,9	108,4	470,3	1 339,8	730,0	341,4	609,8	202,0	134,5
2.Vj. ^{p)}	1 782,5	1 075,0	295,2	446,2	267,7	707,5	202,0	156,0	107,0	492,7	1 289,8	693,7	343,5	596,1	195,9	132,0
in % der Bilanzsumme																
2011	100,0	58,4	15,0	25,4	14,6	41,6	11,7	9,7	6,3	28,6	71,4	36,0	17,7	35,4	10,3	7,9
2012	100,0	59,8	16,8	25,2	14,4	40,2	11,2	9,1	6,4	28,8	71,2	37,8	18,6	33,4	10,5	7,6
2013	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,4	33,4	10,9	7,6
2014	100,0	60,0	16,4	25,1	14,6	40,0	11,0	8,5	6,0	26,9	73,1	39,4	19,2	33,7	11,5	7,5
2014 3.Vj.	100,0	59,9	16,1	25,4	14,7	40,1	11,6	8,9	6,2	28,0	72,0	38,9	18,8	33,2	10,7	7,6
4.Vj.	100,0	60,0	16,4	25,1	14,6	40,0	11,0	8,5	6,0	26,9	73,1	39,4	19,2	33,7	11,5	7,5
2015 1.Vj.	100,0	59,9	16,1	24,6	14,9	40,1	11,2	9,0	6,0	26,0	74,0	40,3	18,9	33,7	11,2	7,4
2.Vj. ^{p)}	100,0	60,3	16,6	25,0	15,0	39,7	11,3	8,8	6,0	27,6	72,4	38,9	19,3	33,4	11,0	7,4
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																
2011	364,3	255,4	118,3	103,6	17,9	108,9	18,3	36,8	26,6	116,2	248,1	133,1	86,5	115,0	25,6	44,1
2012	364,0	257,4	121,7	102,6	18,4	106,5	17,4	38,7	27,9	117,9	246,1	137,1	93,6	108,9	18,9	44,2
2013	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,8	48,2
2014	423,5	294,7	154,7	108,6	13,6	128,9	17,4	47,1	33,7	131,8	291,7	167,9	108,4	123,8	21,6	53,4
2014 3.Vj.	395,6	277,1	137,7	104,2	18,1	118,5	16,1	43,8	33,9	124,8	270,8	152,9	96,6	117,9	24,2	46,5
4.Vj.	423,5	294,7	154,7	108,6	13,6	128,9	17,4	47,1	33,7	131,8	291,7	167,9	108,4	123,8	21,6	53,4
2015 1.Vj.	447,3	314,5	165,0	113,6	14,9	132,8	17,9	49,6	30,6	137,3	310,0	180,1	112,7	129,9	23,0	49,8
2.Vj. ^{p)}	436,0	309,1	164,6	111,4	14,1	126,9	17,1	48,3	25,0	137,3	298,8	163,9	106,3	134,9	28,8	48,7
in % der Bilanzsumme																
2011	100,0	70,1	32,5	28,5	4,9	29,9	5,0	10,1	7,3	31,9	68,1	36,5	23,8	31,6	7,0	12,1
2012	100,0	70,7	33,4	28,2	5,1	29,3	4,8	10,6	7,7	32,4	67,6	37,7	25,7	29,9	5,2	12,1
2013	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7
2014	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	8,0	31,1	68,9	39,6	25,6	29,2	5,1	12,6
2014 3.Vj.	100,0	70,0	34,8	26,3	4,6	30,0	4,1	11,1	8,6	31,6	68,4	38,7	24,4	29,8	6,1	11,8
4.Vj.	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	8,0	31,1	68,9	39,6	25,6	29,2	5,1	12,6
2015 1.Vj.	100,0	70,3	36,9	25,4	3,3	29,7	4,0	11,1	6,8	30,7	69,3	40,3	25,2	29,0	5,1	11,1
2.Vj. ^{p)}	100,0	70,9	37,8	25,6	3,2	29,1	3,9	11,1	5,7	31,5	68,5	37,6	24,4	30,9	6,6	11,2

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen, teilweise revidiert. Ohne Grundstücks-

und Wohnungswesen. 1 Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. 2 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1) in % des Umsatzes				Verteilung 2)			Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes				
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)		Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)			Operatives Ergebnis (EBIT)	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)				
			Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)		1.Quartil	Median	3.Quartil				1.Quartil	Median	3.Quartil		
			%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	%	%	%	Mrd €		%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	%	%	%		
Insgesamt																
2006	1 209,4	10,6	154,8	3,4	12,8	-0,9	7,1	11,4	17,5	75,7	3,4	6,3	-0,4	3,8	7,6	11,4
2007	1 234,1	4,4	173,6	15,1	14,1	1,3	7,8	12,7	18,4	95,6	27,5	7,7	1,4	4,2	8,4	13,1
2008	1 307,5	6,4	164,5	-5,6	12,6	-1,6	5,8	11,6	17,6	80,9	-16,6	6,2	-1,7	2,5	6,6	12,1
2009	1 175,4	-10,5	138,4	-16,4	11,8	-0,8	4,0	9,5	15,8	57,9	-28,0	4,9	-1,2	0,3	5,1	9,3
2010	1 340,0	13,2	184,3	30,4	13,8	1,8	6,0	11,2	18,6	100,4	64,9	7,5	2,3	3,1	6,5	12,1
2011	1 434,5	8,4	177,9	-0,3	12,4	-1,1	5,5	10,7	17,4	94,6	-5,4	6,6	-1,0	2,7	6,6	11,9
2012	1 552,7	6,6	190,8	3,3	12,3	-0,4	5,1	10,1	17,5	96,9	-7,1	6,2	-0,9	1,8	6,1	11,0
2013	1 557,4	-0,5	188,5	-2,5	12,1	-0,2	5,0	9,9	18,2	99,9	6,2	6,4	0,4	1,8	5,8	10,8
2014	1 586,1	1,0	200,7	4,9	12,7	0,5	5,6	10,2	17,2	109,2	7,4	6,9	0,4	1,8	6,2	11,1
2012 4.Vj.	407,1	3,4	48,2	0,6	11,9	-0,3	4,0	10,8	18,5	23,6	23,8	5,8	0,9	0,1	6,4	12,3
2013 1.Vj.	376,2	-1,2	45,4	-5,9	12,1	-0,6	2,4	8,3	15,7	26,4	-10,9	7,0	-0,8	-1,4	4,5	10,0
2013 2.Vj.	393,6	1,1	48,3	-1,4	12,3	-0,3	4,1	9,2	16,7	27,3	-4,8	6,9	-0,4	0,9	4,9	10,2
2013 3.Vj.	384,3	-1,6	47,2	-1,0	12,3	0,1	5,1	10,3	16,1	25,6	99,8	6,7	3,5	1,3	5,8	11,8
2013 4.Vj.	406,7	-0,4	47,6	-1,6	11,7	-0,1	5,2	11,1	19,5	20,5	-12,2	5,0	-0,7	0,9	6,7	12,6
2014 1.Vj.	381,5	-0,1	50,2	8,9	13,2	1,1	3,7	8,7	16,2	30,6	15,3	8,0	1,1	0,1	5,1	10,2
2014 2.Vj.	386,7	-2,0	47,9	-0,2	12,4	0,2	4,6	9,7	16,9	26,4	-2,3	6,8	-0,0	1,3	5,7	11,1
2014 3.Vj.	394,7	2,8	49,9	3,9	12,6	0,1	5,4	11,3	18,3	28,6	8,2	7,2	0,4	1,8	6,8	12,7
2014 4.Vj.	423,6	3,0	52,8	7,2	12,5	0,5	4,0	11,6	19,3	23,5	8,7	5,6	0,3	0,5	6,7	12,0
2015 1.Vj.	409,8	7,2	51,2	1,9	12,5	-0,7	4,5	9,7	17,2	28,8	-5,9	7,0	-1,0	-0,8	5,9	11,4
2015 2.Vj. p)	425,7	9,9	52,9	10,3	12,4	0,1	4,7	9,7	16,6	30,8	17,2	7,2	0,5	1,3	5,6	10,9
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 4)																
2006	898,7	9,8	114,8	6,4	12,8	-0,4	7,4	12,1	17,6	55,8	7,2	6,2	-0,2	4,1	8,1	11,4
2007	900,5	3,8	129,6	16,9	14,4	1,6	7,8	12,7	17,6	73,8	33,1	8,2	1,8	5,0	8,6	12,5
2008	966,1	7,2	122,6	-6,2	12,7	-1,8	5,8	11,3	15,6	62,0	-17,1	6,4	-1,9	2,4	6,7	11,4
2009	854,1	-11,5	97,7	-19,9	11,4	-1,2	2,9	9,2	14,0	41,9	-31,0	4,9	-1,4	-1,3	4,7	8,8
2010	999,2	15,7	139,1	38,1	13,9	2,3	6,3	11,2	16,2	77,7	70,0	7,8	2,5	2,9	7,0	11,9
2011	1 098,9	10,6	131,9	-2,6	12,0	-1,6	5,3	10,7	16,2	74,8	-6,5	6,8	-1,3	2,1	6,8	11,2
2012	1 194,3	7,6	143,1	5,5	12,0	-0,2	5,2	10,2	15,9	83,0	-2,8	7,0	-0,3	1,8	6,1	9,8
2013	1 195,9	-0,7	140,2	-2,2	11,7	-0,2	4,3	9,9	15,4	75,1	-5,1	6,3	-0,3	1,2	5,6	9,8
2014	1 217,7	0,9	149,9	5,7	12,3	0,6	5,1	9,4	15,1	81,8	7,8	6,7	0,4	1,0	5,8	9,9
2012 4.Vj.	311,7	3,8	34,3	5,2	11,0	0,1	3,4	10,5	15,7	15,9	14,1	5,1	0,5	-1,2	5,3	10,7
2013 1.Vj.	292,2	-1,4	36,2	-7,5	12,4	-0,8	2,4	8,4	14,3	22,6	-13,6	7,7	-1,1	-1,4	4,7	9,4
2013 2.Vj.	303,3	1,4	36,0	-2,1	11,9	-0,4	3,6	9,1	15,2	20,6	-8,4	6,8	-0,7	0,4	5,0	9,4
2013 3.Vj.	290,7	-2,2	33,4	-0,4	11,5	0,2	4,5	10,1	15,0	17,5	15,3	6,0	1,0	0,8	5,7	10,1
2013 4.Vj.	311,6	-0,5	34,6	1,9	11,1	0,3	4,5	10,7	15,5	14,3	-7,3	4,6	-0,3	0,0	6,0	10,4
2014 1.Vj.	297,8	0,1	39,1	6,4	13,1	0,8	3,5	8,7	14,5	25,0	10,4	8,4	0,8	0,3	5,3	9,0
2014 2.Vj.	297,2	-2,3	36,1	0,3	12,1	0,3	4,0	9,4	15,3	20,5	-0,2	6,9	0,2	1,1	5,3	10,6
2014 3.Vj.	300,0	3,3	36,4	6,3	12,1	0,3	4,2	10,3	16,0	20,9	12,6	7,0	0,6	1,2	6,3	10,3
2014 4.Vj.	322,9	2,8	38,4	10,1	11,9	0,8	3,3	10,6	15,6	15,5	9,1	4,8	0,3	-0,7	6,1	10,3
2015 1.Vj.	319,0	7,1	41,2	5,4	12,9	-0,2	5,4	9,7	14,9	25,3	1,4	7,9	-0,4	0,9	6,0	9,6
2015 2.Vj. p)	329,0	10,6	40,1	11,3	12,2	0,1	4,4	9,5	15,2	24,1	17,9	7,3	0,5	1,4	5,3	9,7
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																
2006	310,7	12,9	40,0	-5,0	12,9	-2,4	6,8	11,2	16,7	19,9	-7,0	6,4	-1,3	3,2	6,4	11,2
2007	333,5	6,4	43,9	9,3	13,2	0,4	7,0	12,7	20,6	21,8	9,6	6,5	0,2	3,3	7,8	14,3
2008	341,4	4,0	41,9	-3,7	12,3	-1,0	5,9	12,5	19,7	19,0	-14,6	5,6	-1,2	2,8	6,6	12,7
2009	321,3	-7,4	40,8	-4,9	12,7	0,3	4,7	10,7	20,3	16,0	-16,3	5,0	-0,5	1,7	5,7	12,7
2010	340,8	5,8	45,2	8,7	13,3	0,3	5,9	10,8	19,9	22,7	46,7	6,7	1,7	3,3	5,9	12,4
2011	335,6	1,5	45,9	7,6	13,7	0,8	5,7	10,6	20,9	19,8	-0,8	5,9	-0,1	3,2	6,4	13,8
2012	358,4	3,0	47,7	-3,3	13,3	-0,9	5,1	10,0	23,2	13,9	-47,1	3,9	-3,0	2,1	5,7	14,0
2013	361,5	-0,1	48,2	-3,5	13,3	-0,5	5,3	9,9	21,1	24,8	91,7	6,9	3,0	2,7	5,9	12,2
2014	368,4	1,0	50,8	2,2	13,8	0,2	6,2	12,7	23,2	27,4	5,7	7,4	0,3	2,9	7,2	14,1
2012 4.Vj.	95,4	1,9	13,9	-10,1	14,6	-2,0	5,2	11,4	25,4	7,7	55,8	8,0	2,7	1,9	7,8	15,9
2013 1.Vj.	84,0	-0,6	9,2	1,4	10,9	0,2	2,4	7,8	20,0	3,8	14,9	4,5	0,6	-1,6	4,4	12,3
2013 2.Vj.	90,3	-0,3	12,2	1,0	13,5	0,2	4,9	9,4	19,2	6,7	12,0	7,4	0,8	1,2	4,8	13,9
2013 3.Vj.	93,5	0,5	13,8	-2,8	14,8	-0,5	5,7	10,7	21,0	8,1	307,7	8,6	12,5	2,0	6,2	13,1
2013 4.Vj.	95,1	0,1	13,0	-11,1	13,6	-1,7	6,4	13,2	24,0	6,2	-24,2	6,6	-1,9	2,0	8,1	16,1
2014 1.Vj.	83,7	-0,6	11,1	20,1	13,3	2,3	3,8	8,9	21,2	5,6	49,8	6,7	2,2	-0,4	4,6	13,1
2014 2.Vj.	89,5	-0,5	11,9	-1,8	13,3	-0,2	4,8	10,4	18,7	6,0	-10,0	6,7	-0,7	1,4	6,0	13,0
2014 3.Vj.	94,7	1,1	13,5	-2,9	14,2	-0,6	7,1	13,1	24,6	7,7	-3,4	8,1	-0,4	3,1	7,8	13,8
2014 4.Vj.	100,7	3,7	14,4	-1,6	14,3	-0,7	5,4	15,6	25,3	8,1	7,5	8,0	0,2	2,1	8,4	19,5
2015 1.Vj.	90,9	8,0	10,1	-12,1	11,1	-2,5	3,8	9,6	22,2	3,5	-44,9	3,9	-3,1	-2,6	5,6	14,3
2015 2.Vj. p)	96,7	7,0	12,8	6,9	13,2	-0,0	5,0	11,4	21,7	6,7	13,9	6,9	0,4	1,3	6,7	13,8

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen, teilweise revidiert. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unter-

nnehmensgruppen. 3 Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen im Statistischen Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 4 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2012	2013	2014	2015					
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	Juli	Aug	Sep. p)
A. Leistungsbilanz	+ 124 314	+ 193 936	+ 241 045	+ 53 839	+ 67 125	+ 85 373	+ 37 675	+ 14 556	+ 33 142
1. Warenhandel									
Ausfuhr	1 889 125	1 921 961	1 974 263	498 353	530 017	514 380	187 200	150 549	176 631
Einfuhr	1 764 373	1 710 845	1 722 540	432 640	443 657	433 825	151 709	134 600	147 516
Saldo	+ 124 750	+ 211 116	+ 251 723	+ 65 711	+ 86 361	+ 80 556	+ 35 491	+ 15 949	+ 29 116
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	615 336	645 414	699 846	168 633	188 224	197 061	68 182	63 739	65 140
Ausgaben	556 310	576 931	628 334	160 691	168 785	180 595	62 481	59 811	58 303
Saldo	+ 59 029	+ 68 484	+ 71 512	+ 7 942	+ 19 440	+ 16 466	+ 5 701	+ 3 928	+ 6 837
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	610 498	606 642	638 728	150 647	156 095	144 871	48 954	45 320	50 597
Ausgaben	535 461	550 199	580 750	120 709	165 362	131 083	43 895	41 369	45 819
Saldo	+ 75 035	+ 56 441	+ 57 976	+ 29 938	- 9 266	+ 13 788	+ 5 059	+ 3 951	+ 4 778
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	86 711	92 221	93 943	24 196	29 474	24 205	8 097	8 147	7 961
Ausgaben	221 213	234 325	234 107	73 948	58 882	49 640	16 672	17 419	15 549
Saldo	- 134 500	- 142 106	- 140 163	- 49 752	- 29 408	- 25 437	- 8 576	- 9 273	- 7 588
B. Vermögensänderungsbilanz	+ 11 011	+ 21 594	+ 20 051	+ 1 181	- 27 587	+ 4 725	+ 1 593	+ 2 173	+ 959
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 130 276	+ 320 540	+ 303 096	+ 37 552	+ 24 301	+ 66 617	+ 50 806	+ 4 297	+ 11 514
1. Direktinvestitionen	+ 21 282	- 69 643	+ 44 333	+ 107 514	- 40 447	+ 12 387	+ 35 805	+ 3 156	- 26 574
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 511 890	+ 584 150	+ 146 132	+ 195 702	+ 84 530	+ 57 921	+ 27 861	+ 319	+ 29 741
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 490 609	+ 653 792	+ 101 799	+ 88 187	+ 124 978	+ 45 534	- 7 944	- 2 837	+ 56 315
2. Wertpapieranlagen	- 148 060	- 9 649	+ 72 760	- 113 619	+ 126 224	+ 109 529	+ 61 871	+ 31 569	+ 16 089
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 187 017	+ 251 832	+ 440 775	+ 137 125	+ 122 932	- 216	- 3 206	+ 10 202	- 7 212
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 48 839	+ 165 187	+ 126 455	- 12 742	+ 32 273	- 25 878	- 691	- 11 360	- 13 827
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 141 918	+ 79 145	+ 224 870	+ 136 763	+ 96 115	+ 54 057	+ 6 222	+ 19 194	+ 28 641
Kurzfristige Schuldverschreibungen	- 3 739	+ 7 501	+ 89 456	+ 13 104	- 5 455	- 28 394	- 8 737	+ 2 368	- 22 025
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 335 077	+ 261 481	+ 368 016	+ 250 743	- 3 293	- 109 746	- 65 078	- 21 368	- 23 300
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 164 812	+ 194 155	+ 291 633	+ 144 498	+ 20 248	- 7 517	- 16 295	+ 8 883	- 105
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 186 924	+ 58 916	+ 99 049	+ 83 735	- 208	- 83 321	- 40 394	- 24 471	- 18 456
Kurzfristige Schuldverschreibungen	- 16 659	+ 8 412	- 22 667	+ 22 511	- 23 333	- 18 907	- 8 389	- 5 779	- 4 739
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 31 970	+ 14 372	+ 41 925	+ 22 620	+ 3 792	- 4 639	+ 10 535	- 8 792	- 6 382
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 210 335	+ 380 752	+ 139 707	+ 15 297	- 62 763	- 53 339	- 50 406	- 23 031	+ 20 098
Eurosysteem	- 12 878	+ 57 789	+ 55 747	- 1 523	+ 2 972	- 18 158	- 8 083	+ 5 307	- 15 382
Staat	+ 996	- 10 141	+ 10 643	+ 18 071	- 7 298	+ 5 178	- 2 441	+ 6 749	+ 870
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 95 018	+ 262 952	+ 107 263	+ 11 730	- 67 976	- 28 726	- 35 283	- 19 355	+ 25 912
Unternehmen und Privatpersonen	+ 127 196	+ 70 149	- 33 947	- 12 982	+ 9 538	- 11 633	- 4 598	- 15 732	+ 8 697
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 14 753	+ 4 707	+ 4 369	+ 5 739	- 2 504	+ 2 679	- 6 999	+ 1 394	+ 8 284
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 5 048	+ 105 010	+ 41 998	- 17 470	- 15 237	- 23 481	+ 11 538	- 12 432	- 22 587

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)		Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen	Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Insgesamt	darunter: Währungs- reserven	
		Insgesamt	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)							
2000	- 36 962	+ 64 061	+ 1 645	- 58 370	- 12 722	- 29 931	+ 5 091	- 42 531	- 5 844	- 10 660
2001	- 7 912	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 156	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 117
2002	+ 41 701	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 596	- 29 367	- 4 010	+ 8 029	- 2 065	- 29 661
2003	+ 31 215	+ 130 021	- 2 105	- 48 694	- 18 933	- 31 179	+ 5 920	+ 47 555	- 445	+ 10 420
2004	+ 100 835	+ 153 166	- 6 859	- 38 748	+ 16 895	- 30 479	- 119	+ 112 832	- 1 470	+ 12 116
2005	+ 106 140	+ 157 010	- 6 068	- 40 660	+ 20 965	- 31 175	- 2 334	+ 96 432	- 2 182	- 7 374
2006	+ 135 939	+ 161 447	- 4 205	- 34 759	+ 41 571	- 32 320	- 1 328	+ 157 134	- 2 934	+ 22 523
2007	+ 169 595	+ 201 989	- 922	- 35 032	+ 36 483	- 33 845	- 1 597	+ 183 158	+ 953	+ 15 160
2008	+ 143 317	+ 184 521	- 3 586	- 31 608	+ 24 865	- 34 462	- 893	+ 121 326	+ 2 008	- 21 097
2009	+ 141 117	+ 141 167	- 6 064	- 19 909	+ 55 018	- 35 159	- 1 858	+ 117 837	- 3 200	- 21 423
2010	+ 145 101	+ 161 146	- 5 892	- 27 477	+ 51 101	- 39 669	+ 1 219	+ 92 759	+ 1 613	- 53 560
2011	+ 164 552	+ 163 426	- 8 900	- 32 471	+ 69 102	- 35 505	+ 1 642	+ 120 849	+ 2 836	- 45 345
2012	+ 190 727	+ 199 960	- 10 694	- 35 905	+ 66 811	- 40 139	+ 1 427	+ 157 461	+ 1 297	- 34 693
2013	+ 182 425	+ 210 280	- 5 236	- 44 755	+ 59 941	- 43 041	+ 1 142	+ 207 920	+ 838	+ 24 353
2014	+ 212 117	+ 225 997	- 6 351	- 39 967	+ 66 744	- 40 658	+ 2 826	+ 243 320	- 2 564	+ 28 378
2012 4. Vj.	+ 55 639	+ 46 210	- 3 422	- 4 435	+ 24 962	- 11 099	- 120	+ 62 900	- 494	+ 7 382
2013 1. Vj.	+ 41 321	+ 52 232	- 1 335	- 10 480	+ 14 761	- 15 192	+ 420	+ 36 822	+ 86	- 4 919
2. Vj.	+ 43 329	+ 54 990	+ 1 595	- 10 657	+ 6 370	- 7 373	+ 760	+ 58 926	+ 72	+ 14 836
3. Vj.	+ 37 832	+ 49 827	- 4 067	- 16 907	+ 14 375	- 9 463	+ 438	+ 48 587	- 785	+ 10 317
4. Vj.	+ 59 943	+ 53 231	- 1 429	- 6 712	+ 24 436	- 11 013	- 476	+ 63 585	+ 1 464	+ 4 118
2014 1. Vj.	+ 48 048	+ 52 914	+ 1 177	- 7 378	+ 17 521	- 15 009	+ 2 182	+ 60 123	- 565	+ 9 893
2. Vj.	+ 45 303	+ 54 602	- 1 105	- 8 201	+ 5 735	- 6 833	+ 542	+ 57 183	- 610	+ 11 338
3. Vj.	+ 53 779	+ 59 922	- 2 693	- 17 089	+ 18 747	- 7 802	+ 783	+ 68 150	+ 332	+ 13 589
4. Vj.	+ 64 987	+ 58 559	- 3 729	- 7 299	+ 24 740	- 11 013	- 681	+ 57 863	- 1 722	- 6 442
2015 1. Vj.	+ 56 786	+ 60 382	- 1 619	- 6 553	+ 18 947	- 15 990	+ 249	+ 56 475	- 21	- 560
2. Vj. n)	+ 56 943	+ 69 146	- 2 079	- 8 508	+ 3 647	- 7 342	+ 1 135	+ 71 484	- 465	+ 13 406
3. Vj.	+ 62 789	+ 67 149	- 419	- 16 416	+ 18 853	- 6 798	+ 694	+ 62 501	- 1 455	- 982
2013 Mai	+ 12 214	+ 16 834	+ 1 917	- 4 221	+ 1 817	- 2 215	+ 268	+ 9 952	- 22	- 2 530
Juni	+ 15 452	+ 17 914	- 820	- 4 010	+ 4 373	- 2 824	+ 304	+ 28 338	+ 38	+ 12 581
Juli	+ 11 774	+ 16 448	- 1 005	- 6 491	+ 5 048	- 3 230	+ 126	+ 4 633	- 654	- 7 267
Aug.	+ 7 501	+ 12 882	- 1 776	- 6 786	+ 5 027	- 3 621	+ 184	+ 24 787	+ 425	+ 17 102
Sept.	+ 18 557	+ 20 498	- 1 285	- 3 629	+ 4 300	- 2 612	+ 128	+ 19 168	- 556	+ 483
Okt.	+ 15 980	+ 19 100	- 362	- 5 875	+ 5 544	- 2 789	+ 514	+ 16 097	- 212	- 397
Nov.	+ 21 605	+ 19 975	+ 192	- 2 141	+ 5 997	- 2 226	+ 176	+ 21 190	+ 407	- 592
Dez.	+ 22 357	+ 14 156	- 1 258	+ 1 305	+ 12 895	- 5 998	- 1 166	+ 26 299	+ 1 269	+ 5 107
2014 Jan.	+ 13 841	+ 15 951	- 748	- 2 882	+ 5 238	- 4 466	+ 1 500	+ 1 320	- 375	- 14 022
Febr.	+ 12 859	+ 17 070	- 9	- 2 817	+ 5 842	- 7 236	+ 433	+ 23 601	- 898	+ 10 309
März	+ 21 348	+ 19 893	+ 1 933	- 1 680	+ 6 442	- 3 307	+ 249	+ 35 203	+ 708	+ 13 606
April	+ 16 667	+ 18 670	- 329	- 1 857	+ 3 231	- 3 378	+ 194	+ 29 421	+ 151	+ 12 560
Mai	+ 11 858	+ 17 834	- 1 532	- 2 392	- 2 350	- 1 233	- 54	+ 12 151	+ 631	+ 346
Juni	+ 16 778	+ 18 097	+ 756	- 3 951	+ 4 854	- 2 222	+ 402	+ 15 611	- 130	- 1 568
Juli	+ 20 181	+ 22 461	- 1 837	- 5 393	+ 6 036	- 2 923	- 8	+ 18 353	+ 431	- 1 821
Aug.	+ 10 717	+ 14 220	- 675	- 6 974	+ 5 875	- 2 403	+ 439	+ 14 135	+ 166	+ 2 979
Sept.	+ 22 880	+ 23 241	- 182	- 4 721	+ 6 837	- 2 477	+ 352	+ 35 662	- 265	+ 12 431
Okt.	+ 21 627	+ 22 907	- 1 539	- 5 488	+ 6 600	- 2 392	- 109	+ 12 134	+ 203	- 9 384
Nov.	+ 18 490	+ 17 861	- 480	- 2 418	+ 6 603	- 3 555	+ 134	+ 21 558	+ 30	+ 2 934
Dez.	+ 24 870	+ 17 792	- 1 710	+ 607	+ 11 537	- 5 066	- 706	+ 24 171	- 1 955	+ 7
2015 Jan.	+ 14 512	+ 15 591	- 1 190	- 2 372	+ 5 551	- 4 258	+ 27	- 3 047	+ 372	- 17 586
Febr.	+ 15 510	+ 19 584	- 872	- 2 372	+ 5 873	- 7 575	+ 37	+ 35 137	+ 266	+ 19 590
März	+ 26 764	+ 25 207	+ 444	- 1 809	+ 7 523	- 4 156	+ 185	+ 24 386	- 660	- 2 564
April n)	+ 21 163	+ 22 537	- 1 197	- 2 098	+ 3 671	- 2 947	+ 370	+ 33 083	- 69	+ 11 550
Mai n)	+ 11 635	+ 21 356	- 477	- 2 572	- 5 019	- 2 130	+ 565	+ 14 722	- 78	+ 2 523
Juni n)	+ 24 145	+ 25 253	- 404	- 3 838	+ 4 995	- 2 265	+ 200	+ 23 679	- 318	- 666
Juli	+ 24 489	+ 25 481	- 973	- 5 683	+ 7 053	- 2 362	+ 469	+ 22 466	- 1 170	- 2 492
Aug.	+ 13 316	+ 16 854	+ 421	- 6 432	+ 5 697	- 2 803	+ 43	+ 18 365	- 180	+ 5 006
Sept.	+ 24 984	+ 24 814	+ 132	- 4 301	+ 6 103	- 1 632	+ 181	+ 21 670	- 105	- 3 495
Okt. p)	+ 22 982	+ 24 124	- 159	- 4 651	+ 6 666	- 3 156	- 105	+ 24 202	+ 154	+ 1 324

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von

nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2012	2013	2014	2015					
					Jan. / Sep.	Juni	Juli	August	September	Oktober p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 092 627	1 088 025	1 123 746	895 685	105 607	107 061	88 043	105 845	106 249
	Einfuhr	899 405	890 393	910 145	709 325	81 717	82 236	72 667	83 077	83 785
	Saldo	+ 193 222	+ 197 632	+ 213 601	+ 186 360	+ 23 890	+ 24 825	+ 15 376	+ 22 768	+ 22 464
I. Europäische Länder	Ausfuhr	747 932	743 067	761 914	602 831	71 522	70 495	57 864	71 991	...
	Einfuhr	622 784	625 934	642 738	490 014	56 803	56 691	48 958	57 662	...
	Saldo	+ 125 148	+ 117 133	+ 119 176	+ 112 816	+ 14 719	+ 13 804	+ 8 907	+ 14 330	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	619 535	618 383	648 446	518 975	61 272	60 488	49 341	62 172	...
	Einfuhr	502 579	509 738	527 117	406 861	46 886	47 113	40 333	48 698	...
	Saldo	+ 116 956	+ 108 645	+ 121 329	+ 112 114	+ 14 386	+ 13 374	+ 9 008	+ 13 474	...
EWU-Länder (19)	Ausfuhr	409 356	405 220	413 753	325 999	38 887	37 825	30 119	38 775	...
	Einfuhr	340 314	343 487	350 550	268 057	31 002	31 131	26 289	32 039	...
	Saldo	+ 69 041	+ 61 732	+ 63 203	+ 57 943	+ 7 884	+ 6 694	+ 3 830	+ 6 737	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	49 377	47 954	47 345	35 231	4 206	3 824	3 459	4 070	...
	Einfuhr	40 407	41 965	42 548	30 355	3 380	3 364	3 182	3 573	...
	Saldo	+ 8 970	+ 5 989	+ 4 797	+ 4 876	+ 825	+ 461	+ 277	+ 497	...
Frankreich	Ausfuhr	102 439	99 250	100 580	77 334	9 075	8 580	6 287	9 229	...
	Einfuhr	63 637	63 489	66 714	49 655	5 894	5 498	4 668	5 719	...
	Saldo	+ 38 803	+ 35 761	+ 33 866	+ 27 679	+ 3 182	+ 3 083	+ 1 619	+ 3 510	...
Italien	Ausfuhr	55 504	53 212	54 240	43 525	5 396	5 270	3 403	5 276	...
	Einfuhr	47 946	46 911	48 522	36 692	4 403	4 701	3 373	4 100	...
	Saldo	+ 7 558	+ 6 301	+ 5 718	+ 6 833	+ 993	+ 569	+ 30	+ 1 176	...
Niederlande	Ausfuhr	70 280	70 975	72 736	59 521	7 239	7 093	6 337	7 030	...
	Einfuhr	85 765	88 698	87 796	66 623	7 575	7 453	7 048	8 130	...
	Saldo	- 15 484	- 17 723	- 15 060	- 7 102	- 335	- 360	- 712	- 1 100	...
Österreich	Ausfuhr	56 551	56 217	55 807	43 176	5 032	5 072	4 440	5 305	...
	Einfuhr	36 393	36 734	36 218	28 028	3 180	3 342	2 789	3 385	...
	Saldo	+ 20 158	+ 19 483	+ 19 590	+ 15 148	+ 1 852	+ 1 730	+ 1 651	+ 1 919	...
Spanien	Ausfuhr	31 047	31 349	34 820	28 869	3 471	3 546	2 498	3 369	...
	Einfuhr	23 206	23 639	24 804	19 591	2 309	2 380	1 589	2 268	...
	Saldo	+ 7 841	+ 7 709	+ 10 016	+ 9 278	+ 1 162	+ 1 166	+ 909	+ 1 101	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	210 179	213 163	234 693	192 976	22 385	22 663	19 221	23 396	...
	Einfuhr	162 264	166 251	176 567	138 804	15 884	15 982	14 044	16 659	...
	Saldo	+ 47 915	+ 46 912	+ 58 126	+ 54 171	+ 6 501	+ 6 681	+ 5 178	+ 6 737	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	70 847	71 280	79 163	67 636	7 754	8 268	6 553	8 187	...
	Einfuhr	41 469	39 466	38 545	29 002	3 200	3 269	2 981	3 251	...
	Saldo	+ 29 379	+ 31 815	+ 40 618	+ 38 634	+ 4 554	+ 4 999	+ 3 572	+ 4 936	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	128 398	124 684	113 468	83 856	10 250	10 008	8 524	9 820	...
	Einfuhr	120 206	116 196	115 621	83 153	9 917	9 578	8 625	8 964	...
	Saldo	+ 8 192	+ 8 488	- 2 153	+ 703	+ 333	+ 430	- 101	+ 856	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	48 933	46 924	46 202	36 986	4 400	4 277	3 653	4 337	...
	Einfuhr	37 775	38 321	39 392	31 610	3 810	3 733	3 228	3 480	...
	Saldo	+ 11 158	+ 8 603	+ 6 810	+ 5 375	+ 590	+ 543	+ 425	+ 856	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	340 980	341 213	358 337	290 984	33 825	36 453	29 948	33 634	...
	Einfuhr	276 620	264 459	267 407	219 247	24 914	25 481	23 710	25 415	...
	Saldo	+ 64 360	+ 76 754	+ 90 930	+ 71 737	+ 8 911	+ 10 971	+ 6 238	+ 8 219	...
1. Afrika	Ausfuhr	21 920	21 803	22 505	18 357	2 194	2 221	1 817	2 073	...
	Einfuhr	24 145	23 108	20 242	14 035	1 691	1 582	1 348	1 553	...
	Saldo	- 2 224	- 1 305	+ 2 263	+ 4 322	+ 503	+ 638	+ 469	+ 520	...
2. Amerika	Ausfuhr	128 703	130 427	135 293	118 095	14 003	14 480	11 996	14 365	...
	Einfuhr	80 549	75 023	74 191	62 826	7 328	7 350	6 552	6 927	...
	Saldo	+ 48 154	+ 55 404	+ 61 103	+ 55 269	+ 6 674	+ 7 130	+ 5 444	+ 7 438	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	86 971	89 348	95 928	85 458	9 954	10 543	8 560	10 691	...
	Einfuhr	51 070	48 582	49 207	43 894	5 110	5 138	4 473	4 898	...
	Saldo	+ 35 901	+ 40 766	+ 46 721	+ 41 564	+ 4 844	+ 5 405	+ 4 087	+ 5 793	...
3. Asien	Ausfuhr	179 630	179 038	190 973	146 843	16 773	18 725	15 242	16 275	...
	Einfuhr	167 873	162 960	170 050	140 122	15 603	16 256	15 583	16 645	...
	Saldo	+ 11 757	+ 16 077	+ 20 923	+ 6 721	+ 1 170	+ 2 469	- 340	- 370	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	32 503	32 754	35 462	28 878	3 170	3 920	3 171	3 165	...
	Einfuhr	8 134	8 921	7 865	5 579	702	629	591	589	...
	Saldo	+ 24 369	+ 23 833	+ 27 598	+ 23 299	+ 2 468	+ 3 291	+ 2 580	+ 2 577	...
Japan	Ausfuhr	17 138	17 076	16 910	12 709	1 472	1 666	1 291	1 517	...
	Einfuhr	21 910	19 492	19 007	15 095	1 702	1 704	1 589	1 760	...
	Saldo	- 4 772	- 2 416	- 2 097	- 2 386	- 230	- 37	- 298	- 243	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	66 746	66 912	74 369	53 757	6 172	6 524	5 392	5 946	...
	Einfuhr	78 529	74 544	79 828	67 389	7 319	7 962	7 561	8 270	...
	Saldo	- 11 783	- 7 633	- 5 459	- 13 631	- 1 147	- 1 438	- 2 169	- 2 324	...
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	45 651	45 894	48 476	38 842	4 518	4 939	4 018	4 337	...
	Einfuhr	37 428	36 672	38 782	31 768	3 624	3 571	3 512	3 824	...
	Saldo	+ 8 223	+ 9 222	+ 9 695	+ 7 073	+ 895	+ 1 368	+ 506	+ 513	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	10 727	9 946	9 566	7 689	855	1 028	892	922	...
	Einfuhr	4 054	3 368	2 924	2 264	291	294	227	291	...
	Saldo	+ 6 672	+ 6 578	+ 6 641	+ 5 425	+ 564	+ 734	+ 665	+ 631	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Litauen. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 1)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 2)			
2010	- 27 477	- 8 381	- 32 775	+ 8 762	+ 871	+ 670	- 3 912	+ 2 863	+ 1 557	+ 47 948	+ 1 596
2011	- 32 471	- 8 533	- 33 755	+ 7 823	+ 2 389	+ 857	- 6 787	+ 2 939	+ 3 314	+ 64 707	+ 1 081
2012	- 35 905	- 10 199	- 35 422	+ 8 784	+ 3 020	+ 1 404	- 9 547	+ 3 103	+ 3 616	+ 62 193	+ 1 002
2013	- 44 755	- 12 063	- 37 713	+ 8 181	+ 3 522	- 858	- 6 358	+ 3 076	+ 1 069	+ 57 677	+ 1 195
2014	- 39 967	- 13 079	- 37 649	+ 6 333	+ 4 284	+ 2 472	- 2 859	+ 2 930	+ 1 036	+ 64 859	+ 850
2014 1.Vj.	- 7 378	- 3 566	- 5 883	+ 1 294	+ 1 114	+ 124	- 388	+ 753	+ 873	+ 17 648	- 999
2.Vj.	- 8 201	- 3 080	- 8 568	+ 1 721	+ 1 063	+ 619	- 351	+ 782	+ 50	+ 6 526	- 841
3.Vj.	- 17 089	- 3 216	- 15 909	+ 1 757	+ 807	+ 171	- 882	+ 719	- 275	+ 20 018	- 996
4.Vj.	- 7 299	- 3 217	- 7 288	+ 1 561	+ 1 300	+ 1 557	- 1 238	+ 677	+ 388	+ 20 667	+ 3 686
2015 1.Vj.	- 6 553	- 3 052	- 5 798	+ 1 742	+ 1 158	+ 234	- 767	+ 867	+ 801	+ 19 225	- 1 078
2.Vj.	- 8 508	- 2 254	- 8 660	+ 1 317	+ 1 223	+ 1 302	- 1 562	+ 808	+ 9	+ 4 866	- 1 228
3.Vj.	- 16 416	- 3 352	- 16 757	+ 2 803	+ 942	+ 548	- 770	+ 748	- 366	+ 20 423	- 1 204
2014 Dez.	+ 607	- 860	- 988	+ 644	+ 584	+ 1 255	- 106	+ 180	+ 103	+ 6 924	+ 4 510
2015 Jan.	- 2 372	- 1 151	- 1 404	+ 907	+ 172	- 75	- 682	+ 283	+ 274	+ 5 653	- 376
Febr.	- 2 372	- 816	- 1 825	+ 221	+ 381	- 88	- 385	+ 280	+ 283	+ 5 873	- 283
März	- 1 809	- 1 085	- 2 569	+ 614	+ 605	+ 397	+ 300	+ 304	+ 244	+ 7 698	- 420
April	- 2 098	- 740	- 1 785	+ 504	+ 342	+ 84	- 627	+ 303	- 36	+ 4 127	- 420
Mai	- 2 572	- 770	- 2 688	+ 429	+ 561	+ 245	- 677	+ 309	+ 39	+ 4 629	- 430
Juni	- 3 838	- 744	- 4 186	+ 384	+ 320	+ 974	- 258	+ 196	+ 6	+ 5 368	- 379
Juli	- 5 683	- 1 145	- 4 895	+ 1 090	+ 216	- 116	- 766	+ 262	- 173	+ 7 583	- 357
Aug.	- 6 432	- 886	- 6 858	+ 784	+ 575	+ 133	- 402	+ 261	- 87	+ 6 177	- 393
Sept.	- 4 301	- 1 321	- 5 004	+ 929	+ 152	+ 531	+ 398	+ 225	- 105	+ 6 663	- 454
Okt. p)	- 4 651	- 1 456	- 4 509	+ 737	+ 518	+ 282	- 506	+ 228	+ 110	+ 6 967	- 411

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den

Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen. 3 Enthält u.a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)				Mio €		
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Persönliche Über-tragungen 3)	darunter:		Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögens-übertragungen
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammen-arbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Heimat-überweisungen				
2010	- 39 669	- 24 953	- 4 720	+ 4 156	- 14 717	- 3 035	- 3 035	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085	
2011	- 35 505	- 21 001	- 4 475	+ 6 718	- 14 504	- 2 977	- 2 977	+ 1 642	+ 1 148	+ 494	
2012	- 40 139	- 25 752	- 5 451	+ 5 206	- 14 387	- 2 952	- 2 952	+ 1 427	+ 1 743	- 316	
2013	- 43 041	- 28 147	- 4 051	+ 6 173	- 14 893	- 3 250	- 3 229	+ 1 142	+ 1 111	+ 31	
2014	- 40 658	- 27 541	- 5 242	+ 7 953	- 13 116	- 3 476	- 3 451	+ 2 826	+ 2 736	+ 90	
2014 1.Vj.	- 15 009	- 11 988	- 1 780	+ 1 285	- 3 021	- 870	- 863	+ 2 182	+ 934	+ 1 248	
2.Vj.	- 6 833	- 2 662	- 763	+ 4 998	- 4 172	- 869	- 863	+ 542	+ 811	- 269	
3.Vj.	- 7 802	- 4 501	- 1 048	+ 930	- 3 301	- 870	- 863	+ 783	+ 725	+ 58	
4.Vj.	- 11 013	- 8 390	- 1 651	+ 740	- 2 623	- 866	- 863	- 681	+ 266	- 947	
2015 1.Vj.	- 15 990	- 13 065	- 2 614	+ 1 256	- 2 925	- 885	- 881	+ 249	- 6	+ 255	
2.Vj.	- 7 342	- 1 999	- 1 162	+ 6 118	- 5 343	- 884	- 881	+ 1 135	+ 1 159	- 24	
3.Vj.	- 6 798	- 3 906	- 1 194	+ 1 200	- 2 892	- 885	- 881	+ 694	+ 853	- 159	
2014 Dez.	- 5 066	- 3 985	- 790	+ 600	- 1 081	- 288	- 288	- 706	- 252	- 454	
2015 Jan.	- 4 258	- 3 337	- 1 462	+ 752	- 922	- 295	- 294	+ 27	- 20	+ 47	
Febr.	- 7 575	- 6 680	- 470	+ 234	- 895	- 296	- 294	+ 37	+ 91	- 54	
März	- 4 156	- 3 048	- 683	+ 270	- 1 108	- 295	- 294	+ 185	- 77	+ 262	
April	- 2 947	- 2 010	- 511	+ 1 045	- 936	- 295	- 294	+ 370	+ 427	- 57	
Mai	- 2 130	+ 975	- 179	+ 3 673	- 3 105	- 295	- 294	+ 565	+ 448	+ 116	
Juni	- 2 265	- 964	- 472	+ 1 400	- 1 301	- 295	- 294	+ 200	+ 283	- 83	
Juli	- 2 362	- 1 355	- 463	+ 274	- 1 008	- 295	- 294	+ 469	+ 539	- 69	
Aug.	- 2 803	- 1 981	- 441	+ 272	- 822	- 295	- 294	+ 43	+ 296	- 253	
Sept.	- 1 632	- 570	- 290	+ 655	- 1 062	- 295	- 294	+ 181	+ 18	+ 163	
Okt. p)	- 3 156	- 2 293	- 396	+ 195	- 863	- 295	- 294	- 105	+ 136	- 241	

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2012	2013	2014	2015					
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	Aug.	Sept.	Okt. p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 376 169	+ 36 997	+ 297 524	+ 245 416	- 4 354	+ 81 855	+ 23 024	+ 29 419	+ 18 107
1. Direktinvestitionen	+ 77 735	+ 53 360	+ 88 717	+ 39 394	+ 22 813	+ 17 615	+ 1 131	+ 11 071	+ 4 996
Beteiligungskapital	+ 61 084	+ 34 189	+ 70 251	+ 24 440	+ 13 347	+ 12 957	+ 5 287	+ 4 284	+ 6 064
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 21 052	+ 14 523	+ 22 241	+ 10 758	+ 2 745	+ 3 993	+ 3 551	+ 901	+ 3 870
Direktinvestitionskredite	+ 16 651	+ 19 171	+ 18 465	+ 14 954	+ 9 466	+ 4 659	- 4 156	+ 6 787	- 1 068
2. Wertpapieranlagen	+ 109 712	+ 143 233	+ 149 521	+ 56 618	+ 27 266	+ 31 956	+ 5 218	+ 14 856	+ 13 134
Aktien 2)	+ 11 675	+ 19 019	+ 10 610	+ 260	+ 10 708	+ 1 382	+ 680	- 2 747	+ 892
Investmentsfondanteile 3)	+ 21 667	+ 31 939	+ 38 324	+ 17 448	+ 8 142	+ 4 632	+ 1 449	- 1 659	+ 3 882
Langfristige									
Schuldverschreibungen 4)	+ 75 913	+ 87 772	+ 99 162	+ 32 761	+ 11 149	+ 31 789	+ 4 331	+ 22 754	+ 9 111
Kurzfristige									
Schuldverschreibungen 5)	+ 456	+ 4 503	+ 1 425	+ 6 149	- 2 733	- 5 847	- 1 241	- 3 491	- 751
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen 6)	+ 24 386	+ 24 286	+ 31 783	+ 11 702	+ 5 855	+ 2 398	- 1 513	- 878	+ 2 721
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 163 040	- 184 720	+ 30 068	+ 137 724	- 59 823	+ 31 340	+ 18 368	+ 4 475	- 2 898
Monetäre Finanzinstitute 8)									
langfristig	- 66 080	- 56 647	+ 76 332	+ 39 134	- 35 503	+ 17 430	+ 9 455	+ 7 505	- 11 982
kurzfristig	- 47 912	- 50 495	+ 21 176	+ 7 417	+ 2 812	+ 2 470	+ 3 993	+ 2 162	- 6 852
Unternehmen und Privat- personen 9)									
langfristig	- 13 394	+ 10 049	- 10 409	+ 28 012	- 10 894	- 13 063	- 10 259	+ 3 957	- 137
kurzfristig	+ 337	+ 910	+ 852	+ 1 129	+ 3 085	+ 4 957	+ 962	+ 1 403	+ 198
Staat									
langfristig	+ 49 836	+ 7 397	+ 14 024	- 279	- 12 798	+ 2 873	+ 474	- 878	+ 1 577
kurzfristig	+ 49 846	+ 15 078	- 2 372	- 3 690	- 1 615	- 855	- 308	+ 42	- 484
Bundesbank									
kurzfristig	- 18 169	- 6 152	+ 55 156	+ 31 718	- 38 315	+ 14 960	+ 5 462	+ 5 343	- 5 130
5. Währungsreserven	+ 1 297	+ 838	- 2 564	- 21	- 465	- 1 455	- 180	- 105	+ 154
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 218 708	- 170 923	+ 54 204	+ 188 940	- 75 838	+ 19 355	+ 4 659	+ 7 749	- 6 094
1. Direktinvestitionen	+ 42 110	+ 44 384	+ 5 508	+ 14 681	+ 18 894	+ 11 604	+ 2 300	+ 14 636	+ 2 469
Beteiligungskapital	+ 9 959	+ 7 499	+ 22 527	+ 5 872	+ 6 991	+ 2 735	+ 2 931	+ 425	- 2 033
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 2 552	+ 585	+ 5 427	+ 4 025	+ 2 288	+ 2 737	+ 1 297	+ 756	- 1 749
Direktinvestitionskredite	+ 32 150	+ 36 885	- 17 020	+ 8 809	+ 11 903	+ 8 869	- 631	+ 14 211	+ 4 503
2. Wertpapieranlagen	+ 54 951	- 21 263	+ 21 679	+ 6 466	- 25 410	- 19 813	+ 3 698	- 7 862	- 204
Aktien 2)	+ 2 281	+ 5 024	+ 8 328	+ 1 615	+ 8 739	- 5 291	- 18	- 2 002	+ 2 207
Investmentsfondanteile 3)	- 3 422	+ 6 086	- 5 642	+ 4 699	- 3 756	+ 3 637	+ 978	+ 2 222	+ 3
Langfristige									
Schuldverschreibungen 4)	+ 56 198	- 9 467	+ 21 410	- 13 842	- 28 495	- 23 367	+ 447	- 7 905	- 2 162
Kurzfristige									
Schuldverschreibungen 5)	- 107	- 22 907	- 2 417	+ 13 994	- 1 899	+ 5 208	+ 2 291	- 177	- 252
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 121 648	- 194 044	+ 27 017	+ 167 793	- 69 322	+ 27 564	- 1 339	+ 974	- 8 360
Monetäre Finanzinstitute 8)									
langfristig	+ 51 508	- 158 237	+ 32 495	+ 105 678	- 45 222	- 516	+ 6 123	- 27 913	- 10 458
kurzfristig	- 10 250	- 16 733	- 14 555	- 9 793	- 7 942	+ 1 063	+ 3 939	- 348	- 833
Unternehmen und Privat- personen 9)									
langfristig	+ 8 668	- 8 583	+ 4 141	+ 20 844	- 17 300	+ 1 263	- 7 876	+ 9 919	- 6 645
kurzfristig	- 56	- 13 790	+ 5 331	+ 522	+ 8 537	+ 5 114	+ 101	+ 2 193	- 1 423
Staat									
langfristig	+ 8 724	+ 5 207	+ 9 473	+ 20 322	- 25 837	- 3 851	- 7 977	+ 7 727	- 5 222
kurzfristig	- 31 011	- 1 577	- 5 594	+ 6 146	- 17 550	- 482	+ 2 364	- 4 139	+ 1 249
Bundesbank									
langfristig	+ 35 994	+ 9 302	- 914	- 4 085	- 68	+ 0	+ 347	- 47	+ 86
kurzfristig	- 67 005	- 10 878	- 4 680	+ 10 231	- 17 483	- 482	+ 2 017	- 4 092	+ 1 163
Bundesbank									
kurzfristig	+ 92 482	- 25 647	- 4 025	+ 35 125	+ 10 750	+ 27 299	- 1 950	+ 23 107	+ 7 494
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 157 461	+ 207 920	+ 243 320	+ 56 475	+ 71 484	+ 62 501	+ 18 365	+ 21 670	+ 24 202

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). 2 Einschl. Genussscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 5 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion ^{o)}

Mio €

Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslands-passiva ^{3) 4)}	Netto-Auslandsposition (Spalte 1 abzüglich Spalte 10)
	insgesamt	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen				
		insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapieranlagen	insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB ¹⁾	Wertpapieranlagen ²⁾		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1999 Jan. ⁵⁾	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
1999	141 958	93 039	32 287	1 948	6 383	52 420	48 919	26 275	–	7 830	134 128
2000	100 762	93 815	32 676	1 894	5 868	53 377	6 947	– 6 851	–	8 287	92 475
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	– 30 857	–	10 477	65 670
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 222	37 726
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 309	12 085
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 029	– 1 919
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 396	14 872
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 724	– 30 335
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 607	2 885
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 941	– 7 166
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 701	75 585
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 295	251 400
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 793	380 869
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	426 026	494 976
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	399 799	321 942
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 837	281 967
2013 März	852 611	188 447	136 454	13 526	8 877	29 590	601 719	588 722	62 445	399 626	452 985
April	857 433	173 980	122 844	13 336	8 760	29 040	620 862	607 866	62 590	414 310	443 123
Mai	832 746	169 105	118 228	13 272	8 712	28 893	602 185	589 189	61 455	405 918	426 828
Juni	798 888	150 825	100 280	13 236	8 690	28 618	588 473	575 477	59 589	393 961	404 927
Juli	807 165	158 611	109 338	12 960	8 690	27 623	589 421	576 469	59 133	398 251	408 914
Aug.	808 649	164 477	114 714	13 018	8 416	28 330	586 580	573 628	57 590	398 868	409 781
Sept.	796 646	156 452	107 819	12 920	8 375	27 337	583 320	570 368	56 873	398 035	398 611
Okt.	785 449	154 486	106 477	12 941	7 981	27 086	574 449	561 497	56 514	421 360	364 089
Nov.	761 730	148 010	99 631	12 962	7 945	27 473	557 441	544 488	56 278	409 079	352 651
Dez.	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	399 799	321 942
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	13 030	8 080	28 388	512 785	500 357	54 153	402 189	314 679
Febr.	718 317	152 432	104 678	12 862	7 728	27 165	511 660	499 232	54 225	389 297	329 020
März	687 557	150 615	102 179	12 866	7 720	27 850	482 503	470 075	54 440	376 533	311 024
April	692 956	150 048	101 564	13 057	7 893	27 534	490 117	477 688	52 792	397 660	295 296
Mai	680 888	148 949	100 274	13 213	7 912	27 550	479 290	466 862	52 649	400 885	280 003
Juni	678 136	153 017	104 600	13 213	7 582	27 622	474 245	461 817	50 874	394 597	283 539
Juli	660 521	154 885	105 317	13 497	7 665	28 406	455 977	443 548	49 659	372 693	287 828
Aug.	681 324	156 411	106 079	13 794	7 339	29 199	476 732	464 303	48 181	374 337	306 987
Sept.	696 802	156 367	104 629	14 113	7 751	29 873	492 348	479 920	48 087	380 316	316 486
Okt.	681 790	154 133	101 929	14 125	7 628	30 450	481 136	468 708	46 521	392 583	289 207
Nov.	682 969	155 424	103 245	14 045	7 520	30 615	480 294	467 866	47 250	399 026	283 943
Dez.	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 837	281 967
2015 Jan.	751 062	176 741	121 607	14 895	6 488	33 751	527 698	515 266	46 623	451 674	299 388
Febr.	744 552	172 120	116 647	14 956	6 361	34 157	525 795	513 365	46 637	442 744	301 808
März	767 856	176 922	119 988	15 311	5 944	35 679	544 130	531 701	46 804	433 272	334 584
April	762 437	171 758	116 812	14 967	5 796	34 184	544 620	532 192	46 058	436 347	326 090
Mai	758 500	173 842	118 141	15 124	5 744	34 833	538 619	526 191	46 039	438 633	319 867
Juni	756 263	168 299	113 838	15 000	5 617	33 844	543 502	531 074	44 461	443 611	312 651
Juli	763 247	163 071	108 872	15 172	4 919	34 107	555 013	542 585	45 162	449 950	313 297
Aug.	781 286	162 917	110 012	14 934	5 164	32 807	573 712	561 284	44 657	447 730	333 556
Sept.	774 428	161 922	108 959	14 941	5 191	32 831	567 602	555 174	44 903	470 839	303 589
Okt.	786 694	166 664	112 836	15 126	5 199	33 503	575 246	562 818	44 784	478 529	308 165
Nov.	813 320	163 816	108 820	15 475	5 217	34 303	604 946	592 518	44 558	494 483	318 837

^{o)} Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem

Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Nicht-EWU-Zentralbanken innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euro-Währungsgebiets. **3** Einschließlich Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012	740 809	271 964	468 845	294 248	174 597	158 825	15 772	910 837	170 262	740 575	578 391	162 184	94 292	67 892
2013	779 109	280 526	498 583	319 761	178 822	163 734	15 088	920 620	142 676	777 944	616 341	161 603	94 646	66 957
2014	812 778	276 370	536 408	351 186	185 222	170 423	14 799	922 628	148 746	773 882	609 827	164 055	97 641	66 413
2015 Mai	875 930	306 468	569 462	379 450	190 012	175 225	14 787	971 466	160 895	810 571	644 661	165 911	96 643	69 268
Juni	870 905	294 788	576 117	380 870	195 247	180 643	14 604	972 187	149 054	823 133	645 740	177 392	104 329	73 064
Juli	867 186	290 223	576 963	383 310	193 653	179 047	14 605	966 186	150 551	815 635	640 727	174 908	100 759	74 149
Aug.	848 110	282 913	565 196	379 026	186 171	171 628	14 543	945 220	144 209	801 011	632 056	168 955	96 008	72 946
Sept. r)	857 825	282 109	575 716	383 322	192 394	177 691	14 703	967 490	144 738	822 752	644 330	178 422	104 200	74 222
Okt.	860 678	280 056	580 622	387 959	192 663	177 976	14 687	971 667	136 325	835 342	657 378	177 963	103 337	74 627
Industrieländer ¹⁾														
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012	653 244	269 560	383 684	265 387	118 297	104 957	13 339	824 118	167 853	656 265	542 976	113 289	79 107	34 181
2013	689 637	277 223	412 414	291 000	121 414	108 082	13 332	833 922	141 307	692 615	579 018	113 597	78 921	34 676
2014	713 600	271 498	442 103	317 132	124 971	111 871	13 100	835 644	147 572	688 072	572 267	115 805	80 626	35 178
2015 Mai	767 959	302 222	465 738	337 515	128 222	115 094	13 128	877 838	153 148	724 691	609 304	115 386	79 464	35 922
Juni	764 620	290 757	473 863	339 794	134 069	121 150	12 919	878 998	143 794	735 204	611 318	123 886	86 839	37 047
Juli	760 327	286 149	474 178	342 125	132 053	119 046	13 007	875 676	147 213	728 463	606 775	121 687	84 014	37 673
Aug.	741 309	277 985	463 324	338 478	124 845	111 921	12 924	853 938	141 169	712 769	598 043	114 726	78 257	36 468
Sept. r)	751 648	277 023	474 625	344 251	130 374	117 252	13 122	874 069	142 043	732 026	608 711	123 316	85 764	37 551
Okt.	754 625	275 421	479 204	347 916	131 288	118 035	13 253	878 643	133 981	744 662	621 756	122 906	85 357	37 549
EU-Länder ¹⁾														
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 623
2012	541 602	247 534	294 068	209 426	84 642	74 167	10 474	695 152	156 550	538 602	458 488	80 114	53 607	26 507
2013	582 038	262 788	319 249	232 788	86 461	75 934	10 527	699 765	127 084	572 681	493 383	79 298	52 975	26 323
2014	600 437	256 437	344 001	255 518	88 483	77 872	10 611	700 737	133 331	567 406	486 649	80 757	53 878	26 879
2015 Mai	645 392	285 057	360 335	268 646	91 689	81 051	10 638	728 229	143 509	584 720	503 588	81 132	54 012	27 120
Juni	639 682	275 069	364 613	268 609	96 004	85 591	10 413	727 292	134 772	592 520	506 198	86 322	59 100	27 222
Juli	634 521	268 933	365 588	270 185	95 402	84 905	10 497	723 351	136 504	586 847	501 421	85 426	57 779	27 647
Aug.	619 378	262 245	357 133	267 851	89 282	78 834	10 448	707 425	130 473	576 952	497 289	79 663	52 682	26 981
Sept. r)	624 733	261 132	363 601	270 724	92 878	82 284	10 594	726 869	132 119	594 751	509 586	85 165	57 875	27 290
Okt.	625 989	259 336	366 653	272 097	94 556	83 844	10 713	729 455	124 859	604 595	519 386	85 209	57 841	27 368
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012	392 642	188 317	204 325	149 452	54 873	48 975	5 898	572 475	110 053	462 423	408 485	53 937	36 741	17 196
2013	422 440	196 101	226 339	170 696	55 643	49 469	6 175	593 680	100 922	492 758	439 537	53 221	36 389	16 832
2014	444 124	201 453	242 671	186 318	56 353	50 132	6 220	591 186	105 388	485 798	433 325	52 472	35 555	16 918
2015 Mai	479 567	225 078	254 488	195 997	58 491	52 122	6 369	605 974	106 987	498 987	446 062	52 924	36 027	16 898
Juni	471 476	213 883	257 593	196 674	60 919	54 568	6 351	603 428	99 690	503 738	447 849	55 889	39 127	16 762
Juli	474 133	212 322	261 810	200 746	61 064	54 597	6 467	604 864	103 576	501 288	445 406	55 882	38 934	16 948
Aug.	462 921	207 471	255 449	198 289	57 160	50 596	6 564	594 319	98 768	495 551	444 007	51 544	35 333	16 211
Sept. r)	465 598	208 602	256 996	199 007	57 990	51 416	6 574	600 639	100 253	500 386	446 087	54 298	38 266	16 032
Okt.	460 800	202 962	257 838	197 956	59 882	53 175	6 707	600 298	93 002	507 296	453 173	54 123	38 036	16 087
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012	87 552	2 404	85 147	28 858	56 289	53 856	2 432	86 688	2 409	84 279	35 415	48 864	15 181	33 683
2013	89 466	3 303	86 163	28 759	57 403	55 647	1 756	86 694	1 368	85 325	37 323	48 002	15 723	32 280
2014	99 174	4 872	94 302	34 051	60 251	58 552	1 699	86 982	1 174	85 808	37 560	48 248	17 014	31 234
2015 Mai	107 117	3 575	103 543	41 934	61 608	59 949	1 659	86 994	1 314	85 681	35 156	50 525	17 179	33 346
Juni	105 435	3 367	102 068	41 076	60 992	59 307	1 685	89 026	1 298	87 728	34 223	53 506	17 489	36 017
Juli	106 038	3 449	102 589	41 185	61 404	59 806	1 598	88 299	1 327	86 972	33 752	53 220	16 745	36 476
Aug.	105 872	4 198	101 674	40 547	61 127	59 509	1 618	89 382	1 383	87 999	33 813	54 186	17 708	36 478
Sept. r)	105 218	4 344	100 875	39 072	61 803	60 222	1 580	91 647	1 124	90 524	35 419	55 104	18 434	36 671
Okt.	105 099	3 891	101 208	40 043	61 165	59 731	1 433	91 411	932	90 480	35 422	55 058	17 980	37 078

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. Ab Berichtsmontat Dezember 2012 basieren die Ergebnisse auf einer erweiterten

Erhebung und einem neuen Berechnungsverfahren. 1 Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. 2 Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab Januar 2014 einschl. Lettland; ab Januar 2015 einschl. Litauen. 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien. r Richtig.

XII. Außenwirtschaft

10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2014 Nov.	1,4432	7,6411	7,4415	145,03	1,4136	8,4912	9,2384	1,2027	1,2472	0,79054
2014 Dez.	1,4928	7,6330	7,4402	147,06	1,4216	8,9802	9,4043	1,2026	1,2331	0,78830
2015 Jan.	1,4390	7,2269	7,4406	137,47	1,4039	8,9320	9,4167	3) 1,0940	1,1621	0,76680
2015 Febr.	1,4568	7,0960	7,4501	134,69	1,4199	8,6188	9,4901	1,0618	1,1350	0,74051
2015 März	1,4008	6,7623	7,4593	130,41	1,3661	8,6434	9,2449	1,0608	1,0838	0,72358
2015 April	1,3939	6,6863	7,4655	128,94	1,3313	8,5057	9,3254	1,0379	1,0779	0,72116
2015 Mai	1,4123	6,9165	7,4612	134,75	1,3568	8,4103	9,3037	1,0391	1,1150	0,72124
2015 Juni	1,4530	6,9587	7,4603	138,74	1,3854	8,7550	9,2722	1,0455	1,1213	0,72078
2015 Juli	1,4844	6,8269	7,4616	135,68	1,4124	8,9357	9,3860	1,0492	1,0996	0,70685
2015 Aug.	1,5269	7,0626	7,4627	137,12	1,4637	9,1815	9,5155	1,0777	1,1139	0,71423
2015 Sept.	1,5900	7,1462	7,4610	134,85	1,4882	9,3075	9,3924	1,0913	1,1221	0,73129
2015 Okt.	1,5586	7,1346	7,4601	134,84	1,4685	9,2892	9,3485	1,0882	1,1235	0,73287
2015 Nov.	1,5011	6,8398	7,4602	131,60	1,4248	9,2572	9,3133	1,0833	1,0736	0,70658

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis

29. Dezember 2000. 3 Aufhebung des Mindestkurses von 1 EUR = 1,20 CHF am 15. Januar 2015.

11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten	
1999	1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
		Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
		Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
		Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
		Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
		Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
		Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
		Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
		Österreich	Schilling	ATS	13,7603
		Portugal	Escudo	PTE	200,482
		Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001	1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007	1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008	1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
		Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009	1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011	1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014	1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015	1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-19 1)		EWK-38 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes				
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	26 ausgewählte Industrieländer 4)			37 Länder 5)	26 ausgewählte Industrieländer 4)	37 Länder 5)	56 Länder 6)	
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,3	96,0	96,0	95,9	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,6	98,2	98,0	97,7	
2000	87,1	86,5	85,8	84,9	87,9	85,7	91,7	97,3	85,0	90,7	92,9	91,9	90,9	
2001	87,8	87,1	86,3	85,9	90,5	86,9	91,5	96,3	85,8	90,0	93,0	91,4	90,8	
2002	90,1	90,2	89,3	89,2	95,0	90,5	92,1	95,3	88,3	90,6	93,6	92,0	91,8	
2003	100,7	101,3	100,2	100,6	106,9	101,4	95,5	94,4	97,4	94,8	97,1	96,6	96,8	
2004	104,5	105,0	103,1	104,2	111,5	105,1	95,7	93,2	99,7	95,1	98,5	98,0	98,4	
2005	102,9	103,5	100,9	102,2	109,5	102,6	94,6	91,9	98,8	92,9	98,5	96,9	96,7	
2006	102,8	103,5	100,2	101,2	109,4	101,9	93,4	90,2	98,2	91,2	98,7	96,5	96,0	
2007	106,3	106,3	102,1	103,5	112,9	103,9	94,3	89,4	102,1	91,5	100,9	97,9	97,2	
2008	109,4	108,4	103,5	106,7	117,1	105,9	94,4	88,0	105,2	90,5	102,3	97,9	97,3	
2009	110,8	109,1	104,3	111,5	120,0	106,9	94,6	88,8	104,3	91,0	101,9	98,0	97,6	
2010	103,6	101,3	95,8	103,6	111,5	97,9	92,0	88,4	97,7	87,0	98,8	93,7	92,1	
2011	103,3	100,3	93,7	102,2	112,2	97,3	91,6	88,2	97,0	86,2	98,2	92,8	91,4	
2012	97,6	95,0	88,2	95,8	107,0	92,5	89,8	88,2	92,1	83,6	96,0	89,8	88,4	
2013	101,2	98,2	91,4	98,9	111,9	95,6	92,2	88,7	97,9	85,7	98,4	91,7	90,4	
2014	101,8	97,9 p)	91,6 p)	100,4	114,7	96,1	92,9	89,5	98,4	86,5	98,5	91,8	91,0	
2012 Aug.	95,0	92,6	86,5	93,5	104,4	90,3	89,0	88,2	90,1	82,8	94,9	88,5	87,0	
Sept.	97,0	94,6			106,6	92,2					95,7	89,5	88,2	
Okt.	97,6	95,1			107,3	92,6					95,8	89,6	88,2	
Nov.	97,0	94,4	88,4	94,8	106,7	91,9	90,1	88,4	92,8	83,9	95,8	89,3	87,9	
Dez.	98,4	95,8			108,2	93,2					96,5	90,0	88,6	
2013 Jan.	100,1	97,4			109,8	94,4					97,5	91,1	89,5	
Febr.	101,3	98,3	90,7	98,6	111,0	95,1	91,6	88,5	96,4	85,2	98,0	91,5	89,9	
März	99,8	97,1			109,2	93,8					97,6	90,9	89,1	
April	100,0	97,0			109,5	93,7					98,0	91,1	89,3	
Mai	100,1	97,2	90,8	98,0	109,7	94,0	92,0	88,6	97,4	85,3	98,1	91,1	89,4	
Juni	101,1	98,2			111,8	95,7					98,4	91,7	90,5	
Juli	101,0	98,2			111,8	95,6					98,6	91,8	90,5	
Aug.	101,7	98,7	91,5	99,1	113,3	96,7	92,3	88,6	98,1	85,7	98,6	91,9	91,0	
Sept.	101,6	98,4			113,2	96,5					98,6	91,8	90,9	
Okt.	102,5	99,0			114,1	96,9					98,9	92,1	91,1	
Nov.	102,2	98,8	92,4	99,8	114,1	96,7	93,1	89,0	99,7	86,6	98,9	92,1	91,2	
Dez.	103,4	99,9			115,7	98,1					99,4	92,8	92,0	
2014 Jan.	103,0	99,5			115,8	98,1					99,2	92,5	92,0	
Febr.	103,2	99,6	93,2	102,4	116,3	98,3	93,4	89,2	100,2	87,1	98,9	92,5	92,0	
März	104,3	100,6			117,5	99,1					99,3	93,1	92,5	
April	104,2	100,4			117,0	98,5					99,2	93,0	92,3	
Mai	103,6	99,5	93,0	101,8	116,1	97,4	93,3	89,5	99,4	87,2	98,8	92,6	91,6	
Juni	102,7	98,7			115,1	96,6					98,7	92,3	91,3	
Juli	102,3	98,2			114,7	96,0					98,7	92,2	91,1	
Aug.	101,5	97,5	91,0 p)	99,9	114,0	95,4	92,6	89,4	97,5	86,1	98,4	91,8	90,8	
Sept.	99,9	95,9			112,3	93,9					98,1	91,1	90,0	
Okt.	99,1	95,0			111,8	93,2					97,6	90,4	89,5	
Nov.	99,0	94,9 p)	89,2 p)	97,7	111,9	93,3	92,4	89,8	96,5	85,4	97,8	90,4	89,6	
Dez.	99,0	94,8			113,1	93,9					97,7	90,3	89,9	
2015 Jan.	95,2	91,1			108,9 p)	90,2					95,7	88,2 p)	87,6	
Febr.	93,3	89,5 p)	84,0 p)	92,2	107,0 p)	88,7	90,5	90,4	90,4	83,1	95,2	87,4 p)	86,8	
März	90,6	86,9			103,8 p)	86,0					94,2	86,1 p)	85,3	
April	89,7	86,1			102,4 p)	84,8					94,1	85,7 p)	84,7	
Mai	91,6	87,9 p)	82,4 p)	90,1	104,7 p)	86,6	90,0	90,5	89,0	82,4	94,6	86,6 p)	85,7	
Juni	92,3	88,5			106,0 p)	87,6					94,7	86,9 p)	86,2	
Juli	91,3	87,5			105,1 p)	86,7					94,4	86,4 p)	85,7	
Aug.	93,0	89,0	108,1 p)	89,1	90,6	90,6	90,4	83,3	94,9	87,2 p)	87,1	
Sept.	93,8 p)	89,6			109,6 p)	90,2					95,2 p)	87,5 p)	87,8	
Okt.	93,6 p)	89,4			109,0 p)	89,6					95,1 p)	87,5 p)	87,4	
Nov.	91,1 p)	87,0	106,0 p)	86,9					94,1 p)	86,2 p)	85,9	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und August 2015, S. 42 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.eu). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich

und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-19-Länder. 6 EWU-Länder sowie EWK-38-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistisches Informationsmanagement, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

■ Finanzstabilitätsbericht

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2014 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2015 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

Januar 2015

- Zur Rolle des Warenhandels in der Entwicklung der globalen Ungleichgewichte
- Das Common Credit Assessment System zur Prüfung der Notenbankfähigkeit von Wirtschaftsunternehmen

Februar 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2014/2015

März 2015

- Ansatzpunkte zur Stärkung des Ordnungsrahmens der Europäischen Währungsunion
- Die Bedeutung der makroprudenziellen Politik für die Geldpolitik
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2014
- Wertpapierhalterstatistiken zur Analyse des Wertpapierbesitzes in Deutschland und Europa: Methodik und Ergebnisse

April 2015

- Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben in Deutschland
- Strukturelle Entwicklungen im deutschen Bankensektor
- Transaktionskassenhaltung von Euro-Münzen in Deutschland

Mai 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2015

Juni 2015

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2015 und 2016 mit einem Ausblick auf das Jahr 2017
- Marktfähige Finanzierungsinstrumente von Banken und ihre Bedeutung als Sicherheiten im Eurosystem
- Inflationserwartungen: neuere Instrumente, aktuelle Entwicklungen und wesentliche Einflussfaktoren

Juli 2015

- Zur Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern
- Anpassungsmuster von Unternehmen am deutschen Arbeitsmarkt in der Großen Rezession – ausgewählte Ergebnisse einer Sonderumfrage

August 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2015

September 2015

- Zur jüngeren Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Euro-Raum
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2014

Oktober 2015

- Das Spar- und Anlageverhalten privater Haushalte in Deutschland vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds
- Personalausgaben des Staates: Entwicklung und Perspektiven

November 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2015

Dezember 2015

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2014
- Die Einlagensicherung in Deutschland

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Juli 2015³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Juli 2015²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2009 bis 2014, Mai 2015³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2013, Mai 2015³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2011 bis 2012, Mai 2015²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990^{o)}
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2015¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

■ Diskussionspapiere^{*)}

- 35/2015
 Identifying income and wealth-poor households in the euro area
- 36/2015
 Asymmetric credit growth and current account imbalances in the euro area
- 37/2015
 Bracket creep revisited – with and without $r > g$: evidence from Germany
- 38/2015
 The credit quality channel: modelling contagion in the interbank market
- 39/2015
 Cyclicalities of SME lending and government involvement in banks
- 40/2015
 Arbitraging the Basel securitization framework: evidence from German ABS investment
- 41/2015
 Do speculative traders anticipate or follow USD/EUR exchange rate movements? New evidence on the efficiency of the EUR currency futures market
- 42/2015
 Monetary-fiscal policy interaction and fiscal inflation: a tale of three countries
- 43/2015
 The influence of an up-front experiment on respondents' recording behaviour in payment diaries: evidence from Germany

^{o)} Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 86 •.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.